G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Offener Brief der Herausgeber der „Blätter“ an die Bundesregierung

Gerhard Stuby
Die Rolle der Bundesrepublik in der gegenwärtigen internationalen Krise

Thomas Doerry
Antifaschismus oder Antikommunismus

Horst-Eckart Gross
Hintergründe der Vorgänge in Kuba

Walter Wuttke-Groneberg
„Parasitäre Glücksgefräßigkeit“

Miles Kahler
Kriegsgerüchte: Die Analogie zu 1914

Memorandum ’80: Alternativen der Wirtschaftspolitik

5’80

Mai 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Mai 1980

CHRONIK DES MONATS APRIL 1980 513

OFFENER BRIEF der Herausgeber der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" an die Bundesregierung 517

APPELL deutscher Schriftsteller an die Bundesregierung 519

KOMMENTARE UND BERICHTE

Bündnispolitik oder Nibelungentreue? ..... *Klaus Hekking* 520

Zur Entwicklung im Iran ..... *Anusch Hadawi* 521

Kursänderung in Nicaragua? ..... *Roger Peltzer* 524

HAUPTAUFSÄTZE

Die Rolle der Bundesrepublik in der gegenwärtigen internationalen Krise ..... *Gerhard Stuby* 528

Antifaschismus oder Antikommunismus
Zur Entwicklung antifaschistischer Positionen in der deutschen Nachkriegszeit (1945–1951) ..... *Thomas Doerry* 539

Hintergründe der Vorgänge in Kuba ..... *Horst-Eckart Gross* 549

Entstaatlichung?
Zur konservativen Forderung nach Privatisierung öffentlicher Aufgaben ..... *Udo Gelhausen und Albert Spitzner* 558

„Parasitäre Glücksgefräßigkeit"
Irrationalismus in der Medizin ..... *Walter Wuttke-Groneberg* 572

„Entfeminisierung" der Büros? ..... *Johanna Hund* 584

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Amerikanische Atomkriegspläne gegen die Sowjetunion („Neue Zeit") . *Nikolai Jakowlew* 589

Kriegsgerüchte: Die Analogie zu 1914 („Foreign Affairs") ..... *Miles Kahler* 599

MEDIENKRITIK

Exekution ..... *Günter Giesenfeld* 604

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die Entwicklung des Goldpreises (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 605

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Memorandum '80: „Gegen konservative Formierung – Alternativen der Wirtschaftspolitik" (Wortlaut) 608

„Die militärischen Ambitionen der BRD sind eine Gefahr für die ganze Welt" – Artikel der sowjetischen Presseagentur „Nowosti" vom 28. April 1980 (Wortlaut) 629

Dokumente zur Auseinandersetzung um die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1980 in Moskau (Resolution des Olympischen Komitees der USA zu den Spielen in Moskau vom 12. April 1980; Beschluß der Bundesregierung über eine Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik Deutschland vom 23. April 1980; Warendorfer Erklärung bundesdeutscher Spitzensportler für eine Beteiligung an den Olympischen Spielen in Moskau vom 20. April 1980; Aufruf „Olympia soll leben!" von Sportlern und Bürgern der Olympiastadt München vom Februar 1980) 631

Internationale Pressestimmen zu Präsident Carters gescheiterter Militäraktion im Iran am 24. April 1980 635

Brief des Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, vom 11. April 1980 an den UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim über die Aufgaben der zweiten Abrüstungsdekade (Wortlaut) .. 637

„Wissenschaftler analysieren Konzeption und Funktion von Franz Josef Strauß"-Kongreß des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) in Bonn am 27./28. Juni 1980 639

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Fünfundzwanzigster Jahrgang · Heft 5/1980

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats April 1980

1.4. – Iran/USA. In einer Rede zum ersten Jahrestag der Gründung der Islamischen Republik (vgl. „Blätter", 5/1979, S. 513) wiederholt Ayatollah Khomeini seinen Standpunkt, über das Schicksal der Geiseln in der amerikanischen Botschaft müsse das künftige Parlament entscheiden. Aus gleichem Anlaß erklärt Präsident Bani Sadr, Voraussetzung für eine Übernahme der Geiseln durch den Revolutionsrat sei eine öffentliche Erklärung der USA, den Iran nicht anzugreifen und „keine weiteren Aktionen gegen uns" zu unternehmen. – Am 7. 4. gibt Präsident Carter den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der USA zum Iran bekannt. – Am 13. 4. fordert der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher gemeinsame Sanktionen der EG-Staaten gegenüber dem Iran. Falls diese Sanktionen und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht zum Ziele führen sollten, so könnten militärische Optionen in Betracht gezogen werden. – Am 25. 4. bestätigt das Weiße Haus in einer Presseerklärung den gescheiterten Versuch einer US-Spezialeinheit, die amerikanischen Geiseln in Teheran mit einer militärischen Aktion zu befreien. Der Präsident habe den Abbruch des Unternehmens angeordnet, als sich bei der Landung der Einheit in der iranischen Wüste „Ausrüstungsschäden" gezeigt hätten. Acht Amerikaner seien beim Zusammenstoß zweier Flugzeuge ums Leben gekommen.

– Vietnam. Vizepräsident Nguen Huu Tho übernimmt nach dem Tode von Präsident Ton Duc Thang (am 30. März d. J.) das Amt des Staatsoberhaupts.

2.4. – E G. Die Europäische Gemeinschaften und Jugoslawien schließen ein weitreichendes Wirtschafts- und Kooperationsabkommen, das Jugoslawien u. a. das Recht einräumt, Finanzmittel der EG in Anspruch zu nehmen. Das Abkommen wird in Belgrad von EG-Kommissar Haferkamp (BRD) und Ministerpräsident Duranovic unterzeichnet. – Vom 21.–22. 4. befassen sich die EG-Außenminister in Luxemburg mit der Formulierung einer gemeinsamen Position gegenüber dem Iran. Es wird u. a. beschlossen, das Personal der Botschaften in Teheran zu reduzieren und auf dem nächsten Treffen am 17. Mai d. J. in Neapel über Wirtschaftssanktionen zu entscheiden. – Vom 27.–28. 4. tagt der Rat der Regierungschefs, um die Agrarpolitik und das Verlangen Großbritanniens nach Senkung der britischen Beiträge zum EG-Haushalt zu erörtern. Eine Einigung kommt nicht zustande.

– G r o ß b r i t a n n i e n. In einem „Weißbuch zur Verteidigungspolitik" kündigt die Regierung die Erhöhung der Militärausgaben um real 3,5 % auf 10,8 Mrd. Pfund im Finanzjahr 1980/81 an. Mehr als 40 % entfallen auf die Beschaffung und Neukonstruktion von Kriegsmaterial, das zum Teil zusammen mit anderen NATO-Partnern hergestellt werden soll. In dem Weißbuch heißt es, die Erhöhung des Etats bedeute zwangsläufig eine „Verlegung der Mittel vom zivilen auf den militärischen Bereich".

3.4. – A b r ü s t u n g. Die 20. Runde der Verhandlungen über den Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa zwischen NATO und Warschauer Vertrag wird in Wien beendet (zur Eröffnung vgl. „Blätter", 2/1980, S. 131). Der Sprecher der östlichen Seite, Botschafter Keblusek (CSSR), antwortet auf einer Pressekonferenz auf eine entsprechende Frage, der sowjetische Truppenabzug aus der DDR (vgl. „Blätter", 11/1979, S. 1286 und S. 1399 ff.) müsse in die Verhandlungen einbezogen werden. – Am 29. 4. schließt der Genfer Abrüstungsausschuß seine Frühjahrssession ab (vgl. „Blätter", 3/1980, S. 258).

4.4. – I t a l i e n. Ministerpräsident Cossiga bildet eine Koalitionsregierung der Christdemokraten (DC) mit Sozialisten (PSI) und Republikanern (PRI). Das Minderheitskabinett Cossiga war nach einer Amtszeit von sieben Monaten (vgl. „Blätter", 9/1979, S. 1026) zurückgetreten, nachdem sich in Kammer und Senat eine Niederlage bei einer möglichen Vertrauensabstimmung abgezeichnet hatte. Außenminister des neuen Kabinetts ist Emilio Colombo (DC). – Am 17. 4. erhält die Regierung im Senat (mit 178 gegen 127 Stimmen), am 20. 4. in der Kammer (mit 355 gegen 271 Stimmen) das Vertrauen. Die Fraktionen der Kommunisten stimmen geschlossen gegen die Regierung.

7.4. – I r a n/I r a k. An der gemeinsamen Grenze kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, für die sich beide Staaten gegenseitig verantwortlich machen. Zum Hintergrund des Konflikts gehören Ansprüche des Irak auf einige (vom Iran seit 1971 besetzte) Inseln im Persischen Golf. Ayatollah Khomeini ruft am 8. 4. zum Sturz der irakischen Regierung auf.

9.4. – A f g h a n i s t a n. Außenminister Mohammed Schah Dost führt Gespräche am Sitz der PLO in Beirut. Anschließend heißt es, Afghanistan habe den PLO-Vorsitzenden Arafat gebeten, im Konflikt mit seinen Nachbarstaaten Iran und Pakistan zu vermitteln.

10. 4. – U S A. Zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung des Nationalen Olympischen Komitees (USOC) droht Präsident Carter in einer Rede vor Zeitungsredakteuren in Washington mit Rechtsmitteln und Sanktionen gegenüber amerikanischen Teilnehmern an den Olympischen Spielen. Carter verlangt bei gleicher Gelegenheit, die Bürde der Opfer müsse zwischen den USA, ihren Verbündeten und anderen Ländern geteilt werden. – Am 12. 4. beschließt das USOC in geheimer Abstimmung mit 1604 gegen 797 Stimmen bei 2 Enthaltungen, keine Mannschaft zu den Olympischen Sommerspielen nach Moskau zu entsenden. – Am 28. 4. wird der Rücktritt von Außenminister Cyrus Vance bekanntgegeben. In einem schon vom 21. 4. datierten Brief an Carter hatte Vance seinen Entschluß mit der Ablehnung des militärischen Kommandounternehmens zur Befreiung der Geiseln in Teheran begründet. Carter nimmt den Rücktritt „mit Bedauern" an und nominiert am 29. 4. den demokratischen Senator Edmund Muskie als neuen Außenminister.

11. 4. – U d S S R. Außenminister Gromyko richtet ein Schreiben an UN-Generalsekretär Waldheim, das Vorschläge der Sowjetunion zur „Zweiten Abrüstungsdekade" der Vereinten Nationen enthält.

12. 4. – L i b e r i a. Präsident William R. Tolbert, wird von einer Gruppe junger Offiziere unter Leitung von Sergeant Samuel K. Do gestürzt und kommt bei den Kämpfen um seine

Residenz ums Leben. Do bildet ein neues Kabinett (19 Minister), dem der Führer der Progressiven Volkspartei (PPP), Gabriel Baccus, als Außenminister angehört.

14. 4. – N A T O. Die USA unterbreiten im NATO-Hauptquartier Vorschläge für verstärkte Rüstungsanstrengungen. Der Text des Dokuments wird nicht veröffentlicht. In Brüssel verlautet, die USA wünschten eine raschere Abwicklung der kurz- und längerfristigen Rüstungspläne mit einer verstärkten Lastenübernahme durch die europäischen Mitglieder. Gedacht sei u. a. an eine wesentliche Aufstokkung der Reserven an Kriegsmunition und an die Ausarbeitung eines Dispositivs für eine transatlantische Luftbrücke.

16. 4. – B R D / U d S S R. Die Bundesregierung bestätigt den Eingang einer von Botschafter Semjonow übermittelten Einladung an Bundeskanzler Schmidt zu einem Besuch in Moskau. Als Termin wird der „Frühsommer" genannt. Regierungssprecher Grünewald erklärt vor der Presse, es handele sich zwar um eine bilaterale Angelegenheit, die aber „auch im Gesamtzusammenhang der Ost-West-Beziehungen gesehen werden muß"..

16. 4. – B R D / D D R. Nach einem Besuch der Hannover-Messe kommt Günter Mittag, Mitglied des SED-Politbüros und Sekretär des ZK für Wirtschaftsfragen, auf Einladung von Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff nach Bonn. Mittag, der sich drei Tage in der Bundesrepublik aufhält, führt am 17. 4. im Bundeskanzleramt ein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt und trifft auch mit den Fraktionsvorsitzenden Wehner (SPD) und Mischnick (FDP) zusammen. – Am 30. 4. unterzeichnen der stellvertretende DDR-Außenminister Kohl und Staatssekretär Gaus, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik, in Berlin eine Vereinbarung über die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen beiden Staaten. Die Bundesrepublik beteiligt sich an den Kosten einiger Projekte (vorgesehen ist u. a. die Verbreiterung des Mittellandkanals und der Ausbau der Eisenbahnstrecke Helmstedt–Berlin) mit 507 Mill. DM. Bundeskanzler Schmidt bezeichnet die Vereinbarung als ein „beachtliches Ereignis in einer weltpolitisch schwieriger gewordenen Lage".

18. 4. – Z i m b a b w e. Als letzte britische Kolonie in Afrika erlangt Rhoedesien unter dem Namen Zimbabwe die Unabhängigkeit. Präsident Banana nimmt in Salisbury von Prinz Charles das entsprechende Gesetz des britischen Parlaments entgegen. Zimbabwe wird 43. Mitglied des Commonwealth.

23. 4. – B u n d e s t a g. Das Parlament stimmt über eine Empfehlung des Bundeskabinetts ab, die das Nationale Olympische Komitee (NOK) der Bundesrepublik auffordert, keine Mannschaft zu den Olympischen Sommerspielen 1980 nach Moskau zu entsenden. Der Empfehlung wird in namentlicher Abstimmung mit 246 gegen 8 Stimmen bei 9 Enthaltungen zugestimmt.

27. 4. – S a a r l a n d. Bei den Landtagswahlen (Wahlbeteiligung: 85,0 %) kann die regierende Koalition aus Christdemokraten und Freien Demokraten trotz deutlicher Stimmenverluste ihre Mehrheit behaupten. Die Sozialdemokraten stellen erstmals die stärkste Fraktion, die Grünen scheitern an der Fünf-Prozent-Klausel. Es entfallen (Angaben in %) auf CDU 44,0 (1975: 49,1), SPD 45,4 (41,8), FDP 6,9 (7,4), DKP 0,5 (1,0), Grüne 2,9 (–), Christlich-Soziale Wähler-Union (CSWU) 0,3 (–). Zusammensetzung des Landtages (51, bisher 50 Abgeordnete): CDU 23 (25), SPD 24 (22), FDP 4 (3). (Vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 4. Mai 1975 in „Blätter", 1/1976, S. 114.)

28.–29. 4. – K o m m u n i s t i s c h e B e w e g u n g. Auf Einladung der Französischen Kommunistischen Partei und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei halten Vertreter von 22 kommunistischen Parteien aus West- und Osteuropa in Paris eine Beratung ab. Es wird ein „Appell an die Völker der europäischen Länder" veröffentlicht.

30. 4. – N i e d e r l a n d e. Königin Juliana dankt nach 31 Jahren Regentschaft (Thronbesteigung am 2. September 1948) zugunsten ihrer Tochter Beatrix ab. Die neue Königin leistet vor beiden Kammern des Parlaments in Amsterdam den in der Verfassung vorgeschriebenen Eid.

– U N O. Mit einem Veto verhindern die USA im Sicherheitsrat die Annahme einer Resolution, die die Errichtung eines palästinensischen Staates befürwortet. Die Resolution findet eine Mehrheit von zehn Stimmen (bei Stimmenthaltung Frankreichs, Großbritanniens, Norwegens und Portugals).

Fritz Strassmann †

Am 22. April dieses Jahres verstarb in Mainz im Alter von 78 Jahren unser Mitherausgeber Professor Dr. Fritz Strassmann. Mit ihm verlieren wir eine Persönlichkeit, deren Streben unermüdlich darauf gerichtet war, die Verantwortung der Wissenschaft für einen friedlichen Fortschritt bewußt zu machen.

Als Atomphysiker wußte er um die totale Vernichtungsgefahr, mit der durch die heutigen Waffensysteme die Menschheit bedroht ist. Er gehörte zu den 18 Atomwissenschaftlern, die im April 1957 in dem Aufsehen erregenden „Göttinger Appell" feststellten, daß Europa einen Krieg mit diesen Waffen nicht überleben würde, und sich gegen die Ambitionen der damaligen Bundesregierung für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr wandten.

Der Rheinländer aus Boppard studierte in Hannover Chemie und bildete sich danach von 1929 bis 1932 in Berlin zum Radiochemiker aus. Hier beschäftigten sich Otto Hahn, damals Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Berlin-Dahlem, und die Kernphysikerin Lise Meitner mit dem Verhalten von Uran-Atomen unter dem Beschuß von thermischen Neutronen. 1938 gelang Strassmann der chemische Nachweis der Kernspaltung.

Otto Hahn, Lise Meitner und Fritz Strassmann wurden 1966 gemeinsam mit dem Enrico-Fermi-Preis ausgezeichnet, nachdem Otto Hahn 1945 allein den Nobelpreis 1944 für Chemie entgegengenommen hatte.

Die Weigerung von Strassmann, nach der „Machtergreifung" 1933 der NSDAP oder gleichgeschalteten Organisationen beizutreten, die er auch in persönlicher Konfrontation mit führenden Parteigrößen aufrecht erhielt, führte zur Versagung seiner Habilitation an der Universität in Berlin. Er hatte sich zudem nachdrücklich für eine friedliche Anwendung der Forschungsergebnisse ausgesprochen.

Mitte 1946 wurde Strassmann als erster Ordinarius für Chemie an die neu gegründete Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz berufen. Der Aufbau des Instituts für anorganische und analytische Chemie und Kernchemie ist vor allem sein Werk gewesen.

Als Fritz Strassmann, Lise Meitner und Otto Hahn 1938 die Kernspaltung entdeckten, ließen sich die spektakulären Folgen ihrer Arbeit für die Menschheit im zwanzigsten Jahrhundert kaum abschätzen. Strassmann hat die Entwicklung mit tiefer innerer Beunruhigung erlebt. Für ihn war Wissenschaft stets Dienst am Menschen, an der Verbesserung seiner sozialen Situation.

Das humanistische Wirken von Fritz Strassmann wird fortleben. Es erhält gerade in einer Welt sich zuspitzender Konflikte besondere Bedeutung als Element der Verständigung und des Friedens.

Wir werden das unsere dazutun, sein Andenken in diesem Sinne lebendig zu erhalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag

Bündnissolidarität oder Nibelungentreue?

Rückblickend auf die Außenpolitik Präsident Carters – von der euphorisch vorgetragenen Menschenrechtskampagne über die halbherzigen SALT-Verhandlungen bis hin zur aktuellen Krisenpolitik im Mittleren Osten – scheint sich die alte Weisheit zu bestätigen, wonach politische Optimisten potentielle Kreuzritter sind.

Dies muß zu einem Zeitpunkt, in dem sich ernsthafte politische, ökonomische und möglicherweise militärische Konsequenzen für die Bundesrepublik als Folge des von Carter im Mittleren Osten verfolgten Kurses abzeichnen, Anlaß zu ernster Besorgnis sein. Carter zeigt sich fest entschlossen, die Bundesrepublik ungeachtet ihrer besonderen geopolitischen und wirtschaftlichen Situation voll und ganz auf seinen harten Kurs gegenüber dem Iran und der Sowjetunion zu zwingen. Zur Realisierung der „Bündnistreue" – nach Carters Verständnis die Pflicht der Bundesrepublik zur Unterstützung jedweder Maßnahmen der USA gegen diese beiden Staaten ohne ausreichende Mitsprachemöglichkeit – übt die US-Regierung kaum mehr verhüllt politischen Druck auf die Bundesregierung aus, z. B. durch die Infragestellung der Sicherheitsgarantien für West-Berlin.

Angesichts der immensen politischen Risiken, die sich für die Bundesrepublik aus einer unmittelbaren oder mittelbaren Verwicklung in den Mittelostkonflikt ergeben können, muß die Frage gestellt werden, ob die Bundesregierung in der gegenwärtigen Situation zur Bündnissolidarität aufgerufen ist oder ob es den USA um deutsche Nibelungentreue geht.

Versteht man unter Bündnissolidarität die getreuliche Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Bündnispartner, so ist die Bundesrepublik im Hinblick auf die völkerrechtswidrige Botschaftsbesetzung in Teheran und die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan als Verbündeter der USA nicht gefordert. Weder stellen diese Maßnahmen einen bewaffneten Angriff auf die USA im Sinne der Art. 4, 5 und 6 des Nordatlantikvertrages dar, noch berechtigt ein Beschluß des Sicherheitsrates der UNO zu Zwangsmaßnahmen gegen den Iran oder die Sowjetunion nach Art. 41, 42 der UNO-Charta. Für Maßnahmen der kollektiven Selbstverteidigung nach Art. 51 der UNO-Charta fehlt es ebenfalls an einem bewaffneten Angriff auf das Hoheitsgebiet der USA oder der Bundesrepublik.

Eine Pflicht der Bundesregierung zur Unterstützung von US-Maßnahmen gegen den Iran oder die Sowjetunion in der Mittelostkrise könnte sich allenfalls dann ergeben, wenn man Bündnissolidarität als Nibelungentreue versteht, d. h. als politische Pflicht zur bedingungslosen Unterstützung eines befreundeten Staates ohne Rücksicht auf die eigenen Interessen, die politischen Risiken und die völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber Drittländern.

Bevor sich die Bundesregierung zu einer solchen Politik der Nibelungentreue gegenüber den USA in der Mittelostkrise entschließt, sollte sie dreierlei bedenken:

1. Das Grundgesetz setzt in Art. 26 deutliche Schranken im Hinblick auf Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Diese verfassungsrechtliche Friedenspflicht wird bei allen Unterstützungsmaßnahmen sorgfältig zu prüfen sein.

2. Bei einer Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR als Folge einer militärischen Aktion der USA im Mittleren Osten würde die Bundesrepublik in jedem Fall zu den Verlierern gehören. Dies sollten sich vor allem die Kreise vor Augen halten, die das Wort von der „Unteilbarkeit der Entspannung" leichtfertig im Munde führen. Im nationalen Interesse der Bundesrepublik wird sehr sorgfältig abzuwägen sein, ob es sich lohnt wegen Iran oder Afghanistan existentielle Belange unseres Staates aufs Spiel zu setzen.

3. Nibelungentreue anstelle rationaler Bündnis- und Sicherheitspolitik hat sich in der Geschichte stets zu Lasten der Deutschen ausgewirkt. Die Ereignisse von 1914 sind ein warnendes Beispiel.

Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesregierung im Interesse der Sicherheit und Integrität der Bundesrepublik diese Erkenntnisse beherzigt und mit Nüchternheit und Festigkeit auf die Erhaltung des Friedens und die Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa sowie auf eine friedliche Beteiligung des Mittelostkonflikts hinwirkt.

Klaus Hekking

Zur Entwicklung im Iran

Seit dem 4. November 1979 halten islamische Studenten die Botschaft der USA in Teheran besetzt. Diese Botschaftsbesetzung der „Studenten, die der Linie des Imam Khomeini folgen", war der Auslöser – nicht jedoch die Ursache – für eine sich zuspitzende internationale Krise. Zugleich ließ sie die innenpolitischen Divergenzen zwischen den verschiedenen Flügeln der Revolutionsführung im Iran offenbar werden. Worauf basieren diese Divergenzen?

„Gott ändert nichts an dem Schicksal eines Volkes, solange das Volk sich nicht geändert hat." (Koran, Sure 13) Für die fortschrittlichen Geistlichen und – an ihrer Spitze – Ajatollah Khomeini bedeutet dieser Koransatz, daß nur das aktive Handeln des Volkes selbst zur Veränderung führt; Einsicht und Aktivität des Volkes sind die Triebfedern jeglicher gesellschaftlicher Entwicklung. „Euer Verhalten und Eure Taten müssen den Menschen gewidmet sein. Betrachtet die Menschen wie Euresgleichen und betrachtet Euch als Teil des Volkes." (Khomeini am 12. November 1979) Ein Grundpfeiler des Islam, wie ihn Khomeini versteht – im Iran nennt man das schlicht und einfach die „Linie des Imam" –, ist das *gesellschaftliche* Verständnis vom Menschen, eines Menschen, der aktiv auf sein gesellschaftliches Umfeld Einfluß nimmt. „Das Fundament dieses Landes bilden die Hüttenbewohner und nicht die Schloßbewohner." (Khomeini am 10. November 1979) Was die westliche Berichterstattung als Ideen eines „fanatisierten, reaktionären Greises" zu verteufeln sucht, hat sich in der iranischen Wirklichkeit als eine sozial-revolutionäre Gesellschaftsauffassung, die unter der Fahne des Islam kämpft, erwiesen. Ein Kompromiß mit dem Schah-Regime und dem US-Imperialismus war und ist für Khomeini undenkbar. Nach dem Sturz des Pahlewi-Regimes erhielt die islamische Bewegung eine neue Funktion: Ehemals Kampfinstrument gegen eine despotische Ordnung wurde sie nun zu einem Stützpfeiler beim Aufbau einer Gesellschaft, die die Interessen und Ziele der bisher ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten verwirklichen soll. In diesem Zusammenhang konnte Khomeinis Interpretation des Islam ihren Masseneinfluß ausbauen.

Die Volksverbundenheit Khomeinis hat sich auch in der Konsequenz erwiesen, mit der der Ajatollah nach dem Sieg der Revolution trotz aller Schwierigkeiten *innenpolitisch* für die Verankerung

demokratischer Rechte und Freiheiten sowie die Entwicklung eines eigenständigen ökonomischen Konzeptes und *außenpolitisch* für einen Kurs der Blockfreiheit und des Antiimperialismus eingetreten ist. Die nach der Revolution eingesetzte „provisorische Regierung" unter Mehdi Bazargan folgte dieser antiimperialistisch-demokratischen Konzeption nur sehr zögernd. In wesentlichen Fragen versuchte sie gegenzusteuern. Es entstand eine Art Doppelherrschaft. Die Regierung Bazargan fungierte mehr oder weniger offen als Interessenvertretung der liberalen Bourgeoisie. Sie war nicht einmal gewillt, Militärverträge zwischen dem Schah-Regime und den USA zu annullieren, deren Substanz in der Militarisierung des Irans auf der Basis der „Nixon-Doktrin" bestand. (Die „Nixon-Doktrin" ging bekanntlich davon aus, unter Beibehaltung des US-amerikanischen Vorherrschaftsanspruchs einen Teil der militärischen Aufgaben auf die Verbündeten in der jeweiligen Region – im mittleren Osten in erster Linie auf den Iran – abzuwälzen, sie also quasi zu ihren Statthaltern zu machen.) Daß der Kurs der Regierung Bazargan nach der Revolution zehn Monate lang keine entscheidene revolutionäre Umwälzung zuließ, ermutigte die verschiedensten Kräfte der Reaktion. Angriffe auf Büros antiimperialistischer Parteien und Organisationen, ökonomische Sabotage (z. B. Sprengung von Ölleitungen) und konterrevolutionäre Aktivitäten in Kurdistan, Khusistan und Aserbeidschan bestimmten in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres immer mehr die politische Atmosphäre. Die drohende Rechtsentwicklung bewirkte eine wachsende Unzufriedenheit.

Ajatollah Khomeini verlieh in dieser Situation der Volksstimmung Ausdruck und Orientierung, als er kurz vor der Botschaftsbesetzung am 4. November 1979 zu Massenaktivitäten aufrief, um die iranische Revolution zu verteidigen. Gleichzeitig erklärte er die Regierung Bazargan unmißverständlich für „nicht revolutionär". Die Botschaftsbesetzung wurde dann zum Katalysator für die von Khomeini geforderte Massenbewegung. Ihr erstes Resultat: Der Rücktritt der Regierung Bazargan nach einem Geheimtreffen zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Ex-Außenminister Yazdi und Carters Sicherheitsberater Brzezinski in Algier im November 1979. Die Besetzung der amerikanischen Botschaft – „Haus der Spione", wie die Iraner sie nennen – war ein entscheidender Schlag gegen die von CIA-Agenten organisierte und angeleitete innere Konterrevolution. „Das iranische Volk hat sich erhoben, um zu verhindern, daß dieses Spionagenetz im Iran seine subversive Tätigkeit weitertreibt." (Khomeinis Grußbotschaft an die Botschaftsbesetzer vom 17. November 1979) Der Ajatollah charakterisierte die neue Entwicklung als „eine Revolution, größer als die erste" und forderte das iranische Volk auf, die „Wurzeln des US-Imperialismus" im Iran zu beseitigen. In der Folge der Botschaftsbesetzung festigte sich somit die politische Position Khomeinis.

Bani Sadr, der damalige Außenminister, vertrat andere Positionen. Seine Gegnerschaft zu dem von den Botschaftsbesetzern praktizierten Kurs führte zu seiner Ablösung. Auch heute gibt es zwischen dem mittlerweile zum Präsidenten avancierten Bani Sadr und der Revolutionsführung anhaltende Differenzen. Während die überwiegende Mehrheit des iranischen Volkes der „Linie des Imam" folgt, versucht auf der anderen Seite Präsident Bani Sadr zwischen Khomeini und dem Revolutionsrat seine eigene politische Stellung zu sichern und zu stabilisieren. Hinter den Präsidenten stellen sich Kräfte der privilegierten Kleinbourgeoisie und der sich wieder organisierenden liberalen Bourgeoisie, die versuchen, ihn für ihre Interessen gegen die Politik Khomeinis einzusetzen. Der Kampf zwischen den beiden „Machtlagern" wird verdeckt geführt. Vor diesem Hintergrund ist es zu sehen, wenn Khomeini als „kommuni-

stisch beeinflußt", als eine Figur in der Hand der Tudeh-Partei dargestellt wird. (Vgl. z. B. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 10. April 1980) Bani Sadr behauptet, daß die Studenten in der amerikanischen Botschaft von der Tudeh-Partei beeinflußt seien.

Diese politischen Manöver haben zum Ziel, die iranische Volksbewegung zu spalten und u. U. einen Angriff zu legitimieren. „Es ist notwendig, jegliche Meinungsverschiedenheiten, die durch unsere Feinde entstehen, zu vermeiden. Meine Brüder! Heute ist jede Differenz im Interesse der Vereinigten Staaten und anderer ausländischer Mächte. Sie sind es, die von unseren Differenzen profitieren und uns unterjochen wollen." (Botschaft Khomeinis an die Kurden vom 10. November 1979) Die Studenten in der besetzten amerikanischen Botschaft wissen Khomeinis Haltung zu schätzen und stärken seine Stellung gegenüber dem Präsidenten im Revolutionsrat, indem sie die Bevölkerung immer wieder zur Solidarität mit Khomeini und zur aktiven Teilnahme am politischen Geschehen auffordern. Alle Versuche des Präsidenten und des Revolutionsrates, den Studenten die Aufsicht über die Geiseln in der US-Botschaft zu entziehen, scheiterten bisher an Interventionen Khomeinis und vor allem an der Aktivität der Bevölkerung, die sich immer wieder hinter Khomeini und die Studenten stellte.

Daß Bani Sadr bei der Präsidentenwahl 70% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, bedeutet (wie sich immer deutlicher erweist) keineswegs, daß er in der Lage wäre, der Führung der Revolution seine politische Richtung aufzuzwingen. Die seinerzeitige Stimmenmehrheit für Bani Sadr ist auf drei Faktoren zurückzuführen:

– Differenzen zwischen den verschiedenen Flügeln innerhalb der islamisch-republikanischen Partei. Keiner der beiden Flügel dieser Partei – weder die Rechten noch die Linken – hatten rechtzeitig einen im Volk populären Kandidaten gefunden.

– Nach dem Sieg der Revolution hatte Bani Sadr es zunächst vermieden, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Durch volkstümliche Auftritte konnte er eine gewisse Popularität gewinnen. Hinzu kam, daß er kurz vor den Präsidentschaftswahlen als Finanz- und Wirtschaftsminister eine neue Finanzpolitik, d. h. eine weitgehende Zinsentlastung, versprach.

– Nur zwei Kandidaten hatten am Vorabend der Wahl Chancen, gewählt zu werden: Bani Sadr und Admiral Madani. Madanis Verbindung zu den USA, die kurz vor den Wahlen aufgedeckt wurde, trieben die Massen in die Arme Bani Sadrs.

Die gewaltige Stimmenmehrheit Bani Sadrs bei den Präsidentschaftswahlen ist jedoch, wie sich mittlerweile bei den Parlamentswahlen deutlich gezeigt hat, keine wirkliche Machtbasis. Es zeichnet sich ab, daß der Präsident im künftigen Parlament eine klare Mehrheit aus der islamisch-republikanischen Partei gegen sich haben wird.

Nachdem den USA durch die Besetzung ihrer Botschaft die wichtigste Basis im Lande selbst genommen war, legten sie den Schwerpunkt ihrer konterrevolutionären Aktivitäten auf die Aggression von außen: Boykottmaßnahmen, Sperrung der iranischen Gelder in den USA, militärische Drohungen, Unterstützung konterrevolutionärer Aktivitäten in verschiedenen Landesteilen und Ermutigung der expansionistischen Politik der Baath-Regierung im Irak – und nicht zuletzt die kürzlich blamabel gescheiterte militärische „Aktion Blaulicht". Gegenwärtig ziehen die USA im arabischen Meer eine einmalige Flottenkonzentration zusammen, d. h. sie drohen offen mit einem militärischen Angriff. Dies ist zugleich eine Demonstration der „Carter-Doktrin", mit der die USA den Anspruch auf Hegemonie über die gesamte Region des Nahen

und Mittleren Ostens erheben. Der Konflikt zwischen Irak und Iran erlaubt es Carter, den Irak für seine Ziele einzusetzen. Falls es zum Krieg zwischen den beiden Ländern kommen sollte, wollen die USA, wie sie bereits offen verkündet haben, den Irak unterstützen. Parallel zu dieser Aggression von außen wird auch im Inneren neue Unruhe erzeugt. Die Provokation von Auseinandersetzungen in den Universitäten hatte zum Ziel, die Massen von der amerikanischen Bedrohung abzulenken und die Bevölkerung gegen die fortschrittlichen Studenten aufzuputschen. Obwohl der Revolutionsrat allen studentischen Gruppen befahl, ihre Büros in den Universitäten innerhalb von drei Tagen zu schließen, während die Bevölkerung zu Entschärfung der Situation aufgefordert wurde, innerhalb dieser Frist die Universitäten nicht zu betreten, gelang es konterrevolutionären sowie in der Folge ultralinken und maoistischen Gruppierungen, wiederholt bewaffnete Auseinandersetzungen in den Universitäten auszulösen. Deren Besetzung durch sogenannte Anhänger der islamisch-republikanischen Partei – eine Aktion, die sogar dem Präsidenten Bani Sadr aufgezwungen wurde – forderte im ganzen Lande etwa 40 Tote. Die sogenannte „Islamisierung der Universitäten" bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als einen Angriff auf die demokratischen Freiheiten.

Die Strategie der Konterrevolution verläuft zweigleisig: Über die äußere Aggression und über die Spaltung der Kräfte im Innern und das Ausspielen der Völker Irans gegeneinander. Vor diesem Hintergrund ist z. B. der Konflikt in Kurdistan zu sehen. Sowohl in Kurdistan als auch in der Teheraner Regierung gibt es Kräfte, die an der Verschärfung dieses Konflikts interessiert sind. Die Regierung Bani Sadrs hat es bis heute versäumt, den gerechten Forderungen des kurdischen Volkes nach Autonomie – bei Anerkennung der territorialen Integrität des Irans – nachzukommen. Dies gab chauvinistischen Gruppen unter den Kurden wie auch Ultralinken, z. B. der maoistischen „Kumuleh-Partei", ein Alibi, um gegen die iranische Revolution generell aktiv zu werden. Wie in der amerikanischen Botschaft gefundene Dokumente beweisen, wurden und werden sie massiv von Seiten der USA wie des Irak unterstützt. Auf der anderen Seite schüren reaktionäre Elemente, die sowohl in der Teheraner Regierung wie auch in der Armee Unterschlupf gefunden haben, den Konflikt, indem sie rücksichtslos mit Waffengewalt gegen die kurdische Bevölkerung vorgehen.

Die inneren und äußeren Gegner der iranischen Revolution lassen nichts unversucht, die Linie Khomeinis zu diskreditieren und der beispiellosen antiimperialistischen Volksbewegung, die den Sturz des Schah-Regimes nun bereits mehr als ein Jahr überdauert hat, die Spitze zu nehmen.

Anusch Hadawi, Teheran

Kursänderung in Nicaragua?

Der Rücktritt des mehrfachen Millionärs und Präsidenten der Unternehmerpartei, Robelo, aus der fünfköpfigen Regierungsjunta hat in einem Teil der bundesrepublikanischen Medien zu erneuten Spekulationen über den weiteren Weg der nicaraguanischen Revolution geführt.

So sieht z. B. der Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" Nicaragua endgültig auf dem Weg „zur sozialistischen Volksrepublik unter sowjetischer Vorherrschaft"[1]).

Ursachen und Implikationen des Rücktritts von Robelo und die Rolle der nicht-

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 28. 4. 1980.

somozistischen Bourgeoisie lassen sich allerdings nur auf dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung der nicaraguanischen Revolution diskutieren.

Somozas Sturz am 17. Juli vergangenen Jahres war sowohl das Ergebnis der Stärke des von den Sandinisten geleiteten Volksaufstandes, als auch eines klugen politischen Taktierens der FSLN[2]).

So waren Anfang Juli 1979 zwar der Großteil des Landes und die meisten Städte befreit, aber die Eliteeinheiten der Nationalgarde waren noch im wesentlichen intakt und verfügten über starke Bastionen an strategisch wichtigen Punkten.

In dieser Situation nahm die auf Initiative der FSLN gebildete Exilregierung, die spätere Regierungsjunta, die aus Violetta Chamorro und Alfonso Robelo als Repräsentanten der bürgerlichen Opposition, Moisses Hassan und Daniel Ortega als Repräsentanten der FSLN und der Volksorganisation sowie dem bekannten nicaraguanischen Schriftsteller Sergio Ramirez bestand, Kontakt zu den USA auf.

In langen und zähen Verhandlungen erreichte die Exilregierung, daß die USA Somoza praktisch zum Rücktritt zwangen, was die völlige Demoralisierung der auf Somoza eingeschworenen Eliteeinheiten der Nationalgarde zur Folge hatte.

Der FSLN gelang es, das Zentrum von Managua einzunehmen, viel Blutvergießen, weitere Zerstörungen und Hungersnöte konnten so verhindert werden.

Die relativ starke Repräsentanz von Vertretern des Bürgertums in der Junta, die in keinem Verhältnis zu deren Rolle im Widerstandskampf und zu deren Ansehen in der Bevölkerung stand, erklärt sich so zum einen aus einer gewissen Rücksichtnahme auf die Interessen der USA. Darüber hinaus traten Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Weg der Revolution – angesichts der Existenz von über 150 000 Flüchtlingen, Sachschäden von über 500 Mio. Dollar, drohender Hungersnöte aufgrund nichterfolgter Aussaat und der Existenz von 1,6 Mrd. Dollar Auslandsschulden – zunächst in den Hintergrund[3]).

In der Zusammenarbeit mit wesentlichen Kräften der Bourgeoisie sah zumindest ein großer Teil der FSLN eine Garantie für die Mobilisierung des Know hows der nicaraguanischen Unternehmer im Wiederaufbau und für die Bereitstellung von umfangreichen Krediten aus den entwikkelten kapitalistischen Ländern.

Die Prioritäten des von allen ehemaligen Oppositionskräften gemeinsam getragenen Regierungsprogramms lagen auf der Sicherstellung der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, der Gewährleistung einer ausreichenden medizinischen Versorgung, der Ankurbelung des Wohnungsbaus, der Agrarreform und der Durchführung einer Alphabetisierungskampagne im Jahre 1980. Diese Prioritäten finden sich heute auch im Anfang Januar vorgelegten „Plan 80" zur Wiederankurbelung der Wirtschaft wieder. Die für 1980 in diesem Plan fixierten Zielsetzungen sind:

– Erreichung des Sozialproduktes von 1978 (Das 79er BIP lag um 25 % unter dem von 1978 und entsprach real und pro Kopf dem von 1962.)

– Schaffung von 97 000 Arbeitsplätzen zum Abbau einer Arbeitslosigkeit von derzeit über 30 %;

– Senkung der Inflationsrate von 60 auf 19 %;

– Ankurbelung der Exportproduktion zur Finanzierung des notwendigen Imports von Grundnahrungsmitteln und Ausrüstungsgütern für die Landwirtschaft und den Wohnungsbau[4]).

Dieser Plan sollte auf der Basis einer gemischten Wirtschaft mit starker ökonomischer Stellung des Staates realisiert werden.

2) FSLN – Frente Sandinista de Liberación Nacional.

3) Zu den Zahlen vgl. CEPAL-Bericht zu Nicaragua in: „Comercio Exterior", Vol. 29, Nr. 9, S. 1020 ff.

4) Vgl. „Nachrichten für den Außenhandel" v. 24. 1. 1980.

So wurden zwar der Bergbau, die Banken und Versicherungen und der Großgrundbesitz Somozas nationalisiert, aber 75 % der industriellen und 80 % der landwirtschaftlichen Produktion blieben in Privatbesitz.

Der Staat greift in diesem Konzept vor allem über sein Außenhandelsmonopol, das nationalisierte Bankwesen (Kreditvergabe), Preisfestsetzungen und eigene Infrastrukturinvestitionen lenkend in die Privatwirtschaft ein.

Insbesondere zur Finanzierung der erheblichen staatlichen Investitionen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, Erziehung, Gesundheit, Wohnungsbau und Landwirtschaft sieht der Plan eine Kreditaufnahme im Ausland von mindestens 450 Mio. Dollar für 1980 vor [5]).

Beurteilt man die Realisierung des Regierungsprogramms knapp ein Jahr nach dem Sieg der Revolution, so läßt sich eine beachtliche Erfolgsbilanz aufstellen:

1. Die Konsolidierung der Revolution durch die völlige Zerschlagung des somozistischen Machtapparates, den Aufbau einer sandinistischen Polizei und eines sandinistischen Volksheeres sowie neuerdings von sandinistischen Volksmilizen, führte zur fast völligen Unterbindung von bewaffneten konterrevolutionären Aktionen. Die FSLN konnte dabei ihre Stellung in der Regierung festigen und ausbauen.

2. Mit der Abschaffung der Todesstrafe, der Festsetzung einer Höchststrafe von 30 Jahren, der Gewährleistung von ordentlichen Gerichtsverfahren und der Entwicklung von speziellen Resozialisierungsprogrammen schuf die Revolution die Voraussetzungen für eine spätere gesellschaftliche Wiedereingliederung der ehemaligen Nationalgardisten.

3. Auf dem Wege zur Sicherstellung der Befriedigung der wichtigsten Grundbedürfnisse der Bevölkerung wurden erste wichtige Erfolge erzielt:

– Die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln konnte sichergestellt werden. Auch wenn es immer wieder Knappheitssituationen und Schlangen gibt, so ist die Versorgungslage zumindest der ärmsten Bevölkerungsschichten nach Ansicht von Beobachtern heute schon besser als in den Nachbarländern[6]).

– Durch landesweite Impfaktionen konnten wichtige Erfolge im Kampf gegen Infektionskrankheiten erzielt werden.

– Die Gesundheitsversorgung ist für die ärmsten Bevölkerungsschichten kostenlos und erreicht erstmals die ländlichen Regionen.

– Die hygienischen Verhältnisse haben sich insbesondere durch die Selbsthilfe der in den sandinistischen Verteidigungskomitees organisierten Slumbewohner teilweise deutlich verbessert.

– Die geplante Alphabetisierungskampagne – innerhalb von 5 Monaten sollen 1 Million Nicaraguenser durch 200 000 Arbeiter, Schüler und Studenten im wesentlichen alphabetisiert werden – wurde trotz logistischer Probleme und mangelnder Hilfe aus dem Ausland planmäßig begonnen.

Neben diesen Erfolgen sind jedoch auch die inneren und äußeren Schwierigkeiten und Widersprüche zu sehen, mit denen sich die nicaraguanische Revolution in zunehmendem Maße konfrontiert sieht.

1. So hält sich ein Großteil der Unternehmer bisher aufgrund der „unsicheren Zukunftsaussichten" weitgehend mit Investitionen zurück, obwohl ausreichende Finanzmittel vorhanden sind. Diese Unternehmer verlangen von der FSLN Garantien für die weitere Entwicklung, wie z. B. den totalen Stopp von Verstaatlichungen oder die Installation eines bürgerlich-parlamentarischen Regierungssystems, die diese nicht gewillt ist zu geben.

5) Vgl. „Le Monde" v. 4. 1. 1980.

6) Vgl. den demnächst im Lateinamerikajahrbuch des Verlags Olle und Wolter erscheinenden Artikel von Michael Rediske.

2. Insbesondere bestimmte Kreise der Bourgeoisie nutzen die gespannte wirtschaftliche Lage, um gezielt Knappheitssituationen zu erzeugen, die dann die Unfähigkeit der Staatsunternehmen, die Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Nahrungsmitteln sicherzustellen, demonstrieren sollen. So wird das Gerücht in Umlauf gesetzt, Salz sei knapp, bis durch Hamsterkäufe und Spekulationen tatsächlich eine Knappheit von Salz eintritt[7]).

3. Auf der anderen Seite nutzen linkssektiererische Gruppen, die kaum Anteil am Befreiungskampf hatten, bestimmte Maßnahmen der Regierungsjunta für den Versuch, Teile der Arbeiterschaft in einen Gegensatz zur FSLN zu bringen. So versuchten sie, Streiks für die Forderung nach einem Inflationsausgleich zu organisieren, während die Regierung gerade im Interesse der großen Zahl der Marginalisierten, die über keinerlei feste Anstellung verfügen, die Inflation durch einen allgemeinen Lohn- und einen weitgehenden Preisstopp unter Kontrolle bekommen will.

4. Zu diesen inneren Schwierigkeiten kommt, daß die Hilfe der hochentwickelten kapitalistischen Staaten weit unter den Erwartungen blieb. Außer einer Tochter der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, die einen Kredit in Höhe von 180 Mio. Dollar bewilligt hat, blieben die Kreditzusagen niedrig[8]).

So stellte die Bundesregierung für 1980 leiglich 34 Mio. DM als Hilfe zur Verfügung[9]). Die USA sperrten ihren zunächst zugesagten Kredit in Höhe von 75 Mio. Dollar im Rahmen der von Brzezinski durchgesetzten allgemeinen Wendung zu einer verstärkten Konfrontationspolitik[10]). Sie rüsten stattdessen den Nachbar Honduras mit dem modernsten militärischen Gerät aus und bewaffnen größere Gruppen ehemaliger Nationalgardisten in Honduras und Guatemala.

Die entscheidenden Hilfeleistungen kamen bisher vielmehr aus Kuba, das Tausende Lehrer, Ärzte und Experten zur Verfügung stellte, und aus Ländern wie Mexiko und Venezuela, die sich vertraglich verpflichteten, Öl zu Vorzugspreisen zu liefern und ebenfalls zahlreiche Lehrer, Techniker und Ärzte schickten.

Die Investitionsunlust der Unternehmer, die ausbleibenden Kredite und der verstärkte politische und militärische Druck der USA auf alle progressiven Regierungen im Bereich Mittelamerikas und der Karibik dürfte dazu führen, daß die FLSN ihre bisherige Strategie, die auch Unnachgiebigkeit gegenüber bestimmten Forderungen nach weitergehenden revolutionären Maßnahmen (wie Enteignungen usw.) im Interesse der Aufrechterhaltung des Regierungsbündnisses beinhaltete, teilweise ändert. Steuererhöhungen für Privatbetriebe, eine Aufwertung der Rolle der Massenorganisationen, die im zu bildenden Staatsrat die Mehrheit der Sitze erhalten sollen, und der Rücktritt Robelos deuten in diese Richtung.

Der kürzliche Besuch von hochrangigen Regierungs- und FSLN-Delegationen in zahlreichen blockfreien und sozialistischen Staaten und die dort erfolgten Hilfszusagen dürften in diesem Zusammenhang die Bereitschaft und den Willen der FSLN gefördert haben, die Revolution auch dann voranzutreiben, wenn dies auf Kosten des Bündnisses mit einem Teil des Bürgertums geht.

Wie weit eine solche Kursänderung geht und inwieweit sie eine deutliche Änderung ders Konzeptes der gemischten Wirtschaft impliziert, bleibt abzuwarten.

Roger Peltzer

7) Vgl. ebenda.
8) Vgl. Sendung v. Ansgar Skriver am 2. 5. 1980 im I. Programm des WDR.
9) Vgl . FAZ v. 29. 4. 1980.
10) Vgl. FAZ v. 3. 5. 1980.

Die Rolle der Bundesrepublik in der gegenwärtigen internationalen Krise*)

Von Gerhard Stuby

1. Zwei Tendenzen in anhaltender Auseinandersetzung

Daß die – politische – Entspannung sich in den 70er Jahren zur vorherrschenden Tendenz in den Ost-West-Beziehungen entwickeln konnte, war, woran gerade angesichts der gegenwärtigen Krise erinnert werden muß, das Ergebnis eines mühsamen und alles andere als widerspruchsfreien Prozesses. Diese Entwicklung war immer wieder von Rückschritten bedroht, oft überlappten sich Spannungs- und Entspannungstendenzen. Besonders signifikant ist die Tatsache, daß je stärker sich die politischen Entspannungstendenzen entwikkelten – eine Widerspiegelung dieses Vorganges war die Serie der zwei- und mehrseitigen Vereinbarungen und die Herausbildung völkerrechtlicher Grundsätze auch im neuralgischen Abrüstungsbereich –, desto forcierter das Wettrüsten betrieben wurde[1]).

Da zwischen politischer Entspannung und militärischer Abrüstung, wie oft von den verschiedensten Seiten her festgestellt[2]), eine enge Wechselbeziehung besteht, muß es zu einer Stagnation, wenn nicht sogar zu einer Rückentwicklung des Entspannungsprozesses kommen, wenn die Entwicklungsschere zwischen beiden Polen zu sehr auseinanderklafft. Welches sind nun die Gründe des gegenwärtigen Zurückdrängens der Entspannungstendenz?

Drei Faktorenbereiche, ihr innerer Wandel wie die Wechselbeziehungen zwischen ihnen, dürfen nicht aus den Augen gelassen werden. Nach wie vor sind die USA im westlichen Bereich die Führungsmacht. Innere US-Probleme wirken sich daher sehr unmittelbar auf die internationalen Prozesse aus. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme sind in den USA nicht geringer geworden, sie erhalten eine besondere subjektive Zuspitzung im Wahljahr[3]).

Die inneren Widersprüche im westlichen System, insbesondere die Kräfteverschiebung im Dreieck USA – Westeuropa – Japan, nehmen auf allen Ebenen zu. Politische Verselbständigungstendenzen verstärken sich vor allem in

*) Vgl. auch den Aufsatz Gerhard Stubys in Heft 4/1980 der „Blätter", S. 397–412 („Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung"), an den der nachstehende Beitrag anschließt. D. Red.

1) Zum neuesten Stand des Wettrüstens vgl. Dieter S. Lutz, Die KSZE im Geflecht anderer internationaler Handlungssysteme und Organisationen, in: Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE, hrsg. von Delbrück, Ropers, Zellentin, Köln 1977, S. 41 f. m. w. Nachw.

2) Zum Verhältnis von Entspannung und Abrüstung vgl. v. Bredow, Politische Voraussetzungen und Möglichkeiten der Abrüstung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland, in: v. Bredow, Kade (Hrsg.), Abrüstung. Ökonomische Folgen. Aufgaben der Wissenschaftler, Köln 1978, S. 22 ff, insbes. S. 45 f. m. w. Nachw. Skeptisch gegenüber den Rüstungsvereinbarungen vgl. z. B. Dieter Senghaas, Volker Rittberger, Burghardt Luber, MBFR: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle? in: Bielfeldt u.a., Frieden in Europa? Zur Koexistenz von Rüstung und Entspannung, Reinbek 1973, S. 77 f.

3) Vgl. hierzu Bernd Greiner, „Aggressiv, natürlich auf friedliche Weise". Die Außenpolitik der Carter-Administration, in: „Blätter", 3/1980, S. 268 ff.

Westeuropa. Hier ist eine zunehmende Hegemonieposition der Bundesrepublik nicht zu verkennen. – Die globalen Positionen der USA und der herrschenden Klassen im westlichen System insgesamt, allein ab 1975, haben sich trotz des Spiels mit der chinesischen Karte rapide verschlechtert. Offene oder verdeckte Interventionen vermochten den Umbruch in Angola, Äthiopien, Iran, Nicaragua, um nur einige Beispiele zu nennen, nicht aufzuhalten[4]). – Vor allem der Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der allein unter dem Rohstoffgesichtspunkt immer größere Wichtigkeit erlangt, läßt sich nur mit Mühe in der alten Form aufrechterhalten. Je drückender die Probleme des ökonomischen Rückstandes der Entwicklungsländer im Vergleich mit den durch die wissenschaftlich-technische Revolution steigenden Möglichkeiten werden, um so radikaler, aber in ihrer Stoßrichtung immer stärker auf den ökonomischen Lebensnerv des Imperialismus[5]) gerichtet, werden die Forderungen der Entwicklungsländer.

Nun hat der Entspannungsprozeß die Regulierungsmöglichkeiten dieser Widersprüche im Sinne der Westmächte insgesamt nicht verbessert. Vor allem die bei der Propagierung der flexibleren Anpassungslinie an die neuen Tendenzen formulierten Hoffnungen auf Evolutionen im Sinne von Aufweichungserscheinungen der verschiedensten Art in den sozialistischen Ländern und damit verbunden eines Zurückdämmens der nationalen Befreiungsbewegungen haben sich nicht erfüllt[6]). Die Vertreter der Linie, die sich gegen die Aufhebung der Kalten-Kriegs-Strategie stemmten, behielten in diesem Punkt recht[7]). Die „flexiblen Realisten" – oft vereinen sich beide Tendenzen in einer Person wie zum Beispiel bei H. Kissinger oder Z.K. Brzezinski[8]) haben sich insofern auch belehren lassen. Die Basis ihrer Strategie stand zudem nie in Frage. Denn der Einsatz des militärischen Potentials als Mittel der Politik sollte auf keinen Fall vernachlässigt werden. Zwar schätzten sie das militärstrategische Gleichgewicht als Faktum realistischer ein als die notorischen Kalten Krieger. Dies galt aber nur, solange keine Möglichkeit bestand, eine – wenn auch nur zeitweilige – militärische Überlegenheit zu erlangen. Solange eine auch nur partielle Überlegenheit in bestimmten Waffenbereichen erhalten oder ausgebaut werden konnte, sollte dies aus zwei Gründen auch geschehen. Einmal, um die sozialistischen Länder „tot"zurüsten. Die nachteiligen ökonomischen Rückwirkungen des Wettrüstens in den westlichen Län-

4) In dem bezeichnenden Buchtitel von Norman Podhoretz, Making the world safe for communism, in: „Commentary" 61 (1976), S. 31 ff. kommt die Angst vor dem Zerbröckeln letzter Bastionen zum Ausdruck.

5) Was nicht heißen soll, daß diese Politik gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung gerichtet sein muß, wie es in den Analysen des Club of Rome dargestellt ist. Vgl. z. B. den Diskussionsbeitrag des Koautors des zweiten Berichtes des Club of Rome, Prof. Mesarovic, Verknappung und die Neue Weltwirtschaftsordnung, in: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.), Die Neue Internationale Wirtschaftsordnung in der Diskussion, Bonn 1976, S. 43 ff.

6) So vertrat z. B. noch 1966 Brzezinski die flexiblere Position. Vgl. Z. K. Brzezinski, S. P. Huntington, Politische Macht USA/UdSSR. Ein Vergleich, Köln 1966.

7) In der Bundesrepublik ist dies in erster Linie der Flügel der CDU/CSU, der in Strauß seinen Repräsentanten sieht; hierzu Erich Eisner, Das europäische Konzept von Franz-Josef Strauß. Die gesamteuropäischen Ordnungsvorstellungen der CSU, Meisenheim/Glan 1975.

8) Ein Ausdruck der flexiblen Taktik von Kissinger ist seine sogenannte Linkage-Theorie. Vgl. zur Kritik aus konservativer Sicht Hans-Peter Schwarz, Die Alternative zum Kalten Krieg? Bilanz der bisherigen Entspannung, in: Schwarz/Meisner, Entspannungspolitik in Ost und West, Köln/Berlin/München 1979, S. 144.

dern selbst betrachtete man als regulierbar[9]). Zum anderen strebte man die Erhaltung der partiellen Überlegenheit an, um von dieser eingeschränkten Höchstposition aus jederzeit die Möglichkeit einer technologischen Entwicklung zur Gesamtüberlegenheit schnell und effektiv auszunutzen.

Hier spielen die waffentechnologischen Entwicklungen der letzten Jahre im Kontext des NATO-Langzeitprogramms eine große Rolle[10]). Mit der Stationierung der neuartigen nuklearen Waffensysteme mittlerer Reichweite in Westeuropa und eventuell später auch in China oder in anderen nahe der Sowjetunion gelegenen Bereichen hält man es zumindest für eine kurze Zeit, kombiniert mit dem Einsatz der verbesserten amerikanischen vertunnelten MX-Raketen für möglich, die nukleare Zweitschlagkapazität der UdSSR ganz oder teilweise so außer Funktion zu setzen, daß die USA selbst nur unwesentlich tangiert würden. Das ist sicherlich letztlich ebenso illusionär wie die Strategie der „Flexible response"[11]). Die Illusion potentieller militärischer Gesamtüberlegenheit kann jedoch zum objektiven Handlungsantrieb der herrschenden Kräfte werden; und dies umso mehr, als andere Machtfaktoren zusehends abbröckeln. Vor diesem Hintergrund gewinnt ein Wahlkampfjahr in den beiden westlichen Hauptländern, wo die taktischen Winkelzüge der Opponenten eine gravierende Bedeutung haben, einen großen Stellenwert.

Die in den letzten Jahren betriebene Zurückdrängung des politischen Entspannungsprozesses durch direkte oder indirekte propagandistische Schürung vor allem regionaler Konflikte hat eine doppelte Funktion:

Nach innen – und dies gilt sowohl für die USA als auch für die Bundesrepublik – soll durch das Syndrom der sowjetischen Bedrohung eine massenpsychologische Basis von „Gemeinsamkeit" und „Solidarität" erzeugt werden. Die nach wie vor bestehenden latenten Ängste vor einer sowjetischen Bedrohung, die im Entspannungsprozeß zwar relativiert, aber nicht wirklich abgebaut werden konnten, sind in der faktisch unbeschränkten Macht über die Massenmedien verhältnismäßig leicht zu manipulieren. Ebenso leicht erscheint es unter solchen Bedingungen, die unmittelbar spürbaren Auswirkungen der Energiekrise, Inflation usw. bei der arbeitenden Bevölkerung, aber auch bei den Mittelschichten, der neu entstandenen Lage zuzuschreiben.

Nach außen, insbesondere mit Stoßrichtung auf Westeuropa, ist diese Strategie mehrschichtig angelegt. Zunächst hat sie eine Auffangfunktion hinsichtlich der zentrifugalen Bewegungen im westlichen System selbst. Kombiniert mit ökonomischen, politischen und militärischen Druck soll unter dem Deckmantel von „Gemeinsamkeit" und „Solidarität" das Aufrüstungsprogramm der NATO durchgezogen werden, wobei beabsichtigt ist, einen größeren Teil

9) Zu den Auwirkungen der Hochrüstung im Kapitalistischen System vgl. Peter Klein, Klaus Engelhardt, Weltproblem Abrüstung. Politische und ökonomische Probleme des Ringens um Abrüstung, Berlin (DDR) 1979, S. 144.

10) Hierzu Gunnar Matthiessen, Neues Wettrüsten oder Abrüstung in den 80er Jahren, in: „Marxistische Blätter", 2/1980, S. 16 ff.

11) Zur Illusion der Strategie der „Flexible reponse" vgl. Horst Afheldt, Verteidigung und Frieden. Politik mit militärischen Mitteln, München 1976.

der finanziellen Bürde als bisher vorgesehen auf die westeuropäischen Länder abzuschieben. Bestimmte Selbständigkeitstendenzen, durchaus verbunden mit globalen Hegemonieansprüchen wie z. B. in der BRD, werden als Auffanglinie mit einkalkuliert. Der reaktionärste Teil des militärisch-industriellen Komplexes der USA spielt auf dem Hintergrund der skizzierten Illusion, ein zeitweiliges militärisch-strategisches Übergewicht erlangen zu können, mit dem Gedanken, einen nuklearen Brand in Europa oder auch im chinesisch-sowjetischen Teil Asiens entstehen zu lassen und dabei selbst weitgehend ungeschoren davon zu kommen. (Abkopplungsstrategie)[12]). Solche Überlegungen stoßen in einem Land, dessen Bevölkerung die Vernichtungskraft moderner Waffen nicht am eigenen Leibe zu spüren bekommen hat, nicht in dem gleichen Umfang auf Ablehnung wie in Europa.

Es fragt sich jedoch, ob derartige Überlegungen, die, wenn man das Gelingen der Abkopplungsstrategie unterstellt, einen gewissen Anschein von Rationalität für die USA haben mögen, für Europa, insbesondere die Bundesrepublik, allein schon vom nackten Überlebensgesichtspunkt her gesehen, Bestand haben können.

2. Amerikanische Globalstrategie und Außenpolitik der sozialliberalen Koalition

Obwohl die „neue Ostpolitik", was die Intention der führenden Kräfte der sozialliberalen Koalition und der hinter ihr stehenden gesellschaftlichen Gruppen der Bundesrepublik anlangt, eine Anpassung an die flexiblere Linie der Globalstrategie der USA darstellte, enthält sie dieser gegenüber einige qualitative Unterscheidungsmomente. Die führenden Kräfte der SPD bezwecken in einem globalen und vor allem langfristigen Rahmen die Überwindung des sozialistischen Weltsystems in seiner gegenwärtigen Form. Die friedliche Koexistenz im Entspannungszustand hat für sie die Funktion, die sozialistischen Länder innerlich durch Kontakt und ideologische Beeinflussung „oppositioneller" Gruppen an die Verhältnisse in Westeuropa anzugleichen. Langfristig ist so auch die staatliche Einheit Deutschlands angestrebt. Diese Ausrichtung auf die innere Veränderung beinhaltet zumindest das positive Moment des militärischen Gewaltverzichtes.

Der militärische Faktor hat daher einen anderen Stellenwert als in der Konzeption der amerikanischen Globalstrategie des „Brückenschlags". Als Hauptbasis der Politik der Stärke ist er zwar nicht völlig beiseite gelegt, wird aber in erster Linie als flankierendes Element betrachtet, nämlich als Mittel wirtschaftlicher Druckausübung auf die sozialistischen Länder und auf die nationalen Befreiungsbewegungen. Einerseits kann man also als Kernstück der Haltung der sozialliberalen Koalition eine gewisse Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Normen des friedlichen Nebeneinanderlebens von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung feststellen. Andererseits ergeben sich im Augenblick der praktischen Umsetzung Wider-

12) Vgl. G. Matthiessen (Anm. 10).

sprüche und Inkonsequenzen. So betonen die führenden Sozialdemokraten auf der Ebene der Sozialistischen Internationale immer wieder, wie wichtig die Abrüstungsfrage für die Fortführung des weiteren politischen Entspannungsprozesses sei. In der Praxis wird jedoch der NATO-Pakt mit all den Implikationen des militärischen Langzeitprogramms nicht nur akzeptiert, sondern aktiv gefördert[13]). Schon auf dem Parteitag von Hamburg im Jahre 1977 wurden auf Druck des Parteivorstandes Anträge abgelehnt, die für ein „Einfrieren" der Rüstungsausgaben der Bundesrepublik eintraten. Auch eine eindeutige Verurteilung der Neutronenwaffe konnte unter diesem Einfluß nicht gefaßt werden. Die Unterstützung des letzten Parteitages in West-Berlin für den NATO-Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik, unter dem massiven Druck des Parteivorstandes liegt auf der gleichen Linie. In dieser Frage reift jedoch angesichts der Veränderungen der amerikanischen Globalstrategie und auch durch den inneren Druck in der Bundesrepublik selbst, wie er in der Nominierung eines Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU zum Ausdruck kommt, eine Entscheidungssituation heran, der vor allem die führenden Kräfte der SPD kaum mehr lange ausweichen können.

3. Perspektiven der weiteren Entwicklung

Nach dem Höhepunkt des Kalten Krieges wurde eine aus der objektiven Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse resultierende Gegentendenz spürbar, etwa im Abschluß des Waffenstillstandes in Korea oder des Staatsvertrages über Österreich, aus der im weiteren Verlauf die Entspannung erwachsen konnte. Ereignisse wie der Zusammenbruch der faschistischen Regime in Griechenland, Portugal und Spanien, aber auch Veränderungen zugunsten der antiimperialistischen Kräfte in Südostasien, Afrika und Lateinamerika (trotz des Rückschlages in Chile, in Ägypten usw.) zeigen den globalen Umfang des Heranreifens dieser Entwicklung. Die sozialökonomische Dynamik der sozialistischen Länder hat trotz aller Schwierigkeiten nicht nachgelassen. Die allgemeine Krise in der kapitalistischen Welt, eingeschlossen die Demoralisierung des Bewußtseins[14]), hat sich vertieft, die Aktionen der demokratischen Kräfte sowohl auf parlamentarischer wie auf außerparlamentarischer Ebene haben zugenommen[15]). Auf dieser Basis konnte sich die politische Entspannung zur vorherrschenden Tendenz entwickeln. Aber auch in dieser Zeit blieben die entspannungsfeindlichen Kräfte erhalten, wenn sie auch eingedämmt waren. Die ständigen Komplikationen während der Verhandlungen zu den Ostverträgen, Herauszögerung eigentlich lösungsreifer Fragen, zum Teil offene Formulierungen in den Verträgen selbst, die bestenfalls ein Patt für den folgenden Interpretationskampf boten, waren Ausdruck dieser Gegentendenz, insbesondere in der Bundesrepublik.

13) Zum NATO-Konzept vgl. Peter Klein, Klaus Engelhardt, Weltproblem Abrüstung (Anm. 9), S. 99 ff.; Jahrbuch: Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin (DDR) 1979, S. 207 ff.

14) Zu diesem Gesichtspunkt Harold Rasch, Entspannung – Jetzt erst recht? in: „Blätter", 2/1980, S. 153 ff. (162).

15) Arkadi Gretschichin, Die kapitalistische Weltwirtschaft 1977, in: Jahrbuch Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin (DDR) 1978, S. 207 ff. (216).

Kann man also auf das Anlaufen der nächsten Entspannungsphase setzen oder handelt es sich bei der gegenwärtigen Krise um eine entscheidende Wende? Das internationale Kräfteverhältnis ist sicherlich nicht schlechter, sondern seine objektiven Grundlagen sind für die Kräfte der Demokratie und des Friedens günstiger geworden. Die stärkere Aktivität der Entspannungsgegner kann insofern aus ihrer Defensivstellung heraus erklärt werden. Die tiefen Einbrüche in ihre Positionen, vor allem in der Dritten Welt, haben ihnen deutlicher vor Augen gestellt als zuvor, daß das Fortschreiten des Entspannungsprozesses vor allem längerfristig ihre überkommenen Positionen untergräbt. Neben der Illusion, in der Waffentechnologie eine reale militärische Überlegenheit erlangen zu können[16]), wirken zwei Ereignisse auf die reaktionärsten Tendenzen des Imperialismus stimulierend: Die Außenpolitik der Volksrepublik China und die Entwicklungen im Nahen Osten[17]). Trotz dieser Momente ist abzusehen, daß den weiteren Entfaltungsmöglichkeiten dieser die Kräfte des Imperialismus stimulierenden Tendenzen Grenzen gesetzt sind, die, wenn man die explosive Lösung ausschließt, die Wiedererlangung einer weltweiten Vorherrschaft aussichtslos erscheinen lassen. Ein Moment ist hier besonders zu unterstreichen: Der Entspannungsprozeß hat auf das öffentliche Bewußtsein in den westlichen Ländern so eingewirkt, daß weder die Beschwörung einer sowjetischen Gefahr" noch irgendwelche Prophezeiungen auch sublimer Art angesichts der Dynamik des sozialistischen Systems die früher gewohnte umfassende Wirksamkeit erreichen können, auch wenn sie durchaus noch einsetzbar bleiben und die Emanzipation vom Antikommunismus erheblich verzögern. Einen Ausweg aus der innerkapitalistischen Krise wie in früheren Zeiten durch kriegerische Konflikte zu suchen, ist im europäischen Bereich nur unter Strafe des eigenen Untergangs möglich, im außereuropäischen Bereich sind der Intervention ebenfalls mehr oder weniger harte Grenzen gezogen. An diesem Punkt setzt der Versuch ein, mit der hochgespielten Afghanistankrise massenpsychologisch das zu erreichen, was man mit dem einige Monate vorher angestellten Versuch der künstlichen Erzeugung einer Kubakrise nicht erreichen konnte. Man will einen Einbruch in die psychische Antikriegshaltung der Bevölkerung erzielen, ein Krieg soll im Lebensgefühl der Massen wieder möglich und wahrscheinlich werden. In den USA geht es vor allem darum, die einschränkenden Wirkungen den „Vietnamtraumas" zu beseitigen.

Es fragt sich jedoch, ob die während der Phase des politischen Entspannungsprozesses gelegten Grundlagen so fest sind, daß sie nicht mehr erschüttert werden können. In Bezug auf die Bundesrepublik, die in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle übernommen hat, erhalten die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie um die Verwirklichung des NATO-Aufrüstungskonzeptes einen großen Stellenwert. Bislang ist es der SPD-Führung stets gelungen, für ihre Konzeption von Entspannung und Si-

16) Dieter S. Lutz (Hrsg.), Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden 1979, S. 67 ff.
17) Zur Außenpolitik der VR China vgl. Autorenkollektiv, Neueste Gechichte Chinas, Berlin (DDR) 1979, insbesondere S. 346 ff.; zum Nahostkonflikt Wolfram Brönner, Separatpolitik im Nahostkonflikt, in: „Blätter", 5/1979, S. 554 ff.

cherheit durch Aufrüstung, d. h. für die NATO-Strategie der „flexiblen Antwort", eine Massenbasis in der Partei zu erhalten. Dies gestattete ihr, Druck, dem sie auf internationaler Ebene, insbesondere innerhalb der Sozialistischen Internationale, ausgesetzt war, durch bloß verbale Wohlverhaltenserklärungen hinsichtlich der Abrüstungsfrage zu parieren.

Einer Nagelprobe, die auch Auswirkungen auf die Massenbasis der Partei in der Bundesrepublik selbst hätte, konnte sie immer wieder ausweichen. Insofern wurden innerparteiliche Diskussionen mit dem Ziel eines alternativen militärischen Strategiekonzepts schon im Entstehungsstadium unterdrückt, zum Teil mit disziplinarischen Mitteln. Das gilt sogar für einen Sicherheitsbegriff, der Wege der Rüstungskontrolle oder gar der Abrüstung eröffnet, ohne die grundsätzliche Orientierung an der NATO-Strategie infrage zu stellen. So haben wissenschaftliche Untersuchungen aus dem Bereich der Friedensforschung[18]) darauf hingewiesen, daß es für die amerikanische Militärstrategie noch sinnvoll sein mag, einen nichtnuklearen Krieg mit konventionellen Massenvernichtungswaffen in Europa zu führen. Aber schon auf dieser Stufe der Kriegsführung bedeutet eine solche Option bei der aktuellen Vernichtungskapazität auch konventioneller Waffen für die Bundesrepublik Selbstmord. Mehrfacher Overkill aber brächte die Stufe der nukleartaktischen Auseinandersetzung, insbesondere bei Einsatz des (an sich strategischen) Mittelstreckenpotentials, dessen Schaffung am 12. Dezember 1979 vom NATO-Rat beschlossen wurde. Da unter diesen Bedingungen die UdSSR ebenfalls die Abschreckungsdoktrin als strategische Konzeption vertreten muß, verstärkt sich die potentielle Bedrohung der Bundesrepublik auf ein unter keinem Gesichtspunkt mehr zu vertretendes Maß[19]). Zu den schon vorhandenen treten zwei neue Gefahrenmomente:

– Bei Ausbruch eines Konfliktes könnte die UdSSR gezwungen sein, zunächst ihre Zweitschlagkapazität auf Europa, insbesondere auf die Bundesrepublik als Hauptstationierungsfeld dieser Waffen zu konzentrieren. Von hier aus nämlich geht für sie allein schon wegen der verkürzten Vorwarnzeit (man spricht von acht Minuten gegenüber 20 bei den Interkontinentalraketen) die unmittelbarste Gefahr aus. Die kurze Vorwarnzeit macht die Gefahr einer Fehleinschätzung von Schritten der Gegenseite noch größer.

– Diese Folge wiederum könnte die USA veranlassen, ihre interkontinentale Zweitschlagkapazität nur im Falle eines unmittelbaren Angriffs mit Interkontinentalraketen aus der Sowjetunion einzusetzen. Als Fortsetzung der Konzeption der Vorne-Verteidigung ist es auch durchaus konsequent, die atomare Schwelle so zu heben, daß die eurostrategischen Waffen unter dem Gesichtspunkt der Auslösung des Zweitschlages in den taktischen Bereich gezogen werden.

18) Basierend auf der sogenannten Weizsäcker-Studie – vgl. C. F. v. Weizsäcker (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1970 – weist auf diesen Gesichtspunkt insbesondere H. Afheldt hin, vgl. H. Afheldt, Verteidigung und Frieden. Politik mit militärischen Mitteln, München 1976.

19) Zur sowjetischen Abschreckungsstrategie vgl. v. Bredow (Anm. 2), S. 33 Anm. 18, wo auf eine unveröffentlichte Studie von Helmut Hubel verwiesen wird.

– Auch wenn man einen vollen Einsatz der Zweitschlagskapazität der USA, kombiniert mit dem Mittelstreckenpotential in Westeuropa annimmt – selbst unterstellt die militärstrategisch günstige Position eines überraschenden nuklearen Ersteinsatzes aller Waffensysteme –, so würde doch so viel Zweitschlagkapazität der UdSSR übrigbleiben, daß Europa und insbesondere die Bundesrepublik in ihrer Existenz bedroht wären.

Wie man es auch dreht und wendet, nach der Stationierung der neuen Waffensysteme wird man kaum von einer erhöhten Sicherheit der Bundesrepublik sprechen können. Es fragt sich daher, was bundesrepublikanische Politiker bewegen kann – und hier ist von der objektiven Ausgangslage her kein Unterschied zwischen der sozialliberalen Koalition und der parlamentarischen Opposition zu machen –, eine solche Strategie nicht nur gutzuheißen, sondern im Kontext der NATO als ihr Vorreiter aufzutreten[20]).

Der Griff nach Atomwaffen und damit nach der völligen militärpolitischen Gleichstellung der Bundesrepublik mit den Großmächten liegt in der Konsequenz der schon immer von Strauß vertretenen Linie[21]). Auch für die Opposition ist das nukleare Potential offiziell nicht für den Einsatz gedacht, sondern zur Verstärkung der politischen Durchschlagskraft, sprich der politischen Erpressung. Hier liegt natürlich ein Denkfehler. Wenn man ein militärisches Potential als Instrument zur Durchsetzung politischer Zielsetzungen benutzen will, muß es auch im gedachten Einsatz den Gegner vernichten können und dies unter Vermeidung des eigenen Untergangs[22]). Nach Erlangung der atomaren Souveränität der Bundesrepublik wird dies aber gerade nicht möglich sein.

Es bleiben drei mögliche Vorstellungen, auf denen die Militärkonzeption der Opposition basieren könnte. Illusionäre Kräfteeinschätzung, Hoffen auf „Vernünftigkeit" des Gegners oder Ausreizen der Situation mit dem Risiko des eigenen Untergangs[23]). Angesichts der klaren Einschätzung, daß eine Weiterentwicklung der Entspannungspolitik für die Zielsetzungen, auch die wahltaktischen, der Opposition nicht günstig ist, entwickelt sich aus allen drei Faktoren ein Konzeptionsgemisch, das sich zumindest im Augenblick nahtlos in die von der Carter-Administration verfolgte Globalstrategie ein-

20) Dabei mußte als Legitimation vor allem das sogenannte Nachrüstungsargument vor allem von Außenminister Genscher und Bundeskanzler Schmidt vorgetragen, herhalten. Ernsthaft wurde allerdings das bestehende militärische Gleichgewicht – auch nach Stationierung der sogenannten „SS 20" – von keiner Seite bestritten. Noch im Juni 1979 bei Unterzeichnung des SALT II-Abkommens, aber auch noch später wurde dies auch offiziell von der amerikanischen Regierung verkündet.

21) Diese Zielsetzung wird allerdings von konservativer Seite bestritten, vgl. H.-P. Schwarz, Die Alternative zum Kalten Krieg? (Anm. 8), S. 280 m. w. Hinw.

22) Zur Notwendigkeit dieses Zusammenhanges vgl. Erhard Rosenkranz, Der politische Stellenwert des militärischen Gleichgewichtes, in: Karl Kaiser, Karl-Markus Kreis (Hrsg.), Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben, Frankfurt/M. 1977, S. 288.

23) „Hier verflechten sich 3 Komponenten: Überheblichkeit, Voreingenommenheit und Abenteuerlichkeit. Bourgeoise Überheblichkeit konstruiert eine technologische Überlegenheit und vergißt dabei, daß der Imperialismus einen waffentechnischen Vorsprung dem Sozialismus gegenüber nie hat relevant behaupten können . . . Abenteuerlichkeit verwischt die Grenzen zwischen konventionellen und nuklearen Waffen und kann vom taktischen Gefecht, vom kleinen Krieg in das Inferno der globalen atomaren Auseinandersetzung führen." Peter Klein, Klaus Engelhardt, Weltproblem Abrüstung (Anm. 9), S. 116.

fügt. Von dieser Position aus ist es konsequent, die Entstehung von Spannungen auf anderen Ebenen, wirtschaftlich, kulturell und sportlich aktiv zu fördern, selbst dann, wenn die Unterordnung des „Handels unter die Flagge" – so eine Formulierung von Strauß – wirtschaftliche Nachteile bringt[24]).

Die Sicherheitskonzeption der sozialliberalen Koalition hingegen hat andere Wurzeln. Das militärische Potential soll ihm zufolge unter keinen Umständen eingesetzt werden. Neben dem Gesichtspunkt, durch Hochrüstung die störende Entwicklungsdynamik des Sozialismus als gefürchtete Konkurrenz in der Arbeiterbewegung zu hemmen, spielt das Bestreben eine Rolle, das Vertrauen auch solcher Kreise des Großkapitals zu erhalten, die mit dem militärisch-industriellen Komplex verbunden sind. Da man in verinnerlichter Ohnmachtshaltung die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr infrage stellt, ist in diesem Bestreben der ausschlaggebende Grund für das Betreiben der Hochrüstung zu sehen. Eine alternative Sicherheitskonzeption, die in erster Linie defensiv ausgerichtet ist, hätte Auswirkungen auf das Wehrsystem hinsichtlich Bewaffnung, Ausrüstung und militärischer Ausbildung. Die Illusion der für die politische Linie der sozialliberalen Koalition Verantwortlichen besteht weniger in der Überschätzung der eigenen militärischen Kräfte als in der Unterschätzung der militärischen Gefahren[25]). Im Gegensatz zur Konzeption der Opposition, die die Verschärfung des politischen Klimas aktiv fördert, um durch potentiellen militärischen Druck Änderungen herbeizuführen, ist die Sozialdemokratie an politischer Entspannung interessiert, solange sie keine Rückwirkungen auf das gegenwärtige Organisationsgefüge der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern hat und die Durchsetzung ihrer Konzeption des Wandels durch Annäherung gegenüber den sozialistischen Ländern nicht völlig ausgeschlossen erscheint. Praktische Schritte in der Abrüstung würden an verschiedenen Punkten zu einer innergesellschaftlichen Dynamik führen, die auf jeden Fall unterbunden werden soll. Durch den Stationierungsbeschluß für die eurostrategischen Waffensysteme in Westeuropa ist jedoch eine schon länger heranreifende militärstrategische Situation entstanden, deren Gefährlichkeit für die „nationalen"[26]) Interessen der Bundesrepublik kaum mehr zu übersehen ist. Durch die von der Carter-Administration unmittelbar gegen die UdSSR gerichteten Maßnahmen auf anderen Gebieten, insbesondere der sportliche und wirtschaftliche Boykott, die, wenn auch halbherzig und zögernd, von anderen westlichen Ländern unterstützt werden, hat die Auseinandersetzung eine neue Qualität erlangt.

Einen Gesichtspunkt gilt es besonders zu beachten, der in der gegenwärtig angespannten Lage sich deutlicher als zuvor abzeichnet. Trotz der sich stärker

24) H.-P. Schwarz, Die Alternativen zum Kalten Krieg (Anm. 8), S. 294 hält aus konservativer Sicht übermäßige Profite im Osthandel im öffentlichen Interesse für nicht angebracht.

25) Der Bericht der von Willy Brandt geleiteten Nord-Süd-Kommission scheint hier einen Wandel einzuleiten; vgl. Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Mit einer Einleitung von Willy Brandt, Köln 1980, vgl. insbesondere den Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklung S. 149 ff.

26) Zur Kategorie der nationalen Interessen vgl. v. Bredow (Anm. 2), S. 45.

akzentuierenden zentrifugalen Tendenzen zwischen den westlichen Hauptländern konnten deren herrschende Kreise aus ihrer nationalen Sicht ein westliches „Gesamtinteresse" in der amerikanischen Globalstrategie aufgehoben sehen. Insbesondere die flexiblere Variante der sich im Entspannungsprozeß herausbildenden Globalstrategie war für sie interessant, da sie ihnen einen größeren Spielraum eigener Politik sowohl gegenüber den sozialistischen Ländern als auch gegenüber den Entwicklungsländern zugestand. Insofern akzeptierten sie auch die amerikanische Hegemonie in den Grundsatzfragen. In dem Maße aber, in dem die Globalstrategie der USA einen immer kleiner werdenden Kreis von Interessen abdeckt, ist dieser Konsens grundsätzlich gefährdet.

Bei einer Militärstrategie, die Europa bewußt als Kriegsschauplatz zur Rettung der eigenen, der amerikanischen Haut aufs Spiel zu setzen bereit ist, liegt eine solche Zielsetzung offen zutage. Eine Argumentation, wie sie z. B. von Egon Bahr vertreten wurde, Europa und insbesondere die Bundesrepublik sei gezwungen, aus eigenem Interesse und aus Solidarität auch amerikanische Fehler mitzumachen, ist nicht nur abwegig, sondern bei Licht besehen zumindest auf militärischem Gebiet Aufforderung zum Selbstmord. Die Hysterie über einen Nowosti-Kommentar[27]), der diesen Gesichtspunkt sehr scharf formulierte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Unsicherheit über die eigene politische Linie. Das Heraustreten eigener „nationaler" Interessen, die durch die Wende in der amerikanischen Globalstrategie tangiert werden, beschränkt sich aber nicht nur auf den militärstrategischen Bereich. Wirtschaftliche Boykottmaßnahmen sowohl gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber dem Iran haben für die Bundesrepublik eine einschneidendere Bedeutung als für die USA. Das betrifft besonders die Rohstoffabhängigkeit, aber auch die Exportmöglichkeiten. Während die USA notfalls, wenn auch mit großen Umstellungsschwierigkeiten verbunden, auf eigene Reserven zurückgreifen könnten, ist dies für die Bundesrepublik nur sehr beschränkt möglich. Insofern ist das wirtschaftliche Interesse der Bundesrepublik an entspannten Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Ölländern geradezu existentiell. Abgesehen davon, daß Boykottmaßnahmen die Sowjetunion kaum unter Druck setzen – das nimmt ernsthaft auch niemand an –, also nichts nutzen, schaden sie also der Bundesrepublik nur.

Das amerikanische Handeln am Rande eines heißen Krieges, wie es in der gescheiterten Geiselbefreiungsaktion einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat, könnte nur dann bestimmte europäische Interessen abdecken, wenn entweder der Konflikt unterhalb der Schwelle kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa gehalten werden oder ein kriegerischer Konflikt in Europa den Europäern eine „Gewinn"- oder auch nur Überlebenschance bieten könnte.

27) Die Aufregung erscheint recht künstlich. Im Grunde wird in dem fraglichen Kommentar der APN-Beobachter Wladimir Katin vom 28. April 1980 nichts anderes wiederholt, als was z.B. in der Weizsäcker-Studie unter weitaus günstigeren Bedingungen auch schon festgestellt wurde, daß es in einer heißen Auseinandersetzung für die BRD keine Überlebenschance gibt. Es ist doch geradezu naiv zu glauben, daß der Gegner tatenlos dem Aufbau eines Drohpotentials zuschaut.

Letzteres scheidet angesichts der Vernichtungskapazität moderner Waffen aus. Die Dosierung des Konfliktes ist nur bis zu einem gewissen Punkt möglich. Konsequent durchdacht ist also die gegenwärtige Linie der amerikanischen Politik abenteuerlich und ihre Folgen treffen mit in erster Linie die europäischen Länder.

Da eine militärische Regulierung der gegenwärtigen Probleme im Sinne imperialistischer Gesamt- aber auch Einzelinteressen ausscheidet, sind auch andere Druckmittel wirtschaftlicher oder auch sportlicher Art sowohl gegenüber den ölexportierenden Entwicklungsländern als auch gegenüber den sozialistischen Ländern in ihrer Wirkung relativiert. Im Gegenteil, wegen der starken Rohstoff- und Exportabhängigkeit wäre die Bundesrepublik in erster Linie von derartigen Maßnahmen betroffen. Unter Konkurrenzgesichtspunkten gegenüber Westeuropa und hier auch wiederum insbesondere gegenüber der Bundesrepublik könnten lediglich die USA an diesen Rückwirkungen ein gewisses Interesse haben. Da wirtschaftliche Beziehungen Westeuropas zu vom amerikanischen Einfluß unabhängigen Ländern dem politischen Selbständigkeitsstreben Westeuropas eine materielle Basis geben, ist auch ein gewisses amerikanisches Interesse an einer Stagnation dieser Beziehungen nicht von der Hand zu weisen.

Das „nationale" Interesse der Bundesrepublik kann auch in diesem Bereich nur in einer stärkeren Distanz zur gegenwärtigen politischen Linie der USA befriedigt werden. Denn nur Kooperationsbeziehungen auf realistischer Basis unter Berücksichtigung der Interessen des Partners, so gegenüber den Entwicklungsländern in der Frage der Rohstoffpreise, des Technologietransfers etc. gegenüber den sozialistischen Ländern bei Einräumung der Meistbegünstigung z. B., bieten der Bundesrepublik eine Lösungsmöglichkeit für ihre Schwierigkeiten. Diese Perspektive ist für die in der Bundesrepublik herrschenden politischen und wirtschaftlichen Kreise sicherlich ambivalent, denn sie läßt sich nur unter Bedingungen verwirklichen, die tendenziell zumindest den demokratischen Kräften im Innern größeren Spielraum einräumen. Aber auch für die herrschenden Kräfte in Europa gibt es keine Alternative zu dieser Politik, es sei denn das Hinarbeiten auf den apokalyptischen Untergang in einer Situation, die außer Kontrolle geraten ist. Wie der Rücktritt des amerikanischen Außenministers Vance zeigt, ist der Widerstand gegen eine allzu abenteuerliche Linie der amerikanischen Politik nicht unbedeutend. Eine Distanzierung von offensichtlich gegen die Interessen der Bundesrepublik verstoßenden Forderungen der Carter-Administration hätte also durchaus Chancen, mäßigend zu wirken, auch im wohlverstandenen Interesse des amerikanischen Volkes.

Antifaschismus oder Antikommunismus

Antifaschistische Positionen in der deutschen Nachkriegszeit (1945–1951)

Von Thomas Doerry

Die Aktivitäten gegen den organisierten Neofaschismus in der Bundesrepublik erreichten in den letzten Jahren einen solchen Umfang, daß praktisch keine rechtsradikale Aktion ohne Gegenwehr hingenommen wurde. Einen Höhepunkt der aktuellen antifaschistischen Bewegung bildeten die am 10./11. Mai anläßlich des 35. Jahrestages der militärischen Niederlage und des Zusammenbruchs des deutschen Faschismus durchgeführten Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen. Anlaß genug, an dieser Stelle die politischen Positionen zu umreißen, über die 1945 und in den ersten Nachkriegsjahren unter dem Begriff des Antifaschismus in der Arbeiterbewegung wie in weiten Teilen des Bürgertums zumindest verbale Übereinstimmung bestand. D. Red.

Mit dem Jahre 1933 begann für die deutschen Antifaschisten nicht nur der Kampf gegen den Faschismus an der Macht, sondern auch die Kritik der Fehler, die die eigene Niederlage verschuldet hatten. Die Spaltung der Arbeiterbewegung wurde von den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften übereinstimmend als entscheidender Faktor dieser Niederlage erkannt. Der Prager Exilvorstand der SPD bekundete dies in seinem Prager Manifest von 1934, die KPD und die internationale kommunistische Bewegung mit einer umfangreichen Analyse und Selbstkritik auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Konferenz der KPD 1935. An der Basis kam in der Folge die Einheit – gelegentlich auch über die Hitlergegner der Arbeiterbewegung hinaus – zwar vielfach zustande, nicht jedoch auf höherer Ebene. Der Versuch der Zusammenfassung aller wichtigen Strömungen des deutschen Widerstandes auf dem Boden eines Minimalprogramms im Pariser Volksfrontausschuß unter Leitung von Heinrich Mann 1936 war das in seiner Breite am weitesten gediehene Beispiel der Einheitsbemühungen, der Bemühungen zur Errichtung einer Volksfront gegen den Faschismus; dem Volksfrontausschuß kommt damit, trotz der kurzen Zeit seiner Existenz, besondere – weil vorbildhafte – Bedeutung zu[1]). Um die Mitte der dreißiger Jahre wurden auch – vorwiegend in der Emigration – die ersten Vorstellungen über „die Zeit nach Hitler", über den Aufbau eines antifaschistischen Deutschland formuliert[2]).

1) Vgl. Ursula Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland? Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront", 1933–1936, Frankfurt/M. 1977.

2) Vgl. Gerhard Gleissberg, SPD und Gesellschaftssystem. Aktualität der Programmdiskussion von 1934 bis 1946. Dokumente und Kommentar, hsg. vom IMSF, Frankfurt/M. 1973; Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971; Horst Laschitza, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin 1969; vgl. auch Kurt Finker, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Köln 1977, S. 202–237.

1945 traten dann Vertreter der Arbeiterbewegung, aus der Emigration aber auch dem Untergrund und den KZs kommend, als erste mit ihren Aufrufen und Programmvorschlägen an die Öffentlichkeit; durch ihren antifaschistischen Kampf von Anfang an waren sie vor allen anderen dazu moralisch und politisch legitimiert. Besonders zu erwähnen sind als erste Dokumente der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, der Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945, das Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald vom 13. April 1945 und die Programmvorschläge deutscher Gewerkschafter in Großbritannien für einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund vom Frühjahr 1945[3]). Diesen Aufrufen folgten bald Erklärungen bürgerlicher Parteien.

Die Vorstellungen über den Neuaufbau Deutschlands, die in diesen verschiedenen Dokumenten zum Ausdruck kamen, waren nun keineswegs so unterschiedlich, daß sie völlig unvereinbar miteinander gewesen wären. Die gemeinsame Erfahrung des faschistischen Terrorregimes – oft genug auch die gemeinsame Verfolgung und KZ-Haft – hatte Menschen sehr unterschiedlicher politischer Anschauungen zu Schlußfolgerungen und Erkenntnissen geführt, die in erheblichem Umfange übereinstimmten und die auf das gemeinsame Ziel gerichtet waren, für die Zukunft eine faschistische Entwicklung ein für allemal auszuschließen.

Vergleicht man die Dokumente der SPD, KPD, CDU, LDPD und von Gewerkschaftervereinigungen der Jahre 1945/46 und nimmt noch erste Landesverfassungen des Jahres 1946 hinzu, so lassen sich – bei allen zweifellos vorhandenen Unterschieden – folgende gewichtige Gemeinsamkeiten feststellen, die wir bezeichnen können als *Grundpositionen eines antifaschistischen Konsenses*[4]):

1. *Entmonopolisierung.* Das Großkapital – insbesondere in der Rüstungsindustrie – war als Mitverantwortlicher für Faschismus und Krieg erkannt, sei es als Haupt- oder Miturheber, sei es als bereitwilliger Unterstützer und Förderer. In der ersten Fassung der Kölner Leitsätze der CDU von Juni 1945 heißt es dazu: „Mit dem Größenwahnsinn des Nationalsozialismus verband sich die ehrgeizige Herrschsucht des Militarismus und der großkapitalistischen Rüstungsmagnaten. Am Ende stand der Krieg, der uns alle ins Verderben stürzte."[5]) Als Konsequenz wurde die Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Monopole, Konzerne und Großbanken gefordert, um für die Zukunft den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht auszuschließen[6]). „Die

3) Die Aufrufe der KPD und SPD sind abgedruckt in: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Bd. III, Berlin 1963, S. 313–319 und 1–4; das Buchenwalder Manifest in: Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Mainz 1964, S. 123–127; Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung. Programmvorschläge für einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund, London 1945.

4) Vgl. auch die Zusammenfassungen antifaschistischer Grundpositionen bei Detlev Peukert, Antifaschistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung, in: „Blätter" 11/1977, S. 1367–1386 und Hans Karl Rupp, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung. Eine Einführung, Stuttgart 1978, S. 9–14.

5) Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Bd. II, Berlin 1963, S. 30.

6) Die Liberalen (LDPD/FDP) vertraten allerdings nur die Auflösung der Monopole und Konzerne durch Entflechtung.

Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen"[7]), so die bereits zitierten Leitsätze der CDU.

2. *Entmilitarisierung.* „Militarismus war in den Augen vieler Demokraten eine der Wurzeln und Produkt des Naziregimes zugleich."[8]) Reichswehr und andere militaristische Verbände hatten die Zerstörung der Weimarer Republik an vorderster Front mitbetrieben, die Wehrmacht hatte sich als williges Werkzeug des faschistischen Aggressionskrieges erwiesen. Aus diesem Grunde sollte ausgeschlossen werden, daß Militärs in Deutschland jemals wieder Macht ausüben könnten. In der Konsequenz hieß dies Verzicht auf eine eigene Streitmacht (in dieser Frage schufen die Alliierten im Potsdamer Abkommen zunächst vollendete Tatsachen). Das Buchenwalder Manifest erklärte hierzu z. B.: „Ebenso ist die hitlerische Wehrmacht mit allen ihren Institutionen aufzulösen. Den Bedürfnissen der öffentlichen Sicherheit kann durch eine Miliz genügt werden."[9])

3. *Entnazifizierung.* Alle organisatorischen, institutionellen und kulturellen Überreste des Naziregimes sollten restlos aufgelöst und verboten werden. Ferner wurde gefordert: strenge Bestrafung der Hauptschuldigen in Politik, Militär, Wirtschaft und Verwaltung; Säuberung aller öffentlichen Ämter, der Verwaltung, Justiz, des Schulwesens, aber auch der wirtschaftlichen Institutionen usw. von Nationalsozialisten und Unterstützern des Regimes und ihre Ersetzung durch zuverlässige Antifaschisten. Verbot jeglicher faschistischer Propaganda, Aufklärung über Ursachen, Verbrechen und Ziele des Faschismus, Würdigung des Widerstandes.

4. *Rechtsstaatlichkeit.* Rechtsunsicherheit, Rechtswillkür und Illegitimität waren für den faschistischen Staat charakteristisch gewesen. Insbesondere die Menschenrechte waren gegenüber ganzen Bevölkerungsgruppen völlig außer Kraft gesetzt worden. Der neue Staat nun sollte auf die Prinzipien des Rechtsstaates verpflichtet werden: Garantierung der Menschenrechte, Unabhängigkeit der Justiz, Verfassungsmäßigkeit, Gesetzmäßigkeit und Rechtsmäßigkeit der staatlichen Gewaltausübung und deren gerichtliche Kontrolle (Rechtsweggarantie). Wichtig war dabei, daß die Rechtsstaatlichkeit Teil eines Demokratieverständnisses war, das durch die Vorstellung der *Volkssouveränität* charakterisiert wurde (ausgedrückt etwa in der Forderung nach institutionellen Formen der Selbstverwaltung, Möglichkeiten des Plebiszits, Widerstandsrecht u. a.), die die Geltung der rechtsstaatlichen Prinzipien letztlich sicherstellen sollte.

5. *Sozialstaatlichkeit.* Der faschistische Staat war nach den wirtschaftlichen Interessen einer kleinen Minderheit ausgerichtet gewesen mit allen bekannten sozialen und politischen Folgen. Die Wirtschaftsordnung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschland sollte daher sowohl die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerungsmajorität wie auch die

7) Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung, Bd. II, S. 32.
8) Hans Karl Rupp, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 10.
9) Zit. nach: Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Mainz 1964, S. 124.

Demokratie im Wirtschaftsbereich gewährleisten – also über die liberale Repräsentativdemokratie hinausgehend eine soziale Mehrheitsdemokratie sein – und zwar durch die Verwirklichung folgender Grundsätze: Orientierung der Wirtschaft an der Bedarfsdeckung der Bevölkerung, Sozialbindung des Eigentums (was die Möglichkeit der Sozialisierung von Privateigentum einschloß, wenn dadurch der Wirtschaftszweck oder demokratische und soziale Ziele besser erreicht werden konnten), Planung der Wirtschaft und ihre demokratische Kontrolle durch paritätische Mitbestimmung[10]), Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, soziale Gleichheit.

6. *Friedliches Zusammenleben der Völker und Staaten.* Das faschistische Herrschaftssystem hatte sich als ein System der Aggression nach innen und außen erwiesen; „Faschismus bedeutet Krieg" lautete die Kurzformel für diese Erkenntnis. Krieg bedeutete jedoch im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel (erster Atombombenabwurf am 6. August 1945 auf Hiroshima) Bedrohung der menschlichen Existenz schlechthin. Antifaschistische Politik mußte daher in allererster Linie Friedenspolitik sein.

Folgende Forderungen wurden allgemein erhoben: Ächtung des Krieges als Mittel der Politik; friedliches Zusammenleben mit allen Völkern; Bruch mit der Politik der Gewalt und Aggression; Lösung von internationalen Konflikten vor dem Forum einer internationalen Friedensorganisation durch Verhandlungen und Vereinbarungen.

Die Erfahrung der Anti-Hitler-Koalition von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung wurde als Beweis für die Möglichkeit des friedlichen Nebeneinander gegensätzlicher Systeme bewertet (der Begriff der friedlichen Koexistenz wurde damals nicht verwendet). Gerade Deutschland sollte mithelfen, daß dieser Gegensatz nicht zu gefährlichen Spannungen führte, wenn auch die Vorstellungen zur Erreichung dieses Ziels unterschiedlich waren. Jakob Kaiser formulierte auf einer Tagung der CDU in Berlin 1946: „Für einen Frevel aber sehe ich es an, wenn da und dort von der Möglichkeit eines Krieges zwischen Ost und West geredet wird. Meine Freunde, dieser Krieg würde Deutschland – das ganze Deutschland – zermalmen. Deshalb laßt uns dem Frieden dienen, dem Frieden und dem friedlichen Ausgleich zwischen Ost und West . . . *Ich stehe zu meiner Erkenntnis der Aufgabe von Berlin, von Deutschland: Wir haben Brücke zu sein zwischen Ost und West um Deutschlands, um Europas willen.*"[11])

7. *Einheit aller Antifaschisten.* Die Forderung nach Einheit aller Antifaschisten bezieht sich auf die Vorgehensweise zur Erreichung der zuvor erläuterten Ziele; als Voraussetzungsposition ist sie die wichtigste der antifaschistischen Positionen; zugleich erwies sie sich bald auch als die problematischste.

Es war, wie oben schon gesagt, innerhalb der Arbeiterbewegung – aber auch darüber hinaus – eine allgemeine Erkenntnis, daß die fehlende Einheit der

10) Gilt nicht für die Liberalen.

11) Die Rede Kaisers ist in Auszügen abgedruckt in: Ernst-Ulrich Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt/M. 1972, S. 417–423, hier S. 422.

Hitlergegner und insbesondere die Spaltung der Arbeiterbewegung 1933 die Niederlage vor dem Faschismus hauptsächlich verursacht hatte. Bei diesem Einheitsproblem ging es im Kern um die Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten und damit um die Rolle des Antikommunismus.

Der Antikommunismus war ein wesentliches Element der Ideologie und der Politik des faschistischen Staates nach innen und außen gewesen (angebliche kommunistische Weltverschwörung als Rechtfertigung des Krieges usw.) und daher zunächst diskreditiert. Diese Diskreditierung bedeutete freilich keine Überwindung und Bewältigung des Antikommunismus. Die Nichtfaschisten (außer den Kommunisten selbst) waren ja in ihrer großen Mehrheit ebenfalls antikommunistisch orientiert gewesen und insofern partiell mit dem faschistischen System identifiziert. Die Kommunisten nun waren aber von Anfang an die entschiedensten Hitlergegner gewesen und hatten den größten Anteil am antifaschistischen Widerstandskampf. Die politische und moralische Integrität der Kommunisten als Antifaschisten und damit die Gebotenheit der Zusammenarbeit mit ihnen stand daher in der ersten Nachkriegszeit überhaupt nicht in Frage, sie war vielmehr Bestandteil aller antifaschistischen Strategien.

Die Einheitsfrage wurde aus diesem Grunde jedoch, weil sie eben letztlich auf die Frage nach dem Verhältnis zu den Kommunisten hinauslief, über das allgemeine Bekenntnis zur Zusammenarbeit hinaus sehr unterschiedlich beantwortet. Innerhalb der Arbeiterbewegung gab es starke Tendenzen, gar nicht erst KPD und SPD neu zu konstituieren, sondern gleich eine Einheitspartei zu bilden. Unumstritten war, daß zumindest die Einheitsfront der Arbeiterparteien sofort verwirklicht werden müsse. Darüber hinaus wurde die Zusammenarbeit mit allen anderen antifaschistischen Parteien und allen antifaschistischen Kräften schlechthin gegen die Faschisten und gegen das Großkapital gewünscht. Die KPD machte den Vorschlag der Bildung eines Blocks der antifaschistischen Parteien, der in der SBZ am 14. Juli 1945 verwirklicht wurde und an das Volksfrontbündnis der Jahre 1935–38 in Frankreich erinnerte. Die Organisationsarbeit der Gewerkschafter war bestimmt von dem Bestreben, im Gegensatz zu den Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik eine große politische Einheitsgewerkschaft zu gründen. Dies wurde ausdrücklich auch von bürgerlichen Parteien begrüßt[12]). Eine formelle Blockbildung aller antifaschistischen Parteien wurde in den Westzonen sowohl von den bürgerlichen Parteien als auch von Schumacher für die SPD abgelehnt[13]).

12) Etwa in dem Aufruf der CDU vom 26. Juni 1945 in Berlin, vgl. Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung, Bd. II, S. 29.

13) Über die Blockbildung der antifaschistischen Parteien hinaus hatte Schumacher in der Praxis von Anfang an jede Zusammenarbeit mit Kommunisten abgelehnt, auch wenn er sie verbal als Möglichkeit zugestand. Gegen erhebliche Widerstände setzte er in den Westzonen seinen starren antikommunistischen Kurs schließlich bis zum Parteitag der SPD im Mai 1946 in Hannover weitgehend durch; vgl. Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, Köln 1975, S. 151–164; Jutta v. Freyberg u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, Köln 1975, S. 258–266; vgl. zur Einheitsfrage auch Frank Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn 1973.

Es blieb jedoch die Zusammenarbeit zur Durchsetzung gemeinsamer Forderungen und in diesem Sinne die Bereitschaft zu einem antifaschistischen Bündnis. „Die Wesensverschiedenheit der Weltanschauungen hindert uns nicht, mit den Männern des Marxismus in gemeinsamer Front zur Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes zu arbeiten. Wir üben diese Zusammenarbeit in aller Loyalität. Wir haben das bisher getan und werden es auch weiter tun. Daß es dabei immer in restloser Harmonie zugeht, wird keiner annehmen, der vom politischen Leben eine Ahnung hat. Das Wesentliche ist aber, daß uns die aufrichtige Sorge für unser Volk und der Wille, ihm zu helfen, verbindet."[14]) So Jakob Kaiser auf der bereits erwähnten CDU-Tagung. Freilich bestand diese Bereitschaft oft nur auf den linken Flügeln der bürgerlichen Parteien und war ansonsten ein Lippenbekenntnis, das man aus Gründen der Opportunität abgab.

Legt man an diese antifaschistischen Grundpositionen den Maßstab einer wissenschaftlichen Faschismusanalyse an oder mißt man sie an dem von Antifaschisten des öfteren erhobenen Anspruch, durch ihre Verwirklichung den Faschismus mit seinen Wurzeln zu vernichten, so werden die Grenzen des Antifaschismus sichtbar. Der Antifaschismus beinhaltet keine Faschismustheorie – höchstens Elemente einer solchen –, also auch keine Theorie der Faschismusentstehung. Zwar fragt der Antifaschismus nach dieser Entstehung, jedoch nur in Bezug auf bestimmte Aspekte des (politischen, juristischen, kulturellen) Überbaus und auf das Verhalten des subjektiven Faktors (wer hatte Interesse an der Errichtung des Faschismus und förderte sie, wer wollte den Faschismus verhindern und beging dabei welche Fehler?), nicht in Bezug auf die objektiven Bedingungen dieses Verhaltens (*warum* verhielten sich die Subjekte so oder so?), nicht in Bezug auf die ökonomische Basis (Produktionsverhältnisse); dieses würde den möglichen Konsensbereich der verschiedenen politischen Richtungen überschreiten. Antifaschismus definiert sich eben als Gegenposition zum Faschismus und nicht zur Weimarer Republik oder zur bürgerlichen Demokratie oder zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung usw. Die Verwirklichung der antifaschistischen Positionen würde damit in der Tat die Wurzeln des Faschismus, seine Entstehungsursachen *nicht vernichten,* wenn man den Faschismus strukturell an den Kapitalismus gebunden begreift; völlige Vernichtung des Faschismus hieße dann Überwindung des Kapitalismus. Zweifellos ist die Verwirklichung antifaschistischer Positionen jedoch dazu geeignet, Faschismus (zumindest als Herrschaftssystem) zu *verhindern;* und allein seine dauerhafte Verhinderung schafft die Bedingungen für seine endgültige Überwindung.

Die Unterscheidung zwischen Verhinderung und Überwindung des Faschismus als zwei verschiedener notwendiger Schritte ist sowohl historisch wie aktuell eine Kernfrage für die demokratische Bewegung in der ganzen Welt. Der faschistische Putsch in Chile 1973 hat die Diskussion um diese Frage gerade auch in der BRD wieder lebhaft entfacht und das Interesse für die historischen Erfahrungen neu geweckt. W. F. Haug schrieb 1977 über W. F. Haug 1968:

14) Jakob Kaiser, zit. nach: E.-U. Huster u. a., Determinanten, S. 419.

„Gegen faschistische Gewalt hilft nur revolutionäre Gewalt' und 'Der Kampf gegen den Faschismus ist zu gewinnen nur als Kampf für den Sozialismus' (so Haug 1968, d. Verf.) – das war die pauschale politische Quintessenz. Sie ist nicht etwa falsch, aber nicht richtig genug, weil verkürzt. Der 'abhängige Faschismus' Chiles hat unser Problembewußtsein mit einem Ruck erweitert. In Chile war für demokratischen Sozialismus gekämpft worden. Und gegen die faschistische Gewalt der Armee half die revolutionäre Gewalt nicht. Die entscheidende Niederlage hatte auf dem Feld der ideologisch vermittelten Klassenbündnispolitik stattgefunden: Sie bestand in der Einbindung des Kleinbürgertums und der Mittelschichten in den Block des Bürgertums. . . . Sozialistische Politik weiß seitdem genauer, daß sie zugleich wirksame antifaschistische Politik sein muß. 'Antifaschismus' ist zunächst und vor allem ein politisches und ideologisches Problem, nämlich die Aufgabe, einen demokratischen Block unter Hegemonie der Arbeiterorganisationen zusammenzuschmieden."[15])

Der antifaschistische Konsens der ersten Nachkriegszeit war in diesem Sinne auf die Verhinderung eines neuen Faschismus durch den Aufbau einer antifaschistischen Demokratie gerichtet.

Die politische Entwicklung in den Westzonen verlief nicht in den Bahnen des skizzierten antifaschistischen Konsenses – wenn auch zunächst durchaus erste Grundlagen einer antifaschistischen Politik geschaffen wurden: das Potsdamer Abkommen, die Urteile des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg und seiner Nachfolgeprozesse, der Beginn der Entnazifizierung, die ersten Länderverfassungen. Der Zielrichtung dieser antifaschistischen Weichenstellungen waren jedoch von Anfang an antikommunistische und restaurative Tendenzen entgegengesetzt: die schnelle Auflösung der antifaschistischen Ausschüsse, die sich im April/Mai 1945 gebildet hatten, durch die westlichen Besatzungsmächte ohne demokratischen Ersatz, die späte Zulassung von Parteien und Gewerkschaften, insbesondere auf höherer Ebene, das Verbot der Vereinigungsbestrebungen von SPD und KPD, die Entfernung von Kommunisten aus den Verwaltungen ab 1946, Bruch des Potsdamer Abkommens, völlige Verfälschung und schließliche Einstellung der Entnazifizierung, Umwandlung der geplanten Sozialisierungen in vorübergehende Entflechtung usw. Am Ende stand als Ergebnis die Niederlage der Antifaschisten und eine umfassende Restauration auf drei Ebenen: vollständige strukturelle Restauration (Neukonsolidierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einschließlich der Vormachtstellung des Monopolkapitals), weitgehende personelle Restauration (Wiedereinsetzung der Führungsschichten, die schon den Faschismus getragen hatten, in allen Bereichen), partielle ideologische Restauration (Sieg des Antikommunismus; hiervon wird noch ausführlicher zu sprechen sein).

Als Ursachen dieser Entwicklung sind zumindest drei Aspekte zu nennen: die Stärke politischer Kräfte in Deutschland innerhalb verschiedener Parteien

15) Wolfgang Fritz Haug, Der hilflose Antifaschismus, Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten, Köln 1977, S. 2f.

und in der Wirtschaft, die ihre antikommunistische Haltung und die grundsätzliche Befürwortung einer strikt kapitalistischen Wirtschaftsordnung nie aufgegeben hatten und sich der Sympathie der westlichen Besatzungsmächte, vor allem der Amerikaner, erfreuten[16]); ferner die Politik der USA selbst, die sich von der Politik der Anti-Hitler-Koalition sehr bald zu einer antisowjetischen Politik des Kalten Krieges wandelte und die Westzonen zu einem antikommunistischen Bollwerk zu machen bestrebt war; schließlich die Schwäche der antifaschistischen Kräfte: das ideologische Klima in der Bevölkerung nach dem 8. Mai 1945 war, wie Reinhard Opitz es treffend ausdrückt, „so desolat wie vorerst zu allen Hoffnungen berechtigend"[17]). Die Stimmung hatte sich zwar in der Tat vom Naziregime abgewandt und war einem grundlegenden Neuaufbau durchaus gewogen (wie es sich z. B. in Sozialisierungsabstimmungen zeigte[18]), jedoch ausgesprochen labil und widersprüchlich[19]). Die Bewältigung der unmittelbaren materiellen Not beanspruchte zudem fast alle Kräfte. Die Arbeiterbewegung insgesamt war durch zwölf Jahre faschistischen Terrors erheblich geschwächt, Zehntausende ihrer Funktionäre ermordet; gerade sie fehlten beim Neuaufbau. Das faschistische Propagandamonopol hatte ebenfalls eine schwere Hypothek hinterlassen.

Die Situation war unentschieden – wenn auch nicht chancengleich. Spätestens mit dem plötzlichen Ende der Versorgungsprobleme und dem Einströmen der Konsumwaren auf den Markt infolge der Währungsreform des Jahres 1948 wandte sich das politisch-ideologische Klima schnell und eindeutig der „freien Marktwirtschaft", der Westorientierung und dem Antikommunismus zu.

Zwei wichtige Erfolge der Antifaschisten sind freilich trotz allem noch zu erwähnen: die Gründung des DGB als politische Einheitsgewerkschaft im Oktober und die Verabschiedung des Grundgesetzes im September 1949. Fiel das Grundgesetz auch hinter die vorausgegangenen Länderverfassungen zurück und widerspiegelte gewissermaßen eine Pattsituation zwischen antifaschistischen und restaurativen Kräften, so waren doch zumindest teilweise oder abgeschwächt eine Reihe von antifaschistischen Forderungen darin eingegangen (Faschismusverbot Art. 139, Friedensgebot Art. 26, Sozialisierungsmöglichkeit Art. 15 u. a.), die auch bis heute vor umfassenden Verfassungsänderungsbestrebungen geschützt werden konnten.

16) Vgl. hierzu die neue Analyse von Reinhard Opitz, Politische Ideologiekonzeptionen im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik, in: Ulrich Albrecht u. a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979, S. 13–39.

17) Ebd. S. 18.

18) So stimmten beim Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni 1946 über die Frage „Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?" mit Ja 77,6% (bei einer Wahlbeteiligung von 93.7%); beim Volksentscheid über die Hessische Verfassung am 1. Dezember 1946 gaben 71,9% dem getrennt zur Abstimmung stehenden Sozialisierungsartikel 41 ihre Zustimmung (bei einer Wahlbeteiligung von 73,2%).

19) Vgl. Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 255–300; Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, hrsg. von Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt, Wuppertal 1976; vgl. auch H.K. Rupp, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 47–49. Die beiden Theaterstücke „Draußen vor der Tür" von Wolfgang Borcherdt und „Des Teufels General" von Carl Zuckmayr, die großen Theatererfolge der ersten Nachkriegszeit, geben einen guten Eindruck des hilflos-antifaschistischen Bewußtseins, wie es damals wohl für große Teile der Bevölkerung charakteristisch war

Die Restauration spiegelte sich mit besonderer Deutlichkeit in der Entwicklung des *organisierten Antifaschismus.* Die Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes hatten sich gleich nach der Befreiung zunächst in Häftlingskomitees zusammengeschlossen, bald darauf in Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) regional und schließlich landes- und zonenweit organisiert. Die Interzonale Länderkonferenz vom 15.–17. März 1947 in Frankfurt/M. schloß alle Vereinigungen zu einer gesamtdeutschen Vereinigung zusammen und konstituierte den Rat der VVN[20]). Im Oktober 1947 hatte die VVN etwa 300 000 Mitglieder (in allen vier Zonen)[21]). Da die VVN als politische Organisation nicht allein die Wiedergutmachungsansprüche ihrer Mitglieder sondern auch die antifaschistischen Positionen konsequent vertrat und als Zusammenschluß von Widerstandskämpfern zudem einen politisch-moralischen Faktor darstellte, der nicht ignoriert werden konnte, mußte es mit Beginn des Kalten Krieges und der Reaktivierung des Antikommunismus zwangsläufig zur Konfrontation mit den restaurativen Kräften kommen.

Im Mai 1948 beschloß der Parteivorstand der SPD, daß die Mitgliedschaft in der Partei unvereinbar sei mit der Mitgliedschaft in der VVN mit der Begründung, daß die VVN „von den Kommunisten als eine ihrer politischen Hilfsorganisationen mißbraucht" werde[22]). Tatsache war, daß die Kommunisten als stärkste Gruppe des Widerstands in der VVN entsprechend repräsentiert waren und daß die VVN eine eindeutige antifaschistische Politik betrieb, die sich zu diesem Zeitpunkt besonders gegen die Spaltung Deutschlands wandte. Als Ersatz für ihre Mitglieder schuf die SPD 1948 die „Arbeitgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) (die allerdings keine eigenständige Organisation, sondern eine Arbeitsgemeinschaft in der SPD war und ist).

Knapp zwei Jahre später – zu Beginn des Jahres 1950 – wurde der „Bund der Verfolgten des Naziregimes" (BVN) als antikommunistische Alternative zur VVN gegründet, um „die Verfolgten des Naziregimes aus einer einseitigen kommunistischen Bevormundung und Umklammerung herauszulösen".[23]) Wenn diesen Abspaltungen auch zahlenmäßig nur geringer Erfolg beschieden war, so schufen sie doch die Voraussetzungen dafür, die VVN nun schlechthin als kommunistische Tarnorganisation zu diffamieren und staatlicherseits gegen sie vorgehen zu können. Der Beschluß der Bundesregierung über die „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung" vom 19. September 1950 schloß neben Mitgliedern der KPD, der FDJ und anderer Organisationen auch die Mit-

20) Vgl. zur Geschichte der VVN: Vom Häftlingskomitee zum Bund der Antifaschisten. Der Weg der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes, Frankfurt/M. 1972; Antifaschismus. Tradition, Politik, Perspektive. Geschichte und Ziele der VVN-Bund der Antifaschisten, hrsg. von Max Oppenheimer, Frankfurt/M. 1978; 30 Jahre VVN. Referate und Entschließungen der Gründungskonferenz 1947 in Faksimiledruck, Frankfurt/M. 1977.

21) Vgl. 30 Jahre VVN, Artikel „Was wir wollen".

22) Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1948/1949, o.O. u. J., S. 130. Der Beschluß des Parteivorstands wurde auf dem Parteitag im September 1948 in Düsseldorf gegen 21 Stimmen bestätigt, vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf, Hamburg o.J. S. 113 und 205, vgl. auch die Diskussion S. 87f. und 99–113.

23) „Freiheit und Recht. Zentralorgan der Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände," 3/1960, S.1; vgl. auch S. 6–10.

glieder der VVN vom öffentlichen Dienst aus[24]). Acht Monate später wurde – gewissermaßen im Gegenzug – durch das sogenannte 131er Gesetz vom 11. Mai 1951 etwa 150 000 Beamten und Angestellten, die aufgrund ihrer Tätigkeit in der Zeit des Faschismus nach der Befreiung entlassen worden waren, die Tür zum öffentlichen Dienst wieder weit geöffnet[25]). Mit dem Verbot des Rates der VVN vom 21. Juli 1951[26]) und dem Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD vom 22. November 1951[27]) hatte sich dann – fünfeinhalb Jahre nach dem Zusammenbruch des Faschismus – der Antikommunismus bis hin zur Schwelle der staatlichen Verfolgung zunächst wieder auf breiter Front durchgesetzt.

24) Vgl. Alexander v. Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968, Vorwort von Erhard Denninger, Frankfurt/M. 1978, S. 54f.

25) Vgl. Badstübner/Thomas, Restauration und Spaltung, S. 386–388.

26) Vgl. v. Brünneck, Politische Justiz, S. 65; Antifaschismus. Politik, Tradition, Perspektive, S. 15. Die Landesverbände waren von diesem Verbot zunächst nicht betroffen.

27) Vgl. v. Brünneck, S. 117; das Verbotsurteil erging durch das Bundesverfassungsgericht erst fast fünf Jahre später am 17. August 1956. Der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit war in einem Abstand von nur drei Tagen auf einen gleichen Antrag bezüglich der Sozialistischen Reichspartei (SHP) vom 19. November 1951 erfolgt. „Durch diese zeitliche Nähe sollten offenbar beide Parteien in dasselbe 'totalitäre' Licht gerückt werden" (v. Brünneck, ebd.), d.h. die angeblich gleichmäßige Bekämpfung des „Rechts- und Linksextremismus" sollte demonstriert und das KPD-Verbot legitimiert werden; dieser enge Zusammenhang ist durch das viel frühere Verbotsurteil gegen die SRP vom 23. Oktober 1952 etwas verwischt worden. Man konnte (gerade auch dem Ausland gegenüber) nicht die kommunistische Partei verbieten und eine offen faschistische Partei uneingeschränkt gewähren lassen. Das Verbot der SRP ist daher mehr als taktisches Manöver denn als echter Erfolg der Antifaschisten einzuschätzen, zumal gegen die Nachfolgeorganisationen (DRP, NPD) nicht eingeschritten wurde.

Neuerscheinung

Autorenkollektiv

Deutschland im zweiten Weltkrieg

Sechs Bände

Band 3: Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf

November 1942 bis September 1943
Mit 13 Karten und 72 Bildtafeln
672 Seiten, Großformat, Leinen mit Schutzumschlag,
DM 42,–

Pahl-Rugenstein

Hintergründe der Vorgänge in Kuba

Von Horst-Eckart Gross

Die Ereignisse in der peruanischen Botschaft in La Habana wurden in den Massenmedien der USA und der westeuropäischen Länder zum Anlaß für eine Kampagne genommen, die sich deutlich von ähnlichen Versuchen der jüngsten Zeit abhob. Wesentlich intensiver als bei der Eröffnung der 6. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten mit der „auf Kuba stationierten sowjetischen Kampfbrigade" oder bei der Regierungsumbildung im Januar dieses Jahres wurde nun in den Medien ein Bild der kubanischen Realität gezeichnet, das vorwiegend auf Spekulationen basierte. Auf der Grundlage der Tatsache, daß einige Tausend Kubaner das Land verlassen wollen, und mit einigen Meldungen über wirtschaftliche Schwierigkeiten wurde – wenn auch unterschiedlich nuanciert – das Versagen der kubanischen Revolution diagnostiziert: „Der Bayernkurier" stellte fest, daß auch in Kuba der Sozialismus seine angebliche Qualität nicht beweisen konnte und somit „kubanische Rezepte" als untauglich entlarvt worden seien[1]); das „Handelsblatt" konnte über einen wachsenden Widerstand gegen die kubanische Regierung berichten, verursacht durch die Unfähigkeit, den Lebensstandard zu verbessern[2]); der FAZ-Kommentator und (selbsternannte) Kuba-Experte Robert Held wußte gar, daß 80% der Kubaner mit den Leistungen des Regimes schlechthin unzufrieden sind[3]); der Bonner „General-Anzeiger" sah die deutliche Niederlage Fidel Castros[4]). Die „Süddeutsche Zeitung" und die „Frankfurter Rundschau" bescheinigten der kubanischen Revolution zwar große Erfolge in den vergangenen zwanzig Jahren – Abschaffung der Arbeitslosigkeit, des Hungers und Elends, Aufbau eines vorbildlichen Gesundheits- und Bildungswesen –, aber der Sinn der kubanischen Jugend sei ganz auf höheren Lebensstandard und mehr Freizügigkeit gerichtet und diese Güter könne die Revolution nicht bieten[5]), oder: Kuba könne die Revolution „politisch-intellektuell" nicht fortführen, so daß die verkrusteten bürokratischen Strukturen Energien und Engagement hemmen[6]). Realistisch wird allerdings darauf verwiesen, daß die Revolution in Kuba alles in allem „noch"(!) ungefährdet sei[7]).

Überdeutlich wird hier der Versuch, das Ansehen, das Kuba auch in der Bundesrepublik genießt, herabzusetzen. Das war und ist eine Komponente der Kampagne gegen Kuba, während sie andererseits der Absicherung geplanter Aktivitäten der USA in der Karibik und in Mittelamerika dient.

---

1) „Bayernkurier" v. 12. 4. 1980.
2) „Handelsblatt" v. 9. 4. 1980.
3) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 9. 4. 1980.
4) Bonner „General-Anzeiger" v. 8. 4. 1980.
5) So Carlos Widman in der „Süddeutschen Zeitung" v. 14. 4. 1980.
6) Vgl. den Leitartikel „Kubas Aussteiger" in der „Frankfurter Rundschau" v. 11. 4. 1980 sowie den Artikel „Ausstieg aus Kuba" im „Vorwärts" v. 17. 4. 1980, beide von A. A. Guha.
7) Darauf wird allerdings nur im „Vorwärts" hingewiesen.

Zunächst sei jedoch auf einige innenpolitische Aspekte der aktuellen Vorgänge eingegangen, denn natürlich wirft die große Zahl der Ausreisewilligen die Frage nach den innerkubanischen Gründen der erneuten Abwanderungswelle auf, gingen doch nicht nur Freunde Kubas in den zurückliegenden Jahren (mit Recht) davon aus, daß die karibische Insel im letzten Jahrzehnt große Erfolge beim wirtschaftlichen Aufbau und der Sicherung der zahlreichen sozialen Errungenschaften der Revolution realisieren konnte, es heute dem kubanischen Volk in seiner Gesamtheit besser als jedem anderen Volk Lateinamerikas geht.

In den westlichen Massenmedien werden – wie oben angedeutet – zur Begründung der aktuellen Krise u. a. zwei Faktoren genannt, die eine zunehmende Unzufriedenheit ausgelöst haben sollen: Zum einen ein angeblich wachsender Unwille gegenüber der Hilfe Kubas für andere Völker und Staaten, zum anderen die Unzufriedenheit vieler Jugendlicher, die weitergehende Möglichkeiten der Entfaltung suchen. Der erstere Aspekt dürfte eher dem Wunschdenken der Gegner Kubas entstammen, denn Tatsache ist, daß der Internationalismus in der gesamten kubanischen Bevölkerung stark verwurzelt ist. Als Bauarbeiter für eine Brigade gesucht wurden, die in Vietnam helfen sollte, meldeten sich innerhalb von Stunden Tausende kubanischer Bauarbeiter. Ähnliches geschah bei der Werbung für Einsätze in Schwarzafrika und neuerdings auch in Nicaragua. Als kürzlich Lehrer für dieses mittelamerikanische Land gesucht wurden, meldeten sich über 90% aller Lehrer, die über die geforderte Qualifikation verfügten. Schwieriger ist es, das Verhalten der kubanischen Jugend, ihre Vorstellungen, Wünsche und Träume richtig einzuschätzen und gerecht zu beurteilen. Eine präzise Analyse kann hier nicht vorgelegt werden, allenfalls lassen sich einzelne Eindrücke wiedergeben. So werden eigenständigere Formen der Freizeitgestaltung, neue Formen des Zusammenlebens von Mann und Frau und speziell andere Normen im sexuellen Bereich temperamentvoll diskutiert. Auch in der Musik – um einen weiteren Bereich zu nennen, in dem sich kontroverse Auffassungen unter der Jugend festmachen lassen – existieren heute unterschiedliche Vorstellungen. Neben dem „neuen kubanischen Lied" mit starker politischer Ausdruckskraft sind z. B. die westeuropäischen Gruppen „Abba" und „Boney M" sehr beliebt. Andererseits nehmen dieselben Jugendlichen die umfangreichen Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Schulen Kubas wahr, praktizieren sie hier solidarische Hilfe untereinander, fordern sie die Weiterentwicklung der kubanischen Revolution. Es gab im übrigen – trotz anderslautender Berichte – nur wenige Jugendliche, die sich in die Botschaft Perus abgesetzt hatten.

Sehr viel aufschlußreicher in bezug auf die aktuellen Vorgänge in Kuba sind zwei andere Aspekte, denen in den westlichen Medien weit weniger Aufmerksamkeit zuteil geworden ist: Die wirtschaftliche Krise infolge von Naturkatastrophen und Pflanzenkrankheiten sowie die dubiose Rolle der Exilkubaner. Gerade in den letzten Monaten muß Kuba mit unvorhergesehenen ökonomischen Problemen fertig werden. Zu niedrigen Zuckerpreisen und

immer höher steigenden Preisen für die notwendigen Importe aus dem kapitalistischen Ausland kamen Naturkatastrophen wie Wirbelstürme, die beträchtliche Schäden verursachten. Der Blauschimmel, eine Pflanzenkrankheit, vernichtete 90 % der kubanischen Tabakernte 1979, so daß heute nicht nur keine Zigarren mehr exportiert werden können, sondern Tabak für den eigenen Konsum importiert werden muß. 26 000 Tabakarbeiter sind heute unter Aufrechterhaltung ihres Einkommens in anderen Bereichen tätig. Eine andere Pflanzenkrankheit befiel die in Kuba häufig angebaute Zuckerrohrsorte „Barbados 4363" – ein Drittel des angebauten Zuckerrohrs mußte deswegen vernichtet, neue Sorten angepflanzt werden. Dadurch wurde die diesjährige Zuckerernte verringert. Insgesamt dürften mehr als eine Milliarde DM an Devisen für Kuba verlorengehen. Ob die beiden Pflanzenkrankheiten auf natürliche Art und Weise Tabak und Zuckerrohr befallen haben, ist nicht ganz sicher. Schließlich wurde dem CIA in den 70er Jahren das Einschleppen der Rinderpest nachgewiesen. Da aber offensichtlich keine Beweise für Sabotage vorliegen, schweigt die kubanische Regierung dazu.

Durch Flüchtlinge aus Haiti wurde die Schweinepest eingeschleppt. Armeeeinheiten mußten Tausende von Schweinen erschießen. So ist auch Fleisch knapp geworden. Die Kaffeeration wurde halbiert, so daß heute jeder Kubaner mit 15 Gramm Kaffee pro Woche auskommen muß. Lange Zeit gab es keine schwarzen Bohnen. Auch wenn es Gemüse, Salat, Kartoffeln und Fisch reichlich gibt, schwarze Bohnen gehören in Kuba möglichst zweimal am Tag auf den Tisch.

Nach und nach, in letzter Zeit verstärkt, wird der Lohn nach Leistung eingeführt; auch sind die Zeiten vorbei, wo jede schlampige Arbeitsleistung mit dem Hinweis auf die Wirtschaftsblockade oder noch allgemeiner mit dem Hinweis auf den Imperialismus gerechtfertigt werden konnte. Anspruchsvoll ist man in Kuba geworden, überall im Lande wird darüber diskutiert. Für die meisten, für die große Mehrheit der Werktätigen hat sich dadurch nicht viel geändert, aber jetzt wird von allen Leistung erwartet. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber durchaus für manchen Kubaner eine ungewohnte Situation. Ist es daher verwunderlich, wenn es Menschen gibt, die solchen Schwierigkeiten ausweichen wollen? Ist es nicht eine Illusion zu glauben, daß ganze zwanzig Jahre nach dem Beginn der Revolution alle Kubaner überzeugte Kommunisten sind, die alle Schwierigkeiten verstehen und Entbehrungen in Kauf nehmen, ja darüber hinaus noch mit sehr harter Arbeit an der Überwindung der Schwierigkeiten mitwirken?

1978 nahm die kubanische Regierung den Dialog mit den Exilkubanern auf. Ein Ergebnis war die Freilassung der 3600 Gefangenen in Kuba, die wegen Sabotage, bewaffneten Aktionen oder illegalem Eindringen in das Land verurteilt worden waren. Ein weiteres Ergebnis war die Vereinbarung, daß die Exilkubaner zu Besuchen nach Kuba einreisen dürfen. Beide Ergebnisse dürften in einem mindestens mittelbaren Zusammenhang mit den Ereignissen in der Botschaft Perus stehen: Allein im vergangenen Jahr besuchten mehr als 150 000 Exilkubaner ihr Heimatland. Es wäre ebenfalls eine Illusion zu mei-

nen, daß sie als Freunde der kubanischen Revolution kommen, und eine derartige Illusion hat in Kuba niemand. Sie üben also einen Einfluß aus, sei es mit den Geschenken, sei es mit den Erzählungen über ihr Exil. So ist z. B. durch die mitgebrachten Geschenke ein zwar kleiner, aber doch vorhandener Schwarzmarkt entstanden.

Zurück zum außenpolitischen Aspekt der jüngsten Vorgänge. Es ist bekannt, daß die USA bereits heute mit zahlreichen Militärberatern das Regime in El Salvador stützen und daß militärische Interventionen seitens der USA geplant sind. Interventionspläne stoßen aber heute bei den Regierungen Lateinamerikas nicht mehr auf die Zustimmung wie noch vor zehn Jahren; z.B. trugen die lateinamerikanischen Staaten im vergangenen Jahr zur Verhinderung der militärischen Intervention der USA in Nicaragua bei. Mit einer antikubanischen Kampagne und der Schaffung eines Krisenherdes in der Karibik sollten nun erneut Interventionspläne abgesichert werden. US-Präsident Carter erklärte am 9. 4. angesichts der Ereignisse in der peruanischen Botschaft, daß die Länder der Lateinamerikas wachsam gegenüber Kuba sein müßten; er kündigte ein „energischeres" Auftreten der USA in Mittelamerika und in der Karibik an und ging so weit, von einer Bedrohung dieser Region durch Kuba zu sprechen[8]). Einen Tag später ließ das Pentagon verlauten, daß Anfang Mai umfangreiche Manöver in der Karibik durchgeführt würden und betonte zugleich, daß die Manöver in keinem Zusammenhang mit der „zur Zeit vorhandenen Instabilität in der Karibik und in Mittelamerika" stünden[9]). Ihr Umfang und die Begleitumstände lassen jedoch nur den umgekehrten Schluß zu. Wurden die „Solid Shield"-Manöver bis dahin vorwiegend auf dem Territorium der USA durchgeführt, so sollten in diesem Jahr die gesamten Streitkräfte – 20000 Mann, 42 Kriegsschiffe und 350 Kampfflugzeuge – um Kuba herum eingesetzt werden. Zum ersten Mal sollten die B-52-Bomber in der Karibik die See-Verminung und über 3000 Marine-Soldaten auf dem Stützpunkt Guantanamo in Kuba – bis heute widerrechtlich von den USA besetzt – Landemanöver durchführen. Zum ersten Mal seit der „Raketen-Krise" im Oktober 1962 kündigten die USA die Evakuierung ihres zivilen Personals aus Guantanamo an.
Die kubanische Regierung nahm diese Drohung sehr ernst, da die Pläne für militärische Interventionen bekannt waren. Mittlerweile hat ein Sprecher des Pentagon gegenüber der „Washington Post" erklärt: „Das Ziel des Pentagon ist die Landung von amerikanischen Marineinfanteristen in El Salvador."[10]) Außerdem wurde gemeldet, daß die amerikanische Interventionspolitik in Mittelamerika und der darüber ausgelöste Streit zwischen Vance und Brzezinski auch ein wesentlicher Grund für den Rücktritt des ehemaligen US-Außenministers gewesen ist[11]). Das militärische Abenteuer Carters im Iran liefert

8) Vgl. „Monitor-Dienst Lateinamerika" v. 11. 4. 1980.
9) Vgl. „El Pais" (Madrid) v. 11. 4. 1980.
10) Siehe FAZ v. 3. 5. 1980 sowie auch den ausführlichen Bericht „Bürgerkriegsvorbereitungen in Mittelamerika" in der FAZ v. 12. 4. 1980. Fidel Castro teilte während seiner Rede am 1. 5. 1980 mit, daß der US-Präsidentschafts-Kandidat Ronald Reagan sich für eine totale Blockade Kubas ausgesprochen habe. Vgl. dazu die Prensa-Latina-Meldung 220-224 v. 1. 5. 1980.
11) FAZ v. 3. 5. 1980.

einen weiteren Hinweis dafür, daß die US-Regierung nach wie vor auch mit militärischer Gewalt gegen fortschrittliche Regierungen und Bewegungen vorzugehen bereit ist. Aus diesen Gründen begannen in Kuba die Vorbereitungen zur Abwehr der Bedrohung durch die USA. Einerseits verstärkten sich im ganzen Land die Kundgebungen zur Unterstützung der Maßnahmen der Regierung anläßlich der Ereignisse in der peruanischen Botschaft, andererseits wurde angekündigt, daß in der weiteren Umgebung des Stützpunktes Guantanamo umfangreiche Manöver der kubanischen Streitkräfte stattfinden werden, und zwar gleichzeitig mit den US-Manövern[12]). Weiterhin wurde bekanntgegeben, daß alle Vorbereitungen für den Fall einer eventuellen See-Blockade durch die USA getroffen werden. Am 19. Jahrestag des Sieges in der Schweinebucht demonstrierten 1,5 Millionen Kubaner vor der Botschaft Perus in La Habana, am 1. Mai fand eine der größten Kundgebungen statt, die je in Kuba gesehen wurde und für den Beginn der US-Manöver wurden landesweit Kundgebungen und Demonstrationen vorbereitet, an denen sich voraussichtlich vier bis fünf Millionen Kubaner beteiligen werden. Die Massenmedien Kubas bringen umfangreiche Reportagen, in denen die Bevölkerung ihren Willen zum Ausdruck bringt, gegenüber jedem Angriff bereit zu sein.

In Lateinamerika wurden die kubanischen Sorgen sehr ernst genommen. Demonstrativ kündigte Mexikos Präsident Lopez Portillo bereits am 12. 4. einen Staatsbesuch in Kuba Ende Juli an[13]). Aus Sorge um den Frieden in der Karibik waren bei der 1. Mai-Kundgebung in La Habana der Ministerpräsident Grenadas, Bishop, und – als Vertreter der Regierung Nicaraguas – Daniel Ortega anwesend. Weiterhin sprachen der ehemalige Präsident von Santo Domingo, Bosch, sowie Romesh Chandra (Vorsitzender des Weltfriedensrates) und Enrique Pastorino, Vorsitzender des Weltgewerkschaftsbundes[14]). In seiner Ansprache konnte Fidel Castro jedoch mitteilen, daß die geplanten US-Manöver nicht wie angekündigt stattfinden, sondern evtl. im Süden der USA durchgeführt würden. Dennoch sei die Lage weiterhin sehr angespannt. Die kubanischen Manöver seien zwar auch abgesagt worden, aber am 17. Mai würden mehrere Millionen Kubaner im ganzen Land für die Beendigung der Wirtschaftsblockade durch die USA, die Räumung des Stützpunktes Guantanamo sowie die Beendigung der Spionageflüge über Kuba demonstrieren. Die unmittelbare Bedrohung des Friedens in dieser Region scheint nicht zuletzt dank des entschlossenen Verhaltens Kubas sowie der breiten Solidarität mit Kuba besonders in Lateinamerika abgewendet zu sein. Insgesamt gesehen dürfte die Entwicklung in Mittelamerika und in der Karibik aber auch in Zukunft militärische Abenteuer der USA erwarten lassen.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund müssen die Ereignisse in der peruanischen Botschaft gesehen werden, und so läßt sich auch erklären, weshalb eine Isolierung Kubas in Lateinamerika nicht festgestellt werden kann. Kein Land – einschließlich Peru und Venezuela – wollte die Beziehungen mit Kuba

12) Mitteilung des kubanischen Außenministeriums: Circular 516 v. 1. 5. 1980.
13) Mitteilung des kubanischen Außenministeriums: Circular 427 v. 12. 4. 1980.
14) Prensa-Latina-Meldung 220-224 v. 1. 5. 1980.

abbrechen, lediglich Costa Rica drohte mit dem Abbruch der konsularischen Beziehungen. Dank der Vermittlung Kubas konnte die Geiselnahme in der Botschaft von Santo Domingo in Bogota friedlich gelöst werden, Kuba vermittelt weiterhin zwischen Afghanistan und Pakistan. Die Erfolglosigkeit der jüngsten antikubanischen Kampagne insbesondere in den unterentwickelten Ländern dürfte verständlicher werden, wenn Einzelheiten und Hintergründe der Ereignisse berücksichtigt werden.

Vor der Darlegung dieser Einzelheiten muß zum besseren Verständnis auf ein wesentliches Prinzip der kubanischen Revolution verwiesen werden: Die Freiwilligkeit der Teilnahme am Aufbau des Sozialismus. Dieses Prinzip wurde seit Beginn der revolutionären Veränderungen proklamiert, bis heute beibehalten und zuletzt von Fidel Castro in seiner Rede vor dem III. Kongreß des kubanischen Frauenverbandes FMC bekräftigt[15]). Die Einhaltung dieses Prinzips war insbesondere in den ersten Jahren mit großen Schwierigkeiten verbunden, verließen doch Hunderttausende von Kubanern das Land. Bis zum März 1961 hatten bereits 100 000 Kubaner die Insel verlassen und nach der Proklamierung des sozialistischen Charakters der kubanischen Revolution steigerte sich der Auswandererstrom, so daß bis Mitte 1962 die Zahl der Exilkubaner bereits mehr als 200 000 umfaßte und wöchentlich 3000 Personen ihr Vaterland verließen[16]). Mit den inzwischen (innerhalb und außerhalb Kubas) geborenen Kindern dürften heute zwischen 800 000 und 1 Million Exilkubaner zu zählen sein – der größte Teil davon lebt in den USA. Allein in „Little Havanna" in Miami (Florida) leben rund 400 000 Exilkubaner. Dieser Exodus verursachte streckenweise sehr ausgeprägte Engpässe, verließen doch allein 50% aller Ärzte wie überhaupt zahlreiche Spezialisten und Fachkräfte das Land. Enteignete Großgrundbesitzer, Prostituierte, Zuhälter und Glückspieler, aber auch Arbeiter und Angestellte drehten der Insel den Rücken zu. Die Motive waren vielfältig und wurden verstärkt durch die Anstrengungen seitens der USA, Kuba auf diese Weise auszubluten. Sind die Grenzen der USA gegenüber Einwanderern aus den lateinamerikanischen Ländern praktisch geschlossen, so wurden die Kubaner mit offenen Armen empfangen. Als Kuba auf diese Weise nicht in die Knie zu zwingen war, wurden auch für Kubaner die Grenzen geschlossen. Da man jedoch kubanische Flüchtlinge nach wie vor als Helden der Freiheit in den USA empfing und feierte, wurden gewaltsame Fluchtversuche genährt, nahm ihre Zahl zu. Daraufhin öffnete die kubanische Regierung den Hafen Camarioca in der Nähe von Varadero. Mit Yachten, Segel- und Motorbooten konnte nunmehr jeder Ausreisewillige von Freunden oder Verwandten aus den USA abgeholt werden. Diese unkontrollierte Einwanderung wurde von den USA nicht akzeptiert. Man erzielte schließlich eine Übereinkunft über die monatliche Einreise von 600 Kubanern[17]). Seit 1959 gilt nach wie vor die Regelung, daß die Ausreise aus Kuba gestattet wird, sobald ein Einreisevisum für ein beliebiges Land vorgewiesen wird.

15) Sieh „Granma" v. 10. 3. 1980.
16) Siehe Hugh Thomas, Cuba – The Pursuit of Freedom, New York 1971, S. 1354, 1384 u. 1482.
17) Vgl. „ppp-Hintergrund-Dienst" v. 28. 4. 1980, S. 3ff.

In der Vergangenheit hielten sich sowohl die USA wie auch andere Länder, insbesondere lateinamerikanische Staaten, sehr zurück bei der Erteilung von Einreisevisa; seit Mitte 1979 aber wurden Peru und Venezuela offenkundig freizügiger in dieser Frage, sofern die Antragsteller mit Gewalt in die Botschaft eindrangen. Zum besseren Verständnis muß hinzugefügt werden, daß jede Botschaft in Kuba auf Wunsch des jeweiligen Landes bewacht wird. Länder wie Peru oder Venezuela haben diesen Schutz erbeten, im Gegensatz etwa zur Bundesrepublik, deren Mission ebenso wenig wie die Mission der USA in La Habana bewacht wird. Betrat nun ein Kubaner die peruanische Botschaft in friedlicher Weise – woran er durch die Wachen selbstverständlich nicht gehindert wurde – und bat um ein Visum, so wurde der Wunsch nicht erfüllt. Drang er aber gewaltsam, beispielsweise mit einem gestohlenen Lastwagen, in die Botschaft ein, so erhielt er den Status eines politischen Flüchtlings und auf diese Weise auch das gewünschte Visum sowie entsprechende Publicity bei der Ankunft im Gastland. Ebenso verhielten sich die USA: Einreiseanträge wurden mehr als schleppend behandelt, aber wer mit einem gekaperten Fischkutter oder Motorboot in den USA ankam, wurde als Held gefeiert – anders als etwa Flüchtlinge aus Haiti, die zum Teil wieder ausgeliefert werden. Es kann also festgehalten werden, daß mit dieser Vorgehensweise sowohl die USA wie auch insbesondere Peru die Gewalttätigkeit und den Terrorismus in Kuba nähren und stimulieren wollten. Dieses Verhalten der Botschaften stieß auf den Protest selbst der Diplomaten, und so konnten sich im Februar 1980 Venezuela und Peru darauf einigen, daß derartige Praktiken nicht mehr toleriert und angewendet werden[18]). Der peruanische Botschafter in Kuba, Edgardo de Habish, wandte sich öffentlich gegen das gewaltsame Eindringen in seine Botschaft und war auch nicht mehr bereit, gemäß den Anweisungen seines Außenministeriums in solchen Fällen politisches Asyl zu gewähren[19]). Daraufhin wurde er auf Weisung des peruanischen Außenministers Garcia y Garcia abberufen und nach 33 Jahren aus dem diplomatischen Dienst ausgeschlossen[20]). Die Botschaft wurde angewiesen, weiterhin jedem ein Visum auszustellen, der mit Gewalt eindringt.

So erklärt es sich, daß mehrfach kleinere Gruppen von Kubanern mit Gewalt die Botschaft Perus stürmten, die Botschaft z. B. der Bundesrepublik aber weiterhin unbelästigt blieb. So kam es schließlich zum Sturm auf die Botschaft am 1. 4. 1980, bei dem der Soldat des Innenministeriums Pedro Ortiz Cabrera getötet wurde. In einer Erklärung protestierte die kubanische Regierung scharf gegen das Verhalten der Länder, die damit nur Gewalttaten stimulierten. Es wurde darauf verwiesen, daß die Gewalttäter nie politische Probleme hatten, sondern häufig gewöhnliche Kriminelle waren. Zu einem Zeitpunkt, an dem die Aggressionsdrohungen seitens der USA gegen Kuba verstärkt worden sei-

18) Siehe „Monitor-Dienst Lateinamerika" v. 19. 2. 1980 sowie „Los sucesos de la Embajada de Venezuela", in: „Bohemia", No. 25 v. 22. 6. 1979.

19) „Monitor-Dienst Lateinamerika" v. 25. 1. 1980.

20) Die Vorstellungen des heutigen peruanischen Außenministers über „politisches Asyl" wurden 1973 deutlich: Damals, zur Zeit des faschistischen Putsches gegen die Regierung der Unidad Popular, war er Botschafter seines Landes in Chile. Es ist erwiesen, daß er Asylgesuche fortschrittlicher Peruaner abgewiesen hat und sie damit an die Mörderbanden Pinochets auslieferte.

en, käme es nun auch zur Eskalisierung der Gewalttaten gegen Botschaften. In der Erklärung hieß es weiter, daß von nun an keiner, der gewaltsam in eine Botschaft eindringe, die Erlaubnis zum Verlassen des Landes erhalten werde, und daß außerdem der sofortige Abzug der Wachen vor der Botschaft Perus beschlossen sei. Unter keinen Umständen werde geduldet, daß unter dem Hinweis auf diplomatische Immunität Verbrechen legalisiert, gewöhnliche Kriminalität beschützt und ein Klima der Unsicherheit erzeugt werde[21]). Diese Erklärung wurde durch die kubanischen Massenmedien verbreitet und bereits am 7. 4. erklärte die Regierung Kubas, daß – wie erwartet – wenige Stunden nach Veröffentlichung der Nachricht, die Wachen vor der Botschaft Perus seien abgezogen, Hunderte von Personen sich dort eingefunden hätten, um das Land zu verlassen. Nach weniger als 48 Stunden waren es bereits mehr als 3000. Keiner von ihnen sei allerdings ein politisch Verfolgter. Es waren Unzufriedene, die in der Erwartung kamen, in Peru oder in den USA als Helden empfangen zu werden, nach Aussagen des peruanischen Geschäftsträgers aber auch zahlreiche Kriminelle, Prostituierte und Schwarzmarkthändler[22]). Der belgische Botschafter in Kuba sprach vorsichtig von „Menschen aus den untersten Schichten".

Die kubanische Regierung erklärte, daß jeder nach seiner Registrierung und der Ausstellung des Reisepasses die Botschaft wieder verlassen könne, um bei Erteilung der Einreisegenehmigung dann ohne Schwierigkeiten das Land zu verlassen. Diejenigen, die in der Botschaft bleiben wollten, wurden mit drei Mahlzeiten täglich versorgt, mobile sanitäre Einrichtungen und Krankenbetreuung sowie die tägliche Milch für Kinder wurden bereitgestellt[23]). Allein bis zum 7. April hatten 2470 Personen von dem Recht Gebrauch gemacht, sich einen Passierschein ausstellen zu lassen, um in der eigenen Wohnung zu übernachten[24]).

Es gibt Hinweise dafür, daß die kubanischen Maßnahmen sowohl Peru wie auch die USA überraschten. Es wurde nun deutlich, daß beide Länder im Zugzwang gerieten und Maßnahmen ergreifen mußten. Zwar gelang es, über einige Tage hinweg eine großangelegte Kampagne mit den „Flüchtlingen", die lediglich Ausreisewillige waren, zu entfesseln. Um weiterhin eine publizistische Ausschlachtung zu gewährleisten, wurde von Costa Rica der Plan vorgelegt, alle Ausreisewilligen in ein Lager in der Nähe von San José zu transportieren, um von dort aus alles weitere zu regeln. Die kubanische Regierung verweigerte dieser provokatorischen Maßnahme die Zustimmung und beharrte auf dem Standpunkt, daß nur die direkte Ausreise nach Erteilung der Einreisevisa möglich sei[25]). Nunmehr mußten Peru und die USA unmißverständliche Zusagen machen. Beide Länder weigerten sich, alle Ausreisewilligen aufzunehmen. Die USA erklärten, 3500 Personen aufzunehmen, Peru

21) Declaracion del Gobierno Revolucionario Cubano, in: „Granma" v. 4. 4. 1980.
22) Siehe „Der Spiegel" v. 14. 4. 1980, S. 158.
23) Dies galt bereits seit den ersten Tagen; vgl. „Granma" v. 4. 4. 1980.
24) Siehe „Juventud Rebelde" v. 7. 4. 1980.
25) Vgl. „Süddeutsche Zeitung" v. 26./27. 4. 1980.

1000, Spanien 500, die BRD 345[26]). Chile erklärte zunächst seine Bereitschaft, Kubaner aufzunehmen, dann verlangte es, eine „Auswahl" solle getroffen werden und schließlich blieb von dem Angebot nichts übrig[27]); an Peru wurde lediglich zur Unterstützung 15 000 Dollar überwiesen. Den Erklärungen folgten jedoch keine entsprechenden Anweisungen an die Botschaften; offensichtlich sollte das Problem der „Flüchtlinge in der Botschaft" weiter aufrechterhalten werden.

Das Problem wurde jedoch auf eine andere Art gelöst. Am 13. April erklärten Sprecher der Exilkubaner in Miami, daß sie mit 100 bis 150 Schiffen nach Kuba fahren wollten, um Nahrungsmittel für die „Flüchtlinge in der Botschaft" abzugeben und evtl. einige an Bord zu nehmen[28]). Die US-Küstenwache riet von dem Unternehmen ab, weil es zu gefährlich werden und zudem internationale humanitäre Aktionen gefährden könne. Am 21. 4. trafen jedoch die ersten Schiffe im Hafen von Mariel ein, der von den kubanischen Behörden für Ausreisezwecke freigegeben worden war. In den ersten beiden Tagen erreichten so 100 Kubaner die USA, darunter auch solche, die sich nicht in der Botschaft Perus aufgehalten hatten[29]). Die US-Behörden drohten den Einwanderern mit drakonischen Strafen: Deportation der illegalen Einwanderer, für den Schiffsführer bis zu 2000 Dollar Geldstrafe und Gefängnis bis zu fünf Jahren, sowie Beschlagnahme des Schiffes. Angesichts des Andrangs war es aber nicht möglich, diese Maßnahmen durchzuführen – zu groß wäre die Empörung unter den Exilkubanern in den USA gewesen. Am 26. 4. lagen bereits 958 Schiffe in Mariel, bereit, bei Besserung des Wetters in die USA abzureisen[30]). Am 3. 5. war die Zahl der Schiffe, die in Mariel auf Abfertigung warteten, bereits auf über 3000 angestiegen[31]). Um die Sicherheit der Hin- und Rückfahrt zu garantieren, wurde eine Kette von kubanischen Schiffen gebildet, die in einem Abstand von acht Meilen die Sicherheit des Transports garantieren. So kam es bis Ende April trotz schlechter Witterungsverhältnisse zu keiner ernsthaften Gefährdung des Lebens der Beteiligten [32]), obwohl dies verschiedentlich in den USA behauptet wurde.

Angesichts der Reaktion Kubas war die Verwirrung in den Medien der Bundesrepublik groß. Denn nunmehr mußte nicht nur die Bereitschaft der kubanischen Regierung erklärt werden, sondern auch die Tatsache, daß sich in der Botschaft Perus immer weniger Personen aufhielten. Waren zeitweilig mehrere tausend Menschen dort versammelt, so betrug ihre Zahl am 23. 4. 1200[33]) und am 26. 4. nur noch 800[34]). Die FAZ nannte die Öffnung des Hafens Mariel eine „geniale Reaktion der kubanischen Regierung"[35]), während die „Welt" le-

26) So nach Angaben der FAZ v. 21. 4. 1980.
27) Vgl. FAZ v. 17. 4. 1980.
28) Siehe FAZ v. 15. 4. 1980.
29) „International Herald Tribune" (Paris) v. 24. 4. 1980.
30) Mitteilung des kubanischen Außenministeriums: Circular 498 v. 26. 4. 1980.
31) Vgl. FAZ v. 5. 5. 1980.
32) „Granma" v. 27. 4. 1980.
33) Mitteilung des kubanischen Außenministeriums: Circular 479 v. 23. 4. 1980.
34) Mitteilung des kubanischen Außenministeriums: Circular 494 v. 26. 4. 1980.
35) FAZ v. 23. 4. 1980.

diglich wütende Kommentare aus Washington abdruckte: „Kubas Staatschef Castro glaube offensichtlich, daß er die Einwanderungspolitik und die Aufnahme von Flüchtlingen in den USA ‚diktieren' könne und daß jeder, den er nach Amerika schicken wolle, aufgenommen werde." Gleichzeitig appelliere die US-Regierung an die internationale Gemeinschaft, sie möge „ihrerseits auf die ‚durch die mitleidlose Aktion der kubanischen Regierung geschaffenen Leiden' reagieren"[36]). So sind denn auch weitere gegen Kuba zu verwertende Nachrichten in Zusammenhang mit der Besetzung der peruanischen Botschaft ausgeblieben, ist zumindest dieser Teil der aktuellen antikubanischen Kampagne in sich zusammengefallen.

36) „Die Welt" v. 28. 4. 1980.

Entstaatlichung?

Zur konservativen Forderung nach Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Von Udo Gelhausen und Albert Spitzner

In zunehmendem Maße wird in der Bundesrepublik eine Privatisierung öffentlicher Leistungen und Funktionen gefordert. Während die CDU seit Jahren – vor allem aber in den aktuellen Wahlkämpfen – die „Entstaatlichung" im sozialpolitischen und kommunalen Dienstleistungsbereich zu einer wichtigen gesellschaftspolitischen Forderung erhebt und die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel bereits einen detaillierten Maßnahmenkatalog vorlegt, spricht der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker, von „Systemveränderern von rechts". Der nachfolgende Aufsatz versucht, wesentliche Aspekte der Privatisierungsproblematik und ihre über die aktuellen Wahlen hinausgehende Bedeutung aufzuzeigen. D. Red.

Die zu Mitte der 70er Jahre wiederaufgelebte und seitdem mit großem publizistischem Aufwand geführte Kontroverse um eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben gehört bereits zu den Standardthemen der wirtschafts-, gesellschafts- und kommunalpolitischen Diskussion[1]). Häufig sind Haushaltsdebat-

1) Zu den Begriffsinhalten von „Privatisierung" vgl. Tofaute, Die Übertragung öffentlicher Leistungen und Funktionen auf Private (Privatisierung), Heft 5 der vom Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV herausgegebenen Schriftenreihe „Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen", Stuttgart 1977, S. 33 ff; eine Dokumentation des Meinungsspektrums geben Bischoff/Nickusch, Privatisierung öffentlicher Aufgaben, Berlin/New York 1977, S. 33 ff; zur Diskussion in Österreich und Großbritannien vgl. Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft (Hrsg.), Privatisierung. der Griff nach den Rosinen, Wien/München 1978; Kratz, Aktien für Agathe, in: „Die Zeit" v. 3. 8. 1979, S. 25.

diglich wütende Kommentare aus Washington abdruckte: „Kubas Staatschef Castro glaube offensichtlich, daß er die Einwanderungspolitik und die Aufnahme von Flüchtlingen in den USA ‚diktieren' könne und daß jeder, den er nach Amerika schicken wolle, aufgenommen werde." Gleichzeitig appelliere die US-Regierung an die internationale Gemeinschaft, sie möge „ihrerseits auf die ‚durch die mitleidlose Aktion der kubanischen Regierung geschaffenen Leiden' reagieren"[36]). So sind denn auch weitere gegen Kuba zu verwertende Nachrichten in Zusammenhang mit der Besetzung der peruanischen Botschaft ausgeblieben, ist zumindest dieser Teil der aktuellen antikubanischen Kampagne in sich zusammengefallen.

36) „Die Welt" v. 28. 4. 1980.

Entstaatlichung?

Zur konservativen Forderung nach Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Von Udo Gelhausen und Albert Spitzner

In zunehmendem Maße wird in der Bundesrepublik eine Privatisierung öffentlicher Leistungen und Funktionen gefordert. Während die CDU seit Jahren – vor allem aber in den aktuellen Wahlkämpfen – die „Entstaatlichung" im sozialpolitischen und kommunalen Dienstleistungsbereich zu einer wichtigen gesellschaftspolitischen Forderung erhebt und die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel bereits einen detaillierten Maßnahmenkatalog vorlegt, spricht der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker, von „Systemveränderern von rechts". Der nachfolgende Aufsatz versucht, wesentliche Aspekte der Privatisierungsproblematik und ihre über die aktuellen Wahlen hinausgehende Bedeutung aufzuzeigen. D. Red.

Die zu Mitte der 70er Jahre wiederaufgelebte und seitdem mit großem publizistischem Aufwand geführte Kontroverse um eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben gehört bereits zu den Standardthemen der wirtschafts-, gesellschafts- und kommunalpolitischen Diskussion[1]). Häufig sind Haushaltsdebat-

1) Zu den Begriffsinhalten von „Privatisierung" vgl. Tofaute, Die Übertragung öffentlicher Leistungen und Funktionen auf Private (Privatisierung), Heft 5 der vom Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV herausgegebenen Schriftenreihe „Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen", Stuttgart 1977, S. 33 ff; eine Dokumentation des Meinungsspektrums geben Bischoff/Nickusch, Privatisierung öffentlicher Aufgaben, Berlin/New York 1977, S. 33 ff; zur Diskussion in Österreich und Großbritannien vgl. Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft (Hrsg.), Privatisierung. der Griff nach den Rosinen, Wien/München 1978; Kratz, Aktien für Agathe, in: „Die Zeit" v. 3. 8. 1979, S. 25.

ten in den Parlamenten sowie Erhöhungen von Steuern, Gebühren und Beiträgen der Anlaß, zu dem von interessierter Seite – zumeist unter Hinweis auf die Krise der öffentlichen Finanzen und einzelne scheinbar erfolgreiche, zu Modellfällen hochstilisierte Privatisierungsmaßnahmen im kommunalen Bereich – ein Abbau staatlicher Leistungserfüllung zugunsten des privaten Sektors gefordert wird[2]). Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß es sich bei dem Problem der Privatisierung um keine Novität handelt, es vielmehr schon im letzten Jahrhundert, z.B. nach der Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen durch Bismarck, die Öffentlichkeit beschäftigte. In der Weimarer Republik konzentrierte sich die Auseinandersetzung vornehmlich auf die Frage, ob die öffentliche Hand ihre Abhängigkeit vom Steueraufkommen durch den Betrieb eigener rentabler Betriebe vermindern kann[3]). Als Instrument staatlicher Vermögenspolitik („Eigentumsstreuung") fungierte in den 50er und 60er Jahren die Ausgabe von Volksaktien. Wir erinnern an die (Teil)Privatisierungen der Preußischen Bergwerks- und Hütten AG (PREUSSAG), des VW-Werks, der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA). Nachdem im Anschluß an die VEBA-Aktion (1965) die Diskussion für einige Jahre abgeebbt war, stehen heute insbesondere die kommunalen Betriebe und Dienstleistungen im Vordergrund der wieder intensivierten Debatte. Von den Ursachen, Hintergründen und Folgen dieser neueren Entwicklung soll hier die Rede sein.

Zum Stand der Diskussion

Entscheidenden Auftrieb erfuhr die Privatisierungskontroverse 1975 mit der Publikation des vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen verfaßten Gutachtens „Zur Lage und Entwicklung der Staatsfinanzen in der Bundesrepublik Deutschland"[4]). Zuvorderst sind es konservativem Gedankengut und den Interessen der Privatwirtschaft verpflichtete Verbände und Institute, die sich – nicht ohne Erfolg – bemühen, der Forderung nach „Entstaatlichung" einen festen Platz im Bewußtsein der öffentlichen und veröffentlichten Meinung zu verschaffen[5]). Neben dem „Bund der Steuerzahler" entfalteten bzw. entfalten entsprechende Aktivitäten u.a. der „Deutsche Industrie- und Handelstag", das „Institut Steuern und Wirtschaft", das „Institut der Deutschen Wirtschaft", der „Zentralverband des Deutschen Handwerks" und auch der „Bundesverband Deutscher Banken". Im Wissenschaftsbereich machten sich der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirt-

2) Typisch etwa Haubrichs, Chance und Aufgabe der Verwaltung im Interesse der Bürger, in: „rationell reinigen", 5/1979, S. 12 ff.(„Ausweg: Privatisierung").

3) Bahl, Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Gewerkschaft (unveröffentlichtes Gutachten), Berlin 1976, S. 13.

4) In: „Bulletin der Bundesregierung", 103/1976, S. 1001 ff.

5) Vgl. im einzelnen Bischoff/Nickusch, a.a.O. (Anm. 1) sowie die 1977 als Heft 4 der ÖTV-Schriftenreihe erschienene Materialsammlung. Leisner, Berufsbeamtentum und Entstaatlichung, in: „Deutsches Verwaltungsblatt" 1978, S. 733 ff jubelt bereits (S. 733): „Privatisierungsdiskussionen haben weithin Sozialisierungsforderungen verdrängt".

schaftlichen Entwicklung", die „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel", das „Institut für Mittelstandsforschung" sowie namentlich Kaltefleiter und Engels für einen Abbau staatlicher Leistungserfüllung zugunsten Privater stark. Anhänger des Privatisierungsgedankens finden sich weiterhin in allen im Bundestag vertretenen Parteien, am zahlreichsten in der F.D.P. und in der CDU/CSU. Während die SPD Privatisierungen jedenfalls dem Grundsatze nach ablehnt[6]), fordert die F.D.P. in den „Kieler Thesen" (1977) – entsprechend ihren kommunalpolitischen Aussagen von 1975 –, es müsse „dauernd geprüft werden, ob eine bestimmte Aufgabe besser von der privaten Wirtschaft oder vom Staat erfüllt werden kann". Die CDU führt in ihrem Grundsatzprogramm aus: „Wo immer möglich, sollten öffentliche Aufgaben durch Private und freie Träger erfüllt werden, ohne daß diese öffentlichen Aufgaben dadurch zu deren Aufgaben werden."[7]) Die CSU erwägt in ihrem Grundsatzprogramm: „Im Bereich der Eingriffsverwaltung ist eine Beschränkung der Staatstätigkeit kaum (!) möglich. Der Bereich der Dienstleistungen und der wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates dagegen bietet vielfältige Möglichkeiten, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren." Der heutige Kanzlerkandidat der CDU/CSU, F.J. Strauß, begründete 1977 die Haltung seiner Partei wie folgt: „Denn im allgemeinen ist es doch so: Was immer die öffentliche Hand tut, ist im volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhang gesehen zwei bis dreimal so teuer, als was in der privaten Wirtschaft erfolgen kann"[8]). Wenngleich nun die jeweils unterbreiteten Vorschläge und Strategien einer differenzierenden Betrachtung bedürfen und in ihren Begründungen nach Art und Niveau variieren, so handelt es sich doch um einen durchaus geschlossenen Block von Privatisierungsbefürwortern, der erhebliche wirtschaftliche und politische Machtpotentiale vereinigt und sich zum Ziel gesetzt hat, „die staatliche Existenz – bezogen auf die Aufgabenabgrenzung zwischen öffentlicher und privater Produktion – am wirtschaftlichen Geschehen zugunsten der privatwirtschaftlichen Initiative abzubauen und einzuschränken, wenigstens aber eine weitere Expansion des öffentlichen Sektors zu verhindern"[9]). Die nachfolgende Zusammenstellung soll einen Überblick über die gegenwärtig als „privatisierungsfähig" im Gespräch befindlichen staatlichen Veranstaltungen im kommunalen und suprakommunalen Bereich vermitteln[10]):

– *Beschaffungs-, Produktions- und Nebenbetriebe:* Bauhöfe[11]), Druckereien,

6) Vgl. dazu Bahl, a.a.O. (Anm. 3), S. 69 ff; Bilz, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Heft 2 der kommunalpolitischen Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, Bezirk Mittelrhein, Köln 1978, S. 11 ff.

7) Weiterhin: Mehr Wettbewerb bei öffentlichen Dienstleistungen, CDU-Dokumentation 7 v. 15. 2. 1979, Bonn 1979; zum Privatisierungskatalog des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums vgl. Spoo, Hannover will große Entstaatlichung, in: „Frankfurter Rundschau" v. 26. 10. 1979, S. 1 f; Schultze, Freiheit nur für den, der sie sich kaufen kann?, in: „ÖTV-Magazin", 1/1980, S. 39.

8) In: Kommunalpolitik der CSU – Verpflichtung und Auftrag, München 1977, S. 15 ff (28).

9) Tofaute, Gesellschaftliche und ökonomische Aspekte der Privatisierung unter besonderer Berücksichtigung gewerkschaftlicher Gesichtspunkte, in: „WSI-Mitteilungen", 7/1976, S. 370 ff (370).

10) Vgl. ders., a.a.O. (Anm. 9), S. 375 ff.

11) Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler (Hrsg.), Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Wiesbaden 1978, S. 96 f.; kritisch zu dieser Broschüre: Rittershofer in: „Frankfurter Rundschau" v. 6. 10. 1978, S. 6.

Fuhrparks, Gärtnereien, Polizeibeschaffungsstellen, Rechenanlagen, Regiewerkstätten[12]), wirtschaftliche Nebenbetriebe der Krankenhäuser;
– *Bildung*[13]): Einrichtungen der Berufs- und Erwachsenenbildung, Schulen, Universitäten[14]);
– *Ernährung:* Fleischbeschauungseinrichtungen, Kühlhallen, Lebensmittel- und Schlachtviehmärkte, Markthallen, Schlachthöfe[15]);
– *Friedhofswesen:* Friedhöfe, Grabpflege, Leichentransporte
– *Gesundheit:* Bäder, Krankenhäuser, Krankentransporte, Sanatorien, Umweltschutz;
– *Hoheitsfunktionen*[16]): Aufklärung und Ahndung von Straftaten[17]), bewaffneter Objekt- und Personenschutz, Arbeitsgerichtsbarkeit[18]);
– *Kommunikation:* Teilbereiche der Bundespost[19]), Fernseh- und Rundfunkanstalten[20]);
– *Kreditwesen:* Leih- und Pfandhäuser, Sparkassen;
– *Kultur:* Archive, Bibliotheken, Institute, Kur- und Fremdenverkehrseinrichtungen, Museen, Stadthallen, Theater, Tiergärten;
– *Ordnungseinrichtungen:* Eichämter, Feuerwehr, Landesgewerbeämter, Landwirtschaftsberatung, Planungsämter, technische Überwachungsämter, Veterinärdienste;
– *Soziales:* Alten- und Behindertenheime, Betreuungsmaßnahmen für sozial Gefährdete, Campingplätze, Jugendheime, Kindergärten, Parks, Sportanlagen, Waisenhäuser;
– *Verkehr:* Teilbereiche der Bundesbahn[21]), kommunaler Nahverkehr[22]), Naßbaggerei;

---

12) Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, a.a.O. (Anm. 11), S. 94 f.
13) Vgl. Bäcker, Reprivatisierung – auch im Bildungswesen, in: „Gewerkschaftliche Bildungspolitik", 3/1977, S. 51 ff.
14) Vgl. Adam, Die Funktion der Privathochschulen in der Reform des tertiären Bildungsbereiches in der Bundesrepublik Deutschland (unveröffentlichte Diplomarbeit), Köln 1976; ders., Untersuchung über Unternehmereinflüsse auf die Hochschulforschung, Bielefeld 1978, S. 22 ff.
15) Vgl. Foerster, Erfahrungen zur Privatisierung kommunaler Schlachthöfe, in: „Schlacht- und Viehhofzeitung", 3/1975, S. 95 ff; Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, a.a.O. (Anm. 11), S. 36 ff; Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 74 ff.
16) Vgl. Gelhausen/Spitzner, Privatisierung der „inneren Sicherheit"?, in: „Blätter", 9/1978, S. 1123 ff.
17) Vgl. dies., a.a.O., S. 1123 f; Kaiser/Metzger-Pregizer (Hrsg.), Betriebsjustiz. Untersuchungen über die soziale Kontrolle abweichenden Verhaltens in Industriebetrieben, Berlin 1976.
18) Zu dem Vorschlag einer „Entjustizialisierung", wie er der arbeitsrechtlichen Abteilung des 52. Deutschen Juristentages (1978) unterbreitet wurde, kritisch Dietze/Spitzner, Entjustizialisierung des Kündigungsschutzverfahrens – ein Fortschritt?, in: „Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht", 24/1979, S. 369 ff; vgl. weiterhin Grunsky, Die Schlichtung arbeitsrechtlicher Streitigkeiten und die Rolle der Gerichte, in: „Neue Juristische Wochenschrift", 37/1978, S. 1832 ff; Stober, Staatsgerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit, in: „Neue Juristische Wochenschrift", 40/1979, S. 2001 ff. sowie die Gedankengänge des Bundesministers der Justiz H.J. Vogel in: „Frankfurter Rundschau" v. 5. 1. 1980, S. 7: „Staat keine Versicherung gegen Schicksal".
19) Eingehend Pausch, Möglichkeiten einer Privatisierung von Betätigungsbereichen der Deutschen Bundespost, Diss. jur., Bonn 1977; vgl. Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 44–48.
20) „Der Spiegel" v. 17. 12. 1979, S. 39 ff („Privatfernsehen – nur noch Volksverdummung?"); Kröger, Vor dem Ende des Rundfunkmonopols der öffentlichrechtlichen Rundfunkanstalten, in: „Neue Juristische Wochenschrift", 50/1979, S. 2537 ff; „Die Neue" v. 14. 12. 1979, S. 3.
21) Vgl. Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 48–52.
22) Vgl. Oelert, Reprivatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs, wo und wie?, in: „Der Personennahverkehr", 4/1976, S. 110 ff; Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, a.a.O. (Anm. 11), S. 79 ff.

– *Versorgung und Entsorgung:* Energie, Gas, Kanalisation, Kläranlagen, Müllabfuhr[23]), Gebäudereinigung[24]), Wasser;
– *Wohnungs- und Grundstückswirtschaft, Bauwesen:* öffentlicher Grund und Boden, Stadt- und Großraumplanung, Wohnungsbau und -vermittlung.

Aufschluß über den Stand der Privatisierung zu Mitte der 70er Jahre und die zu gegenwärtigende Entwicklung vermittelt das Datenmaterial der vom „Deutschen Städte- und Gemeindebund", der „Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung" und dem „Bund der Steuerzahler" in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Umfragen. Die Auswertung ergibt u.a.[25]):

– Das Gros der durchgeführten und geplanten Privatisierungsmaßnahmen findet sich in den Gemeinden der Größenklasse I (bis 10.000 Einwohner) und II (10.000 bis 20.000 Einwohner). Bevorzugte Objekte sind die Gebäudereinigung, die Städtereinigung und das Fuhrwesen einschließlich der Müllabfuhr.

– Das Privatisierungstempo hat sich in den letzten Jahren beschleunigt. In allen Größenklassen liegt die Zahl der Privatisierungen während der Dekade 1960–1970 nur wenig über oder sogar deutlich unter den Angaben für den Zeitraum 1971–1976.

– Die Privatisierungsbereitschaft wird sich in der Zukunft wahrscheinlich weiter erhöhen. Hierfür sprechen die von den Gemeinden gemachten Angaben über geplante Privatisierungsvorhaben.

Ursachen und Hintergründe

Die Frage nach den Gründen für die gegenwärtig verstärkt zu verzeichnenden Privatisierungsbestrebungen und für die Wahl der staatlichen, insbesondere der kommunalen Dienstleistungen zu ihren bevorzugten Objekten soll anhand von drei uns wesentlich erscheinenden und sich in ihren Wirkungen ergänzenden Ursachenbündeln beantwortet werden: 1. Allgemeine politisch-ökonomische Ursachen für die widersprüchliche Haltung des privaten Kapitals zum staatlichen Eigentum und zur staatlichen Betätigung; 2. Ursachen für die konkreten Interessen privater Unternehmer an der Übernahme bestimmter staatlicher Leistungen und Funktionen; 3. Ursachen für das bei zahlreichen Kommunen vorhandene „Interesse" an der Durchführung von Privatisierungsmaßnahmen.

23) Vgl. Sauerborn, Fallstudie über die Privatisierung der Müllabfuhr im Landkreis Göttingen, Heft 3 der ÖTV-Schriftenreihe, Stuttgart 1977, S. 7 ff; Schmidt, Gegen Privatisierung, in: „ÖTV-aktuell", 1/1976, S. 1 ff; Verband privater Städtereinigungsbetriebe (Hrsg.), Bericht von der Jahrestagung 1976, (Köln 1976), S. 117 ff; Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 70 ff.
24) Vgl. Minssen, Fallstudie über die Privatisierung der Gebäudereinigung bei der Stadt Hildesheim, a.a.O. (Anm. 23), S. 49 ff; Privatisierungsüberlegungen auf betrieblicher Ebene am Beispiel von Reinigungsdiensten in Krankenhäusern, Heft 7 und 8 der ÖTV-Schriftenreihe, Stuttgart 1978 und 1979; Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 76 ff.
25) Vgl. Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, a.a.O. (Anm. 11), S. 30 ff; Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 58 ff.

Die dem Kapitalverhältnis entspringenden ökonomischen und gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und Zwänge bedingen seit jeher bei den Kapitaleignern eine äußerst zwiespältige Haltung zum staatlichen Eigentum. Zum einen erfordert die fortschreitende Vergesellschaftung der Produktion ein verstärktes staatliches Eingreifen in den ökonomischen Prozeß – und zunehmend in alle Bereiche der Gesellschaft –, so durch die Bereitstellung allgemeiner Produktionsbedingungen, aber auch in steigendem Maße durch Tätigkeiten zur Reproduktion der Arbeitskraft (gesellschaftliche Konsumtion bzw. soziale Infrastruktur) und zur Kompensation von Folgeschäden (Umweltschutz usw.). Staatliches Eigentum am industriellen Produktivkapital und staatliche Betätigung im „tertiären" Sektor der Volkswirtschaft, der hinsichtlich seines Anteils an der Gesamtzahl der Beschäftigten als neue Kapitalanlagesphäre an Bedeutung gewonnen hat, sind zum anderen aber – obwohl ihnen eine systemerhaltende und -stabilisierende Funktion zukommt und die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte nicht aufgehoben wird – *formal* eine Negierung des Privateigentums und der privaten Unternehmertätigkeit. Wenn auch die Verwandlung von Produktivkräften in Staatseigentum den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und individueller Aneignung nicht aufhebt, so ist doch – von Ausnahmen abgesehen – der ökonomische Fortschritt darin zu erblicken, daß eine neue Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft erreicht ist. Vor gut 100 Jahren analysierte bereits Friedrich Engels: „Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung."[26]) Die staatlichen Betriebe sowie die sozialen Leistungen und sozialpolitischen Betätigungen des Staates stellen daher für die Kapitaleigner in der Konfrontation mit systemkritischen Kräften insofern eine Belastung dar, als sie geeignet sind, die universale Notwendigkeit der bestehenden Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen[27]). Darüber hinaus steht die Staatstätigkeit natürlich mehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit als private Unternehmen, unterliegen insbesondere die kommunalen Betriebe und Dienstleistungen parlamentarischer und öffentlicher Kontrolle, haben die Beschäftigten grundsätzlich größere Möglichkeiten der Einflußnahme als in der Privatwirtschaft. Die skizzierten Faktoren erhalten gerade heute unter dem Aspekt der gewachsenen „relativen Selbständigkeit des Staates"[28]) er-

26) Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 20, Berlin 1975, S. 260.

27) Dies wird u. a. deutlich, wenn der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesminister für Wirtschaft bezüglich der staatlich subventionierten Güter und Sozialleistungen meint, es ließe sich „der Bereich solcher Güter in einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht immer weiter ausdehnen, ohne diese Ordnung selbst zu zerstören" (Kosten und Preise öffentlicher Unternehmen, in: „Bulletin der Bundesregierung", 4/1976, S. 43) und Privatisierungsstrategen hieraus ableiten: „Der Erosion der freien Marktwirtschaft durch Bedürfnisbefriedigung auf administrativem Wege kann wirksam nur durch Privatisierung begegnet werden", Institut für angewandtes Wirtschaftsrecht, Privatisierung der Risiken?, München o.J. (1978), S. 31.

28) Vgl. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, S. 259 ff (302): „Die Gesellschaft schafft sich ein Organ zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen gegenüber inneren und äußeren Angriffen. Dies Organ ist die Staatsgewalt. Kaum entstanden, verselbständigt sich dies Organ gegenüber der Gesellschaft, und zwar um so mehr, je mehr es Organ einer bestimmten Klasse wird, die Herrschaft dieser Klasse direkt zur Geltung bringt"; Gulijew, Die relative Selbständigkeit des Staates, in: „Marxismus Digest", 32 (1977), S. 32 ff.

höhte Bedeutung. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Haltung der Kapitaleigner zum Staatseigentum und zur Staatstätigkeit von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig ist und sich in Akzeptierung und Inanspruchnahme einerseits, in *antietatistischer* Ablehnung und Bekämpfung andererseits ausdrücken kann. Bei insgesamt zunehmender staatlicher Betätigung („Verstaatlichung") lassen sich somit in der Geschichte immer wieder Perioden verstärkter Privatisierungsbemühungen nachweisen. Beide Tendenzen – die zur Verstaatlichung und die zur Privatisierung – sind in ihrem Nebeneinander ein charakteristischer Zug des bestehenden wirtschaftlichen und politischen Systems. Wenn das Kapital heute in stärkerem Maße als vor der Krise auf die Privatisierung öffentlicher Aufgaben setzt, so ist dies in dem allgemeinen Rahmen der seit langem feststellbaren Krise staatlicher Regulierung und einer *antietatistischen* Umorientierung zu sehen[29]). Das offensichtliche Scheitern des Versuchs, mit Hilfe der „Globalsteuerung" ein krisenfreies Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, hat mit allen Folgen dieses Fehlschlages für die Stabilität des Systems zu jenem Umschwenken geführt, das seinen Ausdruck u.a. in dem Vordringen stärker monetaristisch orientierter Wirtschaftstheorien findet[30]), innerhalb derer staatliches Eigentum und staatliche Tätigkeit einen anderen – untergeordneteren – Stellenwert haben als etwa in dem Konzept der Globalsteuerung.

Neben der oben skizzierten „Wende" sind noch einige weitere (zum Teil eng mit ihr verbundene) Ursachen für die aktuellen Privatisierungsbestrebungen zu benennen, die ein erhöhtes Interesse der Unternehmer an einer Übernahme bestimmter öffentlicher Aufgaben und/oder die Interessen an einer Abgabe durch die bisherigen Träger (mit)erklären können. Wenn heute nicht mehr wie noch bis zu Beginn der 70er Jahre die industriellen Bundes- und Landesbeteiligungen im Vordergrund der Privatisierungsdiskussion stehen, so läßt dies u.a. darauf schließen, daß diese Unternehmen gegenwärtig keine profitable Kapitalanlagesphäre darstellen[31]) oder aber die Bedeutung der staatlichen Wirtschaftstätigkeit in bestimmten Bereichen wie z.B. der Grundstoff- und Schwerindustrie, die Vorleistungen und Hilfen dieser Unternehmen für die Privatwirtschaft anerkannt werden und aktuell – sicherlich auch bedingt durch das Fehlschlagen des Versuches, mittels Ausgabe von Volksaktien „einige Millionen Westdeutsche als Kleinaktionäre mit diesem System enger zu verbinden"[32]) – in einer Phase sich entwickelnder sozialer Auseinandersetzungen und unternehmerischer Offensive die politisch-ideologische

29) Auf der Grundlage der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus spricht Jung (Die Privatisierungsoffensive als Form des Klassenkampfes von oben, in: „Marxistische Blätter", 2/1978, S. 58 ff (60) von der „privatmonopolistischen Entwicklungsvariante"; ausführlich zu dieser These ders., Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven, Entwicklungstendenzen 1973 bis 1978, in: IMSF (Hrsg.), Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 9 ff; vgl. weiterhin Groß, Privatisierungsoffensive des Monopolkapitals im Sozialbereich der BRD, in: „IPW-Berichte", 12/1978, S. 9 ff.

30) Dazu Schui, Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus? in: „Blätter", 6/1975, S. 632 ff.

31) Vgl. „Industriekurier" v. 7. 8. 1969, S. 3.

32) „Der Spiegel" v. 12. 2. 1959, S. 16 ff; Abgesang in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 19. 10. 1978, S. 11 („Das 'Volksvermögen' war keine Daueranlage").

Argumentation wieder stärker auf die Mittelschichtbelange abgestimmt wird[33]). Auch der Handel mit dem negativ vorbesetzten Begriffspaar „Staat/Bürokratie" ist von Bedeutung und hat sich bei der CDU nunmehr auch programmatisch niedergeschlagen[34]). Hekking hat in dieser Zeitschrift[35]) die eigentliche Funktion konservativer Bürokratiekritik herausgearbeitet und dahin zusammengefaßt, daß es primär „um den Abbau öffentlicher Herrschaft und Kontrolle zugunsten der Stärkung von privater Herrschaft und Erweiterung privatwirtschaftlicher Handlungsspielräume im Hinblick auf Produktion, Investition und Beschäftigung", „um die Erweiterung der unternehmerischen Aktionsbasis zu Lasten von Gemeinwohl und abhängig Beschäftigten (geht)"[36]). Also: Entbürokratisierung statt Demokratisierung!

Zwar richtet sich der Privatisierungsfeldzug gegen die staatliche Betätigung in einem umfassenden Sinne („Entstaatlichung") und intendiert eine Beschränkung des Staates auf unbedingt notwendige Hilfsfunktionen, jedoch läßt sich in der Praxis gleichwohl feststellen, daß sich die konkreten Privatisierungsinteressen auf profitable Teilbereiche konzentrieren. So konkurrieren private Paketspediteure wie der „United Parcel Service" nur auf rentablen Strecken (wie sie zwischen Großstädten vorhanden sind) mit der Bundespost, während diese auch unrentable Regionen versorgen muß. Es nimmt ebenfalls nicht wunder, daß eine Privatisierung des Bundespostunternehmensbereichs Telefondienst gefordert wird, der erhebliche Überschüsse erwirtschaftet[37]), aus denen andere Bereiche subventioniert werden. Einige staatliche Betätigungsfelder werden für Privatunternehmer deshalb interessant, weil in ihnen wegen den mit der technologischen Entwicklung verbundenen Technisierungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten bereits jetzt oder in Zukunft mit Gewinn gearbeitet werden kann. Aktuelle Beispiele bieten die Auseinandersetzungen um die Zulassung privater Unternehmen im Bereich der neuen Kommunikationssysteme[38]) und die unter dem Begriff „Recycling" zusammengefaßten Möglichkeiten der Wiederverwertung von Abfallstoffen. Ein Engagement auf dem zuletzt genannten Gebiet wird von privaten Unternehmern dann erwogen, wenn entsprechend hohe Preise für aufbereitete Rohstoffe gezahlt werden, wenn die Gewinnschwelle" überschritten wird, was grundsätzlich auf zwei Wegen erreichbar ist: 1. durch Rohstoffverknappung und damit -preiserhöhung und 2. durch sinkende Wiedergewinnkosten z.B.

33) Vgl. Bahl, a.a.O. (Anm. 3), S. 67 ff sowie die Fallstudie von Sauerborn, Privatisierungspolitik im Kreis Pinneberg, Heft 6 der ÖTV-Schriftenreihe, Stuttgart 1978.

34) Bürokratie. Weniger Bürokratie – mehr Freiheit. Das Programm der CDU zur entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft, Bonn, Dezember 1979; vgl. weiterhin Engels, Bürokraten verspielen unsere Zukunft, in: „Wirtschaftswoche" v. 23. 12. 1976, S. 60 ff; Geissler (Hrsg.), Verwaltete Bürger – Gesellschaft in Fesseln, Frankfurt/Berlin/Wien 1978; Müller-Vogg, Warum ist es beim Staat so schön?, in: FAZ v. 28. 7. 1979, S. 10; Privatintiative oder totaler Staat, „UiD-Dokumentation", 7/1976; Breuel, Entbürokratisierung – Privatisierung, in: „Deutschland-Union-Dienst", 137/1979 (20. 7. 1979).

35) Klaus Hekking, Entbürokratisierung? Zur Funktion der aktuellen konservativen Bürokratismuskritik, in: „Blätter", 1/1980, S. 77 ff.

36) Vgl. auch Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 37 ff.

37) Vgl. „Die Welt" v. 30. 10. 1978, S. 11: Minister Kurt Gscheidle: Mir sind die Postgewinne unangenehm.

38) FAZ v. 19. 3. 1980, S. 13: Länder wollen Postmonopol lockern.

mittels neuer Recyclingtechnologien[39]). Für beide Entwicklungsrichtungen gibt es zur Zeit zumindest starke Anzeichen. Privaten Städtereinigungsunternehmen eröffnen sich hier u.a. Gewinnmöglichkeiten durch den Verkauf von Abfallstoffen und den Betrieb eigener Wiederaufbereitungsanlagen[40]).

Der seit einigen Jahren in weiten Bereichen des öffentlichen Sektors feststellbare rentabilitätsfordernde, eine Kostendeckung anvisierende und im Vergleich zur allgemeinen Preisentwicklung überproportionale Anstieg von Gebühren und Tarifen[41]) hat ein erhöhtes Interesse an einer Übernahme der betreffenden Güter und Leistungen bewirkt. Hinzu kommt, daß überakkumuliertes Kapital, dessen Entstehung teilweise gerade durch staatliche Regulierungsmaßnahmen gefördert wurde, nach neuen Anlagesphären sucht, die es u.a. im überwiegend staatlichen Dienstleistungsbereich findet. Dies gilt nicht nur für die großen Konzernunternehmen, sondern zunächst auch für kleinere und mittlere Kapitale, die durch die immer weiter um sich greifende Monopolisierung vom Markt verdrängt werden. Dabei spielt auch eine Rolle, daß diese mittelständischen Betriebe als politische und soziale Basis des privatwirtschaftlichen Systems erhalten bleiben sollen, was seinen Ausdruck u.a. in dem CDU/CSU-Entwurf für ein „Mittelstandsförderungsgesetz" (MfG)[42]) findet, der in seinem § 19 vorsieht, daß „wirtschaftliche Leistungen, die von privaten Unternehmen zweckmäßig, ordnungsgemäß und kostengünstig ausgeführt werden können, so weit wie möglich an solche vergeben (werden sollen)". Auch ein befürchtetes Abfärben der sozialen Leistungen und Vorteile des öffentlichen Dienstes sowie ideologische Faktoren, wie etwa der Wunsch nach noch umfassenderer und unmittelbarerer Meinungsbeeinflussung wirken auf die Diskussion ein. So verlangt die CDU/CSU nicht erst seit ihrem sog. Medientag „marktwirtschaftliche Lösungen" im Rundfunk- und Fernsehbereich[43]), die sie, wie die Auseinandersetzungen um den Norddeutschen Rundfunk zeigen, zu realisieren trachtet[44]).

Für die Kommunen stellt sich die Privatisierungsfrage insbesondere vor dem Hintergrund ihrer verschärften Finanzkrise[45]). Die bereits erwähnte Bedeutungszunahme staatlicher Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Infrastruktur und gesellschaftlichen Konsumtion, die in dem Übergang zur intensiven Ka-

39) Dazu etwa Burkhardt, Ökonomische Aspekte der Abfallwirtschaft in: Keller (Hrsg.), Abfallwirtschaft und Recycling, Essen 1977, S. 56 ff.
40) Vgl. Müller, Recycling von Metallverpackungen, in: „Der Städtetag", 8/1976, S. 467 ff; Verband privater Städtereinigungsbetriebe (Hrsg.), Bericht über die Jahrestagung 1977, (Köln 1977), S. 55 ff.
41) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1978, Stuttgart/Mainz 1978, S. 468 ff.
42) „Bundestagsdrucksache" 8/708; Vgl. § 18 Abs. V BaWü MfG, Gesetzblatt 1975, S. 861 ff; § 17 Abs. VI Saarl. MfG, Amtsblatt 1976, S. 841 ff; Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), Bürgernahe Kommunalpolitik, München 1977, S. 237. Die Möglichkeit zu Privatisierungen ist auch in Spezialgesetzen angelegt, so in § 3 Abs. II S. 2 Abfallbeseitigungsgesetz; vgl. dazu Wagner, Der Städtereinigungsunternehmer als Partner des Abfallbeseitigungspflichtigen, in: „Der Städtetag", 1/1974, S. 50 f.
43) „Die Welt" v. 8. 11. 1978, S. 4.
44) Vgl. Anm. 20 sowie Aufermann/Schlie, Zur Lage der Rundfunkfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 10/1979, S. 618 ff; Glänzel, Vielzahl bringt keine Vielfalt, in: „Erziehung und Wissenschaft" 1/1980, S. 17 ff.
45) Zur Finanzlage der Gemeinden vgl. Goldberg in: „Blätter", 11/1978, S. 1383 ff.

pitalreproduktion begründet ist, trifft besonders auf den kommunalen Bereich zu, da hier die wesentlichen Elemente der gesellschaftlichen Konsumtion direkt vermittelt und realisiert werden. Auf der anderen Seite versucht das Kapital, die Aufwendungen zur Reproduktion der Arbeitskraft auf ein notwendiges Minimum zu beschränken, um einen höheren Anteil des über den Staatshaushalt umverteilten Nationaleinkommens für unmittelbarer der Kapitalverwertung dienende staatliche Vorleistungen und für direkte Subventionen nutzen zu können. Durch die Wirtschaftskrise, die eine weitere Verengung des Spielraums der Kapitalverwertung mit sich brachte, wurden diese Bestrebungen verstärkt. Der benannte Gegensatz hat im Rahmen der seit Jahren forcierten Zentralisierung der Staatsfinanzen beim Bund und der Prioritätensetzung in den Haushalten zu einer Austrocknung der Gemeindefinanzen geführt. Viele Städte und Gemeinden gerieten durch die mit dem Ausbruch der Krise 1974 einsetzenden Einnahmeausfälle durch Steuerrückgang, durch die zur „Konjunkturbelebung" getroffenen unternehmerfreundlichen Steuerbeschlüsse[46]) und durch die Folgekosten der seit Beginn der 70er Jahre getätigten kommunalen Sachinvestitionen in eine akute Finanznot, die auch bei Spitzenverbänden wie dem „Deutschen Städtetag" eine größere Bereitschaft zur Privatisierung zumindest bestimmter Dienstleistungen hervorrief[47]).

Folgen für Konsumenten und Beschäftigte

Privatisierungsforderungen betreffen vorrangig auch Aufgabenbereiche, die der Reproduktion der Arbeitskraft dienen, und lassen sich in die globale Unternehmerstrategie einordnen, die Verteilungsverhältnisse grundlegend zu ihren Gunsten zu ändern. Der in der Krise verengte Manövrier- und Verwertungsspielraum des Kapitals, seine Verwertungs- und Gewinnmöglichkeiten sollen auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Abbau des sozialen Besitzstandes und Umverteilung der freiwerdenen Mittel erweitert werden. Unter diesem Gesichtspunkt werden die beiden wesentlichen Bedeutungsinhalte von „Privatisierung" erkennbar: zu einem die Übertragung von Aufgaben und Leistungen auf private Unternehmer, zum anderen – im umfassenden Sinn – die Privatisierung von Kosten durch Abwälzung der bisher staatlich finanzierten und subventionierten Lasten gesellschaftlicher Konsumtion auf die Konsumenten mittels „Übernahme marktwirtschaftlicher Produktions- und Verhaltensweisen in den öffentlichen Dienst"[48]). Privatisierung und Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien meinen nichts anderes als die Erschließung profitabler Kapitalanlagensphären mit dem sozialen Inhalt einer Umverteilung des Volkseinkommens über die Umstrukturierung des Massenverbrauchs. In jedem Falle soll die bisher wesentlich aus den Steuern der Lohn- und Gehaltsempfänger finanzierte und subventionierte gesellschaftliche Konsumtion zugunsten gesteigerter individueller Konsumtion abgebaut

46) Zur Steuerpolitik seit 1968 vgl. Holz, Was aus der „Großen Steuerreform" wurde, in: „Blätter" 3/1980, S. 327 ff.
47) Vgl. Privatisierung öffentlicher Aufgaben, Reihe A, DST-Beiträge zur Kommunalpolitik, Heft 2, (Köln 1976)
48) Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 33.

werden. Da die Reproduktion der Arbeitskraft heute nicht mehr allein mittels der der individuellen Konsumtion zufließenden Elemente des variablen Kapitals gewährleistet werden kann, sind die möglichen Folgen einer Beschneidung der gesellschaftlichen Konsumtion und sozialen Leistungen besonders gravierend. Eine zuverlässige, dem Standard der öffentlichen Leistungen und Güter entsprechende Versorgung durch private Unternehmer ist zudem – falls sie überhaupt angestebt wird – auch nur solange gesichert, wie diese einen ausreichenden Gewinn erwirtschaften. Ist dies nicht mehr der Fall, werden entweder die Preise erhöht, Umfang und Qualität des Angebots gemindert oder verstärkt staatliche Subventionen in Anspruch genommen. Wenn auch durch die Privatisierung bestimmter Tätigkeiten eine zeitweise Entlastung der öffentlichen Haushalte bei annähernd gleichem Leistungsniveau erzielt werden kann, so ist diese „Verbilligung" doch stets nur zu Lasten der in den privatisierten Betrieben Beschäftigten möglich. Dies zeigt ein Vergleich der einschlägigen Tarifverträge[49]), wie ihn Tofaute vorgenommen hat[50]). Ergänzend ist auf einige sozial- und tarifpolitische „Besonderheiten" hinzuweisen, die entweder allgemeiner gewerkschaftlicher Erfahrung entsprechen oder für Einzelfälle durch gewerkschaftliche Studien belegt wurden[51]).

Zu erwähnen ist beispielsweise, daß die Arbeitszeit und das Einkommen der in privaten Reinigungsfirmen Beschäftigten oft unter der Grenze zur Sozialversicherungspflichtigkeit gehalten werden (Teilzeitarbeit!), mithin keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt werden und weder für den Krankheitsfall noch für das Alter Vorsorge getroffen ist. Für den Arbeitgeber bedeutet dies eine nicht unerhebliche Kosteneinsparung, für den Arbeitnehmer, der bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von weniger als zehn Stunden auch keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat, ein erhöhtes Risiko. Gegebenenfalls wird er staatliche Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Vielfach geht der privatisierungsbedingte Arbeitgeberwechsel auch einher mit einer spürbaren Heraufsetzung der Leistungsnormen, was u. a. zu größerer Arbeitshetze und erhöhter Unfallgefahr führt sowie mit einem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden ist.

Während Tarifverträge im öffentlichen Dienst – der in seiner Gesamtheit tarifgebunden ist – in der Regel korrekt eingehalten werden, ist dies in der Privatwirtschaft nicht immer der Fall. Zudem hängt die Tarifgebundenheit hier von der Mitgliedschaft des Unternehmers im Arbeitgeberverband ab. Aus diesen Gründen und wegen des geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrades vor allem im mittelständischen privaten Dienstleistungsgewerbe ist

49) Tarifparteien sind:
a) für den öffentlichen Dienst: Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände/Gewerkschaft ÖTV
b) für die private Städtereinigung: Verband privater Städtereinigungsbetriebe/Gewerkschaft ÖTV
c) für die private Gebäudereinigung: Bundesinnungsverband des Gebäudereinigerhandwerks/IG Bau, Steine, Erden.

50) a.a.O. (Anm. 1), S. 92.

51) Vgl. die Fallstudien von Sauerborn und Minssen, a.a.O. (Anm. 23 und 24); Möller; Frauen, die es billiger machen, in: „Welt der Arbeit" v. 23. 4. 1976; Seitenzahl, Auswirkungen der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auf die soziale Lage der Arbeitnehmer, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 7/1977, S. 453 ff; Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 94 f.

die Gefahr weiterer Benachteiligungen von sozial schwachen Arbeitnehmergruppen (Frauen, Ausländer, „rüstige Rentner") in Bezug auf Einkommen, Arbeitszeit und Gesundheit besonders groß. Darüber hinaus sollte auch nicht übersehen werden, daß – im öffentlichen Dienst durchweg tolerierte – gewerkschaftliche Betätigungsformen, wie z. B. der Zutritt des Gewerkschaftsbeauftragten und die Werbung und Information, in der Privatwirtschaft zum Teil erheblichen Restriktionen unterliegen und Mitbestimmungspositionen, welche die Gewerkschaften im Bereich der öffentlichen Unternehmen haben[52]), entfallen würden. Zumindest hinsichtlich der untersuchten Bereiche läßt sich zusammenfassend feststellen, daß ihre Privatisierung für die betroffenen Arbeitnehmer spürbare Nachteile mit sich bringt. In (noch) nicht betroffenen Zweigen des öffentlichen Dienstes kann die Drohung mit dem großen Übel Privatisierung im übrigen dazu instrumentalisiert werden, das „kleinere Übel" Rationalisierung durchzusetzen[53]). Vielfach ist die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Private, was die Qualität der Güter und Dienstleistungen anbetrifft, auch für die Konsumenten mit negativen Folgen verknüpft. Es handelt sich somit um kein auf den öffentlichen Sektor beschränktes, sondern die Interessen der gesamten Bevölkerung tangierendes Problem, das die Entwicklung einer umfassenden gewerkschaftlichen Gegenstrategie erforderlich macht[54]).

„Subsidiaritätsprinzip" und Abbau der Gemeindeautonomie

Die Diskussion über die juristischen Dimensionen der Privatisierung[55]) konzentriert sich gegenwärtig noch auf eine Propagierung des sog. Subsidiaritätsprinzip. Sein Ausgangspunkt ist die Prämisse, daß der Staat und andere Träger öffentlicher Verwaltung zivilen Personen nur diejenigen Interessenverfolgungen entziehen dürften, die diesen nicht ohne überwiegenden Nachteil für die Allgemeinheit überlassen werden können. Dieser Gedanke soll seinen Niederschlag u. a. auch in den Gemeindeordnungen der Länder gefunden haben, wofür als normativer Ansatz vor allem die in Anlehnung an § 67 Abs. I der Deutschen Gemeindeordnung (DGO) von 1935 getroffenen Regelungen genannt werden. Danach (§ 67 Abs. I) durfte die Gemeinde wirtschaftliche Unternehmen nur errichten oder wesentlich erweitern, wenn der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigte (Ziff. 1), das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähig-

52) Vgl. Vetter, Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen, in: „Die öffentliche Wirtschaft" 1/1972, S. 21 ff.
53) Vgl. Bahl, a.a.O. (Anm. 3), S. 82 ff; Fangmann, Urteilsanmerkung, in: „Demokratie und Recht", 3/1977, S. 336 ff. Allerdings sind bestimmte Formen der Privatisierung als Rationalisierungsmaßnahmen im Sinne des § 2 des Tarifvertrages über den Rationalisierungsschutz für Arbeiter v. 6. 5. 1970 (i.d.F. v. 7. 11. 1974) anzusehen. Dies hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entgegen der bisherigen Spruchpraxis der Untergerichte sowie in Abweichung von der Kommentarliteratur zutreffend entschieden; vgl. BAG in: „Arbeit und Recht", 4/1979, S. 124 ff mit Anmerkung von Fangmann; vgl. weiterhin Frohner, Arbeitsrechtliche Probleme bei der Privatisierung von Aufgaben des öffentlichen Dienstes, in: „Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht", 17/1978, S. 257 ff.
54) Vgl. Bahl, a.a.O. (Anm. 3), S. 78 ff; Däubler, Privatisierung – Speerspitze der Gegenreform?, in: Grauhan/Hickel (Hrsg.), Krise des Steuerstaates?, „Leviathan" (Sonderheft), 1/1978, S. 178 ff; Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 97 ff.
55) Umfassend hierzu Däubler, Privatisierung als Rechtsproblem (unveröffentlichtes Gutachten), Bremen 1977.

keit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf stand (Ziff. 2) und der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen anderen erfüllt werden konnte (Ziff. 3). Das mit dieser Vorschrift, der Rücklagenverordnung (1936), der Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen und der EigenbetriebsVO (beide 1938) verfolgte Ziel lag – so bemerkt v. Natzmer[56]) – darin, „die wirtschaftliche Betätigung der Länder und Gemeinden wieder einzuschränken". Während § 67 Abs. I Ziff. 2 DGO der Sache nach in allen Bundesländern übernommen wurde, fehlt eine Ziff. 3 entsprechende Bestimmung in den Gemeindeordnungen der Länder Hessen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, sind in den anderen Ländern die Voraussetzungen verschieden, was zu der berechtigten Frage führt, wie sich dies zu einem vorgeblich grundgesetzimmanenten allgemeinen „Subsidiaritätsprinzip" verhält. Drei Möglichkeiten sind denkbar[57]): entweder sind die verschiedenartigen Nachfolgevorschriften zu § 67 Abs. I Ziff. 3 DGO notwendiger Ausdruck des „Subsidiaritätsprinzips" – dann aber wären die Gemeindeordnungen, denen ein solcher Zusatz fehlt, insoweit verfassungswidrig – oder es handelt sich um eine vom „Subsidiaritätsprinzip" nicht mehr gedeckte Anordnung oder schließlich um eine (entbehrliche) Verdeutlichung eines im Vordersatz zum Ausdruck gebrachten solchen Prinzips. Offene Fragen also; die argumentativen Schwächen einer aus dem Subsidiaritätsgedanken hergeleiteten Privatisierungspflicht werden zunehmend auch von entschiedenen Privatisierungsbefürwortern eingestanden[58]). Statt dessen favorisieren sie nunmehr den Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung[59]) und setzen eine Rechtspflicht zur Privatisierung voraus, wenn und soweit durch diese die Kosten bisher staatlich hergestellter Leistungen gesenkt werden können und gleichzeitig wichtige andere öffentliche Belange gewahrt bleiben („Privatisierungsformel"). Daß Privatisierungsmaßnahmen jedoch gerade nicht – zumindest aber nicht auf mittel- und langfristige Sicht – zu einer Verbilligung von Gütern und Leistungen führen, wurde bereits erwähnt[60]). Durch die volkswirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kosten von Privatisierungen sowie durch die Folgen für die Arbeitnehmerschaft bzw. die Konsumenten werden jene widerlegt, die einer „Sanierung durch Privatisierung" das Wort reden. Berücksichtigt man diese häufig auf den einfachen Nenner „Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste" gebrachten Konsequenzen, so ist evident, daß es sich bei der Übertragung öffentlicher Aufgaben auf private Unternehmer wegen der damit verbundenen zutiefst unsozia-

56) Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik Deutschland, in: Weber (Hrsg.), Gemeinwirtschaft in Westeuropa, Göttingen 1960, S. 379 ff (395).
57) Vgl. Zuck, Subsidiaritätsprinzip und Grundgesetz, München 1968, S. 36.
58) Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, a.a.O. (Anm. 11), S. 20 ff, 99.
59) Dieser Grundsatz ist normiert z. B. in Art. 114 Abs. II S. 1 Grundgesetz, § 6 Abs. I Haushaltsgrundsätzegesetz, § 7 Abs. I Bundeshaushaltsordnung, § 7 Abs. I Landeshaushaltsordnung NRW, § 62 Abs. II Gemeindeordnung NRW; vgl. auch das dem Bund der Steuerzahler von Kohlmann/Brauns erstattete Rechtsgutachten: Zur strafrechtlichen Erfassung der Fehlleitung öffentlicher Mittel, Wiesbaden o.J. (1979), S. 21 ff.
60) Ausführlich Tofaute, a.a.O. (Anm. 1), S. 44–96; vgl. weiterhin Privatisierung öffentlicher Unternehmen – kein Mittel zum Abbau von Haushaltsdefiziten, Heft 13 der Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft e.V., 3. Aufl., Berlin 1979.

len Begleiterscheinungen um eine den wohlverstandenen öffentlichen Belangen sowie dem Sozialstaatsprinzip zuwiderlaufende Maßnahme handelt[61]).

Angezeigt erscheint noch ein Hinweis auf den durch Privatisierungsmaßnahmen bedingten weiteren Abbau der kommunalen Selbstverwaltung[62]). Neben dem immer enger werdenden „Rahmen der Gesetze" (Art. 28 Abs. II S. 1 Grundgesetz), der Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen auf übergeordneten Ebenen, den weisungsgebundenen Auftragsangelegenheiten und den Genehmigungsvorbehalten haben auch die allgemeinen und zweckgebundenen Finanzzuweisungen dazu beigetragen, daß den Kommunen häufig nur noch ein kleiner Anteil eigenverantwortlicher und autonomer Aufgabenerfüllung verblieben ist. Privatisierungsmaßnahmen aber würden bedeuten, daß die Städte und Gemeinden z. B. der Möglichkeit, eine moderne Stadtplanung, eine zukunftsorientierte Infrastruktur oder eine soziale Gebührenpolitik zu realisieren, verlustig gehen und statt dessen die kommunale Selbstverwaltung weiter eingeschränkt wird. Unter dem Aspekt fehlender Transparenz und Kontrollierbarkeit der von privaten Unternehmern getroffenen Maßnahmen, Kalkulationen usw. sowie im Hinblick auf die demokratische Funktion der Gemeindeautonomie bedeutet der Verlust rechtlicher und tatsächlicher Einflußmöglichkeiten zugleich einen Verlust an Rechtsstaatlichkeit im allgemeinen. Diese Aspekte sind bisher weitgehend „übersehen" worden.

Resümee

Die Forderungen nach Privatisierung öffentlicher Aufgaben („Entstaatlichung") und Entbürokratisierung werden uns in Zukunft in noch stärkerem Maße als bisher beschäftigen. Bereits jetzt ist jedoch prognostizierbar und durch vorliegende Erfahrungen belegt, daß die Realisierung solcher Projekte kein wirksames Mittel zur Behebung der Krise in den öffentlichen Haushalten ist. Festzuhalten ist weiterhin, daß der privatisierungsbedingte Arbeitgeberwechsel in der Regel eine Verschlechterung des sozialen Besitzstandes der Beschäftigten zur Folge hat und auch im übrigen ihren Interessen zuwiderläuft. Für die Konsumenten kann „Entstaatlichung" eine quantitative und qualitative Minderung des Angebots bedeuten. Darüberhinaus besteht Anlaß zu der Besorgnis, daß die Durchführung von Privatisierungsmaßnahmen nicht nur einen Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften bewirkt[63]), sondern auch eine Beschränkung von Grund- und Kontrollrechten nach sich zieht[64]). Es versteht sich daher von selbst, daß der Einsatz für den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Sektors eine aktuelle gesellschaftspolitische Aufgabe ist.

---

61) Zur Herleitung einer Privatisierungssperre aus Art. 15 Grundgesetz: Ridder, Die soziale Ordnung des Grundgesetzes, Opladen 1975, S. 102 ff.
62) Bilz, a.a.O. (Anm. 6), S. 22 ff.
63) Kluncker, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen – der Versuch sozialstaatliche Errungenschaften abzubauen, in: „WSI-Mitteilungen", 12/1977, S. 39 ff.
64) Tofaute, a.a.O. (Anm. 9), S. 391.

„Parasitäre Glücksgefräßigkeit"

Irrationalismus in der Medizin

Von Walter Wuttke-Groneberg

In der andauernden Kontroverse um das Gesundheitswesen wird gegenwärtig schwerpunktmäßig die Rolle von Naturwissenschaft und Technik als Ursache für die medizinische Misere diskutiert. Getragen von einem weit verbreiteten Unbehagen an einer rüde kalkulierenden Minuten- und Apparatemedizin, läßt sich diese Kritik nicht dem politischen Raster vergangener Kontroversen um Arzthonorare oder pharmazeutische Industrie zuordnen. Die Befürworter einer psychosomatischen, sozialmedizinischen, präventiven oder wie auch immer patienten-zentrierten Medizinalreform finden sich in den konservativen Ärztekreisen, ebenso wie bei den Gewerkschaften und im bunten Spektrum linker Alternativ-Medizin. Bei nüchterner Einschätzung der politischen Machtverhältnisse wird man jedoch wohl nicht um die Feststellung herumkommen, daß die Diskussion um den naturwissenschaftlich-technischen Charakter der Medizin insgesamt eine restaurative Tendenz aufweist und in erster Linie Ausdruck der allgemeinen Krise der kapitalistischen Industriestaaten ist, die inmitten eines breiten Rationalisierungs- und Technifizierungsschubes von einer Welle des Irrationalismus überschwemmt werden.

Schon die Grundthese, daß die moderne Medizin eine naturwissenschaftlich-technische Medizin sei, bedarf einer Korrektur. Es ist richtig, daß sich Forschung, Anwendung und Ausbildung in der Medizin überwiegend an den Naturwissenschaften und deren technischer Verwertbarkeit orientieren. Seit 70 bis 80 Jahren wird diese Basis jedoch von einer Ideologie überlagert, die die Naturwissenschaften in der Medizin in die Defensive gedrängt hat. Dieser Widerspruch ist nicht nur ein Reflex des sachlichen Ungenügens der naturwissenschaftlichen Medizin. Die im Rahmen z. B. der Kostendämpfungs-Diskussion erhobene Forderung nach Beschränkung technischer Aufwendungen zugunsten persönlicher ärztlicher Leistungen weist auf das ökonomische Interesse hin, Alternativen zu naturwissenschaftlich begründeten Therapieformen offenzuhalten.

Bestätigt wird dieser ökonomische Aspekt durch einen weiteren Punkt. Die Kritik an Naturwissenschaft und Technik erscheint als Kritik an der „pure(n) parasitäre(n) Glücksgefräßigkeit"[1]) des Patienten und richtet sich gegen seine Ansprüche an das medizinische Versorgungssystem. Schon die Beachtung der sich seit Errichtung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GVK) entwickelnden sprachlichen Beziehungen zwischen Arzt und Patient zeigt, in welchem Maße der Zwang zur Kostendämpfung die Einbeziehung sozialer und psychischer Faktoren in das überkommene medizinische Denksystem

1) H. Schipperges, Gesundheit und Geschichte des Gesundheitswesens, in: „Ärzteblatt Baden-Württemberg", 32/1977, S. 92.

notwendig machte. Alles andere als ein organpathologischer Fall, steht der Kassenpatient gerade bei Kritikern des naturwissenschaftlichen Reduktionismus im Verdacht, ein arbeitsscheuer „Vagabund"[2]), „sozialer Parasit"[3]), „asoziales Element"[4]), „Untermensch"[5]) oder „Sozialgangster"[6]) zu sein. Vor dem Hintergrund dieser rüden Sprache erweist sich das naturwissenschaftliche Falldenken als humane Zurückhaltung gegenüber der Unverletztlichkeit der Person. Wo die naturwissenschaftliche Medizin nur das einzelne Organ sieht, greifen ihre bürgerlichen Kritiker auf die ganze Person durch. Den Patienten der totalen Manipulierbarkeit seiner Bedürfnisse zu entziehen, ist eines der wesentlichen Motive, von denen diese Kritik getragen wird.

Während die „technisierte Medizin" als Vorstufe „zur sozialisierten Medizin"[7]) wahrgenommen wird, setzen sich psychosomatische, psychosoziale, präventive, anthropologische oder ökologische Reformkonzepte bürgerlicher Medizin das Ziel, Krankheit als ein individuell zu verantwortendes Geschehen zu definieren, Gesundheit als heroisch-asketischen Triumph des Individuums über seine Bedürfnisse darzustellen. Die genannten Therapieformen übernehmen damit gerade jene Funktion, die gemeinhin der naturwissenschaftlichen Medizin angelastet wird: Herrschafts- und Anpassungsinstrument des gesellschaftlichen status quo zu sein. Den bislang weitestgehenden Versuch, in diesem Sinne eine „neue Theorie" der Medizin durchzusetzen, unternahm das Funkkolleg „Umwelt und Gesundheit", das sich nach den Worten seines Leiters, Hans Schäfers, die Aufgabe stellte, „die Menschen so zu bilden, so zu erziehen, daß sie teils sich gesundheitsgerechter verhalten können, teils mit der Welt, die sie nicht ändern können, doch besser fertig werden"[8]).

Es ist nicht schwer, in der gegenwärtigen gesundheitspolitischen Diskussion weitere Beispiele für diesen Trend zu finden, Naturwissenschaft und Technik aus politischen und ökonomischen Gründen einzuschränken. Wenn im folgenden der Versuch gemacht wird, diesen Trend in seiner geschichtlichen Entwicklung nachzuzeichenen, so soll damit dem naturwissenschaftlichen Reduktionismus keine Hintertür geöffnet werden, um in die Medizin zurückzukehren. Mir geht es darum zu zeigen, wie wenig stichhaltig eine Auseinandersetzung mit den Mängeln bürgerlicher Medizin ist, die sich auf eine Kritik ihres naturwissenschaftlichen Charakters konzentriert, ohne zu sehen, daß die Naturwissenschaften einem Prozeß der Verformung ausgesetzt sind, weil sie im Widerspruch zu den Interessen dieser Medizin stehen.

2) J. Wolff, Ärztliche Kunst und kassenärztliche Praxis, in: „Berliner Ärzte-Correspondenz", 5/1900, S. 122.
3) F. Thieding, Der Arzt in den Fesseln der Sozialpolitik, München-Gräfelfing 1966, S. 47.
4) Demant, Unvergängliches Arzttum, in: „Ärztliche Mitteilungen/Deutsches Ärzteblatt", 41/1956, S. 4.
5) E. Liek, Die Schäden der sozialen Versicherungen, München 1927, S. 90.
6) Gesund-krank-zu behandeln?, in: „selecta", 48/1977, S. 4044.
7) R. Affemann, Gesundheitserziehung, in: „Ärzteblatt Baden-Württemberg", 32/1977, S. 95.
8) Funkkolleg Umwelt und Gesundheit, 1. Einführungssendung. Warum und Wie: Das Funkkolleg Umwelt und Gesundheit; Gespräch: H. J. Koch u. H. Schaefer (Manuskript) o. O., o. J. (1978), S. 5 u. 6.

I

Die politische Grenze, bis zu der die Naturwissenschaften durch die bürgerliche Medizin rezipiert werden können, ist durch den Begriff des Materialismus gesetzt. Die Warnung vor dem materialistischen Charakter der Naturwissenschaften durchzieht die wissenschaftstheoretische Diskussion der Medizin seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Für den damit verbundenen Deformationsprozeß naturwissenschaftlichen Denkens ist vor allem das Lebenswerk Rudolf Virchows ein Schulbeispiel.

Als Virchow 1848 unter den Berliner Barrikaden steht, tut er dies ausdrücklich, um für den Materialismus gegen preußischen Feudalismus und bürgerliche Frömmelei zu kämpfen[9]); seine Parteinahme für die „Revolution"[10]) verteidigt er als Konsequenz seines naturwissenschaftlichen Standpunktes, der ihn auch noch 1849 auf der Seite der „Proletarier" das liberale Paktieren mit der konterrevolutionären „alten Gewalt"[11]) kritisieren läßt. Die „logische Antwort"[12]), die er zur gleichen Zeit im Rahmen der „naturwissenschaftliche(n) Methode"[13]) auf die Frage nach Prävention und Therapie der oberschlesischen Typhusepidemie beispielsweise findet, zeigt, daß auch die Trennung von sozialen und biologischen Aspekten in der Medizin keinesfalls eine Konsequenz ihrer naturwissenschaftlichen Orientierung sein muß. Was Virchow als Therapie fordert, ist nichts anderes als: „volle und unumschränkte Demokratie"[14]), „Bildung mit ihren Töchtern Freiheit und Wohlstand"[15]), die nationale Selbstbestimmung der polnischen Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung[16]) und „mindestens" die Gleichberechtigung von „Kapital und Arbeitskraft"[17]).

Die Tatsache, daß gerade aufgrund naturwissenschaftlicher Einsichten „das organische Individuum keine Existenz (hätte), als in der Gemeinschaft"[18]), erfuhr in Virchows Schriften erst nach einem politischen Frontwechsel von der „äußersten Linken"[19]) zur liberalen Mitte eine negative Bewertung. Das „menschliche Individuum ist eine Gemeinschaft"[20]) nur noch im doppelten Sinn des Wortes gemein: seine soziale Existenz fällt lediglich mit der biologischen Stufe seiner Entwicklung zusammen[21]). Um die nunmehr als Zwang empfundene Gesellschaftlichkeit des Menschen[22]) und den revolutionären materialistischen Impuls naturwissenschaftlichen Denkens in Grenzen zu halten, erwies sich die Zellularpathologie als das politisch adäquate natur-

9) R. Virchow, Das Medicinal-Ministerium, in: „Die medicinische Reform", 3/1848, S. 10f. Vgl. a. a. O., S. 74.
10) R. Virchow, Briefe an seine Eltern 1839–1864, Leipzig² 1907, S. 142 u. ff.
11) R. Virchow, Radicalismus und Transaktion, in: „Die medicinische Reform", 14/1848, S. 94.
12) H.-U. Deppe und M. Regus (Hrsg.), Seminar: Medizin, Gesellschaft, Geschichte, Frankfurt/M. 1975, S. 190.
13) H.-U. Deppe und M. Regus (Hrsg.), a. a. O., S. 191.
14) H.-U. Deppe und M. Regus (Hrsg.), a. a. O., S. 186.
15) H.-U. Deppe und M. Regus (Hrsg.), a. a. O., S. 190.
16) H.-U. Deppe und M. Regus (Hrsg.), a. a. O., S. 191.
17) H.-U. Deppe und M. Regus (Hrsg.), a. a. O., S. 200.
18) R. Virchow, Drei Reden über Leben und Kranksein, hrsg. von F. Krafft, München 1971, S. 51.
19) R. Virchow, Briefe . . ., a. a. O., S. 160.
20) R. Virchow, Drei Reden . . . a. a. O., S. 63.
21) R. Virchow, Drei Reden . . ., a. a. O.
22) R. Virchow, Drei Reden . . ., a. a. O., S. 51.

wissenschaftliche Denksystem. Sie wurde zum „Vorbild" eines „Staates"[23]), dessen soziale Beziehungen auf „viele kleine Teile" verteilt sind, „welche eine unabhängige Sonderexistenz führen" und „nur eine föderalistische (Einheit)"[24]) bilden. Den zellulären Organismus kennzeichnet nicht mehr die revolutionäre, an der „Physiologie"[25]) als Leitwissenschaft orientierte Bewegung, sondern ein naturhaft fixiertes, hierarchisch gegliedertes Ordnungssystem „von Dienern und Herren, großen und kleinen"[26]), dessen Vollkommenheit sich nach dem Grad der „Subordination" seiner „Theile" bemißt[27]). Jede Veränderung dieses naturwissenschaftlichen Grundmodells, die eine materielle Verknüpfung der biologischen und sozialen „Sonderexistenzen" denkbar erscheinen läßt, wird damit schon auf der Ebene naturwissenschaftlicher Argumentation zu einer politischen Bedrohung. So kritisierte Virchow nicht nur die Humoralpathologie, indem er ihre medizinische Gefahr mit der Bedrohung gleichsetzte, „wie" sie „gleichzeitig der Socialismus in seiner doctrinärsten Form" für „die Gesellschaft und den Staat"[28]) darstellte; auch sein Kampf gegen den Darwinismus gipfelte in dem Hinweis auf mögliche Folgen dieser Lehre „im Kopfe eines Sozialisten"[29]).

II

Wie an diesem Einzelbeispiel, so läßt sich auch am Beispiel des Ärztestandes insgesamt zeigen, daß die Entfaltung von Naturwissenschaft und Technik in der Medizin auf entscheidende politische und ökonomische Hindernisse trifft. Die Herausbildung des Ärztestandes in seiner heutigen Form setzt mit der Errichtung der Gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 1883 ein. Dieses Ereignis steht in positiver wie negativer Hinsicht in der Tradition der naturwissenschaftlichen Medizin. Es zieht die Konsequenz aus einem unübersehbaren Material, das den kausal denkenden Naturforscher auf den ursächlichen Zusammenhang von gesellschaftlicher Verelendung und Krankheit hingewiesen hatte. Es gab dem Fortschrittsoptimismus der naturwissenschaftlichen Medizin, mit ihren Mitteln Krankheit bewältigen zu können, eine wichtige ökonomische Basis, trug damit aber auch dazu bei, die reduktionistischen Denkansätze dieser Medizin zu verfestigen.

Für die Ärzte waren die Gesetzlichen Krankenkassen zunächst eine relativ gleichgültige Einrichtung. Ihre vorausgehende Weigerung, die Armenbehandlung in traditioneller Weise kostenlos weiterzuführen, schien damit Gehör gefunden zu haben. Diese Gleichgültigkeit schlug jedoch schon nach wenigen Jahren in eine bis heute andauernde Gegnerschaft um, die sich nur in dem Maß milderte, als die Ärzte ihre Interessen gegen die Kassen durchsetzen konnten.

23) R. Virchow, Über den vermeintlichen Materialismus der heutigen Naturwissenschaft, in: Amtlicher Bericht über die 38. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte, 1863, S. 41.
24) R. Virchow, Über den vermeintlichen Materialismus . . ., a. a. O., S. 37.
25) R. Virchow, Die öffentliche Gesundheitspflege, in: H.-U. Deppe und M. Regus (Hrsg.), a. a. O., S. 172.
26) R. Virchow, Drei Reden . . ., a. a. O., S. 50.
27) R. Virchow, Drei Reden . . ., a. a. O., S. 53.
28) R. Virchow, Rück- und Vorblicke, in: „Archiv für pathologische Anatomie", 21/1861, S. 2.
29) R. Virchow (Rede über die Freiheit der Wissenschaft im modernen Staat), in: Amtlicher Bericht der 50. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte, 1877, S. 68.

Am Problem der Krankenkassen, in denen von der Mehrheit der Ärzte bis heute der gesellschaftliche Ausdruck der materialistischen, naturwissenschaftlichen Medizin[30]) gesehen wird, bildete sich auch ihr widersprüchliches Verhältnis zu Naturwissenschaft und Technik weiter heraus. Im Fluß der wachsenden Versicherungsgelder nahm die Praxis einerseits ihre heutige rationalisierte Form an. Industrielle Heilmittel und medizinisch-technische Geräte erlauben eine profitable Massenabfertigung der Patienten und über die Delegation von Aufgaben an nichtärztliche Mitarbeiter eine bescheidene, aber klassische Ausbeutung fremder Arbeitskraft. Der Fall Sewering hat deutlich gemacht, daß diese Ausbeutung sogar auf akademisch ausgebildete Kollegen ausdehnbar ist.

Gerade der Fall Sewering, dessen Erledigung in Ärztekreisen als Abschied von der „Apparatemedizin"[31]) interpretiert wurde, zeigte aber auch, daß die wissenschaftlich-technische Entwicklung nicht durchgängig ständischen Interessen entspricht. So führte die Verbreiterung der technischen Basis der Medizin zu einer Differenzierung des ärztlichen Berufsbildes und schuf vor allem den angestellten Arzt, der den Freiberufler zu verdrängen droht und damit die tragende Gruppe der ständischen Politik in eine Minderheitenposition bringt. Eine weitere Folge war eine Verschärfung der innerständischen Konkurrenz. Die Sozialversicherungsgelder erhöhten die Attraktivität des ärztlichen Berufs, und zugleich beseitigten die Naturwissenschaften vor dem Zugang zum Arztberuf die ideologische Schranke, daß nur der geborene, humanistisch gebildete Arzt wirklich Arzt sein könne. Eine dritte Konsequenz war schließlich die Tendenz, die persönliche ärztliche Leistung überflüssig zu machen und an das Heilmittel, den Apparat, den nichtärztlichen Mitarbeiter zu übertragen.

Die Ärzte haben auf diesen Widerspruch, in dem sich die naturwissenschaftlich-technische Medizin ihnen darstellt, mit einer seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nicht abreißenden Diskussion über die Frage reagiert, ob die Medizin eine Wissenschaft oder Kunst sei, deren Aktualität z. B. eine soeben von Werner Catel, einem der Gutachter der nationalsozialistischen Euthanasieaktionen, publizierte Schrift[32]) belegt. Was sich in dieser Diskussion unter dem Deckmantel eines medizinischen Ästhetizismus gegen die naturwissenschaftliche Medizin durchzusetzen versucht, ist die Zentrierung der Medizin auf die Person des Arztes, die Abkehr von der materiellen Sachleistung zum therapeutischen Irrationalismus und zur Gewalttätigkeit, die Festschreibung der ärztlichen Unterversorgung und die Spannung eines jeden Rahmens für das sogenannte standesgemäße Honorar, um nur die wichtigsten Stichworte zu nennen[33]).

30) Z. B. W. Wesiack, Grundzüge einer psychosomatischen Medizin, München 1974, S. 129 f.
31) Ärzte wollen ihr Image aufpolieren, in: „Der praktische Arzt", 15/1978, S. 2275.
32) W. Catel, Medizin und Intuition, Stuttgart 1979.
33) Vgl. W. Wuttke, Die Herrschaft von Künstlern, in: M. Doehlemann (Hrsg.), Wem gehört die Universität?, Lahn-Gießen 1977, S. 177–200.

Der Expansion naturwissenschaftlich-technischer Medizin sind also auch aus ärzteständischen Interessen Grenzen gesetzt. Die Frage, inwieweit sich Irrationalismus, Ästhetizismus und Personalismus gegen rationelle, technische und pharmazeutische Produktionsweisen in der ärztlichen Praxis durchsetzen, wird jedoch nicht vorrangig auf der Ebene ständischer Interessen entschieden. Da die Ausgaben für Wiederherstellung und Erhaltung der Gesundheit als Reproduktionskosten die Arbeitskraft verteuern, besteht vor allem für das gesellschaftliche Gesamtkapital ein Interesse, Einfluß auf den Charakter therapeutischer Maßnahmen zu nehmen. Ohne auf weitere Differenzierungen dieser Aussage eingehen zu können, möchte ich am Beispiel nationalsozialistischer Medizin zeigen, daß gerade hier entscheidende Triebkräfte gegen die naturwissenschaftlich-technische Medizin wirken.

III

Zum Verständnis der nationalsozialistischen Medizin ist es zunächst notwendig auf das Bild einzugehen, das sich die Medizin seit Verabschiedung des Krankenversicherungsgesetzes vom Patienten gemacht hat. In dem Augenblick, wo die direkte ökonomische Beziehung zwischen Arzt und Patient aufgehoben, die Mehrheit der Bevölkerung in diese Beziehung überhaupt erst einbezogen wird, ändert sich das Verhältnis zwischen Arzt und Patient in schroffer Weise. An der Tagesordnung sind jene Denunziationen, auf die oben hingewiesen wurde, und die sowohl den Interessengegensatz zwischen Arzt und Patient als auch den Interessengegensatz zwischen Patient und bürgerlicher Gesellschaft dokumentieren.

Der medizinische Hintergrund dieser Denunziationen ist das zunächst begrenzte Krankheitsbild der unfallbedingten, traumatischen Neurose, die durch ihre Einbettung in versicherungsrechtliche Fragen jedoch zu einem allgemeinen „sozialpolitischen Kampfinstrument" gegen das Versicherungswesen „hochstilisiert"[34]) wurde. Die Krankheit warf zwei wichtige Probleme auf. Schwierig war einmal ihr diagnostischer Nachweis. Da organische Veränderungen fehlen, geriet der Kranke in Verdacht, ein Simulant zu sein. Das zweite Problem betraf die ätiologische Erklärung der Krankheit, die gewöhnlich nach Ausheilung der primären Unfallfolgen auftritt oder auch, ohne daß solche Schäden augenscheinlich vorliegen. Die Erklärung, die sich in einer durchaus kontroversen Diskussion der Tendenz nach durchsetzte, war die Auffassung, daß die Störungen der psycho-sozialen Charakterstruktur des Geschädigten zuzuschreiben seien, mit der er auf die Möglichkeit einer Entschädigung für seinen Unfall reagiert. „Organische Veränderungen irgendwelcher Art" lägen „den Veränderungen nicht zugrunde. Eine solche Lehre „sei" auch praktisch bedenklich, weil sie die Begutachtung und praktische Bewertung der Unfallfolgen und damit . . . die wirtschaftlichen Interessen des Staates ungünstig beeinflussen würde": hieß es z. B. bei der Erklärung der Kriegsneurosen[35]). Das gleiche Erklärungsmuster wurde den Neurosen nach

34) St. Kirchberger, Anspruchsverhalten und Neurose – zur Entstehung und Funktion einer sozialpolitischen Argumentationsfigur, in: „Das öffentliche Gesundheitswesen", 40/1978, S. 555.
35) Zit. nach: E. Fischer-Homberger, Die traumatische Neurose, Bern-Stuttgart-Wien 1975, S. 89.

Arbeitsunfällen unterlegt. Auch hier war die begehrliche „Disposition" des Geschädigten die eigentliche Krankheitsursache, „und zwar so sehr, daß es wirklich als ein schweres Unrecht" erschien, „wenn auf Grund der Haftpflicht ein Arbeitgeber nun große Summen zahlen muß"[36]).

In der Diskussion um die traumatische Neurose erscheinen die Naturwissenschaften in einer eigentümlichen Verzerrung und Widersprüchlichkeit. Einerseits wird der somatische Aspekt zum Entscheidungskriterium für den angeblich simulatorischen Charakter der Krankheit erhoben. Die Rücksicht auf Kapitalinteressen zwingt jedoch zugleich dazu, in der Ursachenkette der Krankheit das somatische Ereignis des Unfalls auszusparen. Schuld an der Krankheit sind nicht der Unfall und die zum Unfall führenden Arbeitsbedingungen, sondern in erster Linie die Begehrlichkeit des Geschädigten, dem es „beikomm(t)" durch seinen Unfall den Arbeitgeber „auszubeuten"[37]).

Diese Möglichkeit, das bei den notwendigen Krankheitsursachen ansetzende kausale Denken der klassischen naturwissenschaftlichen Medizin aufzuheben und dagegen das Versicherungssystem und den Versicherten als pathogen darzustellen, hat die traumatische Neurose, der sich in der Rechts-, Sozial-, Begehrungs- oder Versicherungsneurose ähnlich konstruierte Krankheitsbilder zur Seite stellten, zur Leitkrankheit der gesundheitspolitischen Diskussion dieses Jahrhunderts werden lassen, von der wesentliche Impulse zur Psychologisierung der Medizin ausgingen. Diese Diskussion vollzieht sich, wie ein konservativer Autor 1929 anmerkt, im Zusammenhang der „politischen und geistigen Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Sozialismus"[38]), die die Bourgeoisie im Faschismus zum ersten Mal auf breiter Linie für sich entscheiden konnte.

IV

Der Nationalsozialismus tritt in der Gesundheitspolitik an als „Überwinder des Zeitalters der Neurose"[39]). Im Mittelpunkt seiner Medizin steht der „kampffreudige, heroische Mensch"[40]), der „nicht auf den zweifelhaften Schutz einer allzu verkünstelten Umwelt angewiesen ist"[41]), sondern Gesundheit auf asketischer Lebensbasis als einen reinen Willensakt aus sich selbst produziert. Um diese ebenso billige wie „bittere Arzneipille des 'Ich will und ich kann' dem Kranken" verabreichen zu können, erwies sich die „Übertragung" des naturwissenschaftlichen Denkens „auf die Lebenswissenschaften" allerdings als „irrig"[42]). „Dringt" nämlich, so erläutert ein anderer Autor diesen Gedanken, die „rein naturwissenschaftliche Auffassung durch,

36) Vgl. E. Fischer-Homberger, a. a. O., S. 95f.
37) Vgl. E. Fischer-Homberger, a. a. O., S. 63.
38) Vgl. E. Fischer-Homberger, a. a. O., S. 187.
39) J. Hobohm, Der Nationalsozialismus als Überwinder des Zeitalters der Neurose, in: „Ziel und Weg", 4/1934, S. 41ff.
40) K. Kötschau, Zum nationalsozialistischen Umbruch in der Medizin, Stuttgart-Leipzig 1936, S. 77.
41) Vgl. K. Kötschau, a. a. O., S. 57.
42) D. Kulenkampff, Die Bedeutung des Freiheitsproblems für das ärztliche Handeln, in: „Ärzteblatt für Sachsen", 1934, S. 68.

so wird mancher, der sich vor bestimmten körperlichen oder seelischen Leistungen drücken will, sagen: Ich bin nun 'mal so', wie wir das in den letzten 16 Jahren bis zum Überdruß gehört haben"[43]).

Welche Bedeutung der Frage nach der Rolle der Naturwissenschaften in der nationalsozialistischen Medizin zukam, läßt sich auch aus einer Rede Ferdinand Sauerbruchs aus dem Jahr 1936 erschließen, die im Ausland als Zeichen für die Abkehr der Hochschulen vom nationalsozialistischen Staat große Beachtung gefunden hatte[44]). Sauerbruch galt als einer der prominentesten Mitarbeiter des deutschen Faschismus. Er war z. B. Mitautor der Ergebenheitsadresse[45]) deutscher Professoren an Hitler vom Oktober 1933. Als erzkonservativer Antidemokrat war er in den 20er Jahren einer der Wortführer des oben skizzierten ärztlichen Ästhetizismus. Kritisierte Sauerbruch damals den „Wirrwarr" der Medizin als „Auswüchse exakter Naturwissenschaft"[46]), so sieht er ihre „Krise" 1936 „in dem Irrtum (begründet), als hätte die Naturwissenschaft ihren Wert verloren"[47]); „um das Richtige zu treffen", betont er jetzt, „brauchen wir Kenntnisse, Kenntnisse von den Gesetzen des Lebens", dessen „Rätsel . . . nur in exakter naturwissenschaftlicher Forschung ihre Lösung finden"[48]) könnten.

Um die breite, von seiten der NSDAP scharfe[49]) Reaktion auf diese Rede zu verstehen, reicht es nicht aus, in Sauerbruchs Bekenntnis zur Wissenschaftlichkeit der Medizin lediglich den Versuch zu sehen, mit einem gängigen Argument für Autonomie und Wertfreiheit der Wissenschaft zu plädieren. Weiter führt ein Blick auf das Datum. Wenige Wochen zuvor, im August 1936, hatte Hitler seine Denkschrift zum Vierjahresplan vorgelegt. Die vielfältigen Widersprüche zwischen Kriegsrüstung, Konsumgüterproduktion und Sozialpolitik, die dem Vierjahresplan folgten, können hier nicht ausgebreitet werden. Seine Zielsetzungen erforderten jedenfalls eine Medizin, die in ihrem Leistungsniveau niedrig und billig sein mußte. Ihren ideologischen Ausdruck hatte diese Forderung schon vor 1936 in der Theorie der „Neuen Deutschen Heilkunde" gefunden, mit der die Nationalsozialisten den Versuch unternahmen, die naturwissenschaftliche Medizin an die kurze Leine zu legen. Genau hier greift Sauerbruchs Rede störend ein.

Neben psychologischen, suggestiven und historischen Elementen kennzeichnet die Therapie der „Neuen Deutschen Heilkunde" einmal vor allem der gezielte Einsatz sogenannter biologischer Heilmethoden, wie Homöopathie, Natur- und Volksheilkunde. Nach 1936 setzt z. B. eine groß angelegte

43) O. Müller, Grundsätzliches zum Kampf um ein besseres Arzttum, Stuttgart-Leipzig 1935, S. 24.
44) Vgl. E. Bloch, Vom Hasard zur Katastrophe, Frankfurt/M. 1972, S. 87–92.
45) Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat, Dresden 1933, S. 21.
46) F. Sauerbruch, Heilkunst und Naturwissenschaft, in: „Die Naturwissenschaften", 14/1926, S. 1089.
47) F. Sauerbruch (Festansprache), in: „Mitteilungen der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte", 13/1937, S. 8.
48) F. Sauerbruch, a. a. O., S. 9.
49) Vgl. z. B. W. Groß, Die Dresdener Versammlung der Deutschen Naturforscher und Ärzte, in: „Ziel und Weg", 6/1936, S. 538–542.

Kräutersammelbewegung ein, die die Abhängigkeit der allgemeinen medikamentösen Versorgung von Importen durchbrechen und die Freisetzung der Kapazitäten der chemisch-pharmazeutischen Industrie für die Kriegsproduktion erleichtern sollte[50]). Ihr zweiter wesentlicher Gesichtspunkt ist der der „Vorsorge", eine ausschließlich an der subjektiven Anpassung des Individuums an eine pathogene, ausbeuterische Umwelt interessierte Form der Prävention. „Wir sind . . . imstande", so erklärte der Leiter der zuständigen Arbeitsgemeinschaft diesen Begriff der Prävention, „uns eines Heilverfahrens ohne vorausgehende Kausalanalyse zu bedienen. . . . Es genügt zu wissen, daß der Organismus eigentätig die Gesundheit wiederherzustellen imstande ist." „Gesundheit" sei nämlich „das Ergebnis fortgesetzten Ringens, ununterbrochener Arbeit an der Erhaltung des Organismus"; sie verlange lediglich „Leistung und ihre Erhaltung setzt Kampf und Training voraus. . . . Nicht Fürsorge für Schwächliches, Gebrechliches, Kampfunfähiges" stehe also „an erster Stelle" Neuer Deutscher Heilkunde, „sondern die *Vorsorge,* die sich der Eigenkräfte eines kampffähigen Organismus bedient"[51]). Es versteht sich, daß „dauernde Unproduktivität . . . eine Gegenanzeige" für ärztliche Hilfe darstellt und der „besonderen Beachtung und Regelung" bedarf[52]).

Aus diesem Denken, und nicht aus der Tradition der naturwissenschaftlichen Medizin, sind auch die nationalsozialistischen Vernichtungsprogramme zu erklären. An deren Anfang steht nicht das organpathologische, rein somatische Denken, sondern die „Einführung des menschlichen Subjekts"[53]) in die Medizin. Die Konsequenzen dieser Formel, auf die vor allem die psychosomatische und anthropologische Medizin aufbaut, hat deren deutscher Vordenker, der Kliniker Viktor v. Weizsäcker, in einer Vorlesungsreihe des Sommersemesters 1933 mit brutaler Offenheit aufgezeigt. Ausgehend von der Neurosenfrage entwickelte Weizsäcker hier die Elemente einer „vom Menschen zum Menschen gerichteten Medizin"[54]). Ihr „unausweichliche(r) Sinn" steht „(unter dem Gesetz), daß die Behebung eines Übels einem anderen Raum gibt"[55]). Weizsäcker vertritt mit dieser These die Auffassung von der Zweck- und Sinnhaftigkeit von Krankheit, die als „Krisen der Wahrheit"[56]) des Individuums im Konflikt mit unantastbaren sozialen Verhältnissen gedeutet wird. „Krankheit" hat demnach „etwas mit Unwahrheit zu tun"[57]).

Weizsäckers Denkansatz ist also nicht naturwissenschaftlich orientiert, sondern soziologisch und psychologisch. Die „Widersprüchlichkeit von Einzelleben und Gesamtleben"[58]) wird von ihm als zentrale Krankheitsursache erkannt, jedoch lediglich nach der subjektiven Seite hin aufgelöst. Der ärztliche Eingriff – „in erster Linie" getragen durch den „Besitz von Macht"[59]) – über-

50) Vgl. z. B. die Nummer 26 des „Ärzteblatt für Südwestdeutschland", 5/1938, S. 405ff.
51) K. Kötschau, a. a. O., S. 90 u. 91f.
52) K. Kötschau, a. a. O., S. 30.
53) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen, Leipzig² 1935, Vorwort.
54) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen . . ., a. a. O., S. 90.
55) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen, a. a. O., S. 24.
56) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen, a. a. O., S. 57.
57) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen, a. a. O., S. 24.
58) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen, a. a. O., S. 72.
59) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen, a. a. O., S. 46.

geht die gesellschaftlichen Krankheitsursachen und greift auf den Patienten selbst durch: „Die Frage: *was* ist erhaltungswürdig? wird . . . abgelöst von der Frage: *wer* ist erhaltungswürdig?"; Diese „revolutionäre Frage nach dem" am Wertsystem des kapitalistischen Klassenstaates gemessenen „Erhaltungswürdigen" steuert bewußt auf eine „Entscheidung über Leben und Tod"[60]) zu. Die Therapie wird ausdrücklich zum Organ staatlicher „Vernichtungspolitik"[61]).

Weizsäckers Krankheitsverständnis besann sich genau an dem Punkt auf das Subjekt des Kranken, wo ihn die Analyse der Pathogenität von „Kapitalismus und Klassenstaat"[62]) auf namentlich sozialistische Denkgewohnheiten stieß. Auch für ihn symbolisierte die Neurose den Kampf zwischen Bürgertum und Proletariat um eine „neue Gesellschaft"[63]). Ihren historisch-gesellschaftlichen Ursprung sah er verankert in den sozialstaatlichen Rechtsgeschenken „des älteren Liberalismus an den Sozialismus"[64]), die freilich mißbraucht worden seien. So fehlt seiner Meinung nach nicht nur dem Versicherten die Einsicht in „Sinn und Grenzen seines Rechtes"[65]); wesentliche Krankheitsursache ist daneben „eine bestimmte politische Mentalität, die Erziehung namentlich der Arbeiterschaft durch die Sozialdemokratie, welche ihre Anhänger beständig auf Rechte hingewiesen hatte"[66]). Weizsäcker sah demgegenüber in der „Verrechtung"[67]) gesundheitlicher Ansprüche durch das Krankenversicherungssystem eine „Verletzung des Natursinnes von Gesundheit und Krankheit", da „die Existenz keine mögliche Rechtsfrage"[68]) sei. Durch die naturwidrige Beanspruchung sozialer und politischer Rechte wird der Kranke also „der Störer der sozialen Gesundheit"[69]) und zur eigentlichen Krankheitsursache. Die Konsequenz der „Einführung des Subjekts" in die Medizin ist damit klar; sie lautet: „Aufopferung des Individuums für die Gesamtheit" im Rahmen einer therapeutischen „Vernichtungslehre, welche die rein als Erhaltungslehre aufgebaute Heilkunde" zu ergänzen hat[70]).

V

Eine Kritik der nationalsozialistischen Medizin gibt es bei uns bislang nur punktuell. Sie beschränkt sich weitgehend auf das in den Ärzteprozessen bekanntgewordene Material. Der Blick auf Zwangssterilisation, Menschenversuche und Euthanasie ließ die nationalsozialistische Medizin als „Ausdruck eines bis in äußerste Konsequenzen fortgedachten Rationalismus"[71]) erschei-

60) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen, a. a. O., S. 57.
61) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen, a. a. O., S. 72–78.
62) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen, a. a. O., S. 70.
63) V. v. Weizsäcker, Soziale Krankheit und soziale Gesundung, Berlin 1930, S. 44.
64) V. v. Weizsäcker, Begegnungen und Entscheidungen, Stuttgart 1949, S. 96.
65) V. v. Weizsäcker, Begegnungen und Entscheidungen . . ., a. a. O., S. 95.
66) V. v. Weizsäcker, Begegnungen und Entscheidungen . . ., a. a. O., S. 96.
67) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen . . ., a. a. O., S. 70.
68) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen . . ., a. a. O., S. 68.
69) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen . . ., a. a. O., S. 83.
70) V. v. Weizsäcker, Ärztliche Fragen . . ., a. a. O., S. 72f.
71) B. de Rudder, Besinnung auf die Grenzen des Rationalen, in: „Deutsche Medizinische Wochenschrift", 71/1946, S. 2. Vgl. V. v. Weizsäcker, „Euthanasie und Menschenversuche, in: „Psyche", 1/1947/48, S. 101f.

nen und trug dazu bei, die eigentlich notwendige Kritik des therapeutischen Irrationalismus zu verhindern, der unter der Oberfläche einer üppig wuchernden technischen und medikamentösen Medizin immer dort verfügbar blieb, wo es gilt, die „materialistische Denkungsart"[72]) des Patienten abzuweisen. Dieser Sachverhalt läßt sich an einer Vielzahl therapeutischer Konzepte und gesundheitspolitischer Maßnahmen bundesrepublikanischer Medizin belegen. Ich möchte meinen historischen Überblick mit einer knappen Erörterung des Begriffs der „Selbstbeteiligung" abschließen, der – lange Zeit lediglich von konservativem Wunschdenken durch die gesundheitspolitische Diskussion geschleppt – im Krankenversicherungs-Kostendämpfungs-Gesetz seine bislang konkreteste Anwendung als Mittel gefunden hat, um dem sozialversicherten Patienten „wieder den (heilsamen) Sinn der Selbstverantwortung und der Wirtschaftlichkeit beizubringen"[73]) und ihn zu bereden, „wenigstens geringfügige Beeinträchtigungen des Wohlbefindens ohne Gegenmittel hinzunehmen"[74]).

Der Begriff der „Selbstbeteiligung" unterstellt, daß die Leistungen der Gesetzlichen Krankenkassen nicht über die Versicherten finanziert werden, und hebt damit die Bedeutung hervor, die der direkten ökonomischen Tauschbeziehung in der bürgerlichen Medizin beigemessen wird. Daß genau dies, unbeschadet der Verleugnung ökonomischer Motive im Arzt-Patienten-Verhältnis, der Kerngedanke der Theorie der „Selbstbeteiligung" ist, bestätigt z. B. ein Aufsatz, der 1958 im Deutschen Ärzteblatt publiziert wurde, trotz dieser relativen zeitlichen Ferne aber gleichwohl auch den gegenwärtigen medizinischen Argumentationsstand zur „Selbstbeteiligung" wiedergibt, wie er vor allem durch die psychosomatische Medizin[75]) bestimmt wird.

Wie an der naturwissenschaftlichen Medizin[76]), so beklagt der Autor auch an dem ihr entsprechenden Versicherungsgedanken, daß der „Kassenpatient . . . zu einem reinen Objekt geworden" sei, da mit der Aufhebung des unmittelbaren „Zahlungsaktes" eine „Form von Sozialverhalten"[77]) aus der Medizin verdrängt werde. „Die Selbstbeteiligung des Kranken" sei demgegenüber „ein Mittel, das erschreckend versachlichte Arzt-Patienten-Verhältnis persönlicher zu gestalten dadurch, daß das wirtschaftliche Subjekt des Kranken ernst genommen wird"[78]).

72) J. F. V. Deneke, Gesundheit und Krankheit in unserer Zeit, in: „Deutsches Ärzteblatt", 61/1964, S. 1049. Vgl.: Ders., Ärztliche Ethik in standespolitischer Sicht, in: „Deutsches Ärzteblatt", 74/1977, S. 2875.
73) So der FDP-Abgeordnete Hölscher während der 2. und 3. Lesung des KVKG. Siehe: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 8/27/1977, Sp. 1952 C.
74) Bundesverband der Ortskrankenkassen, Presseveranstaltung v. 8. 2. 1977 (zum) Entwurf eines Gesetzes zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung, II. Verkürzung der Leistungsansprüche, S. 2.
75) Vgl. z. B. auch W. Wesiack, a. a. O., S. 130.
76) H. Huebschmann, Der soziale Faktor in der Erkrankung, in: „Ärztliche Mitteilungen/Deutsches Ärzteblatt", 43/1958, S. 527.
77) H. Huebschmann, a. a. O., S. 530.
78) H. Huebschmann, a. a. O., S. 531.

Diese „Erlösung des Kassenpatienten aus seiner ökonomischen Passivität"[79]) ist zugleich der wesentliche Schritt zur Therapie. „Der Zahlungsakt ist" nämlich „nicht nur eine Äußerung des Subjekts, sondern er wirkt auch auf dieses zurück. Es ist ein Urgesetz zwischenmenschlicher Beziehungen, daß derjenige, der etwas hergibt, zwar etwas verliert, aber in einem tieferen Sinne etwas gewinnt. Es ist dies der Gedanke des Opfers, den die moderne Welt, sehr zu ihrem Schaden, ganz vergessen oder verdrängt hat. Hier ergibt sich die Verbindung zum Heilungsprozeß. Wir wissen . . ., daß zum Wesen einer wirklichen Heilung eine Änderung im Leben des Kranken gehört, eine Wandlung, ein Abschied von Menschen und Dingen, Gewohnheiten, falschen Sicherungen, verkehrten Idealen, kurz: ein Opfer, denn nur unter dieser Bedingung kommt es zu der für die Gesundung notwendigen Erstarkung des eigenen, ursprünglichen Selbst. Echte Selbstbehauptung ist nicht ohne echte Hingabe, ohne Opfer möglich. Es ist dies die Selbstbeteiligung an der Heilung"[80]).

Mit der Forderung nach „Selbstbeteiligung" kommt die irrationale, antinaturwissenschaftliche Medizin auf ihren ökonomischen Begriff. Ihr Streben nach Aufhebung der über die Sachleistung vermittelten Therapie kennt kein anderes Ziel, als der eigentlichen Sache, um die es in der Medizin geht, Platz zu schaffen: dem Geld. Das Subjekt, das gegen die naturwissenschaftliche Medizin in die Medizin zurückgeholt werden soll, ist das „wirtschaftliche Subjekt". Nicht sein Leiden, sondern seine Zahlungsfähigkeit definiert den Patienten.

Diese Anmerkungen, das sei abschließend noch einmal ausdrücklich betont, bedeuten weder die Rehabilitation einer einseitig naturwissenschaftlich orientierten Medizin noch eine pauschale Verunglimpfung jener, die sich kritisch mit dieser Medizin auseinandersetzen. Zweifel müssen allerdings gegenüber Versuchen angemeldet werden, den inhumanen Charakter unserer Medizin lediglich an der Oberfläche ihres naturwissenschaftlich-technischen Instrumentariums kritisieren zu wollen, ohne ihre gesellschaftliche Determiniertheit zu sehen. Mit der Beschränkung von Naturwissenschaft und Technik und dem Hervorholen alternativer Diagnose- und Therapieformen läßt sich kein Automatismus medizinischer Reformen in Gang setzen, an dessen Ende – bei unveränderten gesellschaftlichen Verhältnissen – eine humanere Medizin stünde. Die moderne bürgerliche Medizin ist nicht so eindeutig als eine naturwissenschaftlich-technische Medizin identifizierbar, wie das gemeinhin dargestellt wird. Analysiert man psychosomatische, sozialmedizinische, präventive, anthropologische oder ökologische Elemente der Schulmedizin – und nur von ihr ist hier die Rede –, so fällt deren Frontstellung gegen eine materialistische Theorie und Praxis der Medizin auf. Insofern bedeuten diese Alternativen nichts anderes als neue Formen reduzierter Medizin. Mag der Patient nicht mehr als Objekt erscheinen; seine Reduktion auf pure Subjektivität setzt ihn dem Zwang aus, sich selbst als Krankheitsursache zu begreifen und so williger Vollstrecker der gegen ihn gerichteten gesellschaftlichen Gewalt zu werden.

79) H. Huebschmann, a. a. O.
80) H. Huebschmann, a. a. O., S. 530.

„Entfeminisierung" der Büros?

Von Johanna Hund

Die einen preisen: Ein Textautomat ersetzt drei Sekretärinnen[1]); die anderen beruhigen: Textautomaten sind keine job-killer[2]). Offensichtlich ist, daß inzwischen jeder dritte Arbeitslose ein Angestellter ist und daß die Mehrheit der arbeitslosen Angestellten Frauen sind. Ist dies nur die Spitze des Eisbergs?

Noch bis Anfang der 70er Jahre nahm der Anteil der Angestellten unter den Gesamtbeschäftigten zu. 1950 waren etwa 35% der Beschäftigten Angestellten; gegenwärtig sind es etwa 50%. Dies rührt daher, daß mit zunehmender Kapitalkonzentration, komplizierteren Produktionsverfahren und verschärftem Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte gerade die Verwaltungsarbeiten und innerbetrieblichen Dienstleistungen in steigendem Maße erforderlich werden. Deshalb gilt es nun, auch diese umfangreicher werdenden Tätigkeiten zu „ökonomisieren", d. h. ihren Kostenaufwand zu senken.

Technische Möglichkeiten

Allgemein vermutet man große „Rationalisierungsreserven" im Angestelltensektor. In einer Studie „Büro 1990", die vom Siemens-Konzern in Auftrag gegeben worden ist, wird festgestellt, daß im Durchschnitt mehr als 40% der heutigen Bürotätigkeiten formalisierbar und 25% automatisierbar sind, d. h. daß sie entweder von Geräten und Text- bzw. Datenverarbeitungsanlagen übernommen oder durch bessere Arbeitsorganisation „rationeller" ausgeführt werden können.

Das Ziel der Studie „Büro 1990" war in erster Linie, neue Absatzmärkte für Siemens ausfindig zu machen. Dabei wurden typische Bürotätigkeiten in der Großindustrie, in kleinen und mittleren Unternehmen, bei Behörden, Banken und Versicherungen stichprobenartig untersucht, um „Bedürfnisse" für den Einsatz technischer Mittel festzustellen. Hinter diesen Bedürfnissen verbirgt sich – das wird an der Studie deutlich – das Ziel der Unternehmer und auch öffentlicher „Arbeitgeber", mit Hilfe der Technik nun auch in den Büros in kürzerer Zeit mit weniger Menschen mehr Arbeit zu bewältigen.

Alle Büroarbeiten werden in zwei Haupttätigkeitsfeldern zusammengefaßt, und zwar in jene, die überwiegend mit Kommunikation (mündlicher und schriftlicher Verkehr, Austausch von Daten und Bilderzeugnissen), und solche, die mit Informationsverarbeitung (Herstellung und Bearbeitung von Texten, Daten und Bilderzeugnissen, Ablage, Dokumentation u. ä.) zu tun haben.

Wie weit die Möglichkeiten der Technisierung von Büroarbeiten inzwischen fortgeschritten sind, zeigt sich daran, daß es für fast jede Tätigkeit – außer vielleicht ein unmittelbar mündliches Gespräch – ein elektronisches Gerät gibt, das ihr entweder zugeordnet wird oder sie ganz ersetzt. Die Palette

1) Die Nixdorf Computer AG rechnet vor, daß man mit ihrer Textverarbeitungsmaschine Modell 8815 drei Schreibkräfte ersetzen kann, vgl. „Wirtschaftswoche", 43/1978, S. 65.
2) Das moderne Büro; Beilage der „Frankfurter Rundschau" v. 27. 10. 1978.

reicht, um nur einiges zu nennen, von drahtlosen Telefonen und „Komfort" genannten Zusatzgeräten für die mündliche Kommunikation über Fernschreiber und Fernkopierer für den allgemeinen und innerbetrieblichen Schriftverkehr[3]) bis hin zu Textautomaten, Datenverarbeitungsanlagen, sogenannten interaktiven Systemen für den „Mensch-Maschine-Dialog" (Bildschirmkommunikation) und schließlich zu Anlagen, die technische Konstruktionspläne herstellen können.

Es geht darum, einerseits die Geräte und Anlagen, die bereits verwendet werden, zu vervollkommnen, sie „bedienungsfreundlicher" zu gestalten und noch besser auf den einzelnen Arbeitsplatz zuzuschneiden (z. B. werden jetzt dezentrale, den unmittelbaren Aufgaben eines Arbeitsplatzes oder einer Aufgabengruppe angepaßte sogenannte Funktionscomputer anstelle von noch „schwerfälligen" zentralen Großanlagen propagiert), andererseits ist ihre Verbreitung mit allen Kräften zu forcieren.

Nach den Vorstellungen, die in der Siemens-Studie entwickelt werden, sollen die Automatisierungsreserven bis 1990 ausgeschöpft sein.

Gefahren der Rationalisierung

Insbesondere auf Frauen, die in den arbeitsintensivsten unteren „Rängen" der Verwaltungshierarchien arbeiten, wird diese Automatisierungswelle zurollen[4]).

Der Sache nach wäre Automation bzw. der Einsatz von technischen Hilfsmitteln auch im Bürobereich durchaus positiv zu bewerten. Denn es gibt auch hier genügend – wenn auch nicht körperlich schwere, so doch geistig stumpfsinnige – Routinearbeiten. Darüber hinaus sind automatische Anlagen, z. B. zur elektronischen Datenverarbeitung, „Werkzeuge" des Menschen, mit denen die Grenzen der eigenen Arbeitskraft um ein Vielfaches überschritten werden können. Schließlich zeichnet sich zum ersten Mal in der Geschichte der Produktivkräfte die Möglichkeit ab, hier wie anderswo die Menschen von unerfreulichen, belastenden, stumpfsinnigen Afbeiten zu befreien, damit sie sich schöpferischen, dem Menschen adäquateren Arbeiten verstärkt zuwenden.

Technik, eingesetzt als Mittel, um kostensenkende Effekte zugunsten höherer privater Profite zu erzielen, richtet sich aber gegen den Menschen. Nicht die Beseitigung monotoner Arbeiten oder die Verbesserung von Effizienz und Reichweite menschlicher Arbeitstätigkeiten (dies sind bestenfalls Nebeneffekte), sondern das Streben nach günstigerer Verwertung des investierten Kapitals ist die oberste Maxime. Vielfach steigert sich der Streß und die Belastung für die Betroffenen gerade an technisch modern ausgerüsteten Arbeitsplätzen, weil das Arbeitspensum immer höher geschraubt wird und in die Qualifizierung der Arbeitenden zu wenig oder nichts investiert wird.

3) In der Studie „Büro 1990" wird festgestellt, daß die Hälfte der von der Bundespost beförderten Sendungen für elektronische Übertragung geeignet wäre, also damit zu rechnen ist, daß der heute noch übliche traditionelle Schriftverkehr künftig von Fernschreibern und Fernkopierern abgelöst wird.

4) Die Firma Nixdorf Computer AG stellt folgende Rechnung auf: Bei einer Amortisierung des Automaten in ca. 6 Monaten und einem Anschaffungspreis von 50 000 DM können pro Jahr 105 000 DM Personalkosten (3 Sekretärinnen zu je 35 000 DM) eingespart werden, vgl. „Wirtschaftswoche", a.a.O.

Zentrale Schreibdienste

Gegenwärtig ist der ganze Bereich der Textverarbeitung das Rationalisierungsobjekt Nr. 1. Zur Textverarbeitung werden alle Arbeiten gezählt, die in irgendeiner Form mit der Tätigkeit des Schreibens verbunden sind, also vom Konzipieren, Formulieren, Schreiben bis hin zu Botengängen, Vervielfältigen, Archivieren usw. Man schätzt, daß in der BRD etwa 5 Mio. Menschen in irgendeiner Form mit der Textverarbeitung beschäftigt sind, davon allein 2–2½ Mio. vorwiegend weibliche Schreibkräfte.

Im Mittelpunkt der Technisierung der Textverarbeitung stehen die verschiedenen automatischen Textverarbeitungsmethoden. Vorerst richtet sich die organisatorische Umgestaltung im wesentlichen auf die Schreibarbeitsplätze.

In den bisher üblichen Vorzimmern waren die Aufgaben ausgesprochen vielfältig: da waren Telefon zu bedienen, Terminkalender zu führen, Besucher zu empfangen, Ablage zu erledigen und natürlich Diktataufnahme und Schreiben. Bei dieser Organisationsform wird das Schreiben als Kernarbeit durch jede andere der erwähnten Tätigkeiten unterbrochen und ist somit nicht „effektiv" genug. Folglich werden diese sogenannten Mischarbeitsplätze jetzt „bereinigt", indem man die Arbeitsfunktionen teilt in „Verwalten" und „Schreiben". Übrig bleiben einige wenige Verwaltungssekretariate bei den Abteilungen, und neu eingerichtet werden zentrale Schreibdienste. Angereichert mit Kopiergeräten bilden sie dann sogenannte Service-Abteilungen.

Die Arbeit in diesen zentralen Schreibdiensten besteht nunmehr nur aus „Schreiben" von auf Band diktierten Texten. Mit den einzelnen Sachbearbeitern, die die Texte konzipieren, haben die Schreibkräfte nichts mehr zu tun. Sie bleiben anonym wie Maschinen und verlieren auch all die Qualifikationen, die für die Mischarbeitsplätze erforderlich waren.

Mit dieser Organisationsform kann erreicht werden, daß mehr als ⅔ der Arbeitszeit nur für Schreiben verwandt wird, und zusätzlich können die Leistungen enorm gesteigert werden. Die Schreibkräfte entwickeln eine Art reflexartiges Schreiben, d. h. sie schreiben, ohne den Inhalt der Texte, die sie schreiben, zu erfassen, dadurch können die Anschläge von durchschnittlich 10 000 bis 20 000 auf 40 000 bis 50 000 erhöht werden, über besondere Prämiensysteme werden sogar die Anschlagsleistungen noch höher geschraubt. Wer denkt hierbei nicht sofort an Fließbandsysteme und Akkord[5]).

Mit diesen Schreibdiensten, wo nur noch geschrieben wird, erleiden die betroffenen Frauen eine Dequalifikation im Vergleich zu ihrer früheren Tätigkeit, sie werden abgruppiert, weil einige Tätigkeiten an ihrem Arbeitsplatz wegfallen (im öffentlichen Dienst sind das 2–3 Gehaltsgruppen weniger), sie verlieren die – wenn auch geringen – Chancen des Aufstiegs zum Sachbearbeiter, und es bleibt ihnen kein eigenständiger Dispositionsraum mehr, sich die verschiedenen Arbeiten selber einzuteilen. Die Kontrolle verstärkt sich, weil das Pensum genau überwacht werden kann.

Nach Umfragen der Gewerkschaft ÖTV lehnt die überwiegende Mehrheit der betroffenen Frauen die zentralen Schreibdienste ab. Diese Abwehr der

5) „ÖTV-Magazin", 5/1977.

Frauen erschwert auch die weitere Verbreitung der Schreibdienste. Dennoch – gerade die Bundesbehörden sind mit der Einrichtung dieser Schreibdienste nicht zurückhaltend. Obwohl die Humanisierung des Arbeitslebens Bestandteil des Regierungsprogramms ist, wird hier nach Gesichtspunkten bloß ökonomischer Effizienz rationalisiert.

Textautomaten

Der nächste Schritt in diesem Prozeß der Technisierung und organisatorischen Umgestaltung der Textverarbeitung ist die Einführung von Textautomaten. Sie sollen Schreibmaschine und größtenteils auch Schreibkräfte ersetzen. Fachleute sprechen bereits von einer „Entfeminisierung" des Büros.

Die schon heute möglichen automatischen Textverarbeitungsmethoden umfassen fast die Gesamtheit des anfallenden Schriftgutes. Dabei handelt es sich 1. um die Bausteinverarbeitung: der Sachbearbeiter wählt je nach zu bearbeitendem Problem den entsprechenden Baustein (bei Bedarf auch fremdsprachlich abgefaßt), und der Computer setzt die verschiedenen Bausteine zu einem Schriftstück zusammen. Die Bedienung beschränkt sich auf die Eingabe der Daten für die ausgewählten Bausteine; evtl. müssen zusätzlich noch kurze spezielle Angaben eingegeben werden. 2. gibt es die Methode des Korrekturschreibens: Manuskripte, Urkunden, Verträge u. ä. (also keine Standardtexte) – inzwischen ist diese Methode auch auf die sogenannte normale Korrespondenz ausgeweitet worden – werden nur noch einmal geschrieben und, falls erforderlich, an den entsprechend zu verändernden Stellen korrigiert. Zeilenende, Zeilenabstände, Seiten etc. gleicht der Automat aus. Diese Geräte sind inzwischen mit Bildschirmen zur optischen Wahrnehmung ausgerüstet. Und 3. hat man schließlich Automaten für Schemabriefe entwickelt, auch Edelvervielfältiger genannt. Hier druckt der Automat, ähnlich einem Kopierverfahren, eine größere Anzahl gleichlautender Briefe, wie z. B. Werbebriefe, die den Anschein individueller Ansprache erwecken sollen.

Auch hier zeichnet sich die Tendenz ab, die Grenzen der menschlichen Leistungsfähigkeit bei der Tätigkeit „Schreiben" zu überwinden. Die Automaten drucken 900 Zeichen pro Minute. Die Auswahl der entsprechenden Bausteine und das Konzipieren der Texte bleiben nach wie vor in der Kompetenz von Sachbearbeitern. Dennoch, auch ihre Tätigkeit wird sich durch die Textprogrammierung verändern, monotoner werden und verarmen. Mit Tests konnte ermittelt werden, daß programmierte Bausteinkorrespondenz 60% Kostenersparnis und 67% Zeitersparnis bringt. Ehemalige Schreibkräfte werden bestenfalls die Textautomaten bedienen dürfen.

Fortschritt für wen?

Angesichts dieser auf uns zurollenden Entwicklung drängt sich die Frage auf: Muß nicht verhindert werden, daß Automaten eingesetzt werden, auch wenn sie monotone und stumpfsinnige Arbeiten übernehmen? Denn es ist nicht so offensichtlich, daß die untragbaren sozialen Probleme ihre Ursache nicht in den Automaten an sich haben, sondern darin, daß ihre Anwendung ausschließlich ökonomischen Zielsetzungen dient. Selbst Arbeitsschutz- bzw.

Präventivmaßnahmen scheinen zu „kostenaufwendig": In einer Untersuchung der DAG Hamburg vom Dezember 1978 bei Beschäftigten an Datensichtgeräten (meistens sind dies Frauen) stellte sich heraus, daß 96,5% nicht augenärztlich untersucht worden waren, bevor sie die Tätigkeiten an den Bildschirmen aufnahmen. 78% der Beschäftigten haben keine besondere Pausenregelung, und über 60% arbeiten an 5 Arbeitstagen in der Woche täglich 5–8 Stunden an Datensichtgeräten. Viele beklagen heute schon die Isolation untereinander, die durch die Arbeit an den Daten- und Textverarbeitungsgeräten entsteht[6]).

Die Einführung neuer Technik im Bürobereich verändert auch die Organisationsstruktur und den Charakter der bisherigen Arbeit. Die Beschäftigten erfahren oft größeren Streß und höhere Belastungen[7]). Die Kluft zwischen qualifizierteren und einfachen Tätigkeiten scheint sich zu vertiefen. Nach bisherigen Erfahrungen müssen sich alle vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht fühlen. Eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche wäre eine absolut notwendige und jetzt aktuelle Reaktion auf die zunehmende Arbeitslosigkeit. Aber es muß mehr geschehen: Ohne Ausbau der Mitbestimmung zu einem Instrument, das greift, und weitere Kontrollmöglichkeiten, wie z. B. Investitionskontrolle für die Vertretungsorgane der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften, wird es nicht gelingen, den Fortschritt dieser technischen Entwicklung für die Arbeitenden fruchtbar zu machen.

6) Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg; Bildschirmumfrage Dezember 1978.
7) Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Berlin (West): Arbeitspsychologische Belastungen für Beschäftigte im Schreibdienst. Kurzgutachten von W. Volpert, M. Frese, K. Stern.

DEMOKRATISCHES
Zeitschrift für Gesundheits- und Sozialberufe

Herausgeber
Dr. Heinz-Harald Abholz (Berlin), Prof. Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt), Prof. Heiner Keupp (München), Prof. Hans Mausbach (Frankfurt), Prof. Michael Regus (Siegen), Prof. Hans See (Frankfurt), Jürgen-Peter Stössel (München), Prof. Erich Wulff (Hannover).

Neu:
Heft 2/80: GESUNDHEITSWESEN

DG-Interview mit dem Bremer Gesundheitssenator Brückner:
Präventionspolitik contra Kostendämpfung und Selbstbeteiligung

Aktuell zu den Kammerwahlen in Hessen:
Standesfunktionäre – nicht mehr alleine in der Kammer
DG-Round-table-Gespräch mit Vertretern der fortschrittlichen Ärztelisten

Vom Marburger Kongreß zum Gesundheitstag '80
Editorial von Michael Regus

Die Kostenexplosion, der große Betrug
Analyse der aktuellen Kostenpolitik im Gesundheitswesen

So wird Minimalpflege zur Norm!
Beispielhafte Unterversorgung auf einer Intensiv-Station und die Folgen - von Paul Rabsahl

Das Milliardending
Rolf Rosenbrock zum Valium/Libnum-Urteil

Weitere Themen: Volks- und Naturheilkunde im Nationalsozialismus – Werbekampagne der Pharmaindustrie – Negativlisten – Familienpolitik – Computertomographie – Berufsverbote im Gesundheitswesen – Radioaktivität als Krankheitsfaktor (Teil 2) – Sozialwahlen '80 – Ärztestreik in Belgien – Und: Buchbesprechungen – Dokumente – Kongreßberichte – Termine – Nachrichten

ab 7. Mai: Neu
Zu bestellen über: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon (02 21) 39 40 51

Aus ausländischen Zeitschriften

Amerikanische Atomkriegspläne gegen die Sowjetunion

Von Nikolai Jakowlew

In den letzten Jahren ist in den Vereinigten Staaten eine Reihe amtlicher Dokumente der Nachkriegszeit über gegen die Sowjetunion gerichtete amerikanische Atomkriegspläne veröffentlicht worden. Diese Dokumente, die ein bezeichnendes Licht auf die Abenteuerlichkeit und Aggressivität der herrschenden Kreise der USA werfen, sind bisher in der Bundesrepublik kaum bekanntgeworden.

Die Moskauer Wochenzeitung „Neue Zeit" hat jüngst in zwei Artikelserien (Nikolai Jakowlew, Krieg nach dem Krieg, in: „Neue Zeit", 34/1979, S. 25 ff; 35/1979, S. 25 ff; Lew Besymenski, Geheimnisstufe drei. Schon 1945 bereiteten die USA einen Atomangriff auf die UdSSR vor, in: „Neue Zeit", 7/1980, S. 24 ff; 8/1980, S. 27 ff; 9/1980, S. 27 ff) einige dieser Dokumente vorgestellt und analysiert. Im Hinblick auf die gegenwärtige internationale Krise und die Rolle der USA hält die Redaktion der „Blätter" es für sinnvoll, den Dokumentarbericht von Jakowlew – leicht gekürzt – nachzudrucken. Die zitierten Dokumente waren dem sowjetischen Autor teilweise in Form von Fotokopien zugänglich, größtenteils sind sie aus folgenden Büchern entnommen: Michael S. Sherry, Planning for the Next War, 1941–45, New Haven/London 1977; Anthony Cave Brown (Hrsg.), Dropshot, The United States Plan for War with the Soviet Union in 1957, New York 1978; Thomas Etzold u. John L. Gaddis, Containment. Documents on American Policy and Strategy 1945–1950, New York 1978.

Im Herbst dieses Jahres wird im Pahl-Rugenstein Verlag – vorwiegend auf Grundlage der in diesen Publikationen enthaltenen Dokumente – eine von Bernd Greiner und Kurt Steinhaus herausgegebene Dokumentation erscheinen. Sie wird auch die genauen Quellenangaben für die einzelnen Dokumente enthalten. D. Red.

Nach den Bombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki und noch vor der Kapitulation Japans gingen die Vereinigten Stabschefs (der USA) daran, Pläne eines neuen Krieges auszuarbeiten. Sie wurden in der Direktive 1496/2 „*Basis für die Formulierung der Militärpolitik*" und der Direktive 1518 „*Die strategische Konzeption und der Plan für den Einsatz der USA-Streitkräfte*" dargelegt und von den Stabschefs am 18. September bzw. 9. Oktober 1945 bestätigt. Damals waren diese Dokumente selbstverständlich streng vertraulich. Heute haben einige wenige USA-Wissenschaftler beschränkten Zutritt zu ihnen.

In M. Sherrys Buch „Vorbereitung für den nächsten Krieg" (1977) lesen wir: „*‚Wir beabsichtigen nicht, den ersten Schlag zu führen', versicherte Eisenhower dem Kongreß im Spätherbst 1945; doch verrieten Geheimpläne etwas anderes . . . Die Kriegsmarine-Planer waren dafür, in die Direktive 1496/2 einen direkten Hinweis auf die Möglichkeit des ‚ersten Schlages' aufzunehmen, und bestanden darauf, dieser Punkt solle betont werden, damit klar sei, daß es sich um eine neue politische Konzeption handele, die sich von der USA-Haltung zum früheren Krieg unterscheide . . .*

Im Oktober 1945 empfahlen die Vereinigten Stabschefs, die Atomforschungen und die Atombombenproduktion bei strengster Geheimhaltung zu beschleunigen. Die Militärs planten, die Atombomben als das Hauptmittel zur massierten Eindämmung und Vergeltung zu benutzen. In einem Geheimbericht erwogen die Vereinigten Stabschefs, inwieweit es wünschenswert sei, der UdSSR – als Vergeltungs- oder als Präventivmaßnahme – Atomschläge zu versetzen. Das Vereinigte Aufklärungskomitee bestimmte 20 sowjetische Städte als Ziel für Atombombenabwürfe . . . Das Komitee empfahl einen Atomangriff nicht nur bei der Gefahr eines Überfalls seitens der

UdSSR, sondern auch dann, wenn die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leistungen des Gegners ‚einen Überfall' auf die USA oder den Aufbau einer Verteidigung gegen unseren Überfall möglich machen. Das Komitee empfahl, ‚der strategischen Luftwaffe den Vorrang zu geben', um Rußland jede Angriffsmöglichkeit zu nehmen. Ferner meinte das Komitee, die Atombombenabwürfe seien im Einsatz gegen die konventionellen Streitkräfte und das Verkehrssystem wenig effektiv, womit es auch zugab: Die Atombombe wird nur der Massenvernichtung der Städte dienen können."

Glaubten die Urheber dieser barbarischen Pläne an die „sowjetische Bedrohung"? Der Inhalt der Dokumente, die M. Sherry analysierte, zeigt: Niemand glaubte an die Aggressivität der UdSSR. Hier M. Sherrys endgültiges Urteil:„*Wie das Kommando der Streitkräfte zugab, stellte die UdSSR nicht eine unmittelbare Gefahr dar . . . Sie wollte sich . . . für die nächstenJahre . . . auf den inneren Wiederaufbau konzentrieren . . . Jedoch die Möglichkeiten der Sowjetunion erschienen, unabhängig davon, wie wir über die Absichten der Russen dachten, Grund genug, die UdSSR als potentiellen Gegner zu bezeichnen.*"

Die Direktive 1496/2 wurde vom Koordinationskomitee, dem Vertreter des Staatsdepartements (US-Außenministerium; d. Red.), des Kriegs- und des Marineministeriums angehörten, geprüft und schon als Dokument des Komitees (SWNCC 282) von der Führung des Staatsdepartements erörtert. In einem Dienstschreiben vom 16. November 1945 legte das Staatsdepartement seine Erwägungen dazu dar, bestritt jedoch keinesfalls folgenden Passus aus der Direktive 1496/2, der in SWNCC 282 übernommen wurde:„*Wir können nicht zulassen, daß uns infolge einer irreführenden und gefährlichen Idee, wir hätten eine aggressive Haltung zu vermeiden, der erste Schlag versetzt wird. Unter solchen Umständen muß unsere Regierung rasch eine politische Entscheidung treffen und zugleich alles dafür vorbereiten, daß wir selbst erforderlichenfalls den ersten Schlag führen.*"

Somit hatten die USA schon im September/November 1945 die Doktrin des „ersten Schlages" – einer überraschenden Atomaggression gegen die UdSSR – angenommen. Je rascher sich die UdSSR vom außerordentlich schweren Krieg erholte, um so mehr läutete Washington Sturm.

George Kennans 8000-Worte-Telegramm

Am 22. Februar 1946 schickte der Geschäftsträger der USA in der UdSSR George Kennan ein Telegramm nach Washington ab, welches die amerikanischen Politiker und Historiker bis heute einmütig als maßgebend für die Einschätzung der UdSSR in der Nachkriegszeit betrachten. In 8000 Worten, denen in den USA Kommentare von vielen Millionen Worten folgten, schilderte Kennan die Gefahr, in der die USA angeblich schwebten, und umriß in großen Zügen eine Strategie der Feindschaft gegenüber der UdSSR.

„Alles in allem haben wir hier eine politische Kraft", schrieb er, „die sich auf den fanatischen Glauben versteift, mit den USA könne es keinen ständigen Modus vivendi geben . . . Das sollte der Ausgangspunkt für unseren politischen Generalstab . . . sein."

Also war der UdSSR gegenüber nur Gewalt angebracht. Die Politiker der Regierung Truman begannen damit, Pläne einer Auslöschung des Sowjetvolkes zu schmieden. C. Clifford, Sonderberater des Präsidenten, hielt eine Konferenz mit den höchsten Staatsmännern der USA ab und legte am 24. September 1946 dem Präsidenten einen umfangreichen Bericht („Die amerikanischen Beziehungen zur Sowjetunion") vor. Clifford schrieb:„*Die Anhänger der Politik der Stärke verstehen nur die Sprache der militärischen Stärke. Auch die USA müssen diese Sprache sprechen . . . Der Sowjetregierung muß klargemacht werden, daß unsere Macht genügen wird, jeden Angriff zurückzuschlagen und die UdSSR aufs Haupt zu schlagen . . . Die Sowjetunion ist schwerlich verwundbar, weil ihre Industrie und ihre natürlichen Ressourcen über ein weites Territorium verstreut sind, aber sie ist verwundbar gegenüber Atomwaffen, bakteriologischen Kriegführungsmitteln und Langstreckenbombern . . . Um also unsere Stärke auf einem Niveau aufrechtzuerhalten, das die UdSSR zu zähmen vermag, müssen die USA auf einen atomaren und bakteriologischen Krieg vorbereitet sein . . . Jegliche Verhandlungen über die Rüstungseinschränkung sind langsam und vorsichtig zu führen, mit dem ständigen Gedanken daran, daß Vorschläge über das Verbot der Atomwaffen und Langstrecken-Offensivwaffen die Stärke der USA erheblich einschränken würden . . .*

Die USA müssen sich darüber klar sein, daß die sowjetische Propaganda gefährlich ist (besonders wenn der amerikanische ‚Imperialismus' betont wird), und jeden Schritt vermeiden, der den sowjetischen Beschuldigungen einen Anstrich von Wahrheit geben könnte . . . Die USA müssen energisch der antiamerikanischen Propaganda, die der Kreml dem Sowjetvolk vorsetzt, entgegenwirken . . . Wir müssen unter den Sowjetbürgern Bücher, Zeitschriften, Zeitungen und Filme verbreiten und Sendungen für die UdSSR entsprechend gestalten . . ."

Fügt man dem Cliffords Behauptungen hinzu, die Schwierigkeiten in den Beziehungen USA–UdSSR seien auf das sowjetische Regime zurückzuführen, Washington dagegen habe mit dem russischen Volk nie einen Streit gehabt, so zeichnen sich die Konturen des strategischen Denkens der herrschenden USA-Elite ab. Zum Ziel – Vernichtung bzw. völlige Schwächung der UdSSR – führten zwei Wege: der Krieg und (vor ihm, unter bestimmten Umständen statt seiner) die Wühlarbeit. Was den Vorrang hat, sollte die Entwicklung, d. h. das sowjetisch-amerikanische Kräfteverhältnis, zeigen.

Diese Doktrin setzte sich unter den herrschenden Kreisen durch. Sie war Ausdruck der Verzweiflung einer im Niedergang begriffenen Zivilisation, die ihre Kräfte anspannte, um sich auf der historischen Bühne zu halten. Im erwähnten Telegramm stellte Kennan fest:„*Jede kühne und einschneidende Maßnahme zur Lösung der internen Probleme unserer Gesellschaft, zur Stärkung von Selbstbewußtsein, Disziplin, Moral und Gemeinschaftssinn unseres Volkes ist ein diplomatischer Sieg über Moskau, der tausende diplomatische Noten und gemeinsame Kommuniqués wert ist. Wenn wir nicht den Fatalismus und die Indifferenz gegenüber den Mängeln unserer eigenen Gesellschaft überwinden, wird Moskau gewinnen – Moskau kann gar nicht anders, als von diesem Umstand in seiner Außenpolitik zu profitieren.*"

Die Politik der USA gegenüber der Sowjetunion wurde der Welt als Politik zur „Eindämmung des Kommunismus" präsentiert. Das Motto war verschwommen genug, um die Truman-Doktrin, den Marshallplan, das Zusammenzimmern aggressiver Blöcke und die Umkreisung der UdSSR durch USA-Militärstützpunkte einzuschließen. Zwecks besagter „Eindämmung" wurde die Staatsführung der USA Ende 1947 umstrukturiert. Es entstand die Nationale Sicherheitsagentur (NSA) unter dem Präsidenten, ein Organ der außerordentlichen Leitung, das streng geheim über die Fragen von Krieg und Frieden entscheidet, ferner die CIA und das Verteidigungsministerium. Das war eine Struktur für die Kriegführung gegen die UdSSR. Daß die USA die Initiative zur Entfesselung des Krieges ergreifen würden, stand für Washington fest.

Direktive 20/1

Am 10. Juli 1948 verlangte Verteidigungsminister Forrestal, der Regierung ein „begründetes Urteil über die nationale Politik" gegenüber die UdSSR vorzulegen, denn ohne ein solches Urteil „können keine logischen Beschlüsse über die Höhe der Mittel gefaßt werden, die für die militärischen Zwecke bereitzustellen sind". Der Stab für politische Planung, an dessen Spitze Kennan getreten war, legte eine solche Analyse, „USA-Ziele in bezug auf Rußland", vor. Sie wurde am 18. August 1948 als streng vertrauliche NSA-Direktive 20/1 bestätigt. Dieses Dokument von 33 Seiten erschien in den USA erstmalig 1978 im Sammelband „Eindämmung. Dokumente zur amerikanischen Politik und Strategie 1945–1950". In der Einleitung zur Direktive wurde erläutert:„*Die Regierung sieht sich angesichts des politischen Krieges, der gegenwärtig im Gange ist, genötigt, bestimmtere militärische Ziele in bezug auf Rußland schon jetzt, zur Friedenszeit, ins Auge zu fassen.*"

Ferner hieß es in dem Dokument:„*Unsere beiden Hauptziele in bezug auf Rußland sind:*

a. Die Macht und den Einfluß von Moskau zu reduzieren . . .

b. Grundlegend die Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen, an die sich die gegenwärtige Regierung Rußlands hält, zu verändern."

Für Friedenszeiten sah die Direktive eine Kapitulation der UdSSR unter dem Druck von außen vor und bezeichnete die Wühltätigkeit gegen die UdSSR sachlich als Bestandteil des Washingtoner politischen Kurses. Dazu mußte es seinen gesamten Vorrat an traditioneller Heuchelei aufbieten. Mit umwerfender Logik wurde in der Direktive konstatiert: „*In Friedenszeiten bezwecken wir nicht einen Sturz der Sowjetregierung. Zugegeben, wir streben die Herbeiführung von Umstän-*

den und Situationen an, die die derzeitige sowjetische Führung schwerlich akzeptieren würde und die ihr nicht schmecken. Es ist möglich, daß sie angesichts solcher Situationen ihre Macht in Rußland nicht würden halten können . . . Wir werden das nicht bedauern; doch werden wir nicht die Verantwortung dafür übernehmen, dies angestrebt oder herbeigeführt zu haben."

Was war „herbeizuführen"? In der Direktive heißt es: *„Vor allem geht es darum, daß die UdSSR politisch, militärisch und psychologisch schwächer sein soll als die internationalen Kräfte außerhalb ihrer Kontrolle."*

Insgesamt liefen all diese Erwägungen auf eines hinaus: durch Subversionen die sozialistische Gesellschaftsordnung in der UdSSR zu stürzen. Das war das Endziel der NSA-Direktive 20/1 zu „Friedenszeiten".

Im Kriegsfall war alles viel einfacher. Die Urheber des Dokuments gaben sich mit den Einzelheiten dessen, wie der UdSSR die militärische Niederlage beigebracht wird, nicht ab, das war Sache der Generale; vielmehr dachten sie darüber nach, was die USA nach dem Sieg über die UdSSR zu tun hatten. Die Washingtoner Strategen untersuchten mehrere Varianten einer „friedlichen" Regelung je nach dem Ausgang der Kampfhandlungen:

„Schlimmstenfalls, d. h. bei Erhaltung der Sowjetmacht auf dem ganzen oder fast ganzen heutigen sowjetischen Territorium, müssen wir verlangen:

(a) Erfüllung direkter militärischer Bedingungen (Übergabe der Rüstungen usw.), um die militärische Hilflosigkeit für lange Zeit zu sichern;

(b) Erfüllung von Bedingungen, die eine beträchtliche wirtschaftliche Abhängigkeit von der Außenwelt bewirken sollen" (gemeint war die Zerstückelung der UdSSR, der ungehinderte Zutritt für „Ideen von draußen" u. ä. – N. J.)*; „alle Bedingungen müssen hart und für das kommunistische Regime erniedrigend sein. Sie könnten etwas in der Art des Friedens von Brest-Litowsk 1918 sein, der in diesem Zusammenhang ein sorgfältiges Studium verdient."*

Im Jahre 1948 rief sich die Nationale Sicherheitsagentur der USA zum Nachfolger der deutschen Militaristen von 1918 aus. Übrigens wurde der „Fehler" des wilhelminischen Deutschland in der Direktive 20/1 verbessert:

„Wir müssen von der absoluten Voraussetzung ausgehen, daß wir mit jeglichem Regime in Rußland, in dem jemand von den gegenwärtigen sowjetischen Führern oder Personen gleicher Ansichten dominiert, keinen Friedensvertrag schließen und/oder keine normalen diplomatischen Beziehungen wiederaufnehmen. Wir machten in den letzten 15 Jahren viel zu bittere Erfahrungen bei den Versuchen zu handeln, als wären normale Beziehungen zu einem solchen Regime möglich."

In diesen 15 Jahren, angefangen mit 1933, dem Jahr der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR, war eine Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und ihr gemeinsamer Kampf gegen die Mächte der faschistischen Achse angebahnt worden. Die ganze Menschheit, auch die Amerikaner, sahen, daß die UdSSR die Sache der Vereinten Nationen verteidigte. Und nun erweist sich 1948, daß Amerika „viel zu bittere Erfahrungen" gemacht hatte. Es ist hier zwecklos, von Moral und elementarem Anstand zu sprechen. Greifen wir auf die Direktive 20/1 zurück. Ihre Urheber analysierten liebevoll den ihnen erwünschten Ausgang des Krieges, d. h. die Beseitigung der Sowjetmacht:

„Wir müssen automatische Garantien schaffen, um zu gewährleisten, daß selbst ein nichtkommunistisches und nominell uns freundschaftlich gesinntes Regime
(a) keine große militärische Stärke besitzt;
(b) wirtschaftlich in hohem Maße von der Außenwelt abhängt;
(c) keine allzu große Macht über die wichtigsten nationalen Minderheiten hat;
(d) nichts errichtet, was dem eisernen Vorhang ähnlich wäre."

Wie wir sehen, war die Rede nicht nur von der Vernichtung der Sowjetmacht, sondern auch von der Abschaffung des Staatswesens und vom Auslöschen der UdSSR als Großmacht. Wer sollte also nach Ansicht der USA auf den Territorien der UdSSR regieren?

„Gegenwärtig gibt es unter den russischen Exilierten eine Anzahl interessanter und starker . . . Gruppierungen. . . Jede von ihnen eignet sich von unserem Standpunkt mehr als die Sowjetregierung dafür, Rußland zu regieren."

All diese Gruppierungen wurden selbstverständlich von den USA-Sonderdiensten gestützt. In Washington muß man sich mit ihnen nicht wenig geplagt haben, und so wurde in die NSA-Direktive 20/1 ein Plan aufgenommen, mit dem sich die USA-Politiker viele Scherereien ersparen wollten:

„Der beste Ausweg für uns ist, allen exilierten Elementen die baldigste Rückkehr nach Rußland zu erlauben. . . Möglicherweise wird zwischen diesen Gruppen ein Kampf entbrennen. Selbst dann dürfen wir uns nicht einmischen, solange unsere militärischen Interessen unangetastet bleiben."

Blieb noch das Problem der Haltung zur Kommunistischen Partei übrig. Die Urheber der Direktive 20/1 beschlossen, es in die Hände der *„Regierer"* zu legen, die aus dem Ausland geliefert werden sollten. Das hätte die Möglichkeit geboten, die Kommunisten physisch auszurotten, während die USA sich die Hände in Unschuld waschen könnten:

„Auf jedem von der Sowjetmacht befreiten Territorium werden wir uns dem Problem der Menschenreste" (welch auserwählte Ausdrucksweise! – N. J.) *„aus dem sowjetischen Machtapparat gegenübersehen. Bei einem organisierten Abzug der sowjetischen Truppen vom jetzigen sowjetischen Territorium wird der örtliche Apparat der Kommunistischen Partei wahrscheinlich in die Illegalität gehen, wie er es in den Gebieten tat, die im vorigen Krieg von den Deutschen besetzt worden waren. Dann wird er offenbar teilweise in Form von Partisanenbanden erneut auftauchen.*

In diesem Fall ist die Frage, was mit ihnen zu geschehen hat, relativ einfach zu beantworten; wir werden nur einer beliebigen nichtkommunistischen Behörde, die das jeweilige Gebiet kontrolliert, die erforderlichen Waffen zu liefern und sie militärisch zu unterstützen hatte, damit sie mit den kommunistischen Banden nach den traditionellen Verfahren des russischen Bürgerkriegs Schluß macht. Ein schwierigeres Problem wären die einfachen Mitglieder der Kommunistischen Partei und Beamte" (des Sowjetapparats), „die entdeckt und verhaftet werden bzw. sich unseren Truppen oder irgendeiner russischen Macht . . . auf Gnade und Ungnade ergeben könnten . . . Wir können sicher sein, daß eine solche Macht besser als wir imstande sein wird, die Gefahr einzuschätzen, die die ehemaligen Kommunisten für das neue Regime darstellen, und über sie auf eine Weise zu verfügen, daß sie in Zukunft unschädlich gemacht werden . . . Wir müssen stets daran denken, daß das Subjekt der Verfolgung durch Ausländer unvermeidlich zum lokalen Märtyrer wird.

Deshalb brauchen wir uns nicht das Ziel zu setzen, daß unsere Truppen auf dem vom Kommunismus befreiten Territorium ein großangelegtes Programm der Entkommunisierung durchführen, vielmehr sollten wir das im allgemeinen jeder lokalen Macht überlassen, durch die die Sowjetmacht ersetzt sein wird."

Dieser ganze Unsinn löste im Weißen Haus, bei der Führung des Staatsapparats Begeisterung aus und wurde der USA-Politik gegenüber der UdSSR zugrunde gelegt. In vieler Hinsicht, selbst in der Aktennummer, stimmte die NSA-Direktive 20/1 mit der Weisung Nr. 21 überein, die Hitler etwa 8 Jahre früher erteilt hatte. Ein neuer Barbarossa-Plan . . .

Die USA nahmen Kurs auf einen Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion in nächster Zukunft. Die unmittelbaren Aufgaben der Kriegsplanung erforderten es, die Direktive 20/1 lakonisch, als Vorschrift für das Kommando der Streitkräfte, darzulegen. Ein eindrucksvolles Kollektiv von NSA-Mitgliedern redigierte mehrere Monate an der Direktive 20/1 herum, bis diese auf ein Viertel ihres Umfangs gekürzt war. Die neue Fassung wurde von Präsident Truman am 23. November 1948 als NSA-Direktive 20/4 bestätigt und dann an die Vollzieher delegiert, denen man versicherte, der Krieg würde die UdSSR überrumpeln, denn *„eine sorgfältige Erwägung der verschiedenen Faktoren zeigt: Die Sowjetregierung plant jetzt keinerlei militärische Aktionen, in die die USA einbezogen werden könnten"*. Wenn die höchsten USA-Stäbe ihre operativen Pläne des Überfalls auf die UdSSR (und derer gab es nicht wenig) aufstellten, wurden die Punkte der Direktive 20/4 zitiert und berücksichtigt.

„Der Krieg beginnt vor dem 1. April"

Bis 1948 hatten sich in den Safes der Stäbe zahlreiche operative Ausarbeitungen eines Überfalls auf die UdSSR angesammelt. Auf Weisung der Vereinigten Stabschefs wurde Mitte 1948 der Plan „Charioteer" aufgestellt. Der Krieg hätte beginnen sollen

„mit konzentrierten Luftangriffen von den Stützpunkten in der westlichen Hemisphäre und in Großbritannien unter Einsatz von Atombomben gegen die Regierungs-, Verwaltungs-, politischen und Industriezentren sowie einzelne Unternehmen der Erdölindustrie".

Im ersten Kriegsmonat sollten 133 Atombomben auf 70 sowjetische Städte abgeworfen werden, darunter 8 auf Moskau, um etwa 40 Quadratmeilen der Stadt zu zerstören, und 7 auf Leningrad, um 35 Quadratmeilen zu zerstören. In zwei Kriegsjahren wollte man weitere 200 Atombomben und 250 000 Tonnen konventionelle Bomben abwerfen. Es wurde angenommen, daß die UdSSR im Laufe dieser Bombardierungen oder danach kapitulieren würde. Bis zum 1. September 1948 wurde der Fleetwood-Plan den Stäben der Verbände zugeleitet, als Instruktion zur Aufstellung von Operationsplänen.

Ebenso wie im Charioteer-Plan wurde im Fleetwood-Plan zugegeben, daß die UdSSR nach Kriegsbeginn Europa besetzen könne. Das war eine für den Aggressor eher düstere Aussicht. Aber das Kommando der strategischen Luftstreitkräfte wollte das in Kauf nehmen: Während die Sowjetarmee in Europa und Asien vorstoßen werde, würden die Atombombenabwürfe auf die UdSSR die wichtigste, die politische Komponente der sowjetischen Stärke untergraben. Diese Komponente machten nach Ansicht des Vereinigten Aufklärungskomitees folgende Faktoren aus:

„(1) Der angeborene Mut, die Standhaftigkeit und der Patriotismus des russischen Volkes; (2) der gut eingespielte Mechanismus, durch den der Kreml zentralisierte Kontrolle in seinem Bannkreis ausübt; (3) die ideologische Anziehungskraft des theoretischen Kommunismus; (4) die offensichtliche Fähigkeit des Sowjetregimes, den angeborenen Patriotismus der Russen zu mobilisieren, um die sowjetischen Kriegsanstrengungen zu unterstützen; (5) die Fähigkeit von Volk und Regierung, einen Krieg unter den Verhältnissen einer extremen Desorganisation zu führen, wie die ersten Jahre von Weltkrieg II gezeigt haben."

Die Atombomben seien stärker, versicherten die amerikanischen Fliegergenerale. Um diesen Punkt – ob die strategischen Luftstreitkräfte den Kampfwillen der Russen brechen könnten – entbrannte im Oberkommando der Streitkräfte eine Diskussion, und zwar zu der Zeit, als die Vorbereitung zu den Atomschlägen schon vor dem Abschluß stand. Am 21. Dezember 1948 berichtete der Oberbefehlshaber der Luftwaffe den Vereinigten Stabschefs über den operativen Plan SAC EWP 1-49:

„. . . 2. Der Krieg beginnt vor dem 1. April 1949.
3. Atombomben sollen in einem Umfang angewandt werden, der als realisierbar und wünschenswert anerkannt wird . . .
32 a. Je nach der Anzahl vorhandener Atombomben, der Reichweite der alliierten Fliegerkräfte, der Treffgenauigkeit der Bombenabwürfe und der für die Feststellung ihrer Ergebnisse erforderlichen Zeit sind die vorrangigen Luftangriffsobjekte die wichtigsten Industriezentren der UdSSR . . .
2 c. Die Objektpläne und Navigationskarten für die Operationen gegen die ersten 70 Städte werden den Truppen bis 1. Februar 1949 zugeleitet werden . . .
1. Zu Planungszwecken werden die Verluste bei den ersten Atombombenwürfen mit 25% der eingesetzten Bomber angenommen . . .
33 a. Aus dem obigen folgt:
a. Ein mächtiger strategischer Luftangriff gegen die Hauptbestandteile des sowjetischen Kriegspotentials kann gemäß Plan erfolgen."

Der Optimismus der Fliegergenerale kannte keine Grenzen. Am liebsten hätten sie die strategischen Luftstreitkräfte sofort starten lassen. Doch verstanden sie das Wichtigste nicht. Es kam nicht darauf an, ob die Städtevernichtung gelingt, sondern darauf, welche Folgen das Ganze nach sich ziehen würde.

Anfang 1949 wurde ein Sonderkomitee unter Generalleutnant H. Harmon eingesetzt, das die politischen Folgen eines Atombombenangriffs auf die UdSSR einschätzen sollte. Am 11. Mai 1949 legte das Komitee den Only-for-eyes-Bericht vor, *„Einschätzung der Einwirkung der strategischen Offensive aus der Luft auf die sowjetischen Kriegshandlungen"*. Unter der Offensive waren Atombombenwürfe auf 70 sowjetische Städte in den ersten 30 Kriegstagen gemeint. Hier einige Auszüge:

„Folgen für die Industrie. 9. *Der materielle Schaden, der Tod von Menschen in Industriegebieten und andere direkte und indirekte Folgen werden eine 30- bis 40prozentige Reduzierung des sowjetischen Industriepotentials bewirken . . .*

Menschenverluste. *11. Die anfängliche Atomoffensive wird den Untergang von 2,7 Millionen Personen und von weiteren 4 Millionen Personen nach sich ziehen, je nach der Effektivität des sowjetischen Luftabwehrsystems. Eine große Anzahl von Wohnhäusern wird zerstört, die Lebensverhältnisse für diejenigen von 28 Millionen Personen"* (Gesamtanzahl der Einwohner in den als Objekte der Atomangriffe festgelegten Städten – N. J.), *„die überleben werden, stark erschwert sein.*

Psychologische Folgen. *12. Die Atomoffensive wird an sich noch nicht die Kapitulation herbeiführen, den Kommunismus ausrotten oder die Sowjetmacht kritisch schwächen.*
13. Für die meisten Sowjetbürger werden die Atombombenwürfe die Richtigkeit der sowjetischen Propaganda gegen andere Mächte bestätigen, den Zorn gegen die USA auslösen, das Volk konsolidieren und seinen Kampfwillen stärken. Unter Minderheiten, die nicht näher bestimmbar sind, könnten Atombombenwürfe die Dissidenz stimulieren . . .

Einwirkung auf die sowjetischen Streitkräfte. *14. Die Fähigkeit der sowjetischen Streitkräfte, rasch in bestimmte Räume Westeuropas, des Nahen und des Fernen Ostens vorzustoßen, werden nicht ernstlich nachlassen . . .*
17. Atombombenwürfe werden allen Gegnern den Weg ebnen und zur Anwendung jeder Art von Massenvernichtungswaffen ermuntern, was die UdSSR zu maximalen Gegenschlägen . . . bewegen wird.
Zusammenfassung. *18. . . . Vom Standpunkt unserer nationalen Sicherheit sind die Vorzüge eines frühen Atomwaffeneinsatzes überragend."*

Generale haben, jedenfalls vor dem Krieg, nicht an Niederlagen, sondern an den Sieg zu denken. Daher der optimistische Unterton des Berichts des Harmon-Komitees. Doch zeigt sich eindeutig auch die Besorgnis über all diese wahnwitzigen Pläne.

Diese und ähnliche Berechnungen hatten die Atombombenfanatiker am Rande des Abgrunds zurückgehalten. Aber der unheilvolle Kurs auf den Krieg gegen die UdSSR wurde nicht aufgegeben. Im April 1949 entstand der aggressive Nordatlantikpakt. Längs der Grenzen der sozialistischen Länder wurden immer neue Militärstützpunkte angelegt. Die USA schaukelten ihre Kriegswirtschaft auf. Die amerikanischen Führer, deren Denken sich immer mehr auf militärischen Bahnen bewegte, glaubten, eine erdrückende militärische Überlegenheit über die UdSSR schaffen zu können, was die Bedeutung der politischen Faktoren auf ein Minimum reduzieren würde.

Der Weg war einfach: die restlose physische Vernichtung der sowjetischen Bevölkerung. Der Befehlshaber der USA-Luftstreitkräfte in Europa General LeMay stellte die Sache denn auch nicht anders dar. Er mokierte sich damals über die diversen Pläne des Krieges gegen die UdSSR. Das sei alles Unsinn, gab er zu verstehen, wo doch die USA die Mittel haben, „gewaltige Areale der Erdoberfläche zu entvölkern und nur Spuren der materiellen Tätigkeit des Menschen zu belassen". Wer sich der Aufgabe unterziehen würde? Leute wären schon da. So erkärte Paul Tibbets, der Mann, der die Atombombe auf Hiroshima abgeworfen hatte, zynisch: „Ich habe noch keine einzige schlaflose Nacht deshalb gehabt, weil ich den Bombenabwurf auf Hiroshima leitete; meine grauen Haare habe ich mir erst jetzt, unter dem Druck des Business, wachsen lassen." Der Fliegergeneral a. D. Tibbets, heute Präsident einer Gesellschaft in Ohio, sagte das im September 1976, nach der Teilnahme an der Imitiation des Atombombenabwurfs auf Hiroshima über der Stadt Harlingen, Texas.

1949 waren Politiker vom Schlage LeMays sicher, daß sie Zeit hatten. Im Westen glaubte man, es müßten noch ein paar Jährchen vergehen, ehe die UdSSR ihre eigene Atomwaffe entwickelt.

Die Pläne ändern sich

Am 3. September 1949 stellte ein USA-Bomber B-29 während eines Sperrflugs über dem Nordpazifik beim Luftfang erhöhte Radioaktivität fest. Nach der fieberhaft eiligen Überprüfung der Meßdaten gab es eine Woche später keinen Zweifel mehr: In der UdSSR hatte man eine Atombombe getestet. Die Vereinigte Atomenergiekommission des USA-Kongresses, die etwa ein Jahr zuvor ein „Fernortungsprogramm" – die ständige dosimetrische Beobachtung der Atmosphäre – eingeführt hatte, triumphierte: Nicht Militärs, nicht die Luftwaffe, sondern die Wissenschaftler hatten die sowjetische Wissenschaft richtig eingeschätzt.

Die historische Tat der sowjetischen Wissenschaftler und Ingenieure machte mit dem USA-Atommonopol Schluß. Die materiellen Opfer der UdSSR waren nicht vergebens, sie hatte nun einen Atomschild.

Am 25. September 1949 meldete die TASS: „Die Sowjetunion beherrschte das Geheimnis der Atomwaffe bereits 1947. Was die Besorgnis angeht, die gewisse ausländische Kreise aus diesem Anlaß verbreiten, so bestehen dafür keine Gründe. Obwohl die Sowjetregierung die Atomwaffe hat, bezieht sie nach wie vor ihre Position des bedingungslosen Verbots des Atomwaffeneinsatzes." Die Reaktion Washingtons: sofort die Möglichkeit eines Präventivkriegs erwägen.

„Doch wurde der Präventivkrieg nicht begonnen", schreibt der USA-Wissenschaftler A. Brown. „Abgesehen von allem anderen, hätten die USA einen solchen Krieg 1949/50 nicht gewinnen können. Die strategischen Luftstreitkräfte waren damals nicht in der Lage, Rußland einen nicht wiedergutzumachenden Schlag zu versetzen." In seinem 1978 herausgegebenen Buch „Dropshot. Der USA-Plan eines Krieges gegen die UdSSR 1957" geht Brown ausführlich auf die Gründe dafür ein.

Ende 1949 hatten die USA 840 strategische Bomber im Dienst, 1350 in der Reserve und über 300 Atombomben. Moskau, Leningrad und andere Objekte im europäischen Teil der UdSSR hätten nur von den Stützpunkten auf den Britischen Inseln aus erreicht werden können. Zu Planungszwecken wurde der Kriegsbeginn für den 1. Januar 1950 angesetzt. In den ersten drei Monaten sollten etwa 300 Atombomben und 20 000 t konventionelle Bomben auf Objekte in 100 sowjetischen Städten abgeworfen werden, wozu 6000 Flugeinsätze als notwendig galten (Trojan-Plan).

Die Vereinigten Stabschefs spielten die Chancen durch, folgende strategische Räume kampfunfähig zu machen: Moskau–Leningrad, Ural, Objekte am Schwarzen Meer, den Kaukasus, Archangelsk, Taschkent–Alma Ata, den Baikalsee, Wladiwostok. Hier die Berechnungen für die Handlungen gegen die Objekte am Schwarzen Meer: 233 Bomber B-29 und B-50 (32 davon mit Atombomben an Bord, die restlichen unterdrücken die Luftverteidigung und stören das Radarsystem) würden 24 Atombomben auf die Objekte abwerfen (drei Atombomben werden in abgeschossenen Flugzeugen verloren, zwei weitere nicht abgeworfen, noch drei nicht auf das Ziel abgeworfen werden). Verluste: 35 Maschinen durch Jagdflugzeuge, zwei durch Flakfeuer, fünf aus anderen Gründen; eine unbestimmte Anzahl von Maschinen wird irreparable Schäden erleiden . . .

Gesamtergebnis: Die Wahrscheinlichkeit der Beförderung ins Ziel beträgt 70%, die Verluste an Bombern betragen 55%. Werden die Besatzungen ihren Auftrag bei solchen Verlusten ausführen können? Im zweiten Weltkrieg hatte eine Gruppe von 97 Bombern, die in der Nacht zum 31. März 1944 Nürnberg bombardierte, die schwersten Verluste: 20 Maschinen (20,6%) kehrten nicht zurück. Unter dem fliegenden Personal begann damals eine Gärung, die an Meuterei grenzte. Und nun werden die Verluste mit 55% angenommen!

Aus „technischen Gründen" hätte der Luftangriff auf die UdSSR nicht blitzartig erfolgen können. Die Bombenabwürfe auf Moskau und Leningrad waren erst für den 9. Tag nach Beginn der Kampfhandlungen geplant. Zudem zeigten selbst die optimistischsten Berechnungen: Die sowjetischen Luftstreitkräfte würden (nun schon unter Atomwaffeneinsatz) die Stützpunkte auf den Britischen Inseln spätestens in zwei Monaten, wahrscheinlich aber auch früher ausgeschaltet haben.

Es stellte sich heraus, daß die strategische USA-Luftwaffe nach ihren Schlägen gegen die sowjetischen Städte überhaupt ausscheiden würde: Sie hätte nicht genügend Flugzeuge und Stützpunkte; überdies wäre der Versorgungs- und der Wartungsdienst völlig zerrüttet. Die sowjetischen

Truppen dagegen würden mittlerweile, meinte man im Pentagon, bereits die Atlantik- und die Indikküste erreichen. Der Verlust Europas, des Nahen und des Fernen Ostens gleich in den ersten Monaten war ein Axiom der amerikanischen Planung des Krieges gegen die UdSSR.

Generalmajor Anderson, Chef der Operativen Verwaltung des Stabs der USA-Luftstreitkräfte, meldete dem USA-Luftwaffenminister Symington am 11. April 1950: *„Die Luftstreitkräfte der USA sind außerstande: a) den Luftangriff gemäß dem Trojan-Plan vollständig auszuführen; b) die Luftverteidigung der USA und Alaskas zu sichern."*

Die Frage des Präventivkrieges gegen die UdSSR wurde 1950 von der Tagesordnung abgesetzt, da es sich erwies: Die USA verfügten nicht über ausreichende Kräfte, um der UdSSR eine Niederlage beizubringen. Es wurde beschlossen, für die Aggression gegen die UdSSR eine Länderkoalition zu schaffen. Das brauchte jedoch Zeit. Für den Beginn der Kampfhandlungen wurde ein neues Datum – der 1. Januar 1957 – festgelegt.

Dropshot

Die Vereinigten Stabschefs stellten 1949 den Kriegsplan unter dem Codenamen Dropshot auf (zwecks Geheimhaltung wurde absichtlich ein Wort ohne Sinn gewählt). Gemeinsam mit den USA sollten alle NATO-Länder vorgehen, dagegen würden Irland, Spanien, die Schweiz, Schweden, Ägypten, Syrien, Libyen, Irak, Saudi-Arabien, Jemen, Israel, Iran, Indien und Pakistan *„sich bemühen, neutral zu bleiben, sich jedoch den Alliierten anschließen, wenn sie angegriffen oder ernstlich gefährdet werden"*. Selbstverständlich ahnten viele Länder, die der NATO nicht angehörten, kaum, daß sie bereits *„eingeplant"* waren.

Die strategische Konzeption sah wie folgt aus:

„Im Zusammenwirken mit unseren Alliierten der UdSSR die eigenen Ziele aufzuzwingen, wozu ihr Wille und ihre Fähigkeit zum Widerstand durch strategische Offensive im westlichen Eurasien und strategische Verteidigung im Fernen Osten zu brechen sind.
Die vorrangigen Ziele: die westliche Hemisphäre verteidigen; einen Luftangriff unternehmen; mit teilweiser Eindämmung der sowjetischen Stärke in der Zone Nordpol–Grönlandmeer–Europäisches Nordmeer–Nordsee–Rhein–Alpen–Piave–Adria–Kreta–Südosttürkei–Tigristal–Persischer Golf–Himalaja–Südostasien–Südchinesisches Meer–Ostchinesisches Meer–Japanisches Meer–Tsugarustraße–Beringmeer–Beringstraße–Nordpool beginnen; die wichtigsten strategischen Räume, Stützpunkte und Kommunikationen absichern und kontrollieren; einen Nerven-, Wirtschafts- und Untergrundkrieg führen und zugleich die sowjetische Zitadelle unter schweren Druck setzen, wozu alle Mittel zur maximalen Erschöpfung der sowjetischen Kriegsreserven anzuwenden sind.
In der Folgezeit: koordinierte Offensivoperationen aller Waffenarten unternehmen."

In der ersten Kriegsphase sollten über 300 Atombomben und 250 000 t konventionelle Bomben auf die UdSSR abgeworfen und bis zu 85% der sowjetischen Industrie vernichtet werden. Die Aufgaben bei der Unterdrückung der sowjetischen Luftverteidigung, der Boden-, See- und Luftstreitkräfte wurden ausführlich erarbeitet. Die zweite Phase: Fortsetzung des Luftangriffs und Fertigmachen des NATO-Heeres (164 Divisionen, davon 69 amerikanische). Herstellung der Kontrolle über die See- und Ozeanverbindungen. In der dritten Phase Offensive von 114 NATO-Divisionen aus dem Westen und von 50 Divisonen aus dem Süden (mit Landung an der nordwestlichen Schwarzmeerküste), um die sowjetischen Streitkräfte in Mitteleuropa zu vernichten. Diese Handlungen und die fortgesetzten Bombenangriffe zwingen die UdSSR und ihre Verbündeten zur Kapitulation. Insgesamt sollten für die Ausführung des Dropshot-Plans 20 Mio. Mann eingesetzt werden.

Die letzte, vierte Phase, wird im Dropshot-Plan wie folgt geschildert: *„. . . um die Erreichung unserer nationalen Ziele zu sichern, müssen die Alliierten"* die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder Europas *„okkupieren"*. Der Gesamtbedarf an Okkupationstruppen wurde mit 38 Divisionen (etwa eine Million Mann Heerestruppen) angenommen. Davon haben 23 Divisionen den Okkupationsdienst auf dem sowjetischen Territorium zu verrichten. Dieses wird in vier *„Verantwortungsbereiche"* (lies: Okkupationszonen) aufgeteilt: Westteil der UdSSR, Kaukasus–Ukraine, Ural–Westsibirien–Turkestan sowie Ostsibirien–Transbaikalien–Region Primorje. Die Zonen werden in 22 *„Verantwortungs-Unterbereiche"* gegliedert.

Die Städte für die Dislozierung der USA-Okkupation wurden im voraus bestimmt: zwei Divisionen in Moskau, ferner je eine Division in Leningrad, Minsk, Murmansk, Gorki, Kuibyschew, Kiew, Charkow, Odessa, Sewastopol, Rostow/Don, Noworossisk, Batumi, Baku, Swerdlowsk, Tscheljabinsk, Taschkent, Omsk, Nowosibirsk, Irkutsk, Chabarowsk und Wladiwostok. Da die Okkupationstruppen Straffunktionen ausüben sollten, hatten die Urheber des Plans ihre weitgehende Versorgung mit Transportmitteln vorgesehen.

Die Okkupationstruppen sollten ausgiebig mit Flugzeugen ausgerüstet werden, um ihre Stärke zu veranschaulichen. Von fünf Luftarmeen, die für die Okkupation aller sozialistischen Länder bestimmt waren, sollten vier auf dem sowjetischen Territorium disloziert werden. Jeder Armee sollten 5–6 Kampfgruppen, eine Gruppe von Transportflugzeugen und eine Sturmgruppe angehören. In der Ostsee und im Schwarzen Meer sollte je ein operativer Trägerverband kreuzen.

Dropshot war ein Wendepunkt in der USA-Kriegsplanung: Neben militärischer Aggression gegen die UdSSR wurde darin der Einsatz von Verbündeten jenseits der Front – von *„Dissidenten"* – akzentuiert. Das Wort, das schon in den Papieren von 1948/49 vorgekommen war, wurde zu einem Terminus der Kriegspläne. Gewiß hatten die Stabsoffiziere keine Illusionen über die Stärke der Dissidenten. In den USA-Dokumenten wurde immer wieder betont, daß sie eine verschwindende Minderheit des Sowjetvolkes ausmachen. Sie waren nicht an sich wichtig, sondern als Mittel des *„psychologischen Krieges"*. Im Dropshot-Plan hieß es ausdrücklich:

„Psychologischer Krieg ist eine ungemein wichtige Waffe bei der Förderung der Dissidenz und des Verrats unter dem Sowjetvolk; er wird seine Moral untergraben, Verwirrung stiften und das Land desorganisieren . . .
Großangelegter psychologischer Krieg ist eine Hauptaufgabe der USA. Sein wichtigstes Ziel ist, zu erreichen, daß die Völker der UdSSR und deren Satelliten das heutige Machtsystem nicht mehr unterstützen . . ."

In der strategischen Konzeption des Dropshot-Plans wurde dem psychologischen Krieg folgender Platz eingeräumt:

„Analyse. *Die Einleitung bzw. Verstärkung des psychologischen, wirtschaftlichen und Untergrundkrieges gegen die freundschaftlichen wie auch die feindlichen Gruppen oder Länder wird die Aussichten auf einen raschen und erfolgreichen Kriegsausgang in hohem Maße vergrößern, denn das wird den Kampfwillen des Gegners brechen helfen, die Moral der befreundeten Länder unterstützen und die Einstellung der neutralen Länder zu den Alliierten beeinflussen.*
Diese Art Krieg kann gegen die UdSSR und die ihr freunschaftlich gesinnten Länder auch in Friedenszeiten angewandt, muß jedoch nach Beginn der Kampfhandlungen stark intensiviert werden, wobei die psychologische Einwirkung des strategischen Luftangriffs maximal zu nutzen ist . . .
Aufgabe. Den psychologischen, wirtschaftlichen und Untergrundkrieg in die militärischen Operationspläne zu integrieren."

Im Schlußteil des Dropshot-Plans wurde ein Blick in die Zukunft getan: in Richtung Ferner Osten, wo die USA im Verlauf des Krieges gegen die UdSSR laut Plan in strategischer Verteidigung waren:

„Wir gehen davon aus, daß das kommunistische China und die anderen von den dortigen Kommunisten kontrollierten Regionen Südostasiens im Unterschied zu Korea und den europäischen Satelliten nicht unter voller Herrschaft der UdSSR stehen werden und im Falle von deren rascher Kapitulation nicht unbedingt ebenfalls kapitulieren . . . Es ist in Betracht zu ziehen, daß die Erreichung der nationalen Ziele der USA eine machtvolle Offensive im Fernen Osten und in Südostasien nach der Kapitulation der UdSSR erfordert."

Da auf seiten der USA laut Dropshot-Plan aus eigenem Willen oder unter Druck nicht nur die NATO-Länder, sondern auch mehrere Staaten Asiens und des Nahen Ostens vorgehen und daß Lateinamerika und Afrika als Reserve und Rohstoffquellen dienen sollten, geben die Operationen im Fernen Osten und in Südostasien über das Endziel Aufschluß: Washington wollte den Sozialismus mit Waffengewalt vernichten. Das wäre zugleich die Verwirklichung des langgehegten Wunsches der USA-Oligarchie: die Errichtung der Weltherrschaft.

Kriegsgerüchte: Die Analogie zu 1914

Von Miles Kahler

Den nachstehenden Bericht entnehmen wir auszugsweise der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs", Winter 1979/80, Vol. 58, No. 2. Er wurde in der Bundesrepublik zum Gegenstand öffentlicher Diskussion infolge des Mitte April 1980 von Bundeskanzler Schmidt – mit Bezug auf diesen Artikel – geäußerten Hinweises auf Analogien der gegenwärtigen Weltlage zur Situation im Juni/Anfang Juli 1914. Zwar relativierte Schmidt auf der sicherheitspolitischen Tagung der SPD-Bundestagsfraktion am 19. April diesen Vergleich, wiederholte jedoch die (spätestens durch Fritz Fischers Kriegsursachen-Analyse widerlegte) Auffassung, damals habe auch „keine Regierung den Krieg wirklich gewollt". Und im Hinblick auf die aktuelle Lage: „Es erscheint nicht völlig undenkbar, daß man doch in einen schwerwiegenden Konflikt hineingerät, ohne ihn wirklich gewollt zu haben." Eine Schlußfolgerung, die verschleiert, wie groß Handlungsspielraum und Verantwortung der Bundesregierung in der Frage der Kriegsverhinderung heute sind. D. Red.

. . .

Über die Existenz zweier vorrangiger Großmächte hat bei der Analyse internationaler Politik seit 1945 Einverständnis geherrscht. Gegen Ende der 70er Jahre jedoch wurde die historische bipolare Struktur im Bereich der militärischen Macht verändert. Die sichtbare militärische Stärke der Sowjetunion hatte zugenommen, während gleichzeitig das Potential für ein stärkeres Element der Multipolarität anwuchs, als China ein Programm zur militärischen Modernisierung einleitete und die chinesisch-sowjetische Spaltung noch keine Anzeichen einer Auflösung erkennen ließ.

Als die Sowjetunion auf dem Gebiet der strategischen Waffen den Gleichstand erreichte und die Streitkräfte des Warschauer Paktes in Europa modernisiert wurden, schlugen viele im Westen Alarm. Dabei handelte es sich jedoch um Bereiche, in denen die Existenz der sowjetischen Militärmacht bereits seit Jahrzehnten eine Tatsache gewesen war. Zu einer alarmierenden Veränderung kam es, als die Sowjetunion neue Möglichkeiten benutzte, um ihren politischen Einfluß auf Regionen wie zum Beispiel Afrika auszudehnen, die von ihren traditionellen Interessensphären weit entfernt lagen. Der Kontrast zwischen den 50er oder frühen 60er und den 70er Jahren ist scharf genug: Säbelrasseln wegen Suez im Jahre 1956 und eine lahme Unterstützung für Lumumbas Sache im Kongo; andererseits eine massive Luftbrücke zur Unterstützung Ägyptens und Syriens im Jahre 1973 und großangelegte logistische Unterstützung der MPLA in Angola und Mengistus in Äthiopien. Solche dramatischen Manöver folgten auf ein Jahrzehnt sowjetischer Expansion zur See und eine offenkundige Gewichtsverschiebung zugunsten eines Einsatzes der Flotte für diplomatische Ziele[3]).

Das sich herausbildende Muster eines Wettbewerbs der Großmächte beginnt, den Gedanken an die Rivalität zwischen England und Deutschland nahezulegen, die charakteristisch für die Jahre von der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg war. Auf der einen Seite stand der Inhaber der etablierten Vormachtstellung zur See, auf der anderen der kontinentale Herausforderer, der seinen Platz an der Sonne durch eine Weltpolitik*) anstrebte, die gegründet war auf starke Seestreitkräfte und die Ausweitung seines Einflusses auf die nichteuropäische Welt. Einige möchten die Analogie sogar noch deutlicher machen und vergleichen Admiral Gorschkow, der sich gelegentlich wie ein Schüler Mahans**) vernehmen läßt, mit Admiral von Tirpitz, dem Vater der Kaiserlichen Marine Deutschlands[4]).

*) im Original deutsch – Anm. d. Übers.

**) Alfred Thayer Mahau (1840–1914), Offizier der US-Marine und Marinehistoriker – Anm. d. Übers.

3) Siehe Robert Legvold: The Soviet Union's Strategic Stake in Africa, in: Jennifer Seymour Whitaker (Hrsg): *Africa and the United States: Vital Interests*, New York, New York University Press, 1978, S. 158. Abweichende Auffassungen von den Absichten der sowjetischen Flotte sind zu finden in James M. McConnell/Bradford Dismukes: Soviet Diplomacy of Force in the Third World, *Problems of Communism*, Januar–Februar 1979, S. 14–27, und Michael T. Klare, Superpower Rivalry at Sea, *Foreign Policy*, Winter 1975–76, S. 86–96, 161–167.

4) Die Analogie stammt von Hedly Bull, Sea Power and Political Influence, Adelphi Paper No. 122, London: International Institute for Strategic Studies, 1976, S. 4–5. Die Erklärung unter Hiniweis auf Mahan wird auch von den Verfassern von *The Third World War*, S. 335–336, akzeptiert.

Die Analogie ist ansprechend, aber fehlerhaft. Die sowjetische Flotte wird nicht durch die merkwürdige Logik der von Tirpitz und dem Kaiser vertretenen „Risikotheorie" gerechtfertigt – als Hebel, um Englands Eingeständnis der deutschen Gleichberechtigung zu erzwingen und vielleicht auch als diplomatischer Rückhalt. Zwar mögen die Ausübung politischen und militärischen Einflusses, die Schaffung sowjetischen Prestiges und weitere, für eine „Weltpolitik" charakteristische Aufgaben Funktionen der sowjetischen Flotte darstellen, begleitet werden sie jedoch von den praktischeren Aufgaben, eine expandierende Handels- und Fischfangpräsenz zu schützen und der vom Meer aus operierenden amerikanischen Abschreckung entgegenzuwirken. Der sowjetischen Marine kommt nicht dieselbe entscheidende Rolle als ein Symbol der nationalen Einheit und des bürgerlichen Patriotismus zu, wie das bei der deutschen Kriegsflotte in der brüchigen Gesellschaft des wilhelminischen Deutschland der Fall war. Schließlich wurde die deutsche Herausforderung zur See zum Kern der Rivalität mit England und überschattete andere, seit langem bestehende Spannungsursachen; demgegenüber ist die „Weltpolitik" der Sowjetunion erst nach Jahrzehnten des Konflikts mit ihrem Hauptgegner, den Vereinigten Staaten, in Erscheinung getreten[5]).

Die Reaktion der Führungsmacht hat jedoch in jedem Fall darin bestanden, empört zu sein über jede Vermutung, das existierende Gleichgewicht der Kräfte könnte als ungerecht empfunden werden oder einer Veränderung unterworfen sein. In beiden Fällen hat das Auftreten des Herausforderers die führende Macht gezwungen, die Bedeutung der neuen „Weltpolitik" ihres Rivalen einzuschätzen. Welche Absichten verfolgt Deutschland (oder die Sowjetunion)? Welche Maßnahmen sollten, wenn überhaupt, getroffen werden, um der Herausforderung zu begegnen? Unter den Historikern dauert die Debatte über die Pläne Deutschlands noch an: Fritz Fischer und seine Schule führen an, die Politik der Entente vor 1914 habe in der legitimen Eindämmung eines nach der Hegemonie in Europa strebenden Deutschlands bestanden, einer Hegemonie, in der sich bereits die späteren expansionistischen Ziele Hitlers ankündigten. Andere wiederum, die dem deutschen Dilemma freundlicher gegenüberstehen, weisen darauf hin, daß „die daraus zu ziehende Lehre in Wirklichkeit vielleicht nicht so sehr die notwendige Wachsamkeit gegenüber Aggressoren ist, als vielmehr die gefährlichen Folgen, die sich dann einstellen, wenn man Emporkömmlingen eine vernünftige Anpassung verweigert"[6]).

Die erste Debatte über die Absichten des Emporkömmlings – und sie hat von ihrer Frische noch immer nichts eingebüßt – fand im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts im britischen Foreign Office statt. Der britische Diplomat Eyre Crowe vertrat die deutschlandfeindliche Auffassung, die sich dann durchsetzte; Lord Sanderson, Diplomat einer älteren Generation, nahm gegenüber den deutschen Absichten einen milderen Standpunkt ein[7]). Die Hauptlinien ihrer Auseinandersetzung sind in der jüngsten amerikanischen Untersuchung der sowjetischen Ziele wiederholt worden, insbesondere in den offenkundig voneinander abweichenden Standpunkten des Nationalen Sicherheitsrates und des State Departments. Für Crowe zeigte die Geschichte der deutschen Aktionen „direkte und unmißverständliche Feindschaft gegenüber England" und „eine Mißachtung der elementaren Regeln offenen und ehrlichen Handelns". Zwar stellte er fest, es könne möglicherweise einen deutschen Plan für eine europäische und dann weltweite Hegemonie geben, er akzeptierte jedoch die wahrscheinlichere Erklärung, Deutschland nutze nur die sich unmittelbar

5) Die beste neuere Darstellung über das Flottenprogramm des kaiserlichen Deutschlands ist Jonathan Steinberg: *Yesterday's Deterrent: Tirpitz and the Birth of the German Battle Fleet,* New York: Macmillan, 1965. Michael McGwire äußert sich in Maritime Strategy and the Superpowers, Adelphi Paper No. 123, op. cit. S. 19–20, spöttisch über die „Pubertätstheorie der Seemacht", die Programm und Stationierung der sowjetischen Flotte in die Bahnen des Modells von vor 1914 zwingt.

6) David Calleo: *The German Problem Reconsidered: Germany and World Order,* Cambridge: The University Press, 1978, S. 6. Die Hauptwerke Fritz Fischers sind *Germany's Aims in the First World War,* London: Chatto & Windus, 1967 (dt.: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1963 – d. Red.); *War of Illusions: German Policies from 1911 to 1914,* London: Chatto & Windus, 1975 (dt.: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969 – d. Red.); und *World Power or Decline: The Controversy Over Germany's Aims in the First World War,* London: Weidenfeld and Nicolson, 1975.

7) Die Debatte zwischen Crowe und Sanderson fand zu Beginn des Jahres 1907 statt; die Memoranden sind wieder abgedruckt in G. P. Gooch u. a. (Hrsg.): *British Documents on the Origins of the War, 1898–1914,* Bd. 3, London: H. M. Stationery Office, 1928, S. 397–431.

und vielleicht noch die sich im Anschluß daran bietenden günstigen Gelegenheiten in der Hoffnung aus, daß es ein Übergewicht erlangen werde. Die Rechtmäßigkeit der etablierten Rechte und abgeschlossenen Machtbereiche Großbritanniens, auf die sich die deutsche Herausforderung richtete, war für Crowe selbstverständlich; mehr noch, jeder deutsche Gewinn war ein britischer Verlust.

Aus der unparteiischen Sicht Sandersons „muß das Britische Empire wie ein gewaltiger Riese erscheinen, der sich über den Erdball ausgebreitet hat und seine gichtigen Finger und Zehen in alle Richtungen ausstreckt, so daß man sich ihnen nicht nähern kann, ohne einen Schmerzensschrei auszulösen". Sanderson sah, daß es für die deutschen Aktionen eine kompliziertere Erklärung gab als bloße Feindschaft gegenüber England oder ein unablässiges Streben nach weltweiter Hegemonie. Das deutsche Verhalten konnte verstanden werden als Ergebnis der Mentalität eines Karrieremachers – „ungeduldig darauf bedacht, verschiedene langunterdrückte Wünsche zu verwirklichen und volle Anerkennung seiner neuen Position zu beanspruchen" – und als beeinflußt durch die Unsicherheit, von „zwei mächtigen, eifersüchtigen und unzufriedenen Nachbarn" flankiert zu werden. Während Crowe drängte, den Status quo zu verteidigen und eine Politik zu beenden, „die Konzessionen macht, ohne von ihrer Rechtmäßigkeit überzeugt zu sein oder auch davon, daß sie durch äquivalente Gegenleistungen aufgewogen werden", wies Sanderson warnend darauf hin, daß „eine große und wachsende Nation nicht unterdrückt werden kann" und riet zur Anpassung.

Abgesehen von der Schärfe ihrer Prosa verdient es die Crowe-Sanderson-Debatte, im Licht der erneuten sowjetisch-amerikanischen Konkurrenz in den 70er Jahren noch einmal gelesen zu werden. Sie läßt die Fragen deutlich hervortreten, die nach dem Abbau von Resten einer Mentalität des Kalten Krieges von zentraler Bedeutung bleiben. Welches sind die Ziele der Sowjetunion, und wodurch unterscheiden sie sich von den Zielen anderer Großmächte einschließlich der USA? Welche Veränderungen in der Konstellation der Macht wären, wenn überhaupt, annehmbar? Zeigt die Sowjetunion jene Mischung aus Unsicherheit und Vertrauen auf die eigene Stärke, wie sie für Deutschland vor 1914 charakteristisch war? Viele bleiben wie Crowe bei der Argumentation, den Absichten der Sowjetunion komme wenig Bedeutung zu; ein kluger Gegner werde Vorbereitungen treffen, um sowohl den sorgfältig ausgearbeiteten Plan als auch die zufallsbedingte Ausnutzung der Umstände zu durchkreuzen. Doch obwohl Crowes Ansicht sich durchsetzte, war die Vorsicht Sandersons besser begründet. Interpretationen von Absichten formen die Politik, in diesem Fall ebenso wie in anderen. Wiederannäherungsversuche wurden vom Foreign Office kurzerhand fallengelassen, und jede deutsche Handlungsweise wurde im schlechtesten Licht dargestellt.

Wichtiger noch ist, daß ein solches Ausdeuten von Beweggründen auch das Verhalten gegenüber anderen Mächten prägt. Die englisch-deutsche Rivalität wurde von Crowe und denen, die seine Ansicht teilten, gleichsam mit Scheuklappen betrachtet; sie war *die* grundsätzliche Rivalität in der internationalen Arena. Sie beschlossen, ihr Verankertsein in anderen konkurrierenden oder feindlichen Beziehungen zwischen den Großmächten oder innerhalb regionaler Gleichgewichte weniger ernst zu nehmen. In ähnlicher Weise könnte es sich als gefährlichste Ähnlichkeit mit 1914 erweisen, daß neue Elemente der Multipolarität im System vom erneuten sowjetisch-amerikanischen Wettlauf überlagert werden und daß man diese Rivalität mit schwelenden lokal begrenzten Zwistigkeiten verwechselt.

. . .

Die Analogie zum Jahre 1914 läßt Schwächen in der bei uns vorherrschenden Denkweise im Hinblick auf Beziehungen zu unseren Gegnern erkennen, vor allem in der Theorie der Abschreckung (einer stark von den vermeintlichen Lehren der 30er Jahre beeinflußten Konzeption), und sie zeigt Fehler auf in den gröberen Formen der Machthandhabung und in der Anwendung von Gewalt[25]). Es könnte nützlich sein, einige bescheidene Anhaltspunkte aus der Analogie zu 1914 abzuleiten:

1. Unterziehe die Absichten deiner Gegner und die Ursprünge ihres Verhaltens einer erneuten Prüfung. Das vereinfachte politische Modell, das die Außenpolitik der USA nach dem Zweiten

25) Die Kritik an der Abschreckungstheorie ist zusammenfassend dargestellt bei Robert Jervis: Deterrence Theory Revisited, *World Politics*, Januar 1979, S. 289–324.

Weltkrieg bestimmte, ging von der Annahme aus, die Sowjetunion und China seien uns gegenüber unwiderruflich feindlich eingestellt und könnten nicht befriedet („appeased" – d. Übers.) werden. Ein konstruierter Totalitarismus schien ausreichend für das Bedürfnis zu sein, ihre Außenpolitik zu erklären; die Möglichkeit zur Veränderung der gegnerischen Absichten wurde selten in Betracht gezogen. Obwohl die wissenschaftliche Forschung vereinfachte Auffassungen von der sowjetischen und chinesischen Außenpolitik korrigiert hat, ist die Kluft zwischen militärischer Information*), die oft die Wahrnehmung einer Bedrohung intensiviert, und politischer und diplomatischer Information*), die zu ihrem Abbau beitragen könnte, weiter geworden. Das mindestes, das in der ungewissen Welt der 80er Jahre vorgeschlagen werden kann, ist eine ständige Neueinschätzung derjenigen Theorien über seine Gegner, die einem zutiefst zusagen. Vielleicht *war* Deutschland ja vor 1914 in seiner Rivalität gegenüber England unversöhnlich, aber es kann keinen Zweifel daran geben, daß Eyre Crowe und seine Kollegen jeden deutschen Richtungswechsel als bedeutungslos abgetan hätten.

2. Das Überleben deines Gegenspielers kann dein Leben retten. Die Politik der Eindämmung befaßte sich nicht mit der inneren Sicherheit der Sowjetunion; in der frühesten Erklärung George Kennans wurde diese Politik entwickelt in der Absicht, „entweder die Auflösung oder die Aufweichung sowjetischer Macht" zu fördern[26]). Die Analogie zu 1914 legt den Schluß nahe, daß hochgerüstete Staaten, wenn sie sich inneren Belastungen ausgesetzt sehen, riskante und gefährliche Handlungen begehen können. Österreich-Ungarn zog 1914 nicht wegen drohender innerer Auflösung in den Krieg, aber das Infragestellen des österreichischen Großmachtstatus durch Serbien hatte eine innere Dimension. Paul Schroeder hat die Meinung vertreten, die britische Politik habe es schuldhaft versäumt, Östereichs Verpflichtung anzuerkennen; die Regeln des Systems diktierten britische Anstrengungen, das Überleben eines gefährdeten Mitgliedes im Europäischen Konzert zu gewährleisten[27]). Vielleicht war Österreich-Ungarn durch die Kräfte des Nationalismus dem Untergang geweiht und zum Auseinanderfallen bestimmt; aber auch wenn dem so wäre, ein Staat mit einer derartigen Perspektive muß mit Vorsicht behandelt werden – sein Untergang kann auch den Untergang anderer Staaten bedeuten. Wir haben uns daran gewöhnt, in selbstbewußten, expansionistischen Staaten eine Gefahr zu erblicken. Eine Welt von Großmächten jedoch, die ihren eigenen Niedergang spüren und gleichzeitig ihre militärische Stärke erhöhen, kann sogar noch eher zu Krisen und ernsten Konflikten führen

3. Verfahre sorgfältig beim Etikettieren von Ersatzhandlungen und Stellvertretern. Ein Grund dafür, daß England Österreich-Ungarn nicht ernst nahm, war die Überzeugung des germanophoben Foreign Office, bei der Außenpolitik Wiens handle es sich lediglich um eine Verlängerung der Berliner Außenpolitik. Diese Überzeugung verstärkte nicht nur die Gleichgültigkeit gegenüber dem Niedergang Österreich-Ungarns, sie verschleierte auch die innerhalb der Zentralmächte existierenden Elemente der Unbeständigkeit: „In der Schlußkrise war die Solidarität der Zweibund-Staaten mehr das Produkt ihres gegenseitigen Mißtrauens als deutscher Treue**)"[28]). Die falsche Annahme, Österreich-Ungarn habe jede Fähigkeit zu unabhängigem Handeln verloren, machte es der Entente sogar unmöglich, im eigenen Interesse eine Politik zu verfolgen, mit der man innerhalb der Monarchie einen gemäßigteren Kurs hätte bewirken können. Die Annahmen, die der seit langem verfolgten Politik der USA gegenüber Vietnam und Kuba zugrundeliegen, können aus ähnlichen Gründen in Frage gestellt werden.

4. Verhandlungen über Einflußbereiche können vorteilhafter sein als das Verstärken von Rivalitäten. In dem Maße wie die Rivalität der Großmächte in Afrika, dem Mittleren Osten und anderen Teilen der Welt um sich greift, werden die Vereinigten Staaten zunehmend als der „gewaltige Riese" Sandersons erscheinen, der zu schreien beginnt, wenn in einem weiteren Land kubanische Ärzte auftauchen. Statt des Modells einer Gegenintervention, wie Henry Kissinger sie in Angola anstrebte, täten die Vereinigten Staaten gut daran, genau zu spezifizieren, gegen welche Typen des Einflusses in welchen Ländern sie Einwände erheben. Eine genaue Umkehrung des

*) „Intelligence" – d. Übers.

**) „deutsche Treue" im Original deutsch – Anm. d. Übers.

26) „X" (später als Kennan identifiziert): The Sources of Soviet Conduct, *Foreign Affairs*, Juli 1947, S. 582.
27) Paul Schroeder: World War I as Galloping Gertie: A Reply to Joachim Remak, *Journal of Modern History*, September 1972, S. 319–345.
28) F. R. Bridge, From Sadowa to Sarajevo, London: Routledge & Kegan Paul, 1972, S. 375.

„neuen Imperialismus" würde zu Abkommen führen, in denen der den einzelnen Mächten erlaubte Einflußbereich in Schlüsselregionen begrenzt würde (nach den Grundlinien des englisch-russischen Vertrages von Petersburg 1907) oder – was für die unglücklichen Ziele, auf die die Großmächte ihr Interesse richten, sogar noch besser wäre – zu einem vertraglichen Verbot gewisser Formen des Einflusses oder der Anwesenheit.

5. *Laß dich nicht vom Krisenmanagement einschläfern.* Nach zwei Balkankriegen in ebenso vielen Jahren gingen die europäischen Diplomaten im Sommer des Jahres 1914 von der Annahme aus, man könne auch eine weitere Krise in diesem unruhigen Gebiet beilegen. Der Erfolg hatte übertriebene Zuversicht bewirkt, und unbemerkt hatte sich eine Macht (Österreich-Ungarn) aus dem Europäischen Konzert zurückgezogen und jede Hoffnung aufgegeben, ihre lebenswichtigen Interessen innerhalb dieses Mechanismus der Konfliktbeilegung in fairer Weise berücksichtigt zu sehen. In dem gleichen Maße, wie die Liste erfolgreich überwundener Nachkriegskrisen anwächst, nimmt auch das Potential für ungerechtfertigte Selbstzufriedenheit in einer Zeit zu, die Nadelstiche und Gereiztheiten in weiten Gebieten wahrscheinlich macht.

Diese begrenzten Vorschläge werden von denjenigen abgelehnt werden, die gegen eine solche ausschließliche Konzentration auf das Spiel der Großmächte sind, sowie von denjenigen, die sich für eine Transformation dieses Spiels und nicht für seine Mäßigung einsetzen. Man kann darauf nur antworten, daß, solange Großmächte sich in der Weise verhalten wie sie es historisch getan haben, Bemühungen von entscheidender Bedeutung sein werden, ihre Rivalitäten, ihre Fehlinterpretationen und ihre beschränkte Sehweise in Grenzen zu halten. Ironischerweise führt uns die Analogie zu 1914 letztendlich zum Skeptizismus gegenüber Vorhersagen über die Zukunft der internationalen Politik. Selbst wenn die Vorhersagen schrecklich pessimistisch sind, basiert unsere grundsätzlich liberale Sicht der Geschichte auf der Extrapolation vorhandener Trends, seien sie nun günstig oder ungünstig. Wir klammern die Vorstellung des Unerwarteten aus, den Begriff der Krise, die in den Plänen nicht enthalten war. Angesichts unserer Fixierung auf die 30er Jahre, ein Jahrzehnt, dessen Ende im Krieg vorgezeichnet zu sein schien, kann ein Rückblick auf den Krieg, der plötzlich über den letzten ruhigen Sommer Europas hereinbrach, zumindest einen Anflug gesunden Zweifelns bewirken.

Aktuelle Neuerscheinung

Bernd Greiner

Amerikanische Außenpolitik

Strategiediskussionen von Truman bis heute

Immer mehr Menschen fragen sich besorgt: Will Carter Krieg? Wieso konnte sich sein Konfrontationskurs durchsetzen? Was wollen die USA? Darauf gibt das Buch eine Antwort.

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

EXEKUTION

„Peinlich schlecht – schwatzhaftes Gestammel – Plattheiten, die die Temperatur und Konsistenz von Spülwasser haben, über dem man ein rosa Lämpchen angezündet hat", dies sind einige Formulierungen aus einer nicht nur, wie man sieht, haßerfüllten, sondern auch schlampigen Rezension in der „Süddeutschen Zeitung" vom 19./20. 4. 1980. Der Autor, Jörg Drews, nimmt sich nicht die Mühe, seinen Gegenstand, einen Band „Liebesgedichte", auch nur ansatzweise zu beschreiben, seinen wütenden Verriß auch nur ansatzweise zu begründen. Dies ist aber im Grunde konsequent, denn es geht hier nicht so sehr um den Autor des Bandes (Erich Fried), sondern um das Genre an sich, um die engagierte Literatur, und die soll nicht kritisiert, sondern *fertig gemacht* werden.

Fried habe sich, so heißt es, schon früher in Gefahr befunden, „zum Gelegenheitsdichter, zum prompten Merkverseliefernten sich zu erniedrigen". Die Erniedrigung besteht darin, daß der *Politlyriker* zu „politischen Schweinereien" in Chile etwa Stellung nimmt: als käme es nicht darauf an, wie er dies tut. Das aber untersucht der Rezensent nicht, und hier spätestens kommt einen angesichts seiner Behauptung: „Wenn sie (die Gedichte) links sind, dann laufe ich zur Rechten über" die verwunderte Frage an, ob er je woanders war. Denn möchte man die Fixierung auf den Dadaismus oder den Bezug auf ausgerechnet H. C. Artmann und E. Jandl als „strenge Richter über Lyrik" in diesem Zusammenhang noch als persönlichen Sponti-Spleen für skurril halten, so ist die folgende Bezugnahme auf Gottfried Benn schon ganz eindeutig: Wer mit Bennschen Kategorien an engagierte Literatur herangeht, wer also an sie die literarischen Maßstäbe des dezidierten Feindes jeglicher engagierten Literatur anlegt, der muß wissen, was er tut und was dabei herauskommt.

Nun kann man, auch heutzutage noch, darüber diskutieren, ob Engagement, oder „gut gemeint", wie Benn und Drews es ausdrücken, ein *Teil* oder das *Gegenteil* von Kunst ist – oder, um den Alternativen etwas von ihrer landläufigen Plattheit zu nehmen, ob es für einen engagierten Autor nur *schwierig* oder *unmöglich* ist, ein „primäres Verhältnis zum Wort" zu entwickeln, – kurz: was in diesem Zusammenhang literarische Qualität bedeutet. Erschreckend ist aber hier, wie eine *liberale* Zeitung und ein *linker* Autor darin nicht einmal mehr eine Streitfrage sehen, sondern ohne weiteres zur Exekution schreiten.

Denn Gnade wird nicht gewährt. Aus einer „falschen Art von Solidarität" heraus habe der Verleger Wagenbach die Gedichte gedruckt und kein Rezensent gewagt, das Urteil zu sprechen. „Wie kommt es", so fragt denn Drews, der einzige Mutige, „daß in Hanjo Kestings langem Aufsatz über den Lyriker Erich Fried in der „Zeit" vom 28. März 1980 kein Wort über Frieds Liebesgedichte verloren wird?"

Und wie kommt es, muß man zurückfragen, daß Jörg Drews folgenden Satz in jenem Aufsatz entweder nicht zur Kenntnis nehmen wollte oder verschweigt: . . . einen Band mit Liebesgedichten, worin er (Fried; d. Verf.) das alte konservative Dogma (und das nicht ganz so alte linke Vorurteil) der strikten Trennung von privatem und politischem Leben exemplarisch widerlegte?" Eigentlich hätte dieser Satz den Anhänger des konservativen Dogmas der strikten Trennung von Kunst und Politik provozieren müssen. Und jene „guten" Gedichte, die Fried „in den sechziger Jahren" geschrieben haben soll, werden dort als Werke eines Autors charakterisiert, „wie er damals nicht anders als heute den schwer erschütterbaren Übereinkünften bürgerlicher Kunstkritik entsprach", weswegen sie Fried auch später „unengagiert" nannte.

Der Fall des Kritikers, der solche Gesichtspunkte in jeglichem Sinn des Wortes verdrängt, mag belanglos, als ein literarischer Streit erscheinen. Die sich in ihm dokumentierende Arroganz intellektueller Esoterik, die immer deutlicher auch sonst faßbare Identität zwischen den „linken Vorurteilen" und *aggresiv reaktionären Dogmen* ist ebenso symptomatisch und gefährlich wie die Schriftstellerschelte der CDU/CSU.

Günter Giesenfeld

Wirtschaftsinformation

Die Entwicklung des Goldpreises

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Der Goldpreis machte in den ersten Monaten des laufenden Jahres derartige Sprünge, daß selbst die an Turbulenzen gewöhnte Finanzwelt aufhorchte. Zeitweilig kletterte der Preis je Unze (= 31,103 Gramm Feingold) auf fast 800 Dollar, nachdem er noch im Dezember 1979 bei etwa 460 Dollar gelegen hatte. Seither ist er wieder gefallen und liegt zur Zeit (am 16. 4. 1980) bei 520 Dollar.

Die Goldpreisentwicklung ist umso bemerkenswerter, wenn man sich die Entwicklung der letzten Jahre vor Augen hält. Noch am Anfang der 70er Jahre wurden etwa 40 Dollar je Unze erzielt.

Tabelle 1

Goldpreis

	Dollar[1])	*DM*[2])
1950	*41,00*	*ca. 5500*
1958	*35,03*	*5075*
1960	*35,65*	*5175*
1965	*35,13*	*4850*
1968	*39,86*	*5320*
1970	*35,95*	*4594*
1972	*58,10*	*6051*
1973	*97,12*	*8291*
1975	*161,09*	*12748*
1976	*124,83*	*10148*
1977	*147,71*	*11070*
1978	*193,35*	*12486*
1979	*307,29*	*17975*
1980[3])	*520,00*	*31320*

1) Je Unze.
2) Je Kilo.
3) Am 16. 4. 1980.
Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland; Auskunft der Deutschen Bundesbank; eigene Berechnungen.

Beschränkt man sich bei der Betrachtung auf den Zeitraum bis 1978, so fällt die langfristige Goldpreisentwicklung keineswegs aus dem Rahmen der allgemeinen Papiergeldentwertung. Zwischen 1950 und 1978 stieg der Goldpreis in DM um etwa 130 %, während der Preisindex der Lebenshaltung in der Bundesrepublik um 150 % anstieg. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß insbesondere in den 70er Jahren die Produktionskosten des Goldes stark zunahmen, eine Folge der komplizierter werdenden Abbaubedingungen.

Etwas anders entwickelte sich der Goldpreis im Verhältnis zum US-Preisniveau: dort kletterte der Lebenshaltungsindex zwischen 1950 und 1978 um etwa 175 %, während der Goldpreis in Dollar um fast 400 % anstieg. Dies ist aber vor allem Ausdruck der Tatsache, daß der Dollar infolge der Festlegung des Wechselkurses im Währungssystem von Bretton Woods international von Anfang an überbewertet gewesen war.

Die ruckartige Veränderung des Goldpreises am Anfang der 70er Jahre ist eine Folge des Zerfalls dieses Währungssystems. Bis 1968 beruhte das internationale kapitalistische Währungssystem noch weitgehend auf dem Gold: alle Währungen standen in einem festen Wertverhältnis zur Leitwährung Dollar, dieser war wiederum an eine bestimmte Goldmenge gebunden, der Goldpreis in Dollar war fest. Er lag in den 50er und 60er Jahren bei 35 Dollar je Unze Feingold, es erfolgten nur geringfügige Schwankungen um dieses fixierte Zentrum herum.

Seither aber wurde das Gold zumindest offiziell im Währungssystem immer weiter zurückgedrängt. Dieser Prozeß verlief in einem engen Zusammenhang mit der Krise des Dollar. 1968 mußten die USA die bisher aufrechterhaltene Goldkonvertibilität des Dollar aufheben. Bis dahin konnte jede ausländische Notenbank (aber keine Privatperson) ihre Dollarguthaben jederzeit zum festgelegten Goldpreis in Gold umtauschen. Als sich aber 1968 einige Notenbanken, vor allem die Frankreichs, anschickten, von diesem Goldumtauschrecht Gebrauch zu machen, hoben die USA diese Garantie auf. Denn die US-Goldreserven hätten bei weitem nicht ausgereicht, um die aufgelaufenen riesigen Dollarbestände der Notenbanken zum festen Goldpreis zu decken. Es entstand ein gespaltener Goldmarkt: ein frei schwankender Goldpreis galt für den allgemeinen Goldhandel, während die Geschäfte zwischen den Zentralbanken noch zu einem festen Goldpreis abgerechnet werden mußten. Der offizielle Goldpreis der Zentralbanken wurde – als Ausdruck der Dollar-Abwertung – bis 1973 auf 42,22 Dollar je Unze heraufgesetzt, während der freie Goldpreis schon auf über 100 Dollar stieg.

Ab 1973 wurde den Zentralbanken durch gegenseitige Übereinkunft das Recht eingeräumt, ihrerseits Gold auf dem freien Goldmarkt zu verkaufen. Der offizielle Goldpreis blieb bestehen, war aber nun faktisch bedeutungslos. Erst 1978 wurde er auch formell aufgehoben, die kapitalistischen Währungen definieren sich nun auch offiziell nicht mehr durch das Gold.

Allerdings scheint diese nur noch formelle Lösung vom Gold im Jahre 1978 – auch die Goldeinzahlungspflicht des Internationalen Währungsfonds wurde aufgehoben – auf den Goldmärkten nicht folgenlos geblieben zu sein. Zumindest dürfte dieser Akt der Spekulation Auftrieb gegeben haben. Denn bis zu diesem Zeitpunkt schien es immerhin noch möglich, daß die Zentralbanken und der Internationale Währungsfond (IWF) Maßnahmen zur Stützung des Goldpreises durchführen könnten.

Mit der formellen Loslösung vom Gold im Jahre 1978 ist aber das Gold währungspolitisch keineswegs bedeutungslos geworden. Die enge Bindung zwischen Gold und Dollarkurs blieb bestehen bzw. wurde noch deutlicher. Fast regelmäßg sind Dollarabwertungen mit Goldpreissteigerungen verbunden, Dollaraufwertungen führen dagegen zu Goldpreissenkungen. Das Gold setzt seine währungspolitische Rolle sozusagen spontan durch: inflationäre Prozesse führen zur Flucht aus dem sich entwertenden Papiergeld in Edelmetalle, vor allem ins Gold (aber auch in Silber und Platin). Dies darf nicht verwundern: denn das Gold bildet sich historisch deshalb zur wichtigsten Geldware und zur Grundlage des Geldes heraus, weil es die Funktionen des Wertaufbewahrungsmittels am besten ausüben konnte.

Im Zusammenhang zwischen Gold, Papiergeld und Inflation steckt also überhaupt nichts geheimnisvolles: die stoffliche Eigenschaft des Goldes als geeignetes Wertaufbewahrungsmittel wird immer dann wieder in den Vordergrund treten, wenn das offizielle Währungssystem zerrüttet ist. Von daher kann von einer „Demonetisierung" des Goldes, von der im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Notenbanken seit 1968 oft gesprochen worden ist, keine Rede sein.

Tatsächlich haben die Zentralbanken sich seit der Freigabe des Goldpreises denn auch keineswegs von ihren Goldbeständen getrennt. Die Zentralbanken der kapitalistischen Länder horten etwa 36 000 Tonnen Gold, mehr als die Hälfte des seit 400 Jahren geförderten Goldes. Sein Wert belief sich 1979 – zu Marktpreisen – auf etwa 360 Mrd. Dollar, mehr als die Hälfte der Währungsreserven der kapitalistischen Länder. In den offiziellen Statistiken der Notenbanken wird die Bedeutung des Goldes allerdings dadurch verschleiert, daß die Goldreserven der Zentralbanken zu Anschaffungspreisen bewertet werden, also nur mit den längst überholten Festpreisen der 50er und 60er Jahre. Ein Beispiel dafür ist die Bundesbank.

Tabelle 2

Währungsreserven der Bundesbank

	Währungs-reserven in Mrd. DM	darunter: Gold in Mrd. DM[1])	Gold in Mio. Unzen	Goldreserven zu Marktpreisen in Mrd. DM
1955	12,8	3,9	26,27	–
1960	32,8	12,5	84,89	–
1965	31,5	17,6	125,99	–
1970	49,0	14,3	112,03	16,0
1975	84,5	14,0	114,35	45,3
1976	85,8	14,0	114,35	35,7
1977	88,2	14,1	114,87	39,6
1978	100,3	17,1	118,64	46,1
1979	93,0	13,7	94,91	53,4

1) Zu offiziellen Preisen; Angaben der Bundesbank.
Quellen: „Monatsbericht der Deutschen Bundesbank", lfd. „Arbeitsmaterialien 2, Gold, Preise, Inflation", Hamburg 1979; eigene Berechnungen.

Berechnet zu offiziellen Preisen ist der Anteil des Goldes an den Devisenreserven der Deutschen Bundesbank gefallen, von mehr als 30 Prozent 1955 auf knapp 15 Prozent 1979. Dies ist allerdings eine bloße Fiktion. Denn würde die Bundesbank ihre Goldbestände heute in andere Devisen umtauschen – z. B. um ein Defizit in der Zahlungsbilanz zu decken, so würde sie mehr als 50 Mrd. DM erlösen. Ihre tatsächlichen Devisenreserven sind also weit höher als ausgewiesen, (1979 = 142,7 Mrd. DM), der Goldanteil liegt mit mehr als 37 % deutlich höher als in den 50er Jahren.

Die währungspolitische Stabilität der Bundesrepublik beruht also zu einem ganz erheblichen Teil auf den Goldbeständen der Bundesbank. Daher hat die Bundesbank diese in den 70er Jahren auch eher vergrößert. Der Rückgang im Jahre 1979 hängt mit der Gründung des Europäischen Währungsfonds (EWS) zusammen. Während der Internationale Währungsfonds darauf verzichtet hat, die Einlagen der Mitgliedsländer teilweise in Gold zu halten, hat der neu gegründete Europäische Währungsfonds die Mitgliedsländer verpflichtet, 20 % ihrer Einlagen in Gold zu erbringen. Die Bundesrepublik hat 1979 etwa 24 Mio. Unzen an das EWS übertragen – sie erscheinen daher in der Aufstellung der Bundesbank nicht mehr. Der mengenmäßige Rückgang der Goldreserven im Jahre 1979 hängt allein damit zusammen.

Bezeichnenderweise wurde das abgegebene Gold in der Bilanz der Bundesbank noch zu dem alten offiziellen Preis, dem Anschaffungspreis, bewertet. Beim EWS wurde es jedoch zu einem etwa dreimal so hohen Preis gutgeschrieben, der allerdings noch immer niedriger als der Marktpreis lag.

Dieser Vorgang ist ein zusätzlicher Beleg für die immer noch bestehende enge Bindung der kapitalistischen Währungen an das Gold. Die offiziell aufrechterhaltene Fiktion der „Demonetisierung" des Goldes soll die politische Beherrschbarkeit des kapitalistischen Geld- und Kreditsystems durch staatliche nationale und internationale Gremien vortäuschen. Die Praxis der Zentralbanken, bzw. die eifrige Verteidigung ihrer Goldreserven zeigt jedoch, daß davon keine Rede sein kann: sie wissen sehr wohl, daß allein das Gold als stabilisierender Faktor das kapitalistische Weltwährungssystem vor dem vollständigen Zerfall schützen kann. Dies offen zuzugeben würde allerdings einer Bankrotterklärung der gesamten monetaristisch orientierten Wirtschaftspolitik gleichkommen.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Memorandum '80

Gegen konservative Formierung Alternativen der Wirtschaftspolitik

Wie in den vergangenen Jahren legte auch zum diesjährigen 1. Mai die „Memorandum-Gruppe" aus Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern wiederum ein wirtschaftpolitisches Alternativgutachten vor, diesmal unter besonderer Berücksichtigung konservativer Formierungsbestrebungen. (Die bisher erschienenen Memoranden sind im jeweiligen Maiheft der „Blätter" dokumentiert.) Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut des Teils A des diesjährigen Alternativgutachtens, der als das eigentliche „Memorandum" von einer in diesem Jahr besonders großen Zahl von Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern unterzeichnet worden ist. Sonderdrucke des Memorandums sind lieferbar. D. Red.

1. Die wirtschaftliche und soziale Lage in der Bundesrepublik

Die wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion in der Bundesrepublik zu Beginn der 80er Jahre wird vermehrt unter dem Eindruck weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Ereignisse und Veränderungen geführt. Die neuerliche Ölpreiserhöhung und angekündigte Einschränkungen der Liefermengen durch die OPEC-Länder haben Befürchtungen ausgelöst, daß die Energieversorgung und damit die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung grundsätzlich gefährdet seien; vor diesem Hintergrund sind in den letzten Monaten sogar militärische Interventionen zur Sicherung der Ölversorgung aus den Ländern am persischen Golf angedroht und auch in der Bundesrepublik öffentlich diskutiert worden, ohne daß die Bundesregierung dem mit dem erforderlichen Nachdruck entgegengetreten wäre. Zu diesen Energieproblemen treten Veränderungen der politischen und ökonomischen Interessen, Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in den Ost-West-Beziehungen, den Beziehungen der EG zu den USA und den Beziehungen innerhalb der EG selbst. In diesem Umfeld sind die binnenwirtschaftlichen Probleme nach wie vor ungelöst. Die Entwicklung und Durchsetzung von konzeptionellen Alternativen zur bisher praktizierten Wirtschaftspolitik ist deshalb heute noch ebenso dringend wie in den vergangenen Jahren.

Diese Tatsache wird von der öffentlichen Diskussion jedoch weitgehend verdrängt: dort werden neue Probleme nicht als Anlaß zur Entwicklung einer neuen Politik gesehen, sondern umgekehrt dazu benutzt, die zur Beseitigung der binnenwirtschaftlichen Probleme ungeeignete Politik der vergangenen Jahre nachträglich zu rechtfertigen und jetzt verschärft fortzusetzen. Konkret: die außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Veränderungen werden von interessierten Kräften in der Bundesrepublik gezielt verwendet, um von den Problemen der Arbeitslosigkeit, der Umverteilung der Einkommen zu Lasten der abhängig Beschäftigten, der Verschlechterung des Lebensstandards und der Arbeitsbedingungen und der fortschreitenden Zerstörung der Umwelt abzulenken, und Forderungen nach zusätzlichen tarifpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu begründen, die zur Verschlechterung der sozialen Lage für die Bevölkerung führen werden.

Demgegenüber verbreiten Sachverständigenrat und Bundesregierung in ihren Einschätzungen der binnenwirtschaftlichen Situation weiterhin Optimismus: Das Jahr 1979 mit seinen unerwartet hohen Wachstumsraten habe gezeigt, daß die Krise überwunden sei; das Wachstum werde sich zwar 1980 verlangsamen, insgesamt aber bestehe kein konjunktur- und beschäftigungspolitischer Handlungsbedarf. Bundeskanzler Schmidt erklärte in seiner Neujahrsansprache: „Wir haben einen guten konjunkturellen Aufschwung erreicht; die Zahl der nach Arbeit suchenden Deutschen ist merklich zurückgegangen, . . . Wir können auch im kommenden Jahr die Sicherheit der Arbeitsplätze bewahren."

Seit fünf Jahren werden den abhängig Beschäftigten mittels der unbewiesenen Formel „niedrige Löhne = hohe Gewinne = hohe Investitionen = mehr Arbeitsplätze" Vorleistungen abverlangt, ohne daß sich bislang die Beschäftigungssituation durchgreifend gebessert hätte. Nach vier Jahren Aufschwung sind die Arbeitslosenzahlen 1979
– mit 870.000 um ganze 20 % niedriger als auf ihrem Höchststand 1975,
– mehr als dreimal so hoch wie zu Beginn der jüngsten Wirtschaftskrise,
– fast doppelt so hoch wie im Krisenjahr 1967.

Und dies sind die Erwartungen:
– Für 1980 wird mit einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet;
– die Forschungsinstitute schließen die Möglichkeit, daß die Zahl der Arbeitslosen in den 80er Jahren auf 2 bis 3 Millionen steigt, nicht aus.
Die erbrachten Vorleistungen sind im Verhältnis zum Ergebnis entschieden zu hoch.

a) Entwicklung von Höhe und Struktur der Arbeitslosigkeit

Der beängstigende Druck der Massenarbeitslosigkeit ist unverändert groß: Zwar ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 993.000 im Jahresdurchschnitt 1978 auf 870.000 im Jahresdurchschnitt 1979 zurückgegangen; hinzu kommt aber eine „stille Reserve" von rd. 430.000 Arbeitslosen im Jahr 1979. Seit dem Vorkrisenjahr 1973 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze um 1,2 Mio. verringert, während die Anzahl der Erwerbstätigen in den Jahren 1978 und 1979 um etwa 460.000 zugenommen hat. Im Jahre 1979 waren 10,6% aller abhängigen Erwerbspersonen wenigstens einmal arbeitslos, womit die entsprechende Zahl für 1978 nur geringfügig unterschritten wurde. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist von 16,8 Wochen in 1978 nur geringfügig auf 15,9 Wochen zurückgegangen. 1979 waren wie 1978 über 40% aller Betroffenen ein halbes Jahr und mehr und gut 20% mindestens ein Jahr arbeitslos.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist in weiten Bereichen der Öffentlichkeit und von einigen verantwortlichen Stellen vor allem durch Gewöhnung und Leugnung der eigentlichen Ursachen „bewältigt" worden. Immer häufiger ist zu hören, daß in vielen Bereichen bereits wieder Vollbeschäftigung bestünde; die gemeldeten Arbeitslosen seien „Problemgruppen", die wegen eingeschränkter Arbeitsfähigkeit auch bei offenen Stellen schwer zu vermitteln seien oder die einfach nicht flexibel genug seien. Die Arbeitslosigkeit sei von den Arbeitslosen selbst verschuldet oder „freiwillig". Damit wird die seit sechs Jahren dauernde Unterbeschäftigung in ein Randgruppenproblem umgedeutet, das wirtschaftspolitisch nicht zugänglich sei. Nicht beantwortet wird allerdings die Frage, warum sich in den Jahren 1974/75 schlagartig Randgruppen dieses Ausmaßes herangebildet haben. Sicherlich weisen die Arbeitslosen im Vergleich zu den Beschäftigten einige besondere Merkmale auf: Zunehmend arbeitslos geworden sind vor allem diejenigen, die von den Unternehmen als weniger leistungsfähig eingeschätzt werden.

Das sind diejenigen,
– die älter als 55 Jahre sind,
– die keine Berufsausbildung haben,
– die gesundheitliche Einschränkungen aufweisen.

Wie rigide man auch immer die Maßstäbe setzen mag, Alter und Gesundheit sind sicherlich keine selbstverschuldeten Gründe, die zur Arbeitslosigkeit geführt haben. Weiterhin nimmt die Erwerbsbereitschaft der Frauen zu, oft auch aus wirtschaftlicher Notwendigkeit. Umfang und Dauer der Frauenarbeitslosigkeit aber sind unverändert hoch. Zwar ist ein deutlicher Rückgang der registrierten Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Dies ist jedoch zum Teil lediglich ein statistischer Effekt, da in ihrer Wirkung fragwürdige Förderungsmaßnahmen für Jugendliche stark aus-

gebaut wurden und hierdurch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen nur scheinbar reduziert worden ist. Knapp 20% der bei den Arbeitsämtern erfaßten Bewerber um einen Berufsausbildungsplatz konnten 1978/79 nicht in eine Lehrstelle vermittelt werden.

Auch mit dem Hinweis auf offene Stellen läßt sich das Argument von der selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit nicht stützen, denn diese haben seit 1975 nur um 74.000 zugenommen. Immer noch kommen 1979 auf eine offene Stelle 2,8 Arbeitslose. Zwar gab es 1979 im Vergleich zum Vorjahr in den Bau- und Metallfacharbeiterberufen mehr offene Strellen als registrierte Arbeitslose, doch wurden insgesamt nur 77.000 offene Stellen in Berufen mit Stellenüberhang angeboten. Vor allem aber ist zu bedenken, daß die angebotenen Stellen in der Regel nur sehr kurze Zeit offen bleiben. Werden dennoch Stellen für längere Zeit nicht besetzt, dann ist der Grund in den immer höheren Leistungs- und Qualifikationsanforderungen der Unternehmen sowie deren geringer Ausbildungsbereitschaft zu suchen.

Hier zeigt sich das eigentliche Problem: die Unternehmen haben die anhaltende Arbeitslosigkeit dazu benutzt, um sich mit „olympiareifen" Belegschaften auszustatten. Die jetzige Struktur der Arbeitslosen ist also das *Ergebnis* unternehmerischer Personalpolitik: des rücksichtslosen Aussiebens der Belegschaften, der immer höheren Anforderungen bei Neueinstellungen. Diese Struktur stellt aber keinerlei Hindernis bei Neueinstellungen dar, da die gleichen Unternehmen früher bei Arbeitskräftemangel bewiesen haben, daß sie auch Ältere, Unqualifizierte, gesundheitlich Eingeschränkte zu beschäftigen in der Lage waren. Auch die Bundesanstalt für Arbeit bestätigt, „daß auch bisher als schwer vermittelbar geltende Arbeitslose wieder Arbeit finden können, wenn die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt auch entsprechend groß ist". (ANBA, Heft 10/1979, S. 1116) Dies bestätigt auch die Arbeitsmarktentwicklung in denjenigen Arbeitsamtbezirken, in denen die Arbeitslosigkeit in den Jahren 1978 und 1979 deutlich zurückgegangen ist, so z.B. in Baden-Württemberg und in Teilen von Hessen.

Das Problem ist demnach nicht ein unzureichendes Arbeitsangebot, sondern eine zu geringe Nachfrage nach Arbeitskräften als Ergebnis der Tatsache, daß die Arbeitsproduktivität stärker steigt als die Wachstumsrate der Produktion.

b) Die Entwicklung der Einkommen

Auch 1979 und 1980 geht die Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten weiter:
– Die bereinigte Brutto-Lohnquote sank weiter und hat nun seit Beginn der Krise 1974 von 66,3% auf 63,6% 1979 abgenommen. Sie ist damit auf das Niveau von 1971 zurückgefallen.
– Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen 1979 brutto um 9,4%, netto sogar um 11,1%.
– Der Anstieg der Bruttolohn- und Gehaltssumme – in dem sich auch die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen niedergeschlagen haben – war mi 7,3% deutlich geringer.
– Der Anstieg der realen Netto-Verdienste *pro Kopf* der abhängig Beschäftigten betrug 1979 insgesamt nur 2%. Zu Jahresbeginn noch etwas höher, flachte er sich durch die Beschleunigung der Inflation in der zweiten Jahreshälfte deutlich ab.
– Eine gravierende Auseinanderentwicklung gab es auch bei den Haushaltseinkommen: Die verfügbaren Einkommen der Selbständigenhaushalte waren schon 1970 doppelt so hoch wie die der abhängig Beschäftigten, 1978 hatte sich dieser Unterschied bereits auf das Zweieinhalbfache erhöht.
– Für Personen, die von Sozialeinkommen abhängig sind, hat sich die Lage durch die Inflation und die zweijährige Nichtanpassung der Regelsätze erheblich verschlechtert. 33% der registrierten Arbeitslosen erhielten im September 1979 weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Dieser Anteil ist seit 1974/75 ständig gestiegen. Diejenigen, die Arbeitslosengeld erhielten, bekamen im Februar 1979 nur durchschnittlich 48%, bei Arbeitslosenhilfe 41% desjenigen Nettoeinkommens, das ein Beschäftigter zur selben Zeit im Durchschnitt verdiente.
Für immer mehr Betroffene muß die Arbeitslosenunterstützung durch Sozialhilfe „aufgebessert" werden. Schon 1977 war bei einem Zehntel der Sozialhilfefälle der Grund für die Leistungen das niedrige Niveau der Arbeitslosenunterstützung.
– Besonders verschlechterte sich die Lage der Rentner: wegen des Anstiegs der Renten um nur 4,5% und der für Rentner besonders hohen Preissteigerungsrate mußten sie im Durchschnitt eine absolute Verschlechterung ihres Lebensstandards hinnehmen.

– Mittlerweile gibt es in der Bundesrepublik schon zwei Millionen Menschen, das sind fast vier Prozent der gesamten Bevölkerung, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen.

All das zeigt: Die anhaltende Arbeitslosigkeit hat zu einer allgemeinen Gefährdung und teilweisen Einschränkung der Arbeits- und Lebensbedingungen geführt. Sie hat überdies sozial schwächere Schichten in die Armut gedrängt.

c) Arbeitsbedingungen

Die Gewinne der vergangenen Jahre sind – wenn überhaupt – vorwiegend für Rationalisierungsmaßnahmen investiert worden. Rationalisierungen sind nicht grundsätzlich abzulehnen: Positiv einzuschätzen sind Rationalisierungen dann, wenn sie mit einer Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem in den gesundheitlich belastenden Bereichen verbunden sind, wenn sie monotone menschliche Arbeit durch maschinelle Arbeit ersetzen und wenn sie eine Umlenkung der gesellschaftlichen Arbeit in vernachlässigte Bereiche öffentlicher Dienstleistungen ermöglichen.

Die Erfahrungen mit der Rationalisierung in den letzten Jahren jedoch weisen diese Merkmale in der Regel nicht auf. Gerade im Bereich der Dienstleistung und Verwaltung werden die abhängig Beschäftigten vielfach einer steigenden Arbeitsbelastung und Dequalifizierung unterworfen.

Dies ist deswegen besonders problematisch, weil die Arbeitsbelastungen sich ohnehin auf einem hohen Niveau bewegen: So sind rd. 6 Millionen Menschen an ihrem Arbeitsplatz starken Lärmbelastungen ausgesetzt, rd. 6,1 Millionen üben äußerst monotone Tätigkeiten aus (z.B. kurzzyklische, taktgebundene Arbeiten), rd. 4,6 Millionen arbeiten unter Hitzebelastung und rd. 3,6 Millionen verrichten Schichtarbeit. Dabei sind große Gruppen der abhängig Beschäftigten von Mehrfachbelastungen betroffen. Immer noch erleiden pro Jahr 1,8 Millionen Menschen einen (angezeigten) Arbeitsunfall, davon verlaufen rd. 4.400 tödlich. Rund die Hälfte aller Arbeiter erreicht nicht mehr die Altersgrenze, sondern wird frühzeitig wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit verrentet. Berufs- und arbeitsbedingte Erkrankungen nehmen zu. Insgesamt steigt die physische und psychische Belastung der Arbeiter und Angestellten: So wurden bei einer ärztlichen Reihenuntersuchung der hessischen Betriebskrankenkassen bei 80% der untersuchten Arbeitnehmer gesundheitliche Schädigungen der Arbeitnehmer festgestellt, die eine ärztliche Behandlung erforderten. 3% mußten sogar ins Krankenhaus eingewiesen werden. Bei einer Befragung von 100.000 Metallarbeitern in Baden-Württemberg gab ein Drittel an, Nachteile zu befürchten, wenn sie sich krankschreiben ließen.

d) Umwelt

Die Umweltbelastung hat sich in den letzten Jahren trotz einer Reihe von Gesetzesinitiativen nur in wenigen Teilbereichen verringert; in vielen hat sie nach wie vor zugenommen. Diese Tatsache steht in auffälligem Gegensatz zu dem inzwischen vorhandenen Wissen über ihre mittelbaren und unmittelbaren Folgen für die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie im Widerspruch zu der hohen Priorität, die dem Umweltschutz von seiten der Bundesregierung in programmatischen Aussagen eingeräumt wird. Daß in vielen Bereichen keine oder nur unzureichende Verbesserungen eingetreten sind, liegt vor allem daran, daß wirksame Maßnahmen, wenn sie mit Gewinninteressen kollidierten, oft verhindert oder doch verwässert wurden. Generell ist zu beobachten, daß es den potentiell betroffenen Industriezweigen zumeist gelungen ist, schon bei der Festlegung von Grenzwerten für Schadstoffe sowie bei der konkreten Ausgestaltung von Maßnahmen ihre Interessen durchzusetzen.

Beispiele dafür aus den letzten Jahren sind:
– die bis zur Unkenntlichkeit gehende Abschwächung der im Rahmen des Abwasserabgabengesetzes geplanten Regelungen nach massiven Interventionen der Industrie;
– die Aufweichung der ursprünglich vorgesehenen Vorschriften für eine Chemikalien-Kontrolle;
– die schleppenden und unzureichenden Maßnahmen bei der Sanierung von besonders belasteten Oberflächengewässern;
– der Verzicht auf die Durchsetzung von weitergehenden Maßnahmen zur Einsparung von Energie, obwohl die Bundesregierung in ihrer energiepolitischen Programmatik der Energieeinsparung höchste Priorität gibt. Zusammen mit der unzureichenden Förderung nicht-nuklearer Energien, insbesondere der Kohle, wird damit auf eine Versorgungslücke hingearbeitet, mittels derer

der geplante Ausbau der mit hohen Risiken verbundenen Kernenergie gerechtfertigt werden kann.

Bei der Zurückdrängung der bescheidenen Ansätze zu einer Politik der Erhaltung natürlicher Reproduktionsgrundlagen bedient man sich gegenüber den Beschäftigten und der Öffentlichkeit – nicht ohne Erfolg – des Arguments, daß umweltschutzbedingte Kostensteigerungen die Arbeitsplätze gefährdeten, weil die internationale Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft geschwächt werde. Regelmäßig „vergessen" aber werden in diesem Zusammenhang die positiven Beschäftigungseffekte von Umweltschutzinvestitionen und die Exportmöglichkeiten, die neue umwelt- und ressourcensparende Technologien eröffnen.

e) Innere Blockierungstendenzen der privatwirtschaftlichen Entwicklung

Es bedurfte in den 50er Jahren eines durchschnittlichen jährlichen Produktionswachstums von fast 8%, um die damalige Arbeitslosigkeit abzubauen und gleichzeitig einer wachsenden Erwerbsbevölkerung neue Arbeitsplätze zu verschaffen. Bereits in den 60er Jahren sanken jedoch die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten auf rd. 5%; die Zahl der Arbeitsplätze blieb konstant. In den 70er Jahren hat sich das Wirtschaftswachstum weiter verlangsamt und ist mit knapp 3% unter das Niveau des Produktivitätszuwachses gesunken: Die Anzahl der Arbeitsplätze hat sich um eine Million verringert, während die Erwerbsbevölkerung wieder zugenommen hat. Die Arbeitslosigkeit ist so von einem konjunkturellen zu einem Dauerproblem geworden.

Angesichts dieser langfristigen Entwicklungstendenzen eine Rückkehr zu den hohen Wachstumsraten der 50er Jahre und der frühen 60er Jahre zu erhoffen, erweist sich als Illusion, da sich die grundlegenden Bedingungen des Wachstumsprozesses seitdem verändert haben.

Seit über 20 Jahren ist der Kapitalaufwand in der Produktion stetig gestiegen. Das Münchner Ifo-Institut veranschlagt die Kosten eines Arbeitsplatzes im Durchschnitt der Industrie für das Jahr 1977 auf 160.000 DM, während sich die entsprechenden Zahlen 1960 auf 40.000 DM und 1970 auf 80.000 DM belaufen. Immer höhere Investitionen werden demnach notwendig, um eine gleiche Anzahl von Arbeitsplätzen zu schaffen. Würde das Investitionsvolumen tatsächlich in dem Ausmaß gesteigert, daß für jeden Arbeitslosen ein Arbeitsplatz geschaffen würde, so müßte bei anhaltender Steigerung der Arbeitsproduktivität auch der Endverbrauch außerordentlich steigen, um die Auslastung der Kapazitäten zu sichern: die Wachstumsrate von Produktion und Verbrauch müßte die 10%-Marke weit überschreiten.

Auch in bezug auf die bereits bestehenden Produktionskapazitäten sinkt der Bedarf an Arbeitskräften ständig. Denn die durchgeführten Ersatzinvestitionen wiesen im allgemeinen auch arbeitssparende Rationalisierungseffekte auf. Insofern besteht selbst bei Vollauslastung eine recht lose Beziehung zwischen den Produktionskapazitäten sowie deren Vergrößerung und dem Arbeitskräftebedarf; ein stabiler Zusammenhang von Investitionen und Beschäftigung besteht auf dieser Grundlage kaum noch.

Die erforderlichen Privatinvestitionen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit müßten ein Volumen erreichen, das angesichts des geldpolitischen Kurses der Bundesbank und der Entwicklung der Nachfrage nicht erwartet werden kann: Von der Nachfrageseite her sind die Anreize für eine rasche Steigerung der Produktion schwächer geworden. Das reale Masseneinkommen und damit die Konsumnachfrage ist im langfristigen Durchschnitt zunächst mit den Raten des Produktionswachstums angestiegen; seit Mitte der 70er Jahre bleiben diese Einkommen hinter der Entwicklung des Nettosozialproduktes zurück. Je länger die Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Inflation anhält, um so mehr dämpft das Zurückbleiben der privaten Konsumnachfrage das Wachstum. Verstärkt wird dies, da sich die Einkommensverteilung zugunsten der Profite verschiebt, so daß der Unternehmenssektor bei recht hohen (zwar arbeitssparenden) Investitionen mehr investierbare Mittel hereinbekam, als er zu investieren bereit war.

Seit Jahren auch wird es schwieriger, in den Export auszuweichen. Die westlichen Industrieländer, die 77% der westdeutschen Exporte aufnehmen, sind wie die Bundesrepublik von Stagnation betroffen, aufgrund derer ihre Importe verlangsamt zunehmen.

Eine zusätzliche Nachfrage der OPEC-Länder aus deren Ölexportüberschüssen kann künftig auch nur bedingt erwartet werden, da diese Länder ihre Exportüberschüsse offenbar besonnener

Neuerscheinungen

Soeben erschienen

J. Huffschmid/E. Burkop (Hrsg.)

Von der Kriegs- zur Friedens-produktion

Politische, wirtschaftliche und soziale Probleme
236 Seiten, DM 14,80

D. Eichholtz
K. Gossweiler
W. Ruge u. a.

Faschismus in Deutschland Faschismus der Gegenwart

308 Seiten, DM 14,80

Gert Meyer (Hrsg.)

Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR

Ein Quellenband
Zweite, völlig überarbeitete und ergänzte Auflage
433 Seiten, DM 14,80

J. Goldberg/B. Semmler

Der starke Mann des Kapitals

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des F. J. Strauß
191 Seiten, DM 8,–

Prosper Kivouvou

Angola

Vom Königreich zur Volksrepublik
272 Seiten, DM 14,80

Kurt Steinhaus

Auferstehung einer Großmacht?

Zum Problem der Kontinuität des „alten" und „neuen" Imperialismus
131 Seiten,DM 12,80

Pahl-Rugenstein

zu ihrer Entwicklung einsetzen, also nicht automatisch mehr importieren. Allgemein dürfte die Importfähigkeit der Länder der 3. Welt wegen rückläufiger Zahlungsfähigkeit und verminderter Versorgung mit Krediten nicht ansteigen. Ebenfalls negativ auf die Auslandsnachfrage können sich langfristig die deutschen Direktinvestitionen im Ausland auswirken, wenn sie die bisherigen Exporte zu ersetzen beginnen. Die Nachfrageeffekte werden überlagert und verstärkt durch eine starke Differenzierung der Profitraten, die eine Folge der in den letzten Jahren besonders stark zugenommenen Konzentration und vielfältiger Formen der Konkurrenzeinschränkungen ist. Hohe Profitraten führen keineswegs auch zu hohen Wachstumsraten der Produktion, der Investitionen oder gar der Beschäftigung. Für keine dieser hier angedeuteten Tendenzen ist kurz- oder mittelfristig eine Änderung in Sicht, die es rechtfertigen würde, die Lösung des Beschäftigtenproblemes in absehbarer Zeit aus der Eigendynamik der privatwirtschaftlichen Investitionen zu erwarten.

Doch selbst wenn es gelänge, diese notwendige, außerordentlich hohe Nachfrage zu mobilisieren und abgesehen von den außenpolitischen Komplikationen, so wäre ein Wachstum dieser Qualität politisch nicht in vollem Umfang wünschenswert, insofern es die Fortdauer der Unterversorgung mit öffentlichen Leistungen zur Folge hätte. Die notwendige, außerordentlich hohe Investitionstätigkeit und die Steigerung der Produktion wird unter gegebenen Konkurrenzbedingungen die Inflationsrate erhöhen, was die Bundesbank bislang stets zu einer kontraktiven, wachstumshemmenden Geldpolitik veranlaßt hat.

2. Wirtschafts- und sozialpolitische Abstinenz 1979

a) Eine aktive, auf Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ausgerichtete *Wirtschafts- und Finanzpolitik* ist im vergangenen Jahr nicht in ausreichendem Maße praktiziert worden. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung setzte auf die – konjunkturell verzögerten – Wirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen seit 1977. Der darüber in Gang gekommene Investitionsaufschwung galt in der offiziellen Wirtschaftspolitik als in sich stabil und so „robust", daß auf mittelfristig stabilisierende Maßnahmen weitgehend verzichtet wurde. Lediglich im Rahmen zweier Nachtragshaushalte (Mai und September) kam es zu – im Volumen freilich geringen – energie- und arbeitsmarktpolitischen Sonderausgaben. Die staatliche Haushaltspolitik war 1979 programmatisch auf die Fortsetzung einer „Konsolidierungspolitik" zum Abbau der öffentlichen Verschuldung bei konjunkturpolitischer Enthaltsamkeit ausgerichtet. Die äußerst optimistisch gedeutete privatwirtschaftliche Investitionskonjunktur sowie der damit verbundene Inflationsanstieg galten als Rechtfertigung für den Verzicht auf weitere öffentliche Expansionspolitik.

b) Im Mittelpunkt der haushaltsorientierten wirtschafts- und finanzpolitischen Debatte stand 1979 der weitere *Abbau des Neuverschuldungszuwachses*. Die dahinter stehende Konsolidierungspolitik orientierte sich nicht am Ziel mittelfristiger Stabilisierung im Sinne der Wiederherstellung von Vollbeschäftigung. Sie erhielt vielmehr einen gesamtwirtschaftlich nicht akzeptablen fiskalischen Selbstzweck. Die empirisch kaum belegte These, die öffentliche Kreditaufnahme führe zu Zinssteigerungen am Kapitalmarkt, damit zur Verdrängung privater Investitionen im Aufschwung und so zu dessen frühzeitigem Abbrechen, mußte den wirtschaftspolitischen Stillstand rechtfertigen.
8In dieser Argumentation sind mindestens drei Fehler enthalten: Zum ersten gilt ganz generell, daß aufgrund der Labilität der Investitionskonjunktur die Verschuldungspolitik auf die mittelfristige Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausgerichtet werden sollte, denn kreditfinanzierte Staatsausgaben – selbst wenn von ihnen Zinssteigerungstendenzen ausgehen sollten – verdrängen nicht die privaten Investitionen, sondern verstetigen sie durch ihren Nachfrageeffekt. Zum zweiten verfügt der Unternehmenssektor auch weiterhin über einen enormen Bestand an Liquidität und Finanzkapital, so daß der Investitionsfinanzierung der Unternehmen insgesamt nichts im Wege steht. Daß die Kreditnachfrage insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe so stark gestiegen ist, liegt an den differenzierten Profitraten und dem unterschiedlichen Investitionsverhalten: Während die Konzerne ihre Gewinne zunehmend in Finanzkapital halten und nicht entsprechend investieren, bleiben die Klein- und Mittelbetriebe auf die Kreditmärkte angewiesen. Zum dritten ist der seit Anfang 1979 zu verzeichnende Zinsanstieg nicht auf Staatsverschuldung zurückzuführen, sondern durch außenwirtschaftliche Einflüsse (Zinspolitik in den USA usw.) sowie die restriktive Geldpolitik der Bundesbank bedingt, die es sich explizit zur Aufgabe gestellt hat, die private Kreditnachfrage zu drosseln.

c) Diese seit Anfang 1979 – mit dem Argument der Inflationsbekämpfung – aktiv betriebene *Politik der Geldverknappung* erhöht, neben dem Verzicht auf die sachlich gebotene expansive Haushaltspolitik, die augenblickliche Labilität der Lage und führt dazu, den Produktionsaufschwung frühzeitig umzukehren. Die Inflation ist eine allgemeine Begleiterscheinung des Aufschwungs und wird durch die Preissetzungsmacht der Unternehmen mit hervorgerufen. Dieser Zusammenhang gilt unabhängig davon, ob die den Aufschwung hervorbringende Nachfragesteigerung auf kreditfinanzierte Staatsverschuldung zurückzuführen ist oder nicht. Inflation und Staatsverschuldung sind nicht ursächlich miteinander verbunden. Das Ziel„ die Inflation zu bremsen, wird mit einer restriktiven Geldpolitik daher nur um den Preis steigender Arbeitslosigkeit erreicht. Die Erfahrungen von 1973/74 lehren, daß sie zu Produktionseinbrüchen bei steigender Arbeitslosigkeit sowie zur Verschärfung der Konzentration führt (da marktbeherrschende Unternehmen sich relativ leicht selbstfinanzieren können).

d) Zweifellos hat gerade die vor 1979, insbesondere 1977 eingeleitete expansive Finanzpolitik zur Investitionskonjunktur maßgeblich beigetragen. Sie war aber auch mit einer erheblichen *Umverteilung* zugunsten der privaten Gewinne verbunden, was sich deutlich in der Einkommensentwicklung niederschlägt.

Durch das 1979 wirksam gewordene Steuerentlastungsprogramm ist zwar die Lohnsteuerprogression – wenn auch nur vorübergehend (1980 liegt der Lohnsteueranteil am Gesamtsteueraufkommen wieder auf dem Niveau von 1976) – abgeschwächt worden. Die steuerliche Entlastung der Gewinneinkommen ist – mit 3 bis 4 Mrd. DM – jedoch relativ wesentlich stärker ausgefallen: So ist vor allem die Lohnsummensteuer abgeschafft worden, was bei den betroffenen Städten und Gemeinden – vor allem in NRW, Hessen und Niedersachsen – zu einer Verschlechterung der Haushaltslage geführt hat. Auch der Freibetrag der Gewerbeertrags- und Gewerbekapitalsteuer wurde angehoben.

Die von Regierungskoalition und CDU/CSU vorgeschlagenen Steuererleichterungen in Höhe von insgesamt rd. 17 Mrd. DM ab 1981 unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der familienpolitischen Maßnahmen – die CDU/CSU wünscht die Rückkehr zu Kinderfreibeträgen, wodurch Bezieher höherer Einkommen überproportional begünstigt werden – und der vermögenssteuerpolitischen Absichten. Die CDU/CSU propagiert – nach der Vermögenssteuersenkung um 30 % im Jahre 1978 – ein weiteres Steuergeschenk von 1 Mrd. DM an die Vermögensbesitzer: es sollen die niedrigeren Ansätze der Vermögenswerte aus der Ertragssteuerbilanz in die Vermögenssteuerbilanz übernommen werden. Die SPD/FDP-Koalition will diese Subvention auf 300 Mio. DM beschränken.

Sowohl die Regierungskoalition als auch die CDU/CSU bieten keine Finanzierungsvorschläge für die geplanten Steuersenkeungen an. Wenn es sich dabei nicht nur um Wahlversprechungen handeln soll, kann die Finanzierung – soweit nicht die Staatsverschuldung erhöht wird – nur den schrittweisen Abbau von Staatsausgaben zur Folge haben, trotz des in den kommenden Jahren drohenden konjunkturellen Rückschlags.

e) Die einkommenspolarisierende Steuerpolitik sowie verschiedene Ausgabenprogramme in den Vorjahren haben zwar zum Investitionsaufschwung beigetragen. Die damit verbundenen Hoffnungen auf nachhaltige Beschäftigungswirkungen sind jedoch nicht in Erfüllung gegangen. Dieses Urteil wird verstärkt, wenn man bedenkt, daß ein Teil des ohnehin nur schwachen Abbaus der Arbeitslosigkeit auf Arbeitszeitverkürzungen – insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie – zurückzuführen ist. Entgegen der Behauptung, über die Verbesserung der privaten Gewinne könne die Arbeitslosigkeit verringert werden, hat die 1979 nachwirkende direkt gewinnorientierte ebenso wie die zu schwache und nicht mit Auflagen verbundene nachfragestabilisierende Finanzpolitik die Gefahr eines erneuten Anstiegs der Arbeitslosigkeit nicht beseitigt. Im Gegenteil, die staatlichen Gewinnsubventionen sind großenteils zur Finanzierung von Rationalisierungsinvestitionen verwendet worden und haben Arbeitsplätze vernichtet. Kurzfristig liegt der Fehler dieser Politik darin, darauf zu vertrauen, daß mit der Investitionskonjunktur die Arbeitslosigkeit entscheidend abgebaut wird. Es muß seit 1975 aber eine Entkopplung zwischen gewinninduzierten Produktionsaufschwüngen und der Beschäftigung festgestellt werden. Es ist daher naiv, für die mittlere Frist anzunehmen, daß die Investitionskonjunktur über eine stabile Eigendynamik verfügt und sich damit auch die Beschäftigungsprobleme lösen. Während sich die lang-

samer wachsende gesamtwirtschaftliche Nachfrage gegenüber einem technisch effizienteren Produktionsapparat in einer Verlangsamung der privaten Investitionen niederschlägt, beschleunigt die staatliche Konsolidierungspolitik einerseits und die restriktive Geldpolitik andererseits die Gefahr eines Umkippens der Investitionskonjunktur mit einem entsprechenden Ansteigen der Arbeitslosenzahlen auf einem kaum abgeschmolzenen Arbeitslosensockel.

f) Auch die *Arbeitsmarktpolitik* der Bundesregierung war 1979 in Dimension und Stoßrichtung unzureichend. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit (23 Arbeitsamtbezirke mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von über 6 % im Jahre 1978) wurde ein Beschäftigungsprogramm in Höhe von 500 Mio. DM vorgelegt. Das Programm wurde erheblich überzeichnet und mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit auf 900 Mio. DM aufgestockt. Dabei haben sich allein elf Großunternehmen 140 Mio. DM sichern können. Besonders in Anspruch genommen wurden die Programmteile, die hohe unternehmerische Mitnahmeeffekte ermöglichen. Zuschüsse für innerbetriebliche Weiterbildung und Umschulung z. B. wurden in der Regel für Maßnahmen gewährt, die die Unternehmen auch ohne Subventionen ergriffen hätten. Die Mittel zur „beruflichen Wiedereingliederung ungelernter und längerfristig Arbeitsloser" sind hingegen nicht völlig ausgeschöpft worden. Dies belegt die Erfahrungen, daß Lohnkostenzuschüsse kein wirksames Instrument aktiver Arbeitsmarktpolitik sind.

Auch die 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz enthält gegenüber der 4. Novelle wesentliche Verschärfungen des Druckes auf die Arbeitslosen und weitet die Zumutbarkeit hinsichtlich der Mobilität, der Dequalifikation, versicherungsrechtlicher Nachteile und des Einkommens aus. Gewerkschaftlicher Druck hat zwar die vollständige Festschreibung der Zumutbarkeit, wie sie sich in der ursprünglichen Regierungsfassung des § 103 AFG niedergeschlagen hatten, verhindert und die Quasi-Automatik dequalifizierender Folgewirkungen zu einem Anspruch auf Einzelfallprüfung abmildern können. Tatsache bleibt aber, daß die neuen Bestimmungen des AFG den besonderen Arbeitsmarktrisiken benachteiligter Gruppen mit Bestimmungen Rechnung tragen, die zu weiteren sozialen Benachteiligungen für diese Gruppen führen.

g) Die massiv betriebene staatliche Technologiepolitik ist in den letzten Jahren – entgegen der politischen Zielsetzung – weder an beschäftigungspolitischen Zielen noch hinreichend an Anforderungen der Humanisierung der Arbeitswelt ausgerichtet gewesen. Im Gegenteil ist die praktizierte Forschungspolitik durch folgende Eigenschaften charakterisiert:
– Gefördert wurden vor allem Rationalisierungstechnologien (z. B. EDV), die kurz- und mittelfristig weitaus mehr Arbeitsplätze abbauen als schaffen.
– Die staatliche Forschungsförderung kommt nur einer kleinen Gruppe von Unternehmen (ca. 20% der Unternehmen erhielten 1975 ca. 80 % aller Zusagen) zugute. Sie führt damit zur Bevorteilung der Großindustrie ohne entsprechende gesellschaftliche Kontrolle ihrer Wirkungen.
– Die Forschungsförderungsmaßnahmen unterliegen in den Unternehmen faktisch keiner ausreichenden Kontrolle durch die Mitbestimmungsorgane. Darüberhinaus wird die über die Gewerkschaften in harten Auseinandersetzungen durchgesetzte sozialwissenschaftliche Begleitforschung bei der Einführung neuer Technologien (etwa im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Humanisierung der Arbeit") immer mehr zugunsten unternehmerischer Interessen zurückgedrängt.

h) Die restriktive Ausrichtung der *Sozialpolitik*, die seit 1974/75 eingeschlagen wurde, blieb auch 1979 unverändert. Wo gehandelt wurde, dominierte die Unterordnung unter fiskalpolitische Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen. Kosteneinsparungen wurden vornehmlich durch die verstärkte Verlagerung sozialer Risiken und ihrer Folgen in dem privaten Bereich erzielt. Maßnahmen zur Strukturreform, zur Anhebung von unzureichenden Geldleistungen und zur Verbesserung des Angebots an sozialen Diensten wurden trotz des unverändert großen Bedarfs in diesen Bereichen nicht getroffen. Diese Strategie des Nicht-Handelns wirkt sich vor allem auf die Lage der sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen aus.

Angesichts der 1979 leicht verbesserten Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung konnte sich die prekäre Finanzlage der Sozialversicherungsträger, insbesondere der RV und der ALV, etwas entspannen. Jedoch wurden beim Leistungsrecht und damit bei der sozialen Vorsorge Abstriche gemacht.

Eine Konsolidierung der gesetzlichen Krankenversicherung auf der Grundlage des fast ausschließlich privatwirtschaftlich organisierten Anbietersystems ist, betrachtet man den neuerlichen Kostenschub von 1979, nicht gelungen. Daher haben zum Jahreswechsel 1979/80 eine Vielzahl von Krankenversicherungsträgern ihre Beitragssätze bzw. Beitragsbemessungsgrenzen erneut erhöht. Mittlerweile hört man auch wieder die Vorstellung, die eigentlichen Ursachen für die Mängel des Gesundheitssystems lägen nicht in seiner vorwiegend privatwirtschaftlichen Struktur, sondern im individuellen Fehlverhalten der Versicherten. Infolgedessen gewinnen die alten Forderungen nach Kosten-Selbstbeteiligung und nach weiteren Leistungseinschränkungen zunehmend an Bedeutung. Im Gegensatz zur These von einer sozial- und gesundheitspolitischen „Überversorgung" der Bevölkerung besteht jedoch nach wie vor große Unterversorgung in weiten Bereichen des Gesundheitssystems (so u. a. Psychiatrie, allgemein- und fachärztlicher Versorgung, ambulante medizinische und pflegerische Dienste).

Die Erhöhung des Beitragsaufkommens und die Einsparungen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes haben die derzeitige Finanzlage der Träger der Rentenversicherung verbessert. Dabei darf allerdings nicht das – erzwungene – „Rentenopfer" der Leistungsbezieher übersehen werden. Die Anpassungssätze der Renten werden 1980, wie schon 1979, mit 4 % nicht einmal einen Ausgleich der Preissteigerungen sichern können. Diese faktische Einkommensminderung dürfte die Zahl der Rentner, die Sozialhilfe empfangen, weiter erhöhen und die Lohnersatzfunktion der Rente aushöhlen. Es zeichnet sich so, daß die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rentensteigerung 1982 – wenn überhaupt – nur zusammen mit flankierenden, anstiegsmindernden Maßnahmen ins Auge gefaßt wird, so Rentenbesteuerung oder schrittweise Anrechnung des geplanten Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung auf die Rente.

Für die in den letzten Jahren zu beobachtende Intensivierung der familienpolitischen Diskussionen scheinen eher bevölkerungspolitische Überlegungen als die Sorge um die Probleme der Familie maßgeblich zu sein. Nach wie vor führt die Existenz von mehreren Kindern in durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmerfamilien zu Einbußen im Lebensstandard und zu der Gefahr, in die Armutszone abzurutschen. Die positiv zu bewertende Erhöhung der Kindergeldsätze wird in ihrer Wirkung dadurch beeinträchtigt, daß aufgrund der pauschalen Auszahlung des Kindergeldes nach dem „Gießkannenprinzip" die Situation gerade der einkommensschwachen Familien nur geringfügig verbessert wird. Die von der CDU/CSU geforderte Einführung steuerlicher Kinderfreibeträge unter Beibehaltung des umstrittenen Kinderbetreuungsfreibetrages würde Spitzenverdiener besonders begünstigen und ist daher abzulehnen. Die Familienpolitik muß in den Mittelpunkt Maßnahmen stellen, die die sozialökonomische Lage der Familien bedarfsgerecht verbessern. Als erster vernünftiger Schritt kann die Einführung des Mutterschaftsurlaubes für vier Monate (zusätzlich zu den bisher gewährten zwei Monaten) gewertet werden, weil er leichter Erwerbstätigkeit und Elternschaft zugleich ermöglicht. Allerdings fehlen noch analoge Regelungen für Männer und Adoptiveltern.

3. „Soziale Marktwirtschaft" als Alternative?

In den Augen der Unternehmer und der insbesondere in der CDU/CSU zusammengefaßten konservativen politischen Kräfte hat nicht die innere Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft die anhaltenden Probleme der Wirtschaft verursacht, sondern vielmehr die auf Systemveränderung drängenden Umverteilungs- und Interventionsstrategien von Gewerkschaften und sozial-liberal regiertem Staat, wodurch die Marktmechanismen und die Selbstheilungskräfte in der Wirtschaft gestört würden. Die „unverfälschte" – neoliberale – „Soziale Marktwirtschaft" habe der Bundesrepublik in den 50er Jahren ein „Wirtschaftswunder" ohne Beispiel beschert. Die Rückkehr zu ihren Prinzipien in der staatlichen Politik und der Verzicht auf alle gleichmacherischen, leistungsfeindlichen und die Kapitalprofitabilität behindernden Eingriffe in den Wirtschaftsablauf seien Voraussetzungen für eine Überwindung der derzeitigen Probleme und damit für die Beseitigung von Arbeitslosigkeit.

a) Der ökonomische Kern des Konzeptes: „Mehr private Investitionen rentabel machen"

Die Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik im Konzept der sozialen Marktwirtschaft besteht darin, durch die Sicherstellung erforderlicher Rahmenbedingungen die Investitionstätigkeit der Unternehmen anzuregen, das heißt, sie rentabler zu machen. Mehr Arbeitsplätze könnten nur durch

beschleunigtes Wachstum, mehr Wachstum nur durch einen verstärkten Aufbau des Produktionsapparates bewirkt und dieser nur durch eine nachhaltige Steigerung der privaten Unternehmensgewinne – d. h. durch eine angemessene Anhebung des Gewinnanteils am Volkseinkommen – finanziert werden. Die sozial-liberale, wenigstens zeitweise keynesianisch inspirierte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und das konservative, neoklassische Konzept gehen von rentabilitätsabhängigen, privaten Investitionen als dem Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, des Einkommens und der sozialen Leistung aus. Von der derzeit betriebenen Wirtschaftspolitik unterscheidet sich das konservative Gegenkonzept allerdings nicht nur dadurch, daß es Korrekturen am bestehenden wirtschaftspolitischen Instrumentarium anstrebt; sondern dadurch, daß es den Charakter staatlicher Wirtschaftspolitik insgesamt verändern will: Staatliche Wirtschaftspolitik habe auszugehen
– erstens von der These, daß der Marktmechanismus unter entsprechenden Rahmenbedingungen das zur Herbeiführung von Vollbeschäftigung erforderliche Wachstum ohne staatliche Interventionen von selbst hervorbringen würde,
– zweitens von der These, daß die Ergebnisse dieses Marktmechanismus weitgehend sozial wünschenswert oder zumindest akzeptabel seien,
– drittens von der These, daß zur Schaffung der investitions- und wachstumsfördernden Rahmenbedingungen eine sehr viel weiterreichende und dauerhaftere Umstrukturierung des Sozialproduktes zugunsten der Privatwirtschaft erforderlich sei als die, die während der letzten fünf Jahre bewirkt wurde.

Vor allem in drei Bereichen sollen die zur Herstellung wachstumsfreundlicher privatwirtschaftlicher Rentabilitätsbedingungen erforderlichen Weichen gestellt werden:

Erstens wird eine langfristige Dämpfung der gewerkschaftlichen Ansprüche auf Lohnsteigerungen und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen gefordert.

Zweitens sollen die Einkommen und Vermögen zu Lasten der Staatsquote, damit zu Lasten staatlicher Aktivitäten vor allem im Sozialbereich ausgeweitet werden und zwar sowohl unter dem Gesichtspunkt der Kostenentlastung als auch unter dem der Erschließung von Absatz- und Anlagebereichen für die privaten Unternehmen (Entstaatlichung).

Drittens müsse staatliche Politik die internationalen Absatz- und Kapitalanlagemöglichkeiten für die westdeutschen Unternehmen durch eine radikale Liberalisierung des Welthandels bei gleichzeitiger Sicherung der bestehenden Einflußbereiche verbessern und sichern.

b) Gängelung der Gewerkschaften

In Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat sieht es die wirtschaftspolitische Konzeption der CDU/CSU als eine Voraussetzung für die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas an, daß die Ansprüche der Arbeitnehmer auf Lohnsteigerungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Versorgung verringert werden. Angestrebt wird nicht nur, die eingeleitete Umverteilung zugunsten der Gewinne langfristig zu verstärken, hinzu kommt auch die Forderung nach einer Revision der nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzten gewerkschaftlichen Erfolge hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und vor allem der Lohnstruktur. Die Fortschritte bei der Einschränkung und dem Abbau der Leichtlohngruppen oder besonders belastenden Akkordsystemen werden als Untergrabung des Leistungsprinzips abgelehnt, das gewerkschaftliche Bestehen auf der Einhaltung von Sicherheitsvorschriften und der Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen als Eingriff in die unternehmerische Gestaltungsfreiheit angesehen, sogenannte „ausbildungshemmende Vorschriften" des Jugendarbeitsschutzes für die mangelnde Anzahl von Ausbildungsplätzen verantwortlich gemacht. Die Aussperrung wird unverblümt befürwortet. Die gewerkschaftlichen Forderungen selbst würden die Unternehmen veranlassen, den teuren Produktionsfaktor „Arbeit" zunehmend durch Maschinen zu ersetzen. Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung werde es erst geben, wenn die Arbeiter und Angestellten flexibler auf die veränderten Bedingungen für ihren rentablen Einsatz im Produktionsprozeß reagieren würden. Einen wichtigen Druck in diese Richtung könne und solle der Staat durch eine zumindest teilweise Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos ausüben, was bedeutet: Verringerung der Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit! Aber auch: Schwächung der Gewerkschaften um jeden Preis.

Zu den angeblich ungerechtfertigten und wachstumshemmenden Ansprüchen der Arbeiter zählen auch alle Forderungen nach Mitbestimmung. Die gewerkschaftliche Mitbestimmung wird als „Gewerkschaftsstaat" und „Funktionärsherrschaft" diffamiert und als freiheitsbedrohend und sachfremd hingestellt. Mitbestimmung untergrabe die persönliche Verantwortung und Risikobereitschaft des Unternehmers und gefährde die größtmögliche Wirksamkeit der eingesetzten Produktionsfaktoren.

Die innerbetrieblichen Einflußmöglichkeiten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften sollen geschwächt werden, indem FDP und Teile der CDU/CSU fordern, im Betrieb Sprecherausschüsse für leitende Angestellte einzurichten.

Seit Jahren beschwören Unternehmer und CDU/CSU eine „Krise der Tarifautonomie"; zu ihrer Lösung fordern sie ein „Verbändegesetz" als Grundlage für eine staatliche Kontrolle der Tarifautonomie und darüberhinaus faktisch eine staatliche Festlegung der Löhne und Gehälter sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten.

Die ideologische Kampagne gegen grundlegende Positionen der Gewerkschaften wird verstärkt, indem die Gewerkschaften als in der Tendenz verfassungsfeindlich und kommunistisch unterwandert diffamiert werden. Die CSU versucht, die Einheitsgewerkschaft zu spalten (Stoiber-Papier). Die Abwehrkraft der Gewerkschaften soll dadurch zersetzt und geschwächt werden, so daß ihr Widerstand gegen die Strategien privater Gewinnsteigerungen erlahmt.

c) „Entstaatlichung" als Sozialabbau

Sozialinvestitionen und Sozialleistungen werden von den abhängig Beschäftigten sehr hoch eingeschätzt. Eine vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Auftrag gegebene Umfrage hat ergeben, daß die große Mehrheit heute noch weniger als vor drei Jahren bereit ist, Kürzungen im Sozialbereich hinzunehmen. Rund drei Viertel vertreten die Auffassung, daß der Staat bei den Sozialinvestitionen (z. B. Krankenhäuser, Bau von Sozialwohnungen, Kindergärten, Altersheimen) und Sozialleistungen (Rente, Kindergeld) auf keinen Fall seine Leistungen einschränken dürfe. Die Untersuchung stellt fest: „Für die Mehrheit der Bevölkerung stellt sich nicht die Frage nach der Ablösung des Systems der sozialen Sicherung, sondern lediglich die nach dem Ausbau und der Effizienzsteigerung des Systems. . . . Die Propagandathese vom bevormundeten Bürger stößt ins Leere."

Demgegenüber fordern die konservativen politischen Kräfte immer offener die Verringerung des Staatseinflusses in der Wirtschaft. Was mit dieser „Entstaatlichung" konkret gemeint ist, zeigt sich derzeit am deutlichsten in Niedersachsen. Entstaatlichung heißt *erstens* die Übertragung öffentlicher Unternehmen an private Eigentümer und Betreiber. Nach der Konzeption der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel könnte eine ganze Palette staatlicher Unternehmen, wie Bundespost und Bundesbahn, Theater, Sportstadien, Schwimmbänder, Verkehrseinrichtungen, Stadthallen, Schlachthöfe, Museen, Müllabfuhr usw. privatisiert werden. Um die Übernahme dieser Unternehmen für die private Wirtschaft attraktiv zu machen, müßten eine kostendeckende Gebühren- und Tarifpolitik betrieben, Sozialtarife drastisch eingeschränkt werden. Als entscheidender Vorteil einer solchen Privatisierung bislang öffentlicher Unternehmer wird vor allem die Möglichkeit „flexibler Personalwirtschaft" und von Rationalisierungen gesehen.

Die Forderung nach Entstaatlichung bezieht sich *zweitens* darauf, daß eine Reihe von Aufgaben, deren Erfüllung gegenwärtig ganz oder überwiegend in öffentlicher Hand liegen, an Private übertragen bzw. Private an ihrer Wahrnehmung beteiligt werden. Der spektakulärste Fall in dieser Hinsicht ist die geplante Einführung des privaten Rundfunks und Fernsehens, daneben wird die verstärkte Gründung privater Sozial- und Bildungseinrichtungen, vor allem von Kindergärten und Heimen, von Schulen und Hochschulen propagiert. Die beabsichtigte Konsequenz dieser Einbeziehung von Sozial- und Bildungseinrichtungen in die privatwirtschaftliche Konkurrenz ist die Möglichkeit von Entlassungen, des Abbaus sozialer Sicherheit und sozialer Leistungen für die Beschäftigten. So sollen z. B. vermehrt Lehrer nur mit Zeitverträgen eingestellt werden; in anderen Bereichen erfolgen Teilzeitbeschäftigungen mit weniger als 20 Stunden, für die keine Sozialversicherungsbeiträge abzuführen sind. Auch eine Verschlechterung der Produktqualität wird im Sinne privatwirtschaftlicher Profitabilität in Kauf genommen. Daß dies kein leeres Programm ist,

zeigt wieder Niedersachsen: Dort wurden im Oktober 1979 alle Ministerien beauftragt, Möglichkeiten zur teilweisen oder vollständigen Privatisierung einzelner Aufgabenbereiche zu untersuchen. Ein Beauftragter für Privatisierungsmaßnahmen wurde ernannt. In der Novelle zum niedersächsischen Schulgesetz ist eine verstärkte Förderung von Privatschulen vorgesehen.

Entstaatlichung heißt *drittens*, daß bestimmte öffentliche Dienstleistungen und Versorgungen drastisch eingeschränkt oder gestrichen und die Beschäftigungs- und Versorgungsrisiken, zu deren Abdeckung diese öffentlichen Leistungen eingerichtet worden waren, wieder weitgehend auf die betroffenen Individuen zurückverlagert werden. Das niedersächsische Sozialministerium hat beispielsweise 1979, anstatt die bestehenden Mängel im sozialen Wohnungsbau im Sinne kostengünstigerer Mieten abzubauen, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus insgesamt eingestellt und die dafür zur Verfügung stehenden Bundesmittel verfallen lassen. Nach den Vorstellungen der niedersächsischen Wirtschaftsministerin ist vor allem auf dem Gebiet der sozialen Sicherung eine „Umkehr von der staatlichen Bevormundung zu mehr privater Verantwortung überfällig". Das heißt: „Wenn im Bereich der Sozialpolitik zukünftig das Verhältnis des einzelnen zur Gesellschaft nicht mehr gleichmacherisch und kollektiv sein soll, wenn also Sozialpolitik mehr auf den einzelnen Menschen zugeschnitten und aus dieser Perspektive wahrhaft sozial sein soll, dann muß der einzelne zu einem Eigenbeitrag herangezogen werden". Und konkret z. B. für die Krankenversicherung: „Neben der pauschalen Kostenbeteiligung durch den Krankenversicherungsbeitrag, . . ., ist eine direkte individuelle Übernahme eines Teils der Kosten im Krankheitsfalle anzustreben." Ebenso müßten die Leistungen der Arbeitslosenhilfe und Sozialfürsorge stärker daraufhin überprüft werden, ob die Empfänger sich nicht durch größere Anpassung an die Erfordernisse der Privatwirtschaft „in eigener Verantwortung" ernähren könnten.

Bestimmte, von dem so eingeschränkten staatlichen Sozialsystem nicht abgedeckte Risiken könnten „in eigener Initiative" abgesichert werden, etwa durch private Zusatzversicherungen. Ferner sollten Stellen im Bereich sozialer Dienstleistungen gestrichen werden. Entstaatlichung in diesem Sinne heißt auch, daß die mühsam erreichten bildungspolitischen Reformansätze den Zielvorstellungen privatwirtschaftlicher Beschäftigungspolitik untergeordnet, damit faktisch zurückgeschraubt werden dürften. Diese Konzeption konservativer Entstaatlichung bei gleichzeitigem Ausbau staatlicher Ordnungspolitik schlägt bei der Beurteilung öffentlicher Verschuldung voll durch. In einer Studie von Biedenkopf/Miegel zur Staatsverschuldung, die bezeichnenderweise den Titel „Die programmierte Krise" trägt, wird zwar der massive Abbau der Staatsverschuldung gefordert, aber der Rückzug des Staats aus Sozial- und Vollbeschäftigungspolitik ist gemeint. Geringes Wachstum und Arbeitslosigkeit müssen diesem Konzept nach als Ausdruck freier Entscheidungen der Bürger am Markt hingenommen werden. Kreditfinanzierte Staatsausgaben zur Wachstumsförderung und Vollbeschäftigung würden nur ein „künstliches", „staatlich" durchsetztes Wachstum hervorrufen. Dies ist der radikalste Versuch, die Arbeitslosigkeit zum ausdrücklich gewünschten Zustand der Marktteilnehmer zu erklären.

d) Politische und ökonomische Offensiven im internationalen Bereich

Die wirtschaftliche Entwicklung nach einem konservativen Wahlsieg wird offenbar von den Konservativen selbst nicht einheitlich eingeschätzt. Intern scheint uneingeschränkter Optimismus nicht vorzuherrschen: Zum einen wird argumentiert, daß die freigesetzten Kräfte des Marktes einen Investitionsboom einleiten würden, zum anderen aber versucht die genannte Biedenkopf/Miegel-Studie offenbar, bei einem Scheitern konservativer Investitionspolitik und damit weiter andauernder Arbeitslosigkeit, dies als das Ergebnis des erklärten Willens der Marktteilnehmer zu legitimieren.

Jenseits dieser Rückversicherungsstrategie wird versucht, Investitionen durch eine rentable Auslastung der jeweiligen Kapazitäten zu forcieren. Hierzu bedarf es ständig neuer oder größerer Märkte und Anlagefelder. Voraussetzung ist die Sicherung einer weitestgehenden Bewegungsfreiheit für die internationalen Konzerne deutscher Herkunft durch eine radikale Liberalisierung des Welthandels zugunsten ihrer Exporte einerseits und zur Sicherung ihrer Rohstoffbezüge und Auslandsinvestitionen andererseits. Unter der Parole „Internationalisierung der Sozialen Marktwirtschaft" soll die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten betrieben werden. Vorrang hat im konservativen Konzept die internationale ökonomische und politische Expansion der Bundesrepublik.

Dementsprechend müssen internationale Märkte und Anlagemöglichkeiten für Kapital geschaffen werden.

Eine solche internationale Expansion wird jedoch zunehmend schwieriger:
– Sämtliche westlichen Industrieländer verfolgen mehr oder weniger ausgeprägt dieselbe Strategie, um ihre Wachstumsprobleme zu bewältigen.
– Viele Entwicklungsländer sind politisch erstarkt und entziehen sich mehr und mehr der Ausbeutung ihrer Rohstoff- und Energievorräte durch fremde Länder. Sie streben die Souveränität über ihre Rohstoffe und ihre Exportpreise an.
– Die inländischen Unternehmer wehren sich zunehmend gegen die ausländische Konkurrenz, die als Importeure oder Investoren auftreten. Dies vermehrt den politischen Widerstand der nationalen Regierungen gegen die ungehemmte internationale Expansion von ausländischem Kapital.
– Die Verstärkung der Exportoffensive der Bundesrepublik selbst untergräbt ihre Grundlagen, denn Exportüberschüsse sind notwendigerweise die Defizite des Auslands. Sie zwingt dadurch ihre Hauptkonkurrenten zu einer Verstärkung ihrer eigenen Exportanstrengungen durch eine restriktive Wirtschaftspolitik, wodurch der westdeutsche Export seinerseits wieder beeinträchtigt wird.

Auf diesen verengten internationalen Handlungsspielraum reagieren die konservativen Kräfte mit zunehmender politischer und militärischer Aggressivität:
– Strauß sieht mit den iranischen Ölfeldern eine „gigantische Anzahl von Arbeitsplätzen und damit Lebensinteressen der Bundesrepublik" bedroht. Und wo Lebensinteressen auf dem Spiel stehen, liegt die militärische Drohung nahe.
– Dregger überlegt, ob nicht die Bundeswehr am Persischen Golf präsent sein müsse.
– Todenhöfer fordert eine Selektion der Entwicklungsländer nach marktwirtschaftlichem Wohlverhalten: in der Praxis hieße dies, daß Entwicklungshilfe und Kredite nur noch Entwicklungsländern zukämen, die konservativen Ordnungsvorstellungen entsprechen, das sind zu einem Großteil westlich orientierte Diktaturen.
– Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Wörner, argumentiert, die Zielbestimmung der NATO müsse von ihrem Inhalt her wie auch geographisch ausgedehnt werden.
– Die CDU/CSU lehnt den bislang von ihr unterstützten Verteidigungsetat ab mit dem Hinweis, er sei zu niedrig.

Diese durchaus ernstzunehmenden Drohungen und Ankündigungen von Handelsoffensiven und -boykotten vergrößern die internationalen Spannungen. Die Gefahr militärischer Konflikte unter aktiver Teilnahme der Bundesrepublik wächst. Diese aggressive Politik stellt letzten Endes für die Bundesrepublik ein außerordentlich hohes Sicherheitsrisiko dar. Doch selbst wenn diese Politik der internationalen Expansion mit all ihren manifesten Risiken für den Frieden ökonomisch einstweilen erfolgreich ist, so kann die inländische Beschäftigung nur in dem Ausmaß zunehmen, wie diese Politik den Warenexport, d. h. die Herstellung zusätzlicher Güter in der BRD, fördert. Soweit es sich jedoch um einen geographisch zusammenhängenden und sicheren Exportmarkt handelt, mag es vom Unternehmensstandpunkt günstiger erscheinen, die Produktion zum Markt zu verlagern, also Direktinvestitionen vorzunehmen.

Dennoch bliebe die politische Grundlage der Expansion labil: Politische Umwälzungen in den hauptsächlich betroffenen Ländern bereiten dem Produktionsboom rasch ein Ende. Das konservative Konzept der Wirtschaftsexpansion sieht keine Gegensteuerung durch kaufkraftstärkende Lohnsteigerungen oder duch eine erhöhte Nachfrage des Staates vor. Die Krise wäre unausbleiblich.

e) Die Perspektiven des Konzepts: die Bedrohung von Sozialstaat und Demokratie

Vom Standpunkt eines demokratischen und sozialstaatlichen Gesellschaftsverständnisses ist die konservative Konzeption nicht akzeptabel.

Sozialökonomisch bedeutet die konservative Politik, alle gesellschaftlichen Ressourcen und Potenzen zu mobilisieren, um die Rentabilität des privaten Kapitals zu steigern. Sie behauptet dabei irreführenderweise, die Prinzipien von Leistung, Eigeninitiative und Eigenverantwortung wieder stärker zur Geltung bringen zu wollen. Dahinter steht aber nichts anderes als die Stärkung der

kapitalistischen Marktmechanismen und die Verringerung staatlicher Sozialpolitik. Die hieran geknüpften Erwartungen werden mit Sicherheit nicht erfüllt werden:

Der Mechanismus des Marktes wird ja nicht in einer Situation des völligen gesellschaftlichen Neubeginns eingesetzt, sondern er kann nur auf der vorhandenen Grundlage wirken. Diese Grundlage zeichnet sich dadurch aus, daß der Produktionsmittelbesitz hochkonzentriert, die wichtigsten Märkte weitgehend vermachtet sind und die marktbeherrschenden Unternehmen unmittelbar oder über ihre Verbände den Handlungsspielraum der gewählten und demokratischen Einrichtungen des Staats einzuengen tendieren. Wettbewerb kann weder die gesellschaftliche Trennung in Eigentümer und Nicht-Eigentümer von Produktionsmitteln überwinden, noch können am Wettbewerb alle Unternehmen mit gleichen Chancen teilnehmen. Wird die Gesellschaft einzig darauf ausgerichtet, die Rentabilität privater Investitionen zu sichern, so schränkt dies bei verschlechterten Arbeitsbedingungen den Lebensstandard und die gesellschaftliche Sicherung und Versorgung der Arbeitnehmer ein. Weiterhin nehmen in einem solchen System vor allem die marktbeherrschenden Unternehmen und wirtschaftlichen Machtblöcke die von dem Staat – immer noch – zur Verfügung gestellten Mittel in Beschlag. Schließlich ist der Markt rücksichtslos gegenüber den natürlichen Ressourcen und der Umwelt. Er schränkt die Möglichkeit einer an den Reproduktionsbedürfnissen ausgerichteten Umweltschutzpolitik ein und setzt den Vorrang einzelbetrieblicher quantitativer Zuwachsraten gegenüber einer gesamtgesellschaftlichen qualitativen Verbesserung der Lebensqualität durch. Politisch steht hinter dieser konservativen Wirtschaftspolitik die Vorstellung, nicht das politische System, sondern der Markt sei ein zutiefst demokratischer, den freien Willen der Beteiligten zum Ausdruck bringender Steuerungsmechanismus. Diese Wirtschaftspolitik zielt auf den Abbau und die Aushöhlung von politischen Entscheidungen, die in bewußter und offener politischer Diskussion letztlich parlamentarisch oder durch die parlamentarisch kontrollierte Exekutive getroffen werden, zugunsten von Entscheidungen durch den Markt: Hier setzt sich durch, wer an den vorhandenen Bedürfnissen vorbei aufgrund seiner Finanzkraft Bedürfnisse schaffen kann. Wenn das Programm in den Massenmedien, der Inhalt von Lehrplänen und Studiengängen mehr oder minder direkt von den Entscheidungen derjenigen abhängt, denen die Massenmedien, die Schulen und Universitäten gehören, und diese sich aus Gründen der Konkurrenz zuallererst um die Rentabilität ihres eingesetzten Kapitals bemühen müssen, dann setzt sich auch im politischen Willensbildungsprozeß – zu dem Aufklärung und Bildung gehört – nicht mehr die Mehrheit der in ihrem politischen Gewicht gleichberechtigten Menschen, sondern der Finanzkräfte durch. Damit tritt das durch das Grundgesetz legitimierte parlamentarische System faktisch hinter das wirtschaftliche System zurück, das keinen Verfassungsrang besitzt, sondern im Prinzip der politischen Gestaltbarkeit unterliegt. Innerhalb dieses Prozesses ist das Schlagwort der „Entstaatlichung" nur Mittel, um unter Ausnutzung der teils berechtigten, teils überzogenen Kritik an staatlicher Bürokratie nicht nur profitable Kapitalanlagen für Private zu schaffen, sondern auch – und das zeigt schon die derzeitige Praxis – um an ganz anderer Stelle sogar neue, komplexere staatliche Handlungsbereiche auszubauen: im Bereich der innerstaatlichen politischen „Sicherheit" sowie im militärischen, nach außen gerichteten Potential. Vermeintlicher oder auch wirklicher Widerstand gegen diese Politik wie auch gegen die zunehmende Einengung verfassungsrechtlicher Spielräume, die das Grundgesetz garantiert, werden immer mehr flächendeckend ausgespäht, registriert und je nach Opportunitätsgesichtspunkten kriminalisiert. Gegen den angeblich entmündigten Wohlfahrtsstaat zu Felde ziehend, entpuppt sich dieses politische Konzept letztlich als ein großangelegter Versuch der Entmündigung, Einschüchterung und damit im Kern als Angriff auf die sozialstaatliche und demokratische Substanz der Bundesrepublik. Diesem Zweck dient auch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben im Bereich der Bildung und Information. Die damit angestrebte Ausrichtung der Meinungsbildung an den ausschließlichen Interessen der Privatwirtschaft will Kritik verhindern. Die Manipulation der Meinungen ist zur Bedingung der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Macht und der Anwendung staatlicher Gewalt gegen ihre Kritiker geworden.

4. Fortschrittliche Alternativen

Das wirtschafts- und sozialpolitische Konzept der konservativen Kräfte um die CDU/CSU richtet sich gegen die zentralen Interessen der Bevölkerung. Seine Abwehr erfordert vor allem eine überzeugende Aufklärung auch in den Teilen der Bevölkerung, die bisher noch glauben, diese Konzeption weise in die richtige Richtung. Aufklärung und Mobilisierung können dadurch unter-

stützt werden, daß der wissenschaftlich verbrämten Unternehmerpropaganda eine glaubwürdige und wissenschaftlich begründete wirtschaftspolitische Alternative entgegengesetzt wird. Eine solche Alternative liegt aber nicht in der Fortsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die sozialliberale Koalition während der letzten fünf Jahre betrieben hat. Denn diese Politik hat seit 1975 kaum etwas für die Verbesserung der Lage der großen Mehrheit der Arbeitnehmer bewirkt. Weder hat sie die innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems möglichen Mittel der kontrollierten Nachfrageausdehnung über Staatsaufträge und eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes in ausreichendem Maße eingesetzt, noch hat sie die privatwirtschaftlichen Systemmechanismen, die immer wieder auf Krise und Arbeitslosigkeit hindrängen, energisch – etwa durch Investitionslenkung und Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine erweiterte Mitbestimmung – eingeschränkt. Die in früheren Memoranden kritisierten Maßnahmen bei den Renten, der Krankenversicherung, in der Arbeitsmarktpolitik und der Ausbildungspolitik waren Maßnahmen des Sozialabbaus; auch in sozialdemokratisch regierten Städten ist vereinzelt schon privatisiert worden; unkontrollierte Subventionen und andere Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Unternehmensgewinne haben wohl eher die weitere Vermachtung der Märkte gefördert, als das Beschäftigungsproblem gelöst. Diese Wirtschaftspolitik, zustandegekommen unter dem Druck der Ansprüche der Privatunternehmen und einer sozialliberalen Regierungskoalition und unter Federführung eines kapitalorientierten Wirtschaftsministers steht im Widerspruch zur Programmatik und zu vielen Erklärungen der Sozialdemokratie und zu den Ansprüchen und dem Selbstverständnis vieler Sozialdemokraten: Sie ist das Resultat eines allmählichen Zurückweichens und Zurücksteckens sozialorientierter Ansprüche gegenüber Forderungen der Privatwirtschaft, die als Sachnotwendigkeiten – teilweise widerstrebend – akzeptiert werden.

Derartige Skrupel gibt es in der konservativ-marktwirtschaftlichen Konzeption natürlich nicht. Im Gegenteil: Was für die Sozialdemokratie ein Abrücken von der eigenen Programmatik und ein in vielen Punkten widersprüchliches Zurückweichen und Aufgeben fortschrittlicher Positionen vor den angeblichen Sachzwängen der Marktwirtschaft ist, das ist für die konservativen Kräfte die ungebrochene, offensive Durchsetzung der eigenen Programmatik. Sie nützen diesen Unterschied noch in besonderer Weise propagandistisch aus: Daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung den seit Jahren anhaltenden Problemdruck für die arbeitenden Menschen nicht beseitigen konnten, wird nicht auf die faktisch betriebene Politik der Profitorientierung, Einkommenseingrenzung und des Sozialabbaus zurückgeführt, sondern auf die Halbherzigkeit dieser Politik, die insgesamt zu wenig rigoros betrieben und zwischendurch immer wieder von einzelnen „systemwidrigen" Maßnahmen durchbrochen worden sei.

Ein Programm der rigorosen Durchsetzung des privaten Profits als Steuerungsinstrument fast aller Arbeits- und Lebensbedingungen kann schlechterdings nicht durch eine Politik des Zurückweichens vor den Ansprüchen des Profits – und das heißt auch vor den Ansprüchen der marktbeherrschenden Konzerne und Verbände – widerlegt und bekämpft werden. Zurückweichen kann weder die Probleme der arbeitenden Menschen tatsächlich lösen oder mindern, noch – angesichts der schlechten Erfahrungen mit derartigem Zurückweichen – glaubwürdig genug vorgetragen werden, um politische Erfolgschancen zu haben. Eine politisch glaubwürdige und in der Sache erfolgversprechende Alternative zur Auslieferung von Wirtschaft und Gesellschaft an den Profit und die Interessen der marktbeherrschenden Konzerne liegt vielmehr in einer stärkeren Kontrolle des Marktes und der Konzerne durch die Gesellschaft:

a) Die Alternative zur *verstärkten Rentabilitätsorientierung,* die Investitionsförderung bei gleichzeitigem Sozialabbau betreibt und auf entsprechende Beschäftigungswirkungen nur spekulieren kann, ist die verstärkte *Beschäftigungs- und Bedarfsorientierung* in der Wirtschaftspolitik. Dazu gehören vor allem:
– die Steigerung der staatlichen Ausgaben vor allem in gesellschaftlichen Mangelbereichen. Das auf fünf Jahre angelegte 130 Mrd. DM-Programm, das wir bereits im vergangenen Jahr in Anlehnung an Überlegungen des DIW gefordert haben, ist – auch angesichts der allseits für 1980 vorausgesagten Wachstumsabschwächung – nach wie vor aktuell. Dabei sind sowohl die staatlichen Investitionen – wie z. B. beim sozialen Wohnungsbau, bei der Erschließung neuer Energiequellen, der Einführung neuer Wärmeversorgungs- sowie Umweltschutzanlagen sowie der Entwicklung neuer Technologien – als auch staatliche Personalausgaben vor allem im Sozialbereich – als Beispiel sei hier der untragbare Zustand der Psychiatrie in der Bundesrepublik genannt – drin-

gend erforderlich. Soweit die Ausgaben als Staatsaufträge an Privatunternehmen fließen, ist durch geeignete Auflagen und Kontrollen, an denen Gewerkschaften und Betriebsräte maßgeblich zu beteiligen sind, dafür zu sorgen, daß die beabsichtigten Beschäftigungs- und Produktionswirkungen nicht durch Rationalisierungen und/oder Preissteigerungen unterlaufen werden. Selektive Preiskontrollen spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben kann einerseits durch die Streichung beschäftigungspolitisch kaum wirksamer oder gesellschaftlich nutzloser Ausgaben – vor allem im Subventionsbereich – andererseits durch zusätzliche staatliche Neuverschuldung gewährleistet werden. Auch die Einschränkung von Rüstungsaufgaben und die sorgfältig geplante Umstellung von Kriegs- auf (arbeitsintensivere) Friedensproduktion im Rahmen einer unverändert erforderlichen, konsequenten Entspannungs- und Abrüstungspolitik kann zusätzliche Beschäftigung und Nachfrage schaffen. Zu den gegen neue Staatsverschuldung vorgebrachten, in der Regel dramatisierenden Einwänden, ist zu bemerken: Erstens ist die Staatsverschuldung in der BRD im internationalen Vergleich nicht überdurchschnittlich hoch; zweitens ist die oft behauptete Wirkung der Verhinderung privater Kapitalaufnahme eine spekulative, bisher noch nicht empirisch nachgewiesene Vermutung; drittens ist eine gelungene Ankurbelung von Produktion und Beschäftigung die beste Konsolidierungsstrategie und viertens kann man die Kostenbelastung der Schuldenaufnahme dadurch verringern, daß man durch eine Neuorganisation der Verschuldung entweder zinslose Kredite bei der Notenbank aufnimmt (und die Reservesätze der Kreditinstitute gleichzeitig heraufsetzt) oder den Geschäftsbanken diese besondere lukrative Gewinnquelle beschränkt: Sie könnten beispielsweise zur Übernahme von öffentlichen Schuldtiteln zu Höchstkonditionen veranlaßt werden.

– Eine versorgungsorientierte Wendung der Sozialpolitik; das heißt vor allem die sofortige Rückkehr zur Bruttolohnbezogenheit der Renten. Überlegungen zur Besteuerung von Renteneinkommen sowie zur Einführung eines Beitrages der Rentner zur Krankenversicherung sollten beiseitegelegt werden. Bei der Neuregelung der Hinterbliebenenversicherung ist zu verhindern, daß über diese Reform letztlich das Gesamtniveau der Altersversorgung gesenkt wird. Für die Zukunft ist vielmehr sicherzustellen, daß der von beiden Ehepartnern im Arbeitsleben erworbene Lebensstandard durch eine entsprechend hohe und dynamische Rente im Alter, und dies auch unterschiedslos für Mann und Frau im Hinterbliebenenfall, beibehalten werden kann. Die Neuregelung darf erwerbstätige Frauen nicht benachteiligen, vordringlich ist deshalb eine deutliche Erhöhung ihrer Versicherungszeiten und Anrechnungsbeträge (vor allem Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung, Ausgleich der Lohndiskriminierung). Eine Neuregelung muß überdies die sofortige Verbesserung der Situation jener Rentner herbeiführen, deren Einkommen noch unter den Sozialhilfesätzen liegen. Jede Rente sollte mindestens das Sozialhilfeniveau erreichen.

– Die Unterstützung von Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommenseinbußen als Mittel zur Steigerung der Beschäftigung und zur Humanisierung der Arbeit. Der Staat kann in diesem Bereich nicht nur die fällige Reform der Arbeitszeitverordnung von 1938 vorantreiben, er kann auch durch entsprechende Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst initiativ werden und ähnliche Regelungen in der Privatwirtschaft (durch seine Auflagenpolitik oder steuerlich) unterstützen. Die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen für den größeren Teil der Beschäftigten sowie die Verhinderung, daß ihre beabsichtigten Wirkungen von seiten der Unternehmen durch Rationalisierungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen unterlaufen werden, liegen allerdings eher im unmittelbaren Aktionsbereich der Gewerkschaften.

– Eine Unterstützung kräftiger Steigerungen der Löhne und Gehälter mit besonderem Akzent auf Verbesserungen für die unteren Lohngruppen. Hier ist es die Aufgabe staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Tarifpolitik der Gewerkschaften nicht entgegenzuwirken. Die Aussperrung ist zu verbieten. Weder als Arbeitgeber der Angestellten, Arbeiter und Beamten im öffentlichen Dienst noch als meinungsbeeinflussende Instanz dürfen sich staatliche Stellen das Argument der Unternehmer zu eigen machen, kräftige Einkommenssteigerungen seien schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig in der BRD diskutierten Einkommenssteigerungen: erstens schon zur bloßen Erhaltung des Lebensstandards und der Verteilungsposition der unselbständig Beschäftigten angesichts steigender Preise und Arbeitsproduktivität erforderlich sind; zur Wiedergewinnung der in der ersten Hälfte der 70er Jahre erreichten Verteilungsposition sind darüber hinaus zusätzliche einkommens- und

verteilungspolitische Anstrengungen notwendig; zweitens eine stabilisierende Wirkung auf das System der sozialen Sicherung haben, dessen Funktionsfähigkeit – wegen der hohen Finanzierungsanteile bei Renten, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung aus den Arbeitnehmereinkommen – stark von der Einkommensentwicklung abhängt; drittens durch eine Steigerung der privaten Konsumnachfrage eine stabilisierende Wirkung für Produktion und Beschäftigung ausüben.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die fast einhellig für 1980 prognostizierte Wachstumsabschwächung fast ebenso einhellig vor allem auf ein erwartetes Zurückbleiben des privaten Verbrauchs zurückgeführt wird, der bekanntlich vor allem aus Löhnen und Gehältern gespeist wird. Eine kräftige Anhebung der Arbeitnehmereinkommen könnte neben einer besseren Versorgung der Einkommensbezieher auch eine Gegentendenz gegen diesen erwarteten Einbruch der Nachfrage bewirken.

b) Unsere Alternative zu der beabsichtigten *Disziplinierung* der Gewerkschaften und der Gesellschaft ist die verstärkte *Demokratisierung* in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu gehören vor allem:

– die Abwehr aller Versuche von seiten der Unternehmen, aber auch staatlicher Stellen, die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften durch Einschränkung der Tarifautonomie einschließlich des Streikrechts, Einmischung in Tarifverhandlungen, z. B. durch Einbindung in konzertierte Aktionen, und Einschränkung von Mitbestimmungsrechten zu beschneiden;

– der Kampf gegen den von den Unternehmensverbänden aufgestellten Tabukatalog (über Arbeitszeitverkürzung, Wegfall der unteren Lohngruppen, Einfluß auf die Arbeitsorganisation usw. wird nicht verhandelt) und gegen die Unternehmensstrategie der Aussperrung;

– der Kampf für die Erweiterung von betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmungsrechten, insbesondere für die Ausweitung der betrieblichen Interessenvertretungsmöglichkeiten, z. B. durch Erweiterung des Kündigungsschutzes, durch eine fortschrittliche Reform des Mitbestimmungsgesetzes von 1976, durch Einführung von paritätisch besetzten regionalen, branchenmäßigen und gesamtwirtschaftlichen Planungsorganen;

– eine Stärkung der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsinstitutionen, die nicht zu Erfüllungsgehilfen und Finanzquellen staatlicher, von anderen Prioritäten als den der sozialen Sicherung und Versorgung bestimmten Wirtschaftspolitik gemacht werden dürfen;

– der Erhalt und die Ausweitung kommunaler Selbstverwaltung, die – ohne daß damit die Notwendigkeit zur Kooperation und Abstimmung in übergreifenden Dimensionen beseitigt werden kann – eine größere Autonomie über die Gestaltung der Bereiche, in denen dezentrale Regelungen möglich sind, erhalten sollen – u. a. durch eine Stärkung ihrer finanziellen Basis (Anhebung des Gemeindesteueranteils an der Einkommensteuer).

c) Die Alternative zu *Entstaatlichung und Privatisierung* einer zunehmenden Zahl von Beschäftigungs- und Lebenskrisen und zur Auslieferung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen an den privaten Profit und die marktbeherrschenden Unternehmen ist die weitgehende *Vergesellschaftung*. Damit ist eine bewußte Gestaltung aller Lebensbereiche gemeint, von denen die gesellschaftlichen und individuellen Entwicklungsmöglichkeiten entscheidend abhängen. Vergesellschaftung in diesem Sinne bedeutet etwas anderes als Verstaatlichung; sie bedeutet nicht die bürokratische Abschottung der Apparate gegenüber den Bürgern. Informations-, Diskussions- und Gestaltungsmöglichkeiten der Betroffenen müssen vielmehr auf allen Ebenen verbessert werden. Das schließt auch eine Dezentralisierung bestimmter Bereiche, wie z. B. eines Teils der sozialen Dienste ein, wobei durch entsprechende Finanzzuweisungen die Autonomie auch auf den unteren Ebenen materiell funktionsfähig gemacht werden muß. Weitergehende Vergesellschaftung heißt ferner die verstärkte Kontrolle des Einsatzes der technischen Entwicklung in der Produktion sowie in der Verwaltung. Ohne die Kontrolle – wie die Erfahrungen zeigen – werden die großen Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung zur Arbeitserleichterung und Arbeitsersparnis pervertiert zu Arbeitslosigkeit und bürokratischer Erfassungs- und Kontrollpraxis.

In gleicher Weise vordringliche Maßnahmen verlangt die fortschreitende Zerstörung der Umwelt. Gesellschaftliche Eingriffe beinhalten hier die Auseinandersetzung mit im allgemeinen privatwirtschaftlich organisierten Verursachern der Umweltzerstörung. Hierbei ist die schlechteste Lösung, entstandene Schäden, selbst wenn dies nach dem Verursacherprinzip geschieht, zu beheben. Die Politik muß vielmehr darauf ausgerichtet sein, diese Schäden von vornherein zu verhindern. Sichergestellt werden muß vor allem, daß die Produktionsverfahren sowie die Produkte durch – streng kontrollierte – Auflagen umweltschonend gestaltet werden. Gefahren, die von der unkontrollierten Anwendung des technischen Fortschritts oder Belastungen und Zerstörung der Umwelt ausgehen, können längerfristig nur dadurch vermieden werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung sich an einem neuen Entwicklungsmuster orientiert, das nicht primär an möglichst hohen Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes und der Verwertung des eingesetzten Kapitalstocks, sondern am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtet ist. Dieser ist in manchen Bereichen gar nicht, in anderen kaum durch das – monopolistisch beherrschte – Spiel von Angebot und Nachfrage festzustellen. Vergesellschaftung bedeutet dabei weder Verzicht auf Wachstum der materiellen Güterproduktion noch Verzicht auf Effizienz der eingesetzten Produktionsfaktoren; sie ist vielmehr ein angesichts der Fehlentwicklungen der monopolistischen Marktwirtschaft notwendiger Weg zur besseren Feststellung und Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse sowie eine präzisere Kalkulation der Mittel, die zur Gewährleistung einer sinnvollen wirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt werden müssen. Daß bei einer solchen Umorientierung auf einen neuen Wachstumstyp Konflikte vor allem mit dem Großkapital entstehen, kann kein Grund sein, auf die Umorientierung zu verzichten. Angesichts der zu erwartenden harten Auseinandersetzungen muß die Forderung nach Vergesellschaftung von Schlüsselbereichen konkretisiert in die öffentliche Diskussion gebracht und entsprechende Durchsetzungskonzepte entwickelt werden. Dadurch können für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung bedeutsame Bereiche unmittelbar in gesellschaftliche Regie übernommen werden.

d) Eine alternative, auf Vollbeschäftigung orientierte Wirtschaftspolitik schafft Voraussetzungen auch für außenwirtschaftliche Alternativen. An die Stelle des perspektivlosen Versuchs, binnenwirtschaftliche Absatz- und Strukturprobleme durch Waren- und Kapitalexport zu lösen, an die Stelle einer rücksichtslosen Expansion auf Kosten anderer Länder in Westeuropa und der 3. Welt können neue Formen einer internationalen Kooperation treten. Ein Schritt in diese Richtung sind langfristige Lieferverträge zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten, die den Welthandel teilweise der Kontrolle der multinationalen Konzerne entziehen:

– So hat der Iran beispielsweise angeboten, Erdöllieferungen über direkte staatliche Verträge abzuwickeln unter Ausschaltung der internationalen Konzerne. Eine solche Politik könnte die Preispolitik der Ölkonzerne vereiteln helfen.

– So zeigen Warenabkommen mit den osteuropäischen Staaten, daß eine solche Kooperation, selbst bei Beteiligung internationaler Konzerne, möglich und vorteilhaft ist.

Über langfristige Lieferverträge können einerseits die Exporterlöse der Entwicklungsländer verstetigt und damit die teilweise Finanzierung des jeweils gewählten Entwicklungsweges gesichert werden. Andererseits kommen solche Verträge auch den Versorgungsinteressen der Bundesrepublik entgegen. Damit die Entwicklungsländer als schwächere Vertragspartner tatsächlich Nutzen aus solchen Abkommen ziehen, müssen sie neben angemessenen Preisen die volle Verfügungsgewalt über ihre nationalen Ressourcen erhalten und autonom über die Struktur ihrer Exporte entscheiden können.

Eine solche Politik langfristiger Mengenverträge auf Basis gegenseitiger Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzens ist angesichts der unverblümten Drohung, Rohstoffinteressen notfalls auch mit militärischer Gewalt sichern zu wollen, ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung des Friedens.

Auch der Kapitalexport sollte auf seine binnenwirtschaftlichen Wirkungen für die Beschäftigung wie auf seine Wirkungen in den Empfängerländern hin kontrolliert werden, wobei wünschenswerte Kapitaltransfers durch Abkommen zwischen den Regierungen gefördert werden können und solche, die ohne Berücksichtigung der Beschäftigungs-, Versorgungs- und Entwicklungsinteressen der beteiligten Länder ausschließlich zur Maximierung der Unternehmensrentabilität geplant sind, zu verhindern sind.

Dieses Memorandum unterzeichneten bis Anfang Mai 1980:

Udo Achten, Gewerkschaftssekretär, Sprockhövel – Helmut Ahrens, Gewerkschaftssekretär, München – Prof. Dr. Detlev Albers, Universität Bremen – Prof. Dr. Ulrich Albrecht, FU Berlin – Prof. Dr. Elmar Altvater, FU Berlin – Norbert Aust, Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg – Prof. Dr. Hans-Georg Conert, Universität Bremen – Siegfried Backes, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Berlin – Manfred Balder, Gewerkschaftssekretär, Wiesbaden – Prof. Dr. Hans-Dieter Bamberg, FHSS Berlin – Dozent Karl Marten Barfuß, Hochschule für Wirtschaft (HfW) Bremen – Elisabeth Becker-Töpfer, Gewerkschaftssekretärin, Düsseldorf – Volker Benecke, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Georg Benz, Gewerkschaftssekretär, IG Metall, Frankfurt – Peter Berkessel, Wissenschaftlicher Angestellter, Düsseldorf – Ulrich Bernath, Wissenschaftlicher Angestellter, Oldenburg – Norbert Birkwald, Gewerkschaftssekretär, Frankfurt – Dr. Joachim Bischoff, Hamburg – Reinhard Bispinck, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Lothar Bittner, Berlin – Norbert Böker, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Dr. Hermann Bömer, Akademischer Rat, Dortmund – Manfred Böttcher, Gewerkschaftssekretär – Dr. Gerhard Bosch, Universität Bielefeld – Dr. Wolfgang Brandes, GHS Paderborn – Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Rektor der FHSS Berlin – Peter Brenner, Gewerkschaftssekretär, Hannover – Ulrich Briefs, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Rainer Brötz, Wissenschaftlicher Angestellter, Universität Bielefeld – Dr. Gerhard Brosius, Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) Hamburg – Anne Brüssar, Gewerkschaftssekretärin, Düsseldorf – Klaus Busch, Gewerkschaftssekretär, Hannover – Christoph Butterwege, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bremen, – Uwe Christensen, Gewerkschaftssekretär, Nienburg – Prof. Dr. Klaus Dammann, Universität Bielefeld – Prof. Dr. Dankwart Danckwerts, GHS Duisburg – Ottwald Demele, Wissenschaftlicher Assistent, FU Berlin – Prof. Dr. Frank Deppe, Universität Marburg – Käte Dinnebier, Gewerkschaftssekretärin, Marburg – Dr. Rainer Dombois, Universität Bremen – Reinhard Dolerchai, Hannover – Günter Domke, Gewerkschaftssekretär, Hamm – Prof. Dr. Klaus Dorner, TH Aachen , Andreas Drinkuth, Gewerkschaftssekretär – Hasso Düvel, Gewerkschaftssekretär, Hannover – Ulrike Düwel, Gewerkschaftssekretärin, Sprockhövel – Dieter Eberhard, HWP Hamburg – Horst Eckert, Universität Giessen – Bertin Eichler, Gewerkschaftssekretär, Amberg – Alexander Eickelpasch, Wissenschaftlicher Angestellter, Berlin – Joachim Eisbach, Wissenschaftlicher Assistent, Universität Bielefeld – Detlef Ehrig, Universität Bremen – Dr. Wolfram Elsner, Universität Bielefeld – Prof. Dr. Günter Faltin, Freie Universität Berlin, Dozent Dr. Helmut Fangmann, HfW Bremen – Gisela Finke, Schwabach – Günter Finke, Wissenschaftlicher Angestellter, Universität Köln – Prof. Dr. Wolfgang Chr. Fischer, Universität Bremen – Reiner Flussig, Wissenschaftlicher Angestellter, Berlin – Johann Frerichs, Wissenschaftlicher Angesteller, Universität Köln – Prof. Dr. Klaus Fritzsche, Universität Giessen – Dr. Sabine Gensior, Wissenschaftliche Angestelite, Berlin – Gerhard Gerlach, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Prof. Dr. Gottfried Giese, Flakenholz – Dietmar Glaßer, Gewerkschaftssekretär, IG Druck und Papier, Darmstadt – Norbert Glassmann, Gewerkschaftssekretär, Dortmund – Jürgen Glaubitz, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Dieter Görs, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Dozent Dr. Werner Goldschmidt, HWP Hamburg – Jutta Grabe, Universität Giessen – Dr. Gilberto Granados, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TH Aachen – Herbert Grimm, Studienreferendar, Hamm – Edith Großpietsch, Gewerkschaftssekretär, Sprockhövel – Rainer Grothusen, Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) Berlin – Dr. Bernd Güther, Wissenschaftlicher Angestellter, Universität München – Wilfried Haarstrick, Gewerkschaftssekretär, Nürnberg – Dr. Thomas Hagelstange, Wissenschaftlicher Assistent, GHS Duisburg – Detlev Hase, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Berlin – Klaus Haßler, Wissenschaftlicher Angestellter, Pohlheim – Dr. Peter Hauschild, Gewerkschaftssekretär, Hamburg – Ingolf Hansen, Gewerkschaftssekretär, Frankfurt – Prof. Dr. Ingomar Hauchler, HfW Bremen – Rolf Haucke, Gewerkschaftssekretär, Landshut – Dr. Friedrich Heckmann, Wissenschaftlicher Angestellter, Nürnberg – Gottfried Heil, Gewerkschaftssekretär, Flörsheim – Thorston Heinsohn, Gewerkschaftsssekretär, München – Willi Hemer, Ausbildungsleiter, Gablingen – Harold Henke, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Detlev Hensche, Gewerkschaftssekretär, IG Druck und Papier, Stuttgart – Dr. Heiner Heseler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Bremen – Prof. Dr. Rudolf Hickel, Universität Bremen – Karlhein Hiesinger, Gewerkschaftssekretär, IG Metall Augsburg – Paul Rainer Hild, Wissenschaftlicher Angestellter, Universität Köln – Nico Hintloglou, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Klaus Hofemann, Wissenschaftlicher Assistent, Universität Köln – Dr. Jürgen Hoffmann, FU Berlin – Johannes Hofmann, Assistent, TU Berlin – Dieter Hooge, Gewerkschaftssekretär, Frankfurt – Axel Horstmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Bielefeld – Jutta Hosfeld-Gruber, Wissenschaftlicher Assistent, FU Berlin – Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Universität Bremen – Gerd Huhn, Gewerkschaftssekretär – Prof. Dr. Sönke Hundt-Heyer, HfW Bremen – Dr. Ernst-Ulrich Huster, Universität Giessen – Ulrich Huttenlocher, Gewerkschaftssekretär, GHK Oberursel – Horst Ihssen, Seelze – Prof. Dr. Hans Immler, GHS Kassel – Dr. Dirk Ipsen, Dozent, Universität Osnabrück – Norbert Irsch, Wissenschaftlicher Angestellter, RWTH Aachen – Erich Jöger, Gewerkschaftssekretär, Duisburg – Rainer Jäkel, Gewerkschaftssekretär, Bochum – Marion Jansen, Gewerkschaftssekretärin, Duisburg – Reinhard Janz, Abteilung Bildung, Arbeiterkammer Bremen – Christoph Jetter, Gewerkschaftssekretär, Darmstadt – Kurt Johannson, Gewerkschaftssekretär, IG Metall Frankfurt – Gunda Jortzig, Wissenschaftlicher Assistent, Universität Giessen – Michaela Judisch, Gewerkschaftssekretär, Landshut – Jürgen Jürgens, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Dr. Wolfgang Jungk, Wissen-

schaftlicher Mitarbeiter, Universität Bamberg – Prof. Dr. Gerhard Kade, Berlin – Prof. Dr. Ulf Kadritzke, FHW Berlin – Ferdinand Kamering, IG Druck und Papier, Bremen – Ullrich Kaminski, FHW Berlin – Prof. Dr. Siegfried Katterle, Universität Bielefeld – Dr. Robert Katzenstein, Berlin – Andreas Keil, Lölbe – Ernst Kersting, Gewerkschaftssekretär, Grebenstein – Gerhard Keuchel, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Christa Kiehn, Gewerkschaftssekretärin, Düsseldorf – Reinhard Kiel, Gewerkschaftssekretär, IG Metall, Frankfurt – Angelika Kiewel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Köln – Prof. Dr. Klaus Peter Kisker, FU Berlin – Gunnar Klapp, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Horst Klaus, Gewerkschaftssekretär, IG Metall, Nürnberg – Hans Klinker, Wissenschaftlicher Angestellter, Lohr – Dr. Tassilo Knauf, Wissenschaftlicher Assistent, Universität Bielefeld – Prof. Dr. Erwin Knauss, FHS Giessen – Prof. Dr. Rainer Knigge, FHW Berlin – Helmut Knoch, Gewerkschaftssekretär, Remscheid – Jürgen Knoche, Gewerkschaftssekretär, Hagen – Dr. Dieter Koch, Wissenschaftlicher Angestellter, Hamburg – Paul Köhler, Gewerkschaftssekretär, Giesen – Norbert Koesling, Gewerkschaftssekretär, Essen – Prof. Dr. Dietrich W. Köppen, GHS Essen – Sybille Koeppler, Nürnberg – Dr. Heribert Kohl, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Norbert Koprek, Gewerkschaftssekretär, Essen – Prof. Dr. Norbert Koubek, GHS Wuppertal – Jürgen Krack, Dozent, Springe – Michael Krätke, Wissenschaftlicher Assistent, Universität Bielefeld – Prof. Dr. Karl Krahn, Universität Bielefeld – Jutta Krellmann, HWP Hamburg – Hans Jürgen Kröger, Abteilung Wirtschaft, Arbeiterkammer Bremen – Siegfried Krupke, Gewerkschaftssekretär, Sprockhövel – Dr. Knut Krusewitz, Wissenschaftlicher Assistent, TU Berlin – Prof. Dr. Hans Jürgen Krysmanski, Universität Münster – Siegfried Kubiak, Gewerkschaftssekretär, München – Prof. Dr. Herbert Kubicek, Universität Trier – Werner Kubitza, Gewerkschaftssekretär, Lahstedt – Dr. Hagen Kühn, Wissenschaftlicher Angestellter, Berlin – Jürgen Küntzler, Wissenschaftlicher Assistent, Universität Osnabrück – Hinrich Kuhls, Universität Köln – Horst Kyhnast, Gewerkschaftssekretär, GHK Frankfurt – Horst Lamb, Sozialsekretär, Essen – Gilberte Lebien-Schachner, Gewerkschaftssekretär, Raubling – Wolfgang Lecher, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Heinz Lehmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU-Berlin – Frank Leidig, Gewerkschaftssekretär, Regensburg – Prof. Dr. Gerhard Leithäuser, Universität Bremen – Prof. Dr. Dieter Leuthold, Konrektor, HfW Bremen – Gerd Lobodda, Gewerkschaftssekretär, IG Metall, Nürnberg – Walter Löchte, Gewerkschaftssekretär, Herdecke – Günter Lorenz, Gewerkschaftssekretär, Ulm – Heidrun Lotz, Referentin, Düsseldorf – Ralph Lüdtke, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Harald Lührmann, Universität Giessen – Prof. Dr. Günter Ludewig, FHW Berlin – Friederike Maier, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Berlin – Peter Macharch, Gewerkschaftssekretär, Göttingen – Christel Mathes, Offenbach – Horst Mathes, Gewerkschaftssekretär, Dortmund – Prof. Dr. Harald Mattfeld, HWP Hamburg – Horst Maylandt, Gewerkschaftssekretär, Sprockhövel – Wolfgang Mazureck, Gewerkschaftssekretär, Frankfurt – Erwin Meier, Berlin – Dr. Horst Meixner, Wissenschaftlicher Angestellter, Universität Frankfurt – Hans Gerhard Mendius, Wissenschaftlicher Assistent, München – Ulrike Mertes, Wissenschaftliche Referentin, Düsseldorf – Dr. Regine Meyer, Gewerkschaftssekretärin, IG Metall, Frankfurt – Prof. Dr. Ronald Mönch, Rektor der HfW Bremen – Margret Mönig, Gewerkschaftssekretärin, Düsseldorf – Hans Moll, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Manfred Müller, Gewerkschaftssekretär, Berlin – Charles Mündler, Gewerkschaftssekretär, Berlin – Prof. Dr. Gerhard Munzel, HfW Bremen – Manfred Muster, Gewerkschaftssekretär, Frankfurt – Werner Neugebauer, IG Metall, Landshut – Burghardt Neumann, Gewerkschaftssekretär, HBV Dortmund – Prof. Dr. Franz Neumann, Universität Giessen – Horst Neumann, Gewerkschaftssekretär, IG Metall, Frankfurt – Karl Neumann, Gewerkschaftssekretär, Springe – Reino v. Neumann-Cosel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, HWP Hamburg – Prof. Dr. Christel Neusüß, FHW Berlin – Gerd Nickel, Gewerkschaftssekretär, Fürth – Dr. Klaus Novy, Wissenschaftlicher Assistent, TH Aachen – Prof. Dr. Jürgen Nowak, FHSS Berlin – Robert Nuber, IG Metall, Offenbach – Barbara Oehmichen, Gewerkschaftssekretär, Haben – Dr. Erich Ott, Wissenschaftlicher Angestellter, Universität Bielefeld – Peter Ott, Wissenschaftlicher Assistent, Universität Bielefeld – Holger Paetow, Wissenschaftlicher Angestellter, HWP Hamburg – Joachim Paulke, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Detlev Perner, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Prof. Dr. Peter Peschel, GHS Essen – Berndt Petri, Gewerkschaftssekretär, Bochum – Prof. Dr. Wolfgang Pfaffenberger, Universität Oldenburg – Werner Pfennig, Gewerkschaftssekretär, IG Druck und Papier, Stuttgart – Michael Ernst Pörksen, Wissenschaftlicher Assistent, TU Berlin – Jan Priewe, Wissenschaftlicher Assistent, Universität Bielefeld – Karl Proll, IG Metall Offenbach – Peter Raane, Gewerkschaftssekretär, Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Düsseldorf – Wolfgang Räschke, HWP Hamburg – Prof. Dr. Bernd Rahmann, GHS Paderborn – Birgit von Randow, Hamburg – Prof. Dr. Winfried Raske, FHSS Berlin – Sepp Rauch, Gewerkschaftssekretär, München – Jürgen Reckel, Berlin – Ulla Regenhard, Wissenschaftliche Angestellte, Berlin – Horst Richter, Gewerkschaftssekretär, IG Metall, Frankfurt – Godela Rilling-Linde, Gewerkschaftssekretärin, Marburg – Volker Röske, Wissenschaftlicher Angestellter, GHS Kassel, Johann Rösch, Gewerkschaftssekretär, Nürnberg – Joachim Röver, Gewerkschaftssekretär, Mülheim – Prof. Dr. Ulrich Rohr, HfW Berlin – Bernhard Roth, Universität Marburg – Karin Roth, Gewerkschaftssekretärin, Nauheim – Hajo Rübsan, Gewerkschaftssekretär, Marburg – Rudi Rupp, Wissenschaftlicher Assistent, TU Berlin – Elfriede Rupprecht, Universität Giessen – Hans Joachim Rzaza, Gewerkschaftssekretär, Bochum – Prof. Dr. Horst Sackstetter, FHW Pforzheim – Dirk Sassenroth, Gewerkschaftssekretär – Karlo Sattler, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Folkert Sauer, Universität Giessen – Dr. Czeslaw Sawicki, Wissenschaftlicher Assistent, Universität Bielefeld – Peter Schaaf, Gewerkschaftssekretär, IG Metall, Frankfurt – Dr. Henning Schirmer, Nürnberg – Horst Schardt, Gewerkschaftssekretär, GHK Essen – Walter Schlottan, Wissenschaftlicher Assistent, FU Berlin – Fritz Schmalzbauer, Gewerkschaftssekretär, Lauf – Detlev Schmidt, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Wolfgang Schmidt, Berlin – Gottfried Schneider, Gewerkschaftssekretär, Nürnberg – Monika Schneidereit, Wissenschaftliche Angestellte, Hagen – Ernst-Dietrich Scholz, Berlin – Ass. Prof. Dr. Herbert

Schui, Universität Bremen – Hartmut Schulz, Gewerkschaftssekretär, Hannover – Dr. Rainer Schultz-Wild, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität München – Arne Schumacher, Gewerkschaftssekretär, Bochum – Hans-Jürgen Schumacher, Gewerkschaftssekretär – Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann, HfW Bremen – Horst Schwieder, Gewerkschaftssekretär, Wuppertal – Helga Schwitzer, Dortmund – Reinhard Schwitzer, Gewerkschaftssekretär, Hannover – Dieter Seitz, Nürnberg – Gert Söhnlein, Gewerkschaftssekretär, Nürnberg – Dr. Reinhold Spieker, Dozent, Universität Hamburg – Brigitte Stahn-Willig, Wissenschaftliche Referentin, Düsseldorf – Hartmut Stinton, Wissenschaftlicher Angestellter, Klagenfurt – Joachim Stöber, Gewerkschaftssekretär, Köln – Edgar Stoll, Diplomkaufmann, Berlin – Dr. Gerlinde Strauss-Fehlberg, Gewerkschaftssekretärin, IG Metall, Frankfurt – Hans-Georg Stritter, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Prof. Dr. György Széll, Gewerkschaftssekretär, Universität Osnabrück – August Tepper, Diplom-Politologe, Berlin – Dusan Tesic, Wissenschaftlicher Assistent, FU Berlin – Antje Tewes, Gewerkschaftssekretär, Sprockhövel – Helmut Thiel, Gewerkschaftssekretär, Bremen – Prof. Dr. Willi Timmermann, HfW Bremen – Barbara Tödt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, FU Berlin – Oswald Todtenberg, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Dr. Hartmut Tofaute, Düsseldorf – Guido Tolksdorf, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Bielefeld – Rudolf Topfstedt-Lohaus, Gewerkschaftssekretär, Marburg – Gudrun Trautwein-Kalms, Wissenschaftliche Referentin, Düsseldorf – Werner von Treeck, Wissenschaftlicher Angestellter, GHS Kassel – Axel Troost, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Marburg – Prof. Dr. Edgar Uherek, Rektor der FHW Berlin – Cornelia Ulber, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Köln – Manfred Ulrich, Gewerkschaftssekretär, Dortmund – Hermann Unterhinninghofen, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Ernst Urban, Gewerkschaftssekretär, Kamen/Düsseldorf – Dieter Vesper, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Berlin – Robert von Virag, Flensburg – Willi Völlmecke, IG Metall, Dortmund – Gert Volkmann, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Dr. Rainer Volkmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter HWP Hamburg – Manfred Wachmann, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Prof. Dr. Hartmut Wächter, Universität Trier – Rolf Wagner, Gewerkschaftssekretär – Wilhelm Warner, Hannover – Günter Waschkuh, Gewerkschaftssekretär, Berlin – Ulrich Weber, Wissenschaftlicher Assistent, Lünen – Marianne Weg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Giessen – Dr. Gerhard Weiß, Universität Bielefeld – Walter Weller, Gewerkschaftssekretär, Dortmund – Ulrike Wendeling-Schröder, Wissenschaftliche Referentin, Düsseldorf – Wolf-Dieter Wieczorek, Gewerkschaftssekretär – Rainer Wiegand, Gewerkschaftssekretär, Hannover – Franziska Wiethold, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Axel Wilsner, Gewerkschaftssekretär – Prof. Dr. Eckehard Wohlfahrt, HfW Bremen – Dr. Frieder Wolf, Wissenschaftlicher Privatdozent, Berlin – Dr. Herbert Wulf, Universität Hamburg – Bernhard Wuri, Gewerkschaftssekretär, Hofheim – Beatrix Wuppermann, Diplom-Volkswirtin, Berlin – Dr. Ulrich Zachert, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Hans-Dieter Zech, Wissenschaftlicher Angestellter, Universität Bielefeld – Prof. Dr. Lothar Zechlin, HWP Hamburg – Prof. Dr. Axel Zerdick, FHW Berlin – Dr. Heinz Zielinski, Universität Giessen – Prof. Dr. Karl Georg Zinn, TH Aachen, Erna Zmuda-Schamper, Gewerkschaftssekretärin, Düsseldorf – Werner Zmuda, Gewerkschaftssekretär, Dortmund – Bruno Zwingmann, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf – Gerd Bäcker, Wissenschaftlicher Referent, Düsseldorf.

Kontaktadresse: Rudolf Hickel, Postfach 3 304 40, Universität Bremen, 2800 Bremen

„Die militaristischen Ambitionen der BRD sind eine Gefahr für die ganze Welt" – Artikel der sowjetischen Presseagentur „Nowosti" vom 28. April 1980

(Wortlaut)

Nachstehend dokumentieren wir den Wortlaut eines von Wladimir Katin, politischer Beobachter bei der sowjetischen Presseagentur „Nowosti", gezeichneten Pressekommentars, der am 28. April 1980 in der Bundesrepublik verbreitet wurde und bei Regierung und Öffentlichkeit erhebliches Aufsehen erregt hat. D. Red.

Es naht der 35. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus, der den Völkern der Welt, insbesondere den Völkern Europas, Kriege und unzählige Leiden gebracht hat. Dieses Datum gibt einen natürlichen Anlaß, zu ermahnen: Eine Wiedergeburt des Militarismus in Westdeutschland darf nicht zugelassen werden.

Es gibt jedoch eine Menge besorgniserregende Anzeichen, die erkennen lassen, daß die BRD heute gerade in diese Richtung geht – das Niveau der Militarisierung des Landes hat einen bedrohlichen Charakter angenommen und der politische Kurs der Regierung fördert bei weitem nicht die Entspannung. Eher umgekehrt. Daher wurde auch die Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee, sich der Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau zu enthalten, in der Sowjetunion als eine ausgesprochen politische Entscheidung und als ein unfreundlicher Akt aufgenommen.

Die BRD hat seinerzeit einen wesentlichen Beitrag zur Durchsetzung der Entspannungsprinzipien in den Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen geleistet. Heute erfolgt nicht eine Abkehr von diesen Prinzipien schlechthin, nein, sie werden vom Militarismus mit Füßen getreten. Es war Bonn, das als Hauptinitiator der NATO-Entscheidung über die Stationierung neuer Arten amerikanischer Raketen-Kernwaffen in Westeuropa, vor allem in der BRD selbst, auftrat. Damit wurde eine direkte Aktion zur Blockierung der militärischen Entspannung in Europa verübt, was das Klima des politischen Vertrauens zwischen der BRD und den Ländern des sozialistischen Lagers ernsthaft getrübt hat.

Was die Lippenbekenntnisse der Führer der BRD zur Politik der Entspannung betrifft, die sie immer wieder ablegen, so meint man in Moskau, daß es darin mehr Scheinbares als Wirkliches, mehr zur Schau gestelltes als Aufrichtiges gibt.

Für eine solche Meinung gibt es allen Grund. Zunächst einmal sind in der BRD bereits rund 6000 Atomraketen und -bomben untergebracht. Berücksichtigt man, daß sie sich gegen die Sowjetunion richten, so wird es klar, daß das Territorium der BRD nach dem Willen ihrer Führer praktisch zu einer Zielscheibe für den Gegenschlag im Falle eines Konflikts geworden ist. Denn die Sowjetunion wird ihre Sicherheit und die Sicherheit ihrer Verbündeten zu gewährleisten wissen.

Nicht zu vergessen ist auch, daß es in Westdeutschland Kräfte, Menschen, ja ganze Organisationen gibt, die sich ebenso wie vor einem halben Jahrhundert mit Plänen tragen, sich die Nachbarstaaten zu unterwerfen, Europa umzuverteilen und in den erdölfördernden Ländern festen Fuß zu fassen. Werden sich diese Länder vor eventuellen Ambitionen des Militärklüngels der BRD schützen können?

Das Außenministerium der DDR meint z. B., daß der Beschluß des NATO-Rates über die Produktion und Stationierung neuer strategischer Raketen in Westeuropa eine Kriegsgefahr auch für den Nahen Osten heraufbeschwöre. In der DDR zieht man die Schlußfolgerung, daß diese Raketen unmittelbar gegen Ziele im Nahen Osten gerichtet werden können.

Kennzeichnend ist auch ein solches vollkommen neues Element in den militaristischen Bestrebungen Bonns: In nächster Zeit werden ganze Verbände von Schiffen der Seestreitkräfte Westdeutschlands selbständig im Atlantik und im Mittelmeer kreuzen. Dort sah man aber keine deutschen Kriegsschiffe seit der Zeit, da die hitlersche Kriegsmarine zu existieren aufgehört hatte . . .

Mehr noch. Einer der Führer der CDU, Alfred Dregger, schlug vor, den Wirkungsbereich der NATO, und folglich auch der Bundeswehr, auf den Raum des Persischen Golfs auszudehnen. So weit reichen also die militaristischen Ambitionen Bonns.

All das zeugt davon, daß die einflußreichen Kreise in der BRD, die sich seit langem schon mit dem Gedanken tragen, die alte Überseepolitik des Reichs wieder zu beleben, heute schon beginnen, sie nach und nach zu realisieren.

Die Kriegsmaschine der BRD läuft immer schneller

Warum rückt der Militarismus in der BRD gerade jetzt so eindeutig, unverkennbar, ja sogar gebieterisch in den Vordergrund?

Allem Anschein nach deshalb, weil gewisse Bedingungen entstanden sind. Der Verteidigungsminister Hans Apel erklärt das lakonisch, aber vielsagend daraus, daß die Bundeswehr gut bewaffnet sei und einen Vergleich mit einer beliebigen NATO-Armee aushalten würde.

So erwächst aus der ökonomischen Hegemonie der BRD in Westeuropa, die bereits zu einer vollendeten Tatsache geworden ist, militärische Hegemonie. Ruft sie nicht ebenfalls bestimmte Assoziationen und Analogien hervor?

In Bonn brüstet man sich heute lauthals damit, daß auf die BRD 30 Prozent der NATO-Jäger und 50 Prozent der Landstreitkräfte des Blocks in Mitteleuropa entfallen, daß die westdeutsche Armee aus 500 000 gut ausgebildeten Soldaten besteht. Da drängt sich geradezu die Frage auf: In welcher Zeit leben wir denn – in einer friedlichen oder rücken wir einer Kriegszeit immer näher?

Dazu ist noch hinzuzufügen, daß ein Löwenanteil der 572 neuen Raketen, die die USA in Westeuropa unterzubringen gedenken, für die BRD gedacht ist. Übrigens führen im NATO-Stab für Kernplanung hauptsächlich die westdeutschen Offiziere das große Wort . . .

Sie lechzt aber danach und hat schon mehr Kernwaffen auf ihrem Territorium als andere Länder Westeuropas. Sind das keine besorgniserregenden Symptome? Über die in der BRD stationierten Kernwaffen verfügen scheinbar die Amerikaner. Gewisse Kräfte arbeiten aber hartnäckig darauf hin, Zugang dazu zu bekommen, und sie sind schon recht nahe am Ziel.

Für gewisse Kreise der BRD ist es kein Selbstzweck, sich den kernwaffenbesitzenden Mächten einzureihen. Man muß sich in der Geschichte und der Natur des deutschen Militarismus auskennen, der zwei Weltkriege entfesselt hat. Das, was heute in der BRD vor sich geht: Das nie dagewesene Anwachsen der Rüstungsausgaben, die Eskalation der Armee, ihre Ausrüstung mit Offensivwaffen und Technik, die Verlängerung der Zeit des aktiven Dienstes für Einberufene, Schürung der Kriegspsychose – all das sind alles andere als harmlose Erscheinungen. Sie zeugen davon, daß die BRD unter ihren Partnern bereits auch in militärischer Hinsicht führend geworden ist. Aber weder Frankreich, noch Holland oder Belgien, ja kein einziges Land des Kontinents und auch außerhalb ist an einer derart ungestümen Eskalation der Militärmacht der BRD interessiert. Eine vollendete Tatsache liegt jedoch vor. Hitlerdeutschland ist seinerzeit mit Hilfe der europäischen Bankiers und Industriellen zum ersten und stärksten Land in Europa geworden. Und wir hoffen, daß niemand vergessen hat, wozu das geführt hat.

Bonn versucht offensichtlich, von der Rolle des Verfechters des militärischen Kurses der USA in Europa zu selbständigeren Handlungen überzugehen. Jedenfalls gibt die Rolle der ersten Geige in dem von den USA dirigierten NATO-Orchester der BRD das Recht, in ihrem Interesse vorzugehen und den Blockpartnern Kommandos zu erteilen, die widerspruchslos auszuführen sind.

So nimmt der Militarismus in der BRD Umrisse an, die jenen sehr ähnlich sind, welche in der nicht weit zurückliegenden Vergangenheit Europa in die Tragödie des Jahrhunderts gestürzt haben. Nein, die Verbündeten im Krieg, alle Völker der Welt wollten vor 35 Jahren Westdeutschland nicht so sehen. Darüber muß man sich wohl heute, solange es noch nicht zu spät ist, ernsthafte Gedanken machen.

Dokumente zur Auseinandersetzung um die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1980 in Moskau

Nach der unter dem Druck der Regierung Carter zustandegekommenen Entscheidung des amerikanischen Nationalen Olympischen Komitees, die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren, sprach sich auch die Bundesregierung in einer Empfehlung an das NOK der Bundesrepublik offiziell gegen die Entsendung bundesdeutscher Sportler aus. Mit dieser deutlichen Geste zugunsten einer in zunehmendem Maße unberechenbaren amerikanischen Außenpolitik stellt die Bundesregierung die Erhaltung der weltweiten olympischen Bewegung und den Sportverkehr mit der

Sowjetunion in Frage; sie erschwert zugleich Erhalt und Ausbau der wirtschafts- und kulturpolitischen Verbindungen, die in den zurückliegenden Jahren geknüpft werden konnten und längst zu einem wesentlichen Bestandteil der Entspannungspolitik geworden sind.
Wir dokumentieren im folgenden die erwähnten Erklärungen sowie die Reaktion betroffener Sportler und Bürger – soweit sie bis Ende April vorlagen – und verweisen zudem auf den im Februarheft 1980 der „Blätter" veröffentlichten Aufsatz von Sven Güldenpfennig: „Olympische Spiele 1980 in Moskau. Sportpolitik als Schauplatz der internationalen Auseinandersetzungen."
D. Red.

Resolution des Olympischen Komitees der USA zu den Spielen in Moskau vom 12. April 1980 (Wortlaut)

Mit Rücksicht darauf, daß das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Olympischen Sommerspiele 1980 nach Moskau, Union der Sozialstischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion), vergeben hat; und

mit Rücksicht darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika das Olympische Komitee der Vereinigten Staaten (USOC) gedrängt hat, dem IOC vorzuschlagen, die Sommerspiele 1980 in Moskau zu verschieben, zu verlegen oder abzusagen; und

mit Rücksicht darauf, daß der Präsident des USOC die Forderung des Präsidenten der Vereinigten Staaten dem Exekutiv-Ausschuß des IOC in Lake Placid, New York, vorlegte, der diese Forderung am 12. Februar 1980 ablehnte; und

mit Rücksicht darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mit Brief vom 15. Februar 1980 erklärte, „Es ist meine Entscheidung, daß die Vereinigten Staaten, wenn die sowjetischen Truppen bis zum 20. Februar 1980 nicht vollständig aus Afghanistan abgezogen sind, keine Mannschaft zu den Spielen entsenden sollten"; und

mit Rücksicht darauf, daß die Streitkräfte der Sowjetunion sich bis zu diesem Datum nicht aus Afghanistan zurückgezogen und nicht mit dem Abzug begonnen haben; und

mit Rücksicht darauf, daß das USOC feststellt, daß bestimmte US Amateursportler schon Plätze für die Olympiamannschaft 1980 errungen haben und weitere Sportler angestrengt trainiert haben, um sich um Plätze in der Mannschaft 1980 zu bewerben, und das USOC seine Verantwortung gegenüber den Amerikanern erfüllen möchte, die das USOC und die betreffenden Sportler unterstützt und Mannschaften für die Olympischen und die Panamerikanischen Spiele vorbereitet, ausgewählt und angemeldet haben; und

mit Rücksicht darauf, daß das USOC bis zum 24. Mai die Anmeldung für die Olympischen Sommerspiele 1980 vornehmen muß,

hat das Olympische Komitee der Vereinigten Staaten deshalb jetzt nach ausführlichen Diskussionen der Delegiertenversammlung, zusammengetreten an diesem 12. April 1980,

beschlossen, weil der Präsident der Vereinigten Staaten dem Olympischen Komitee der Vereinigten Staaten mitgeteilt hat, daß im Hinblick auf die internationalen Ereignisse die nationale Sicherheit des Landes in Gefahr ist, zu entscheiden, keine Mannschaft zu den Olympischen Sommerspielen 1980 nach Moskau zu entsenden, aber die Olympiamannschaft der USA in der üblichen Weise auszuwählen, um die Sportler, die als Olympioniken trainiert worden sind, anzuerkennen, und

weiterhin beschlossen, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten dem Olympischen Komitee der Vereinigten Staaten am 20. Mai 1980 oder vorher mitteilt, daß die internationalen Vorgänge wieder mit den nationalen Interessen vereinbar sind und die nationale Sicherheit nicht länger gefährdet ist, seine Sportler für die Sommerspiele 1980 anzumelden.

Beschluß der Bundesregierung über eine Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik Deutschland

1. Die Bundesregierung empfiehlt dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland, keine Mannschaft oder einzelne Sportler zu den Olympischen Sommerspielen 1980 in Moskau und Tallinn zu entsenden. In Übereinstimmung mit der Gemeinsamen Presseerklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und des Bundeskanzlers vom 5. März 1980 hält sie eine Teilnahme deutscher Sportler an den Olympischen Sommerspielen 1980 nicht für angebracht, solange die sowjetische Besetzung Afghanistans andauert. Sie steht auch in dieser Frage zu ihrem Verbündeten USA.

2. Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß es Sache der Sowjetunion sei, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Sportler aller Länder an den Spielen teilnehmen können. Der Sowjetunion ist bekannt, daß sie diese Voraussetzungen durch einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan schaffen kann. Die mit einer Mehrheit von 104 Stimmen angenommene Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Januar 1980 hat den unverzüglichen Rückzug verlangt. Die Sowjetunion hat dies bis heute nicht getan. Es liegen auch keine Anzeichen dafür vor, daß sich die Lage bis zum Ablauf der Anmeldefrist für die Nationalen Olympischen Komitees (am 24. Mai) ändert. Die Sowjetunion hat vielmehr deutlich gemacht, daß sie ihre Truppen derzeit nicht abziehen will.

3. Die Bundesregierung weiß, daß ein Verzicht auf eine Olympia-Teilnahme viele Sportler schwer trifft, die sich seit Jahren in hartem Training vorbereitet und persönliche Opfer gebracht haben. Die Olympischen Spiele können aber nicht isoliert vom Weltgeschehen gesehen werden. Deshalb appelliert die Bundesregierung ebenso an die staatsbürgerliche Verantwortung unserer Sportler und Sportorganisationen wie an deren Solidarität mit den Sportlern anderer Staaten, die an der Olympiade nicht teilnehmen werden. Die Bundesregierung wird an der bewährten Leistungssportförderung uneingeschränkt festhalten und Sportbegegnungen im internationalen Bereich weiterhin nachdrücklich fördern.

Warendorfer Erklärung bundesdeutscher Spitzensportler für eine Beteiligung an den Olympischen Spielen in Moskau vom 20. April 1980 (Wortlaut)

Wir deutschen Sportler verurteilen das Vorgehen der Sowjetunion in Afghanistan aufs Schärfste. Jedoch hoffen wir noch immer, daß die UdSSR die Voraussetzung für eine Teilnahme der Sportler aus aller Welt an den Olympischen Spielen 1980 schafft. Gleichzeitig distanzieren wir uns in aller Deutlichkeit von den Versuchen politischer Splittergruppen, die Interessen der Sportler als die ihren darzustellen. Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, die Entscheidungsfreiheit des NOK in vollem Umfang unangetastet zu lassen. Dabei haben wir für die zu erwartende politische Empfehlung Verständnis. Diese Empfehlung sehen wir als eine Stellungnahme an, die auf rein politischen Erwägungen beruht. Die überwältigende Mehrheit der Olympia-Kandidaten ist jedoch der Ansicht, daß wir unsere Entscheidung zusätzlich auf sportliche und sportpolitische Gesichtspunkte zu stützen haben.

Es wird befürchtet, daß eine Nichtteilnahme bundesdeutscher Sportler an den Olympischen Spielen in Moskau nicht nur die Olympischen Spiele, sondern auch alle anderen internationalen Sportwettkämpfe und Begegnungen gefährden wird. Uns erscheint es äußerst zweifelhaft, ob bei einer solchen Nichtteilnahme in Zukunft noch Länderkämpfe, Europa- und Weltmeisterschaften in gewohnter Weise stattfinden werden. Die UdSSR könnte Gleiches mit Gleichem verbinden und so den Sport mehr und mehr zu einem Instrument der Politik machen. Die in jahrelanger Arbeit aufgebauten Sportbeziehungen zwischen Ost und West würden auf diese Weise gefährdet. Für uns Sportler stellt sich dann die Frage, ob es unter diesen Voraussetzungen überhaupt noch sinnvoll ist, Leistungssport zu betreiben.

Nah gewissenhafter Abwägung sportlicher und politischer Argumente befürwortet eine große Mehrheit der Olympia-Kandidaten die Teilnahme einer Mannschaft an den Olympischen Spielen 1980 in Moskau. Wir sind der Ansicht, daß der Sport allein kein taugliches Mittel einer politischen Demonstration sein kann. Der Sport ist der schwächste Partner zwischen Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen. Er darf nicht dazu dienen, Sanktionen, die dort ausgeblieben und Solidaritätsappelle, die dort ungehört verhallt sind, aufzufangen.

Deshalb wünschen wir, daß sich unser NOK für eine Teilnahme an den Olympischen Spielen 1980 in Moskau ausspricht und daß die Meinung der Aktiven in die Entscheidungsfindung mit einbezogen wird. Weil wir befürchten, daß mit einer Nichtteilnahme die Olympische Idee zu Grabe getragen wird, stehen wir heute vor ihnen und rufen ihnen zu: OLYMPIA LEBT!

Aufruf „Olympia soll leben!" von Sportlern und Bürgern der Olympiastadt München vom Februar 1980 (Wortlaut)

Wir wehren uns gegen die zunehmenden Versuche, mit politischen Boykottdrohungen gegen die Olympischen Spiele in Moskau die olympische Idee von Frieden und Völkerfreundschaft ad absurdum zu führen.

Gerade jetzt, angesichts der zunehmenden internationalen Spannungen und der aktuellen Gefährdung des Weltfriedens, scheint es uns notwendiger denn je, das friedliche und kameradschaftliche Miteinander der Völker, das auch im olympischen Gedanken seinen Ausdruck findet, zu fördern.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, dem amerikanischen Druck nicht nachzugeben und sich in der Frage der Olympischen Spiele nicht zum Handlanger der Carterschen Außenpolitik machen zu lassen, die auch in den USA selbst auf zunehmenden Widerspruch stößt.

Wir bitten Sie deshalb, sich unserer Forderung anzuschließen: Die Olympischen Spiele 1980 in Moskau müssen stattfinden!

Therese Angeloff, Schriftstellerin – Ernst Antoni, mehrfacher oberbayerischer Meister im Kunstspringen – Jürgen Berghoff, Werklehrer, Personalrat – Horst Bergmann, Ingenieur, Betriebsrat – Arend Bertzbach, Pastor – Sepp Bierbichler, Schauspieler – Theo Bolkart, Olympia-Teilnehmer im Schwimmen 1968 in Mexiko – Paul Breitner, vielfacher Fußball-Nationalspieler – Reinhold Bremberger, Arzt – Dr. Barbara Bronnen, Schriftstellerin – Hartmut Drewes, Pastor – Bernd Dürnberger, Fußballspieler (FC Bayern) – Erich Eckinger, technischer Zeichner, Jugendvertreter – Gisela Elsner, Schriftstellerin – Ruth Fenko, Pastorin – Hans-Georg Frieser, Sozialarbeiter, Personalrat – Wolfgang Fritz, Gesamtjugendvertreter – Dr. Rainer Gehring, Industriepfarrer – Martina Günther, Kartograph, Betriebsrätin – Dr. Jochen Haink, Chemiker – Dr. Michael Hatry, Dramaturg – Beppo Herweck, Trainer, Leiter der Münchner Springerschule – Michaela Herweck, fünffache deutsche Meisterin im Kunstspringen, Olympiateilnehmerin 1972 – Friedrich Hitzer, Chefredakteur – Bärbel Högemann, Schülerin, Klassensprecherin – Beppo Hofeditz, Fußballspieler (TSV 1860 München) – Prof. Dr. Horst Holzer, Soziologe – Heinrich Horrelt, Angestellter, Betriebsrat – Peter Huber, Werkzeugmacher, Betriebsrat – Karl Kaufmann, Angestellter – Wolfgang Kern, Jugendvertreter – Albin Killat, Jugend-Vizeweltmeister im Turmspringen – Alois Kirchhofer, Jugendvertreter – Peter Knoch, Stadtplaner, Gesamtbetriebsratsvorsitzender – Helmut Kremers, Fußballspieler (FC Schalke 04) – Franz Xaver Kroetz, Dramatiker – August Kühn, Schriftsteller – Manfred Mayer, Schriftsetzer, Betriebsratsvorsitzender – Helmut Menzel, Gewerkschaftssekretär – Wolfgang Michel, Jugendvertreter – Gerd Nies, Rechtsanwalt – Hermann Offner, Betriebsrat – Hertha Paarmann, Sozialarbeiterin, Personalrätin – Carlo Schellemann, Maler und Graphiker – Franz Schmatz, Maschinenschlosser, Jugendvertreter – Hans E. Schmitt-Lermann, Rechtsanwalt – Walter Schoffs, langjähriges Mitglied der Kanu-Nationalmannschaft – Bernd Schwegmann, Konditor, Fußballschiedsrichter – Dr. Jürgen Peter Stoessel, Tierarzt und Publizist – Franz Stützinger, Fußballtrainer – Dr. Gerd Tersteegen, Rechtsanwalt – Dr. Ernst Uhl, Pastor – Berthold Wahlich, Studienrat mit Facultas Sport – Helmut Walbert, Schriftsteller – Ingeborg Weigand, Malerin – Wilfried Wenzel, Jugendpfleger, Personalratsvorsitzender – Thomas Zander, Fußballspieler (TSV 1860 München) – Dimitrios Zevos, Gesamtjugendvertreter – Guido Zingerl, Maler und Grafiker, und weitere 1100 Unterzeichner.

Internationale Pressestimmen zu Präsident Carters gescheiterter Militäraktion im Iran am 24. April 1980

Man weiß nicht, welchen Aspekt man herausheben soll angesichts des neuerlichen Bankrotts, den Präsident Carter mit seiner Aktion zur Rettung seiner Geiseln in Teheran erlitten hat, denn die Niederlage erscheint vielfältig und vernichtend. Die Annullierung des Projekts schon in seiner ersten Phase aufgrund eines „Materialversagens" zeigt, daß die Angelegenheit, obwohl sie riskant, ziemlich schlecht organisiert, wenn nicht improvisiert war. Der Zusammenstoß, der nach dem Rückzugsbefehl erfolgte und 8 Tote in einer iranischen Wüste forderte, bereichert diese Konfusion um ein Element der Panik. Und schließlich kann man sich fragen, warum das Weiße Haus es für notwendig erachtet hat, all das sofort zu verkünden, da doch alle Teilnehmenden, einschließlich der Toten und der Verletzten hätten evakuiert werden können und die Iraner, ihren ersten Reaktionen zufolge, keine Ahnung hatten.
. . . Eine Operation im Herzen Teherans hätte viele Risiken heraufbeschworen, sowohl für die Geiseln wie für die Zivilbevölkerung, und die Evakuierung erschien faktisch unmöglich. Es scheint jedoch, glaubt man den Gerüchten, die hartnäckig in Teheran kursieren, daß amerikanische Kommandos nach und nach heimlich in den Iran eingeschleust worden sind, mit dem Auftrag, sich im gegebenen Augenblick an der Botschaft zusammenzufinden. Die Ereignisse von Freitag verstärken diese Annahme und lassen vermuten, daß die Niederlage noch dramatischere Dimensionen angenommen hätte, wenn die gleiche Improvisation beim Angriff dieser Kommandos auf die islamischen Kämpfer vorgeherrscht hätte.
. . . Im Ausland wiederum wird die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten erneut Schaden nehmen. Das Bild eines zögernden und vom Pech verfolgten Präsidenten wird verstärkt durch eine Episode, die angesichts der Analogie zur gescheiterten Landung der Exilkubaner zu Beginn der Präsidentschaft Kennedys bestimmt als „Schweinebucht des kleinen Mannes" tituliert werden wird. Was soll man von der Wirksamkeit eines Militärapparates halten, von dem die Sicherheit einer guten Hälfte des Planeten abhängt, und der nicht in der Lage ist, zwei Flugzeuge in einer Wüste zu landen, noch bevor es zu irgendeiner Feindeinwirkung gekommen wäre? Was bleibt von der „Carter-Doktrin", die vorgab, die westlichen Interessen in der gesamten Golfregion zu schützen.?

„Le Monde" v. 26. 4. 1980

Gestern ist die Welt in eine außerordentlich ernste Phase ihrer Geschichte eingetreten und kein Gerede über „Glück" und „Entspannung" kann dies *noch* verschleiern. Man möge gut über die Tatsache nachdenken, daß Herr Carter nur noch die Wahl zwischen zwei Lösungen hat:
– Die Niederlage zu akzeptieren, die Arme sinken und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Konsequenz: Die Sowjets haben freie Bahn. Dann möge Gott die Welt retten, Europa, Frankreich!
– Sich schlagen und die Revanche vorbereiten. Aber er kann sich keine zweite Niederlage erlauben. Dieses Mal muß er gewinnen. Er wird gezwungen sein, viel stärkere Mittel einzusetzen, d. h. das Risiko eines sowjetischen Gegenschlags auf sich zu nehmen. Konsequenz: Der Krieg. Dann möge der Herr sich damit beschäftigen, den Frieden zu retten!
Der Horizont hängt voller schwarzer Wolken.

„Le Figaro" v. 26. 4. 1980

Jimmy Carter ist, wie wir gestern betont haben, ein gesunder und anständiger amerikanischer Präsident. Er ist kein Gauner oder Schwindler und man sollte ihn auch nicht als Witzfigur ansehen (nicht einmal in der ätzenden Tretmühlenatmosphäre der Washingtoner Politik). Es mag genug billige Schadenfreude über das Fiasko irgendwo in der iranischen Wüste geben; Supermachtgehabe und Mythen von John Wayne und Iwo Jima – neu aufgelegt als schwarze Farce. Aber es gab einen Zug echter Tragik, als sich Mr. Carter gestern morgen um 7 Uhr Ostküstenzeit seinem Fernsehpublikum stellte: die Tragödie nicht nur von acht für nichts geopferten Menschenleben, sondern die eines Mannes, der weiß, daß er der Führer der freien Welt ist, dem aber jede Aktion, die er unternimmt, zu einer elenden Demütigung gerät.
Natürlich hätte alles ganz anders kommen können. Es hätte keinen Maschinenschaden und keinen Zusammenstoß geben müssen. Es hätte ein neues Entebbe geben können mit Blaskapellen und Konfettiregen. Aber das war niemals sehr wahrscheinlich – was auch immer die Logistik der gescheiterten Mission war. Von Arnheim bis Dieppe, von Yom Kippur zur Schweinebucht nach Son Tay, ist die Geschichte ein Buch voller militärischer Desaster; und nur Hollywood und das an-

regende Charisma von Männern in Khaki-Uniformen läßt Politiker dies vergessen. Viel wahrscheinlicher wären die Geiselbefreier in irgendeinem Teheraner Kreuzfeuer gefangen worden; viel wahrscheinlicher wären einige der Geiseln, einige amerikanische Soldaten und viele iranische Studenten tot auf dem Platz zurückgeblieben. Und niemand kann genau sagen, was anschließend gewesen wäre, außer daß es unendlich gefährlich für den Weltfrieden und unendlich schädlich für die westlichen Interessen im Mittleren Osten gewesen wäre. Das Fiasko in der Wüste könnte sich, mit später Einsicht und mit Glück, noch als Glück im Unglück entpuppen.
Ohne Umschweife gesprochen gibt es mehrere Lehren. Daß Bündniskonsultation und Bündnisloyalität – in einer derart evidenten Gefahrenlage – keine Einbahnstraße sein kann. Daß das Weiße Haus, mitleiderregend schlingernd, Rat viel dringender braucht als simplen Gehorsam. Daß Militäroperationen, von kleinem oder großem Umfang, niemals so klinisch und effektiv sind, wie die Herren Generale vermuten (oder wie Ronald Reagan, wenn er seine Stahlringe um Kuba auswirft, träumt). Daß der Iran sich, in seiner ersten Reaktion auf die Episode, nicht so blindwütig zeigt wie es das State Department befürchtet. Daß weitere militärische Abenteuer jetzt zweifellos vergessen werden müssen. Daß acht Männer schon sinnlos gestorben sind und daß, wenn nicht mehr Menschenleben verloren werden sollen, „friedliche und diplomatische Mittel", wie langsam und frustrierend sie auch sein mögen, die einzigen verfügbaren Mittel sind.

„The Guardian" v. 26. 4. 1980

... Aber die Geduld des Präsidenten riß auf verheerende Weise, und daß dabei der Druck des Wahlkampfs eine Rolle gespielt hat, kann kaum bezweifelt werden. Die Passage des amerikanischen Wahlkampfes durch das Minenfeld des Mittleren Ostens ist eine haarsträubende Vorstellung. Und uns drohen noch weitere sechs Monate dieses furchterregenden und obszönen Slaloms.
... Zumindest einige der westlichen Alliierten haben in Luxemburg bei Aktionen in Sachen Iran – ökonomischen Sanktionen – mitgezogen, die sie ziemlich töricht fanden, um etwas zu vermeiden, was sie für sehr töricht hielten: nämlich eine militärische Intervention. Tatsächlich wurden sie damit in die Vorbereitung dessen einbezogen, was sie zu vermeiden versucht hatten – und was, wie es scheint, ohne ihr Wissen schon beschlossene Sache war. Das darf nicht wieder geschehen. Die Schweinebucht ist als Präzedenzfall zitiert worden. Aber die Analogie ist alles andere als exakt. Der Mittlere Osten ist nicht die Karibik. Er ist eine Region, die, sowohl historisch als auch ökonomisch, Europa mehr angeht als Amerika. ... Es ist auch wichtig, daß Kanzler Schmidt ermutigt werden sollte, die Einladung zu Gesprächen in Moskau mit Herrn Breschnew anzunehmen. Wir befinden uns jetzt in einer Weltkrise, die nicht beigelegt werden kann, ohne die Zusammenarbeit der beiden Supermächte. ... Es ist mehr als 140 Jahre her, seit Alexis de Toqueville aufzeigte, daß Amerika außer Kontrolle gerät, wenn ein Präsident zur Wiederwahl kandidiert. Zu jener Zeit betraf dies allein die Amerikaner. Jetzt ist es eine Angelegenheit, die die Überlebenschancen der Menschheit berührt.

„The Observer" v. 27. 4. 1980

Das politische Desaster, daß die Vereinigten Staaten gerade im Iran erlitten haben, kann eine segensreiche Wirkung haben, wenn die Europäer in diesem Moment, wo sich die Gemeinschaft in die ernsteste Krise ihrer Geschichte gestürzt hat, daraus die Lehre ziehen, die sich aufdrängt: Niemand, weder Europa, noch die Staaten, aus denen es sich zusammensetzt, weder die Völker, noch die Individuen, hat das Recht, die geringste Verantwortung in fremde Hände zu legen, gleichgültig wessen und hätte dieser auch die besten Absichten; und niemand hat das Recht, auf eigene Handlungsmöglichkeiten zu verzichten und auf die Fähigkeit, sich dieser frei zu bedienen.
... Es geht nicht darum, sich zu isolieren, Hilfen und Bündnisse zu verweigern, aber darum, niemals zu vergessen, daß niemand seine Sicherheit, d. h. seine Zukunft gewährleisten kann, wenn er nicht zunächst auf sich selbst zählt; nicht aber, indem er sich auf die unterstellte Weisheit und Macht einer vorgeblichen „Führerschaft" zurückzieht.

„Le Monde" v. 27. 4. 1980

Brief des Außenministers der UdSSR, Andrej Gromyko, vom 11. April 1980 an UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim über die Aufgaben der zweiten Abrüstungsdekade

(Wortlaut)

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Die Delegation der UdSSR hat auf der 34. Tagung der UNO-Generalversammlung eine Resolution unterstützt, die die 80er Jahre zur zweiten Abrüstungsdekade erklärt. Die UdSSR sieht die Hauptaufgabe dieser Dekade darin, alles Positive, das im Bereich der Zügelung des Wettrüstens in den 70er Jahren unseres Jahrhunderts erreicht worden ist, zu erhalten, zu verankern und weiterzuentwickeln und die Realisierung praktischer Schritte auf diesem Gebiet einzuleiten. Die 80er Jahre müssen eine Periode des erheblichen Vorankommens im Kampf um die Sicherung eines dauerhaften Friedens sein.

In den 70er Jahren, die von der UNO zur ersten Abrüstungsdekade erklärt worden waren, wurden bestimmte positive Ergebnisse erzielt. Abgeschlossen wurden unter anderem internationale Abkommen über das Verbot der Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund, das Verbot bakteriologischer Waffen, das Verbot der Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt zu militärischen Zwecken, über die Begrenzung der strategischen Rüstungen und die Verhütung eines Nuklearkrieges. In diesen Jahren begann die Realisierung einiger vertrauensbildender Maßnahmen in Europa. Es entstand ein bestimmtes System der Verhandlungen über Abrüstungsfragen sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Grundlage. Die erste Sondertagung der UNO-Generalversammlung über Abrüstung faßte nützliche Beschlüsse. Nun kommt es auf deren Verwirklichung an.

Die Ergebnisse der Verhandlungen über Abrüstungsprobleme in den 70er Jahren zeugen davon, daß reale Maßnahmen auf diesem Gebiet möglich und realisierbar sind. Was in der zurückliegenden Dekade erreicht wurde, bietet eine gute Basis für weitere Schritte zur Verringerung der Aufrüstung und zur Abrüstung.

Infolge des Widerstandes gewisser Kräfte konnte jedoch das Wettrüsten nicht gestoppt werden. Die USA und ihre Verbündeten vergrößern weiterhin ihre Militärausgaben. In diesen Ländern werden neue, noch gefährlichere Waffenarten und -systeme entwickelt und bei den Streitkräften eingeführt, vergrößern sich mengenmäßig die Waffenarsenale.

Im Ergebnis von Aktionen der USA und einiger anderer NATO-Länder, Aktionen, die auf die Unterminierung der Entspannung und das Ankurbeln des Wettrüstens gerichtet sind, hat sich die Lage in der Welt an der Grenze der 70er zu den 80er Jahren zugespitzt.

Nach Meinung der Sowjetunion ist es in der jetzigen zugespitzten internationalen Situation äußerst wichtig, die Anstrengungen aller friedliebenden Staaten bei der Festigung des Friedens, bei der Beseitigung der Kriegsgefahr, bei der Erzielung konkreter Maßnahmen auf dem Gebiet des Rüstungsstopps und der Abrüstung nicht geringer werden zu lassen, sondern – im Gegenteil – zu verstärken. Der prinzipielle Standpunkt der UdSSR bleibt unverändert: Sie ist bereit, auf der gegenseitigen Grundlage von Vereinbarungen mit anderen Staaten jede Waffenart zu beschränken oder zu verbieten, selbstverständlich ohne die Sicherheit irgendeines von ihnen zu gefährden. Und dies unter den Bedingungen der völligen Gegenseitigkeit jener Staaten, die über entsprechende Rüstungen verfügen.

Die Sowjetunion ist für Verhandlungen über einen breiten Kreis von Fragen. Alle Verhandlungen auf diesem Gebiet, die in den letzten Jahren in den verschiedenen Gremien sowie auf bilateraler Basis begonnen haben, heute jedoch aus dem einen oder anderen Grund gestoppt oder verschoben sind, müssen wiederaufgenommen und fortgesetzt werden. Die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft haben ein realistisches Programm von Maßnahmen unterbreitet, die praktisch alle Aspekte des Problems des Rüstungsstopps und der Abrüstung umfassen

und die Hauptrichtungen bezeichnen, in denen man die Anstrengungen in den kommenden Jahren konzentrieren müßte. Es handelt sich unter anderem um folgende Maßnahmen:

– Einstellung der Produktion aller Arten von Kernwaffen und allmähliche Reduzierung ihrer Vorräte bis zu ihrer völligen Beseitigung sowie unverzügliche Aufnahme entsprechender Verhandlungen zu diesem Zweck; an diesen Verhandlungen müssen alle Staaten, die über Kernwaffen verfügen, sowie eine gewisse Anzahl von Staaten, die nicht über Kernwaffen verfügen, teilnehmen; gleichzeitig sind Maßnahmen zur Festigung der politischen und völkerrechtlichen Garantien für die Sicherheit der Staaten zu ergreifen;

– Weitere mengenmäßige Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen sowie ihre weitere qualitative Einschränkung unter Berücksichtigung aller Faktoren, die einen Einfluß auf die strategische Situation in der Welt, darunter in Europa, ausüben;

– Abschluß eines Vertrages über das völlige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche;

– Abschluß eines Vertrages über das Verbot von radiologischen Waffen (Strahlenwaffen);

– Ergreifung weiterer Maßnahmen zur Verhütung der Verbreitung von Kernwaffen; zu diesem Zweck muß eine universelle Teilnahme von Staaten am Kernwaffensperrvertrag erzielt werden;

– Abschluß einer Konvention über die Festigung von Garantien für die Sicherheit nichtkernwaffenbesitzender Staaten;

– Abschluß eines Abkommens über die Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium jener Staaten, wo sie gegenwärtig nicht vorhanden sind;

– Bildung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Regionen der Welt;

– Einschränkung und spätere Reduzierung militärischer Aktivitäten im Indischen Ozean, Bildung einer Friedenszone in diesem Raum;

– Abschluß einer Konvention über das Verbot chemischer Waffen;

– Abschluß eines allumfassenden Abkommens über das Verbot der Entwicklung und Produktion neuer Arten von Massenvernichtungswaffen und neuer Systeme solcher Waffen;

– Abschluß einer Konvention über das Verbot der Produktion, der Hortung, Einführung und Anwendung nuklearer Neutronenwaffen;

– Einstellung der Entwicklung neuer Arten herkömmlicher Rüstungen von großer Zerstörungskraft;

– Erreichung einer Vereinbarung über den Verzicht auf den Ausbau von Armeen und die Vergrößerung herkömmlicher Rüstungen der ständigen Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates sowie der Länder, die mit ihnen durch militärische Abkommen verbunden sind;

– Einschränkung des Verkaufs und der Lieferung herkömmlicher Waffen;

– Ausarbeitung eines internationalen Abkommens, das den Einsatz herkömmlicher Waffen verbietet oder einschränkt, falls diese Waffen übermäßig zerstörend oder nicht selektiv wirken;

– Beitritt aller Staaten (die das noch nicht getan haben) zu den bestehenden Abkommen über die Begrenzung des Wettrüstens und über die Abrüstung;

– Reduzierung der Militärausgaben der ständigen Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates sowie anderer in militärischer Hinsicht wichtiger Staaten – absolut oder prozentual;

– Erreichung einer Vereinbarung über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa;

– Abschluß eines Vertrages über den Verzicht auf den Ersteinsatz sowohl nuklearer als auch herkömmlicher Waffen unter allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz;

– Weiterer Ausbau vertrauensbildender Maßnahmen in Europa;

– Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa;

– die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz.

Die Sowjetunion ist überzeugt, daß die Realisierung der erwähnten Maßnahmen die zweite Abrüstungsdekade mit realem Inhalt erfüllen würde. Die Verwirklichung dieser Maßnahmen hätte im Kampf für einen dauerhaften Frieden in aller Welt eine historische Bedeutung.

Die Staaten sowie die Politiker, die deren Außenpolitik lenken, müssen die Anstrengungen darauf konzentrieren, damit die neue Dekade tatsächlich eine Abrüstungsdekade und nicht eine Dekade der Fortsetzung und Verstärkung des Wettrüstens wird.

A. Gromyko, Außenminister der UdSSR

„Wissenschaftler analysieren Konzeption und Funktion von Franz Josef Strauß" – Kongreß des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) in Bonn am 27./28. Juni 1980

(Wortlaut)

Am 27./28. Juni 1980 führt der „Bund demokratischer Wissenschaftler" in Bonn (Beethovenhalle) einen Kongreß zum Thema „Wissenschaftler analysieren Konzeption und Funktion von Franz Josef Strauß" durch. Die Tagung beginnt am Freitag, den 27. 6. um 14 Uhr und endet am Samstag, den 28. 6. um 13 Uhr. Anmeldungen sind zu richten an: Bund demokratischer Wissenschaftler e. V., Geschäftsstelle, Postfach 1162, 3550 Marburg/Lahn, Tel. 06421/21395.

Derzeit treten verschiedene Initiativen hervor, die mit unterschiedlicher politischer Motivation und differenzierter Zielsetzung einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, mit dem durch ihn vertretenen Programm sowie mit den hinter ihm stehenden konservativen und reaktionären Kräften leisten wollen.

Sie führen diese Auseinandersetzung in dem Bewußtsein, daß die Bundestagswahlen im Herbst für die innere Entwicklung unseres Landes ebenso wie für seine Stellung in Europa und der Welt von historischer Bedeutung sind.

Die Mitglieder des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) werden sich an diesen Initiativen beteiligen. Darüber hinaus sind Wissenschaftler in dieser Auseinandersetzung herausgefordert, einen eigenständigen Beitrag zu leisten, der mit ihrem Arbeitsgebiet Wissenschaft und mit ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen und Interessen verknüpft ist.

Die Nominierung von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten bedeutet einen „Rechtsruck" in der gesellschaftspolitischen Strategie der konservativen und reaktionären Kräfte. Sie antizipiert eine Politik des innen- und außenpolitischen „Roll Back" gegen alle demokratischen und sozialistischen Kräfte sowie gegen die Gewerkschaftsbewegung. Sie zielt auf die Liquidierung wichtiger Ergebnisse der sozialliberalen Reformpolitik der frühen siebziger Jahre, auf die Restauration des erstickenden ideologischen Klimas der Periode des Kalten Krieges. Sie beinhaltet das Konzept einer restaurativen Krisenüberwindungsstrategie, die auf der einen Seite den Abbau sozialpolitischer Leistungen und der Reallöhne, die Einschränkung von Mitbestimmungs- und Kontrollrechten der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften, Massenarbeitslosigkeit als Dauererscheinung und die bewußte Verhinderung von Chancengleichheit im Bildungswesen zum Programm erhebt –, andererseits, als notwendig flankierende Maßnahmen, durch den Abbau demokratischer Rechte und die Verstärkung der Tendenzen zum autoritären Staat den Handlungsspielraum der gesamten demokratischen Bewegung einengen will.

Wissenschaftler haben die Möglichkeit und die Verpflichtung, in der Öffentlichkeit den Charakter dieses politischen Konzeptes, seine gesschichtlichen und ideologischen Wurzeln, seine Interessengebundenheit und seinen Herrschaftscharakter, seine gefährlichen gesellschaftlichen wie politischen Wirkungen dazulegen und zu kritisieren.

– Die Kampagne des Franz Josef Strauß wird ideologisch von konservativen und reaktionären Wissenschaftlern mitgetragen. Deren Argumente auf gesellschafts-, wirtschafts-, kultur- und bildungspolitischem Gebiet zu begegnen, ist eine vorrangige Aufgabe demokratischer Wissenschaftler. So muß beispielsweise die von der CSU initiierte Diskussion zum Thema „Sozialismus – Nationalsozialismus" in diesem Sinne als eine Herausforderung für Historiker und Gesellschaftswissenschaftler, aber auch für Naturwissenschaftler mit historischem Erkenntnisanspruch und sozialem Engagement begriffen werden. Ähnliches gilt für die Versuche, reaktionäre Begabungsideologien und biologisch-sozialdarwinistische Positionen im Bereich der pädagogischen, psychologischen und medizinischen Wissenschaften wieder hoffähig zu machen. Auch fordert die Etikettierung der Strauß'schen Konzeption als „christliche Politik" eine besondere Stellungnahme christlicher Wissenschaftler und Theologen.

– Demokratische Wissenschaftler, die sich im vergangenen Jahrzehnt für die inhaltliche und institutionell-rechtliche Demokratisierung des Bildungs- und Ausbildungswesens auf allen seinen Stufen eingesetzt haben, sind durch die Gefahr, daß sich über eine Kanzlerschaft von Franz Josef Strauß und die politische Führungsrolle der CSU in einer künftigen Bundesregierung das „Bayerische Modell" der Bildungspolitik auf Bundesebene verallgemeinern könnte, in ganz besonderer Weise betroffen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, am Beispiel dieses „Modells" und seiner geistigen Wurzeln – wie insgesamt am Beispiel konservativer Bildungspolitik – dessen antidemokratische und inhumane Inhalte und Wirkungen zu verdeutlichen.

– Angesichts der engen Verbindungen reaktionärer Politik und akademischer Wissenschaft in der neueren deutschen Geschichte – insbesondere in der Weimarer Republik und im Zusammenhang der geistigen und politischen Wegbereitung für die Machtübertragung an den Faschismus im Jahre 1933 – kommt demokratischen Wissenschaftlern heute eine besondere geschichtliche Verantwortung zu. Sie müssen in der Öffentlichkeit des In- und Auslandes deutlich machen, daß ein relevanter Teil der Wissenschaftler in der Bundesrepublik aus der Geschichte Lehren gewonnen hat, daher bereit ist, für die Verhinderung jener Wende nach rechts einzutreten, die die konservativen und reaktionären Kräfte durch die Nominierung von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten und durch seinen Wahlsieg herbeiführen wollen.

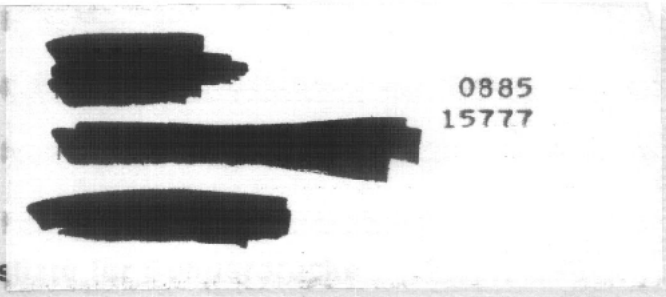
Bund demokratischer Wissenschaftler

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS 420,–; hfl 63,–; bfrs 925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; $ 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416

Autoren dieses Heftes

Klaus HEKKING, geb. 1950 in Berlin, Jurist; Zeitschriftenveröffentlichungen zu Rechtsproblemen.•••*Anusch HADAWI*, geb. 1928, iranischer Publizist, lebt in Teheran.•••*Roger PELTZER*, geb. 1953, Studium der Volkswirtschaft in Münster.•••*Thomas DOERRY*, geb. 1948, Studium der Politikwissenschaft, Germanistik, Pädagogik und Philosophie in Frankfurt, Tübingen und Marburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg.•••*Horst-Eckart GROSS*, geb. 1943 in Wernigerode/Harz, Diplommathematiker, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.•••*Albert SPITZNER*, geb. 1955 in Moers, Studium der Rechtswissenschaften in Köln, Zeitschriftenveröffentlichungen.•••*Udo GELHAUSEN*, geb. 1953 in Burscheid, Studium der Volkswirtschaft in Köln.•••*Dr. Walter WUTTKE-GRONEBERG*, geb. 1941 in Finsterwalde, Promotion in Latein und Germanistik, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichte der Medizin in Tübingen.•••*Johanna HUND*, Diplomsoziologin, Lehrbeauftragte an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Produktivkraft–, Technologie- und Qualifikationsentwicklung.•••*Prof. Dr. Nikolai JAKOWLEW*, Geschichtswissenschaftler.•••*Miles KAHLER*, Ass.-Professor für Gesellschaftswissenschaften und Internationale Politik an der Woodrow-Wilson-Schule der Princeton Universität; zur Zeit Gastwissenschaftler am Königlichen Intitut für Internationale Politik in London.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (5/80)
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51



Preis

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	87,–	106,–	124,–	154,–	169,–	220,–	264,–	306,–
8 Seiten	138,–	166,–	201,–	234,–	255,–	340,–	405,–	468,–
12 Seiten	214,–	244,–	288,–	320,–	358,–	442,–	513,–	590,–
16 Seiten	290,–	320,–	368,–	405,–	451,–	542,–	636,–	732,–
20 Seiten	365,–	396,–	442,–	490,–	520,–	654,–	765,–	906,–
24 Seiten	405,–	448,–	504,–	556,–	598,–	756,–	889,–	1110,–
28 Seiten	460,–	504,–	564,–	632,–	682,–	816,–	1004,–	1232,–
32 Seiten	512,–	555,–	619,–	684,–	735,–	878,–	1120,–	1372,–
36 Seiten	541,–	592,–	652,–	706,–	748,–	985,–	1232,–	1455,–
40 Seiten	564,–	612,–	676,–	740,–	785,–	1039,–	1310,–	1508,–

Autoren dieses Heftes

Klaus HEKKING, geb. 1950 in Berlin, Jurist; Zeitschriftenveröffentlichungen zu Rechtsproblemen.***Anusch HADAWI*, geb. 1928, iranischer Publizist, lebt in Teheran.***Roger PELTZER*, geb. 1953, Studium der Volkswirtschaft in Münster.***Thomas DOERRY*, geb. 1948, Studium der Politikwissenschaft, Germanistik, Pädagogik und Philosophie in Frankfurt, Tübingen und Marburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg.***Horst-Eckart GROSS*, geb. 1943 in Wernigerode/Harz, Diplommathematiker, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.***Albert SPITZNER*, geb. 1955 in Moers, Studium der Rechtswissenschaften in Köln, Zeitschriftenveröffentlichungen.***Udo GELHAUSEN*, geb. 1953 in Burscheid, Studium der Volkswirtschaft in Köln.***Dr. Walter WUTTKE-GRONEBERG*, geb. 1941 in Finsterwalde, Promotion in Latein und Germanistik, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichte der Medizin in Tübingen.***Johanna HUND*, Diplomsoziologin, Lehrbeauftragte an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Produktivkraft–, Technologie- und Qualifikationsentwicklung.***Prof. Dr. Nikolai JAKOWLEW*, Geschichtswissenschaftler.***Miles KAHLER*, Ass.-Professor für Gesellschaftswissenschaften und Internationale Politik an der Woodrow-Wilson-Schule der Princeton Universität; zur Zeit Gastwissenschaftler am Königlichen Intitut für Internationale Politik in London.